



Monatsbericht Dezember 2016

68. Jahrgang
Nr. 12

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
16. Dezember 2016, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	10
Zahlungsbilanz	11
■ Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019	15
<i>Rahmenbedingungen</i>	20
■ Lohndynamik bei hoher Arbeitslosigkeit im Euro-Raum	33
<i>Das Lohngefälle zwischen Staat und Privatwirtschaft im Anpassungsprozess</i>	35
<i>Lohnrigidität und Beschäftigung im Euro-Raum: eine Analyse mit Unternehmensdaten</i>	42
■ Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2015	57
<i>Mögliche Effekte der zinsbedingten Erhöhung der Pensionsrückstellungen auf die Ersparnisse der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften</i>	60
<i>Ertragslage, Vermögens- und Finanzierungsverhältnisse deutscher nichtfinanzieller börsennotierter Konzerne im Jahr 2015</i>	73

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

■ Kurzberichte

■ Konjunkturlage

Grundtendenzen

*Deutsche
Wirtschaft am
Jahresende
mit spürbarer
Beschleunigung*

Die Konjunktur in Deutschland dürfte im Jahreschlussquartal 2016 einen deutlich höheren Gang eingelegt haben. Zum höheren gesamtwirtschaftlichen Expansionstempo dürfte insbesondere die Industrie beigetragen haben, deren Erzeugung im dritten Vierteljahr noch stagnierte und auch zu Beginn des laufenden Quartals lediglich leicht aufwärtsgerichtet war. Die außerordentlich stark gestiegenen Auftrags-eingänge lassen aber im Verein mit der günstigen Stimmung der Unternehmen im weiteren Verlauf des Quartals eine spürbare Belebung der Industrieaktivitäten erwarten. Eine höhere Dynamik als noch im Sommer zeichnet sich auch für den Bausektor ab, in dem einige Stim-mungsindikatoren auf den höchsten Stand seit einem Vierteljahrhundert geklettert sind. Eine wichtige Stütze der Konjunktur bleibt zudem der private Verbrauch, abzulesen an den im Oktober kräftig gestiegenen Einzelhandels-umsätzen und dem weiterhin sehr optimis-tischen Konsumklima.

Industrie

*Industrie-
produktion
nur mit wenig
Schwung*

Die industrielle Erzeugung in Deutschland ver-harrte im Oktober saisonbereinigt weitgehend auf dem Stand des Vormonats. Im Vorquartals-vergleich stieg die Industrieproduktion im Okto-ber leicht (+ ¼%). Ausschlaggebend dafür war die deutliche Ausweitung bei der Erzeugung von Investitionsgütern (+ ½%). Die Produzen-ten der Vorleistungs- und Konsumgüter haben ihren Ausstoß dagegen nicht verändert.

*Kräftiger Schub
beim Auftrags-
eingang*

Die industriellen Auftragseingänge legten im Oktober mit saisonbereinigt 4¾% gegenüber dem Vormonat außerordentlich kräftig zu. Da-mit wurde auch der durchschnittliche Vorquar-talsstand sehr stark übertroffen (+ 5%). Groß-

aufträge spielten dabei keine herausgehobene Rolle, denn ohne sie betrug der Zuwachs sogar 5½%. Getragen wurde er vor allem von dem äußerst dynamischen Auftragszufluss in der Kfz-Branche, der aus den Ländern außerhalb der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) sogar ein Plus deutlich im zweistelligen Bereich erreichte (+ 18¾%). Insgesamt stieg das Auftragsvolumen aus Drittstaaten ganz erheblich um 7¼%. Auch die inländischen Be-stellungen nahmen in vergleichbarer Größen-ordnung zu (+ 6¼%). Dagegen war bei den Aufträgen aus dem Euro-Raum ein Minus zu verzeichnen (– 1%). Dies lag vor allem an der sehr verhaltenen Auftragsvergabe im Sonstigen Fahrzeugbau. Ohne diesen Bereich gerechnet verzeichneten auch die Orders aus dem Euro-Raum einen beachtlichen Zuwachs (+ 2¾%).

Die Umsätze in der Industrie stiegen im Oktober saisonbereinigt gegenüber dem Vormonats-niveau leicht um ¼%. Der Stand des Sommer-quartals wurde damit um 1% überschritten. Das größte Umsatzplus konnten mit 2% die Herstel-ler der Investitionsgüter verbuchen. Dagegen stagnierte der Absatz der Vorleistungsgüter, und die Konsumgüterindustrie musste sogar leichte Umsatzeinbußen hinnehmen (– ¼%). In regionaler Hinsicht profitierten die deutschen Hersteller am meisten von der dynamischen Nachfrage in Drittstaaten. Die Umsätze im Inlandsgeschäft und in der EWWU fielen verhal-tenener aus. Die nominalen Warenausfuhren leg-ten im Oktober im Vormonatsvergleich merklich zu (+ ½%). Der Stand des dritten Vierteljahres wurde dabei deutlicher um 1% überschritten. In realer Rechnung fiel das Plus wegen der weiter-hin steigenden Ausfuhrpreise mit ½% geringer aus. Die Wareneinfuhren lagen im Oktober dem Wert nach um 1¼% über dem Stand des Vor-monats. Dies entsprach einem kräftigen Anstieg von 1½% im Vorquartalsvergleich. In realer Rechnung blieb – aufgrund einer recht dyna-mischen Entwicklung der Einfuhrpreise – jedoch nur ein leichter Zuwachs von ¼% übrig.

*Umsätze in der
Industrie und
Ausfuhren mit
verhaltener
Dynamik*

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2016 1. Vj.	110,9	104,9	115,8	129,1
2. Vj.	110,5	106,0	114,2	129,0
3. Vj.	111,2	103,9	117,1	121,9
Aug.	111,6	105,0	117,0	120,4
Sept.	111,3	104,0	117,2	122,3
Okt.	116,7	110,5	121,8	...
Produktion; 2010 = 100				
Industrie				
	insgesamt	darunter:		Bau- gewerbe
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2016 1. Vj.	112,2	107,6	120,2	109,5
2. Vj.	111,5	106,9	119,2	105,4
3. Vj.	111,5	106,8	119,4	106,8
Aug.	113,5	107,6	122,6	106,9
Sept.	111,7	107,3	119,3	106,5
Okt.	111,8	106,8	119,9	108,3
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2016 1. Vj.	297,89	236,37	61,52	74,96
2. Vj.	299,17	233,56	65,61	71,27
3. Vj.	299,01	236,76	62,25	65,18
Aug.	101,20	79,59	21,61	22,72
Sept.	100,14	79,03	21,11	20,46
Okt.	100,60	80,06	20,54	20,29
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2016 1. Vj.	43 404	630	2 728	6,2
2. Vj.	43 490	647	2 699	6,1
3. Vj.	43 512	664	2 679	6,1
Sept.	43 532	670	2 676	6,1
Okt.	43 545	675	2 663	6,0
Nov.	...	678	2 658	6,0
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeu- ger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Ver- braucher- preise
2016 1. Vj.	96,2	101,5	112,5	106,6
2. Vj.	97,0	101,6	113,1	107,3
3. Vj.	97,8	102,1	113,7	107,6
Sept.	97,8	102,0	.	107,7
Okt.	99,0	102,7	.	108,0
Nov.	108,0

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe legte im Oktober saisonbereinigt gegenüber dem deutlich aufwärts revidierten Vormonat kräftig zu (+1¾%); der durchschnittliche Stand des dritten Vierteljahres wurde ebenfalls klar übertroufen (+1½%). Dabei expandierten Bauhaupt- (+1¼%) und Ausbaugewerbe (+1½%) nahezu im Gleichschritt. Im Bauhauptgewerbe dominierte der Beitrag der Hochbauaktivitäten, während der Tiefbau nur ein leichtes Plus verzeichnete. Die Perspektiven für den Bausektor sind weiterhin günstig. Zwar konnten die Auftrags- eingänge im dritten Jahresviertel – bis dahin liegen die statistischen Angaben vor – saison- bereinigt nicht an das außerordentlich hohe Niveau im ersten Halbjahr anknüpfen, aber sowohl die Einschätzung der Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen im Bau- hauptgewerbe befindet sich – den Umfragen des ifo Instituts zufolge – im November auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren.

*Deutlich mehr
Auftrieb von der
Baukonjunktur*

Arbeitsmarkt

Bei der Beschäftigung setzte sich zu Herbst- beginn der im September wieder erstarkte Anstieg nicht in gleichem Maße fort. Im Oktober erhöhte sich die Zahl der Erwerbs- tätigen im Inland in saisonbereinigter Berechnung um 13 000 gegenüber dem Vormonat, nach + 28 000 im Monat zuvor. Der Vorjahres- abstand verringerte sich auf 352 000 Personen beziehungsweise + 0,8%. Bei der sozialver- sicherungspflichtigen Beschäftigung gab es ge- mäß der ersten Schätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) im September im Vormonatsver- gleich saisonbereinigt ein geringfügiges Minus. Im 12-Monatsvergleich verringerte sich der An- stieg auf 411 000 Stellen beziehungsweise + 1,3%. Gleichwohl bleibt die Arbeitsnachfrage den vorliegenden Frühindikatoren zufolge sehr hoch. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg in den letzten Monaten wieder an, und das Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung des Ins- tituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

*Beschäftigungs-
anstieg zuletzt
etwas abge-
schwächt*

(IAB) sowie der BA-Stellenindex (BA-X) der Bundesagentur für Arbeit befinden sich weiter auf sehr hohem Niveau.

*Registrierte
Arbeitslosigkeit
weiter gesunken*

Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit ging im November gegenüber dem Vormonat geringfügig zurück. Bei der BA waren 2,66 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Die zugehörige Quote betrug wie zuletzt 6,0%. Verglichen mit dem Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 101 000 und die Quote um 0,3 Prozentpunkte. Dieser Rückgang ist insofern bemerkenswert, als sich nunmehr vermehrt Flüchtlinge bei der BA arbeitslos melden. In den nächsten Monaten könnte sich die registrierte Arbeitslosigkeit dem Arbeitsmarktbarometer des IAB zufolge weiter leicht verringern.

Preise

*Rohölnotierungen
zuletzt
stark gestiegen*

Die Rohölnotierungen gaben im November gegenüber Oktober deutlich nach und kehrten vorübergehend auf das durchschnittliche Niveau der Sommermonate zurück. Vor dem Hintergrund der OPEC-Entscheidung, die Produktion zu kürzen, zogen die Preise dann in der ersten Hälfte des Dezember stark an. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei 54¼ US-\$. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten 2¼ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten 2½ US-\$.

*Einfuhr- und
Erzeugerpreise
auch ohne
Energie mit recht
deutlichem
Anstieg*

Sowohl die Einfuhr- als auch die Erzeugerpreise stiegen im Oktober nach einer Seitwärtsbewegung in den beiden Monaten zuvor saisonbereinigt wieder spürbar an. Dies war zwar zu einem erheblichen Teil der Energie geschuldet. Aber auch ohne Energie tendierten die Preise recht deutlich nach oben. Der negative Vorjahresabstand reduzierte sich bei den Einfuhren auf – 0,6% und bei den gewerblichen Erzeugnissen auf – 0,4%.

*Verbraucher-
preise mit Seit-
wärtsbewegung*

Die Verbraucherpreise (VPI) blieben im November saisonbereinigt unverändert. Energie verbilligte sich infolge der vorübergehend gefallen

Rohölnotierungen wieder, und die Preise für Pauschalreisen gaben mit der Umstellung auf den Winterkatalog außergewöhnlich stark nach. Dies wurde zum einen durch einen spürbaren Anstieg bei Nahrungsmitteln ausgeglichen, wobei vor allem kräftige Preiserhöhungen bei Molkereiprodukten zu Buche schlugen. Zum anderen verteuerten sich die anderen Waren und Dienstleistungen etwas. Die Mieten wurden im Unterschied zu den drei Vormonaten, in denen sie saisonbereinigt etwas kräftiger gestiegen waren, lediglich mäßig angehoben. Der Vorjahresabstand belief sich beim nationalen Verbraucherpreisindex weiterhin auf + 0,8% und beim harmonisierten Index auf + 0,7%. Vor dem Hintergrund der jüngsten Steigerungen bei den Rohölpreisen könnte die Teuerungsrate bereits im laufenden Monat wieder 1% überschreiten.

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung (Krankenkassen und Gesundheitsfonds zusammen genommen: GKV) erreichte im dritten Quartal 2016 – nach vorläufigen Angaben – einen Überschuss von ½ Mrd €. Die Verbesserung um 1½ Mrd € im Vorjahresvergleich ist zum größeren Teil auf die Krankenkassen zurückzuführen. Ursächlich für die Gesamtverbesserung waren vor allem die Wiederanhebung des Bundeszuschusses und das deutliche Zurückbleiben der Ausgaben hinter den Erwartungen beim Festlegen der Zusatzbeitragssätze.

*Im dritten
Quartal merklich
verbessertes
Finanzergebnis*

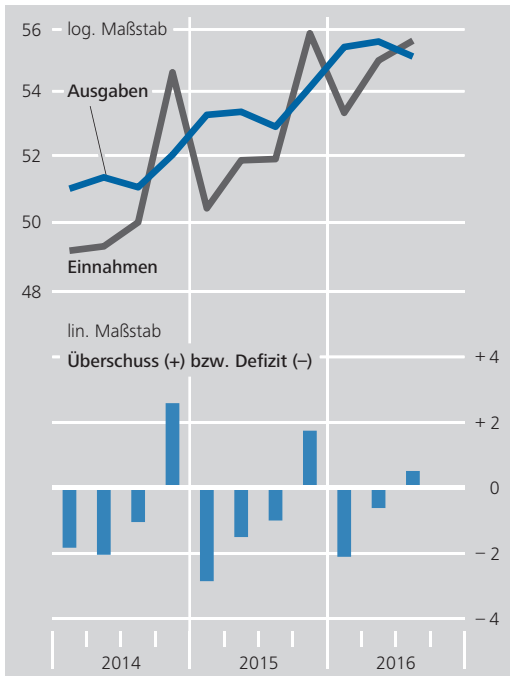
Auf der Kassenebene erhöhten sich die Einnahmen (im Wesentlichen Zuweisungen des Gesundheitsfonds) bei Jahresbeginn im Durchschnitt um 0,25 Prozentpunkte gestiegenen Zu-

*Krankenkassen:
Höhere Zusatz-
beitragssätze
verstärkten die
Einnahmen*

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal umfassend dargestellt.

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung^{*)}

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

den regulären Betrag überstiegen die Gesamteinnahmen ihren Vorjahreswert sogar um 7%. Demgegenüber nahmen die im Wesentlichen aus Zuweisungen an die Krankenkassen bestehenden Ausgaben des Fonds mit 5 ½% merklich schwächer zu.

Für das Gesamtjahr 2016 hatte der GKV-Schätzerkreis im Herbst 2015 für den Gesundheitsfonds – infolge der Wiederanhebung des Bundeszuschusses auf 14 Mrd €²⁾ – einen ausgeglichenen Abschluss erwartet. Nach den ersten drei Quartalen zeichnet sich hier aber eher ein moderates Defizit ab, das im Wesentlichen auf die etwas schwächer als im vergangenen Herbst zugrunde gelegte Zunahme der beitragspflichtigen Entgelte zurückzuführen ist. Für die Krankenkassen wurde damals ein Anstieg der Leistungsausgaben um 5 ½% geschätzt. Angesichts der kumulierten Entwicklung in den ersten neun Monaten (+ 4%) erscheint aber auch die im Oktober aktualisierte Schätzung von 4 ½% noch zu hoch. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass die gesetzlich vorgesehenen Leistungsausweitungen noch nicht im erwarteten Ausmaß ausgabenwirksam wurden. Im Gesamtjahr sollten die Kassen ein deutlich positives Finanzergebnis erzielen. In der Gesamtschau scheint somit ein Überschuss der GKV von gut ½ Mrd € angelegt, was verglichen mit dem Vorjahr einer Verbesserung um etwa 4 Mrd € entspricht.

Im Gesamtjahr zeichnet sich moderater Überschuss ab

satzbeitragssätzen um 6%. Im Vergleich dazu nahmen die Ausgaben mit gut 4% deutlich verhaltener zu. Unter den Leistungsausgaben (+ 4%) wuchsen sowohl die Aufwendungen für Krankenhausbehandlungen (+ 3%) als auch diejenigen für Arzneimittel (+ 3 ½%) unterdurchschnittlich. Die ebenfalls besonders gewichtigen Kosten für ambulante Behandlungen entwickelten sich im Einklang mit den Gesamtausgaben. Dagegen waren die Zuwächse unter anderem bei den Heil- und Hilfsmitteln (+ 5 ½%) deutlich höher.

Für das kommende Jahr erwartet der Schätzerkreis mit 5% einen beschleunigten Zuwachs der Leistungsausgaben, wobei dies sowohl auf Nachholeffekten aus dem laufenden Jahr als auch auf neuen Leistungen etwa im Bereich der Heil- und Hilfsmittel beruht. Die Zunahme der beitragspflichtigen Einkommen soll mit 4% merklich dahinter zurückbleiben. Das Einnahmenwachstum wird aber durch die Erhöhung des Bundeszuschusses um ½ Mrd € verstärkt. Für die Krankenkassen noch gewichtiger ist

Im kommenden Jahr wieder Defizit angelegt

Gesundheitsfonds: rückläufiges Defizit aufgrund wieder erhöhten Bundeszuschusses

Der Gesundheitsfonds verzeichnete im dritten Quartal mit ½ Mrd € ein spürbar geringeres Defizit als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die anhaltend gute Entgelt- und Beschäftigungsentwicklung sowie die nach der Anpassung zur Jahresmitte kräftig gestiegenen Rentenzahlungen führten in Verbindung mit den höheren Zusatzbeitragssätzen zu einem Plus bei den Beitragseingängen um 6%. Verstärkt durch die Wiederanhebung des Bundeszuschusses auf

²⁾ Die Kürzungen in den Vorjahren waren nicht an die Kassen weitergeleitet worden, sondern gingen zu Lasten des Gesundheitsfonds. Im Jahr 2015 lag der Zuschuss bei 11 ½ Mrd €.

aber, dass ihnen einmalig 1½ Mrd € aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zufließen sollen, bei dem dann allerdings ein entsprechendes Defizit entsteht.³⁾ Damit würde gemäß Schätzerkreis der derzeitige durchschnittliche Zusatzbeitragssatz von 1,1% ausreichen, um die Kassenausgaben zu decken. Unter diesen Annahmen ergäbe sich in der GKV eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem laufenden Jahr.

Perspektivische Beitragssatzerhöhungen begrenzen

Auch perspektivisch ist ohne kostenbremsende Maßnahmen oder Beitragssatzerhöhungen zu erwarten, dass die Leistungsausgaben stärker als die Einnahmen steigen. Die entstehenden Finanzierungslücken könnten einige Kassen zwar zunächst aus ihren Rücklagen decken, insgesamt ist damit aber Handlungsbedarf angelegt. In diesem Jahr sind die Zusatzbeitragssätze trotz insgesamt sehr guter Rahmenbedingungen spürbar angehoben worden. Die vorhandenen – je nach Kasse – teils hohen Reserven sollten nicht als Ausgabenspielräume interpretiert werden. Insgesamt bleiben konsequente Kostenbegrenzungen sowie Effizienzsteigerungen im Gesundheitswesen wichtig.

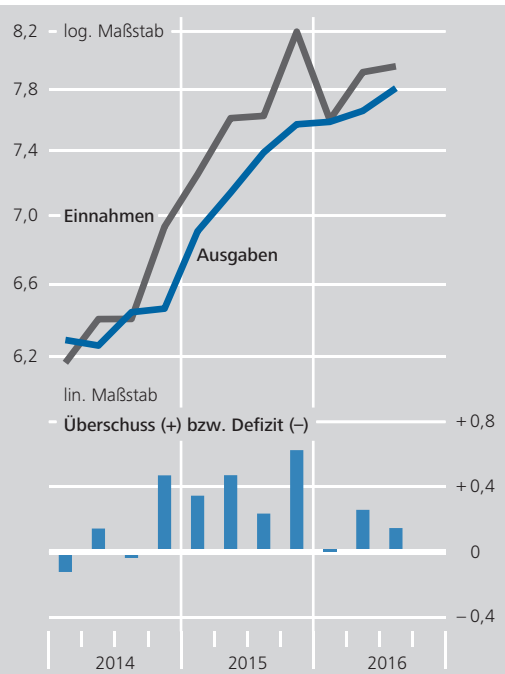
Soziale Pflegeversicherung

Weiterhin starker Ausgabenanstieg verhindert besseres Ergebnis

Die soziale Pflegeversicherung schloss das dritte Quartal 2016 im operativen Bereich⁴⁾ mit einem – im Vorjahresvergleich nur noch leicht verringerten – nahezu ausgeglichenen Finanzergebnis ab. Die Gesamteinnahmen wuchsen um 4½%, wobei die Beitragszuflüsse aus Beschäftigung und Renten um 5% zunahmen. Die Gesamtausgaben stiegen mit 5½% noch etwas stärker. Dies geht in erster Linie auf einen kräftigen Zuwachs bei den Sachleistungen, dem größten Ausgabenblock, zurück. Hier schlagen sich noch Leistungsausweitungen im Zuge des ersten Pflegestärkungsgesetzes im Jahr 2015 mit einer merklichen zeitlichen Verzögerung nieder. Die Zuwachsraten haben sich im Jahresverlauf aber kontinuierlich abgeschwächt, und für das vierte Quartal ist von einer weiteren Verlangsamung auszugehen.

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung^{*)}

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Ab 2015: Pflegeversicherung im operativen Bereich ohne Vorsorgefonds. Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

Für das Gesamtjahr 2016 zeichnet sich im operativen Bereich aufgrund der kräftigen Ausgabenzuwächse ein gegenüber dem Vorjahr in etwa halbiertes Überschuss ab (2015: 1½ Mrd €). Die Rücklagen im Pflegevorsorgefonds erhöhen sich um gut 1 Mrd € auf dann 2½ Mrd €. In den kommenden 17 Jahren werden die Zuführungen aus jährlich 0,1 Beitragssatzprozentpunkten fortgesetzt, um dann ab dem Jahr 2035 weitere Beitragssatzerhöhungen zu dämpfen.

Überschuss im Gesamtjahr und Rücklagenaufbau beim Pflegevorsorgefonds

Im Jahr 2017 treten die umfassende Reform des Leistungskatalogs und der Übergang zu fünf Pflegegraden anstatt bislang drei Pflegestufen

³ Das Defizit beim Gesundheitsfonds dürfte noch etwas höher ausfallen, da die vom Fonds zu leistenden Zuführungen zum Struktur- und Innovationsfonds zusätzlich aus der Reserve entnommen werden.

⁴ Hierbei wird der Pflegevorsorgefonds ausgeklammert. Seit dem Jahr 2015 werden an den Fonds Mittel aus einem zehntel Beitragssatzprozentpunkt weitergeleitet (fast ½ Mrd € im dritten Quartal 2016). Der Einfluss auf die im Folgenden genannte Wachstumsrate der Gesamtausgaben im operativen Bereich ist vernachlässigbar.

Verschlechterung der Finanzlage trotz Beitragssatzanstieg im Jahr 2017

aus dem zweiten Pflegestärkungsgesetz in Kraft. Dabei gilt eine Schutzklausel, welche Kürzungen für diejenigen, die Leistungen vor dem Umstellungszeitpunkt bezogen haben, ausschließt. Zur Finanzierung wird der Beitragssatz nach 2015 erneut angehoben (um 0,2 Prozentpunkte von 2,35% auf 2,55% zuzüglich jeweils 0,25 Prozentpunkte für Kinderlose). Die hiermit erzielten Mehreinnahmen reichen aber nicht aus, um die Kostenzuwächse voll zu decken. Ohne eine zusätzliche Ausgabenbegrenzung sind dadurch, wie auch durch den demografischen Wandel, weitere Beitragssatzanstiege im umlagefinanzierten Pflegesystem angelegt.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Nettotilgungen am deutschen Rentenmarkt

Im Oktober 2016 lag das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 97,5 Mrd € deutlich unter dem Wert des Vormonats (113,8 Mrd €). Nach Abzug der im Vergleich zum September höheren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden inländische Schuldverschreibungen für netto 6,4 Mrd € getilgt. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen in Deutschland sank im Berichtsmonat um 3,1 Mrd €, sodass der Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Markt insgesamt um 9,5 Mrd € abnahm.

Gesunkene Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand tilgte im Oktober Schuldverschreibungen in Höhe von netto 10,3 Mrd € (nach Nettoemissionen in Höhe von 2,7 Mrd € im September). Vor allem der Bund führte seine Verschuldung per saldo um 9,8 Mrd € zurück. Der Schwerpunkt der Tilgungen lag bei fünfjährigen Bundesobligationen (13,5 Mrd €), aber auch Bubills wurden im Ergebnis zurückgegeben (1,0 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von zehn- und 30-jährigen Bundesanleihen (2,1 Mrd € bzw. 1,8 Mrd €) gegenüber. Die Länder und Gemeinden tilgten im Ergebnis Anleihen für 0,5 Mrd €.

Inländische Kreditinstitute begaben im Oktober per saldo Anleihen für 0,6 Mrd € (nach 6,1 Mrd € im September). Dabei stieg vor allem der Umlauf von Sonstigen Bankschuldverschreibungen (0,9 Mrd €) sowie von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (0,6 Mrd €) und von Hypothekenpfandbriefen (0,5 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 1,3 Mrd € gegenüber.

Kaum Nettoemissionen der Kreditinstitute

Heimische Unternehmen vergrößerten im Oktober ihre Kapitalmarktverschuldung um 3,3 Mrd €. Dabei wurden im Ergebnis vor allem langfristige Papiere emittiert. Die Emissionen waren überwiegend auf die Gruppe der Sonstigen Finanzinstitute zurückzuführen (2,3 Mrd €), aber auch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften platzierten Anleihen am Markt (1,9 Mrd €).

Kapitalmarktverschuldung der Unternehmen gestiegen

Als Erwerber am deutschen Rentenmarkt trat im Berichtsmonat vor allem die Bundesbank in Erscheinung; sie erwarb – im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems – per saldo Schuldverschreibungen für 17,3 Mrd €. Die inländischen Nichtbanken vergrößerten ihr Rentenportfolio um 0,5 Mrd €. Dagegen veräußerten gebietsfremde Investoren und heimische Kreditinstitute Schuldtitel für netto 19,7 Mrd € beziehungsweise 7,6 Mrd €.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden von inländischen Gesellschaften im Oktober neue Aktien für 0,2 Mrd € begeben. Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt stieg um 1,7 Mrd €. Erworben wurden Aktien im Ergebnis von ausländischen Investoren (3,5 Mrd €). Inländische Nichtbanken und heimische Kreditinstitute veräußerten Dividentitel per saldo für 1,4 Mrd € beziehungsweise 0,2 Mrd €. Während sich die Nichtbanken im Ergebnis von inländischen Werten trennten, veräußerten die Kreditinstitute per saldo ausländische Papiere.

Nettoemissionen am deutschen Aktienmarkt

Investmentfonds

Deutsche
 Investmentfonds
 verzeichnen
 Mittelzuflüsse

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Oktober per saldo Mittelzuflüsse in Höhe von 11,6 Mrd € (September: 8,1 Mrd €). Erneut profitierten hiervon im Ergebnis überwiegend die institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (9,8 Mrd €). Von den Fondsanbietern verkauften vor allem Gemischte Wertpapierfonds (6,1 Mrd €) neue Anteilscheine, in geringerem Umfang aber auch Offene Immobilienfonds (1,7 Mrd €), Aktienfonds (1,6 Mrd €) sowie Dachfonds (1,2 Mrd €). Der Umlauf der in Deutschland vertriebenen ausländischen Fondsanteile stieg im Berichtsmonat um 6,4 Mrd €. Im Oktober wurden Investmentanteile fast ausschließlich von inländischen Nichtbanken (18,1 Mrd €) erworben. Ausländische Investoren kauften Anteilscheine per saldo für 0,1 Mrd €, während heimische Kreditinstitute Fondsanteile für netto 0,2 Mrd € veräußerten.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz-
 überschuss
 gesunken

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Oktober 2016 einen Überschuss von 18,4 Mrd €. Das Ergebnis lag um 6,0 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Wesentlich dafür war die Verminderung des Aktivsaldo im Warenhandel. Dagegen veränderte sich das Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen, nur wenig.

Aktivsaldo im
 Warenhandel
 zurückgegangen

Der Überschuss im Warenhandel ging im Vormonatsvergleich um 5,7 Mrd € auf 20,2 Mrd € im Oktober zurück. Dabei nahmen die Warenexporte ab, während sich die Warenimporte wertmäßig praktisch nicht veränderten.

Defizit bei den
 „unsichtbaren“
 Leistungstrans-
 aktionen nur
 wenig verändert

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen nahm der Passivsaldo lediglich geringfügig um 0,3 Mrd € auf 1,8 Mrd € im Oktober zu. Ausschlaggebend war, dass die Ausweitung des Defizits bei den Sekundäreinkommen beinahe durch höhere Nettoeinnahmen bei den Primär-

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2015	2016	
	Oktober	September	Oktober
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 1,3	12,5	- 6,4
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	5,8	6,1	0,6
Anleihen der öffentlichen Hand	- 0,9	2,7	- 10,3
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	5,6	5,3	- 3,1
Erwerb			
Inländer	6,8	23,9	10,2
Kreditinstitute ³⁾	- 12,3	- 4,0	- 7,6
Deutsche Bundesbank	12,7	17,8	17,3
Übrige Sektoren ⁴⁾	6,4	10,2	0,5
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 1,1	5,4	- 0,1
Ausländer ²⁾	- 2,4	- 6,1	- 19,7
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	4,4	17,8	- 9,5

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.
 Deutsche Bundesbank

einkommen ausgeglichen wurde, während sich der Minussaldo in der Dienstleistungsbilanz (von 3,5 Mrd €) praktisch auf dem Vormonatsstand hielt. Das größere Defizit bei den Sekundäreinkommen (3,8 Mrd €, nach 2,7 Mrd € im September) hing insbesondere mit niedrigeren Einnahmen des Staates aus laufenden Steuern Gebietsfremder auf Einkommen und Vermögen zusammen. Die Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen stiegen von 4,7 Mrd € auf 5,5 Mrd €. Dahinter standen vor allem geringere Zahlungen für Dividenden aus Wertpapieranlagen sowie Dividenden und ausgeschüttete Gewinne aus Beteiligungskapital Gebietsfremder, die den Rückgang der Einkünfte gebietsansässiger Investoren aus den entsprechenden Kapitalengagements im Ausland überwogen.

Auch im Oktober beeinflusste die Geldpolitik in den großen Währungsräumen die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten. Vor diesem Hintergrund ergaben sich im grenzüber-

Mittelabflüsse
 im Wertpapier-
 verkehr

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2015	2016		
		Okt.	Sept.	Okt. p)
I. Leistungsbilanz	+ 21,7	+ 24,4	+ 18,4	
1. Warenhandel ¹⁾	+ 23,9	+ 25,9	+ 20,2	
Ausfuhr (fob)	103,7	105,4	99,7	
Einfuhr (fob)	79,9	79,5	79,5	
nachrichtlich:				
Außenhandel ²⁾	+ 21,7	+ 24,2	+ 19,3	
Ausfuhr (fob)	105,8	106,0	101,5	
Einfuhr (cif)	84,1	81,8	82,2	
2. Dienstleistungen ³⁾	- 5,8	- 3,5	- 3,5	
Einnahmen	19,2	21,7	20,9	
Ausgaben	25,1	25,2	24,4	
3. Primäreinkommen	+ 6,8	+ 4,7	+ 5,5	
Einnahmen	15,4	15,3	14,6	
Ausgaben	8,6	10,6	9,1	
4. Sekundäreinkommen	- 3,1	- 2,7	- 3,8	
II. Vermögensänderungsbilanz	- 0,1	+ 0,7	- 0,1	
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 16,5	+ 22,5	+ 26,4	
1. Direktinvestition	+ 0,3	+ 2,9	+ 14,0	
Inländische Anlagen im Ausland	+ 4,4	+ 14,8	+ 8,9	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 4,1	+ 12,0	- 5,0	
2. Wertpapieranlagen	+ 10,8	+ 19,0	+ 20,9	
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 10,5	+ 12,1	+ 4,9	
Aktien ⁴⁾	+ 1,0	+ 2,8	+ 1,6	
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 3,9	+ 4,0	+ 6,4	
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 6,5	+ 6,0	- 2,4	
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 0,8	- 0,6	- 0,7	
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 0,3	- 7,0	- 16,0	
Aktien ⁴⁾	+ 2,1	- 0,6	+ 3,5	
Investmentfondsanteile	0,0	- 0,2	+ 0,1	
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	- 2,2	- 13,8	- 12,4	
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 0,2	+ 7,7	- 7,3	
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 2,8	+ 5,1	+ 4,7	
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	+ 2,5	- 3,8	- 13,0	
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	- 1,5	- 11,4	+ 4,6	
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	+ 4,2	- 12,0	- 1,3	
Staat	+ 4,4	- 6,3	- 8,8	
Bundesbank	+ 0,3	+ 2,1	- 5,9	
Bundesbank	- 0,8	+ 11,8	- 2,8	
5. Währungsreserven ¹²⁾	+ 0,2	- 0,7	- 0,1	
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	- 5,1	- 2,7	+ 8,1	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genußscheine. 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

schreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands Netto-Kapitalexporte in Höhe von 20,9 Mrd €. Diese Mittelabflüsse waren im Wesentlichen von dem Rückgang inländischer Wertpapiere in der Hand von Ausländern geprägt (16,0 Mrd €). Gebietsfremde Investoren trennten sich vor allem von deutschen Staatsanleihen (19,0 Mrd €), wozu auch Käufe der Bundesbank im Rahmen des erweiterten Wertpapierankaufprogramms des Eurosystems (expanded Asset Purchase Programme: APP) beitrugen. Darüber hinaus verkauften sie Geldmarktpapiere (7,3 Mrd €). Sie erwarben hingegen private Anleihen (6,6 Mrd €) und Aktien (3,5 Mrd €). Gebietsansässige Anleger kauften per saldo ausländische Wertpapiere für 4,9 Mrd €. Ausschlaggebend war der Erwerb von Investmentzertifikaten (6,4 Mrd €) und Aktien (1,6 Mrd €). Dagegen trennten sie sich von Anleihen (2,4 Mrd €) und Geldmarktpapieren (0,7 Mrd €).

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im Oktober ebenfalls zu Netto-Kapitalexporten, und zwar in Höhe von 14,0 Mrd €. Heimische Unternehmen führten verbundenen Unternehmen im Ausland per saldo Mittel in Höhe von 8,9 Mrd € zu. Dies erfolgte sowohl über eine Aufstockung des Beteiligungskapitals (6,9 Mrd €) als auch über eine Ausweitung konzerninterner Kredite (2,0 Mrd €). Ausländische Unternehmen zogen aus ihren hiesigen Niederlassungen per saldo Direktinvestitionsmittel in Höhe von 5,0 Mrd € ab, was ausschließlich auf den Abbau konzerninterner Kredite zurückzuführen war (5,9 Mrd €). Demgegenüber stockten sie das Beteiligungskapital an gebietsansässigen Töchtern geringfügig auf (0,9 Mrd €).

Dagegen ergaben sich im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, Netto-Kapitalimporte in Höhe von 13,0 Mrd €. Ursächlich hierfür war vor allem das Mittelaufkommen bei Unternehmen und Privatpersonen (netto 8,8 Mrd €). Während der Staat ebenfalls Netto-

Netto-Kapitalexporte im Bereich der Direktinvestitionen

Mittelzuflüsse im übrigen Kapitalverkehr

Kapitalimporte verzeichnete (5,9 Mrd €), stellten Monetäre Finanzinstitute dem Ausland per saldo Mittel zur Verfügung (4,6 Mrd €). Die Netto-Auslandsposition der Bundesbank verminderte sich um 2,8 Mrd €. Dahinter stand eine Abnahme der Forderungen der Bundesbank aus den TARGET2-Salden um 7,7 Mrd €.

Zugleich sanken ihre Auslandsverbindlichkeiten um 4,9 Mrd €.

Die Währungsreserven der Bundesbank nahmen im Oktober – zu Transaktionswerten gerechnet – leicht ab (0,1 Mrd €).

*Währungs-
reserven*

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem soliden Aufschwung. Hauptstütze ist die lebhaftere Binnennachfrage, die von der günstigen Arbeitsmarktlage und steigenden Einkommen der privaten Haushalte profitiert. In den kommenden Jahren trüben sich die gegenwärtig für den privaten Konsum sehr vorteilhaften Rahmenbedingungen allerdings etwas ein. Die Beschäftigung dürfte demografisch bedingt weniger dynamisch zulegen, und steigende Energiepreise schmälern die Kaufkraft der Verbraucher. Die Auslandsgeschäfte, die im kommenden Jahr noch unter dem verhaltenen Wachstum des Welthandels leiden, dürften sich zwar im Einklang mit den Absatzmärkten der deutschen Exporteure langsam verstärken, aber dies wird voraussichtlich keinen vollständigen Ausgleich für die weniger schwungvolle Binnenkonjunktur bieten.

In diesem Szenario könnte die deutsche Wirtschaft im laufenden und kommenden Jahr kalenderbereinigt um jeweils 1,8% wachsen und 2018 und 2019 mit 1,6% beziehungsweise 1,5% etwas weniger stark zulegen (in unbereinigter Betrachtung 2016 1,9%, 2017 1,5%). Das Expansions-tempo übersteigt damit in allen Jahren spürbar die Wachstumsrate des Produktionspotenzials. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürften daher am Ende des Projektionszeitraums deutlich stärker als im langfristigen Mittel ausgelastet sein. Dies geht mit zunehmenden Engpässen am Arbeitsmarkt einher, die noch durch die ungünstige demografische Entwicklung verstärkt werden und höhere Lohnsteigerungen zur Folge haben. Bei den Staatsfinanzen sind ohne neue expansive Maßnahmen auch perspektivisch Überschüsse angelegt, die aber etwas geringer als im Vorjahr ausfallen dürften. Dahinter steht eine expansive fiskalische Ausrichtung, die allerdings durch positive Konjunkturfaktoren und sinkende Zinslasten verdeckt wird. Die Schuldenquote dürfte kontinuierlich sinken und könnte im Jahr 2019 die Grenze von 60% erreichen.

Die Teuerung auf der Verbraucherstufe wird im Durchschnitt des laufenden Jahres vor allem durch die deutlich gesunkenen Energiepreise noch merklich gedämpft. Erst ab dem kommenden Jahr dürfte der binnenwirtschaftliche Einfluss zunehmend sichtbar werden. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) könnte sich die Preissteigerungsrate von 0,3% im laufenden auf 1,4% im kommenden Jahr erhöhen. Ohne Energie gerechnet dürfte die Rate von 1,1% auf 1,4% steigen. Aufgrund des dann erwarteten stärkeren Anstiegs der Arbeitskosten könnte sich die Teuerung sowohl insgesamt als auch ohne Energie 2018 auf 1,7% und 2019 auf 1,9% verstärken.

Im Vergleich zur Projektion vom Juni 2016 wird jetzt für 2017 ein leicht höheres und für 2018 ein geringfügig niedrigeres Wirtschaftswachstum erwartet. Im Hinblick auf den Preisanstieg ergaben sich insgesamt wenige Änderungen. Die Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen. Die Verbraucherpreise könnten vor allem 2017 stärker steigen als hier projiziert, da die Ölpreise nach Festlegung der Annahmen deutlich gestiegen sind. In den folgenden Jahren erscheinen die Risiken ausgeglichen, weil dann die preistreibende Wirkung des Rohölpreisanstiegs geringer sein dürfte. Zudem könnten höhere Arbeitskosten in geringerem Maße als angenommen auf die Preise überwältigt werden.

■ Konjunktureller Ausblick¹⁾

Deutsche Wirtschaft wuchs im Sommerhalbjahr 2016 vorübergehend in gemäßigerem Tempo, ...

Nach dem kräftigen Winterhalbjahr 2015/2016 wuchs die deutsche Wirtschaft im Sommer 2016 zwar in solidem, aber gemäßigerem Tempo. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm wie in der Juni-Projektion erwartet im zweiten und dritten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt um insgesamt 0,6% zu.²⁾ Damit blieb die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung vorübergehend etwas hinter der recht kräftigen konjunkturellen Grundtendenz zurück. Dies lag zum einen daran, dass die Industrie das zu Jahresbeginn deutlich erhöhte Produktionsniveau nicht ganz halten konnte. Zum anderen entfielen im Sommer einige Sonderfaktoren, die dazu beigetragen hatten, dass die Binnenwirtschaft im Winter besonders lebhaft war, oder sie kehrten sich sogar um. So stieg der Rohölpreis, der um den Jahreswechsel 2015/2016 noch erheblich gesunken war, wieder etwas an. Aufgrund der damit entfallenden Kaufkraftgewinne nahmen die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und damit deren Konsum langsamer als zuvor zu. Außerdem war die Bauproduktion durch den milden Winter begünstigt worden. Trotz der grundsätzlich guten Baukonjunktur erlitten die Bauinvestitionen daher einen Rücksetzer. Schließlich gingen die Ausrüstungsinvestitionen, die zuvor sehr kräftig gestiegen waren, wieder deutlich zurück.

... dürfte aber im gegenwärtigen Winterhalbjahr wieder schwungvoll expandieren

Grundsätzlich ist die Binnenkonjunktur aber nach wie vor kräftig. Zudem zeichnet sich für das gegenwärtige Winterhalbjahr eine merkliche Belebung der exportorientierten Industrie ab. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe stieg im Oktober weiter an, die Auslandsbestellungen sind kräftig aufwärtsgerichtet und die Stimmung bei den Unternehmen hellte sich zuletzt deutlich auf. Daher dürfte die deutsche Wirtschaft im gegenwärtigen Winterhalbjahr wieder mit viel Schwung wachsen.

Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums sind die Perspektiven für die Auslandsnachfrage deutlich verhaltener. Somit bleibt die Binnen-

wirtschaft die tragende Säule des Wirtschaftswachstums. Allerdings trüben sich die gegenwärtig sehr günstigen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf etwas ein. Die Beschäftigung dürfte aufgrund einer niedrigeren Zuwanderung, ungünstiger Perspektiven für die heimische Demografie und steigender Arbeitskräfteknappheit weniger dynamisch zulegen als in den vergangenen Jahren. Damit gehen zwar stärkere Zuwächse bei den Löhnen einher. Da mit den auslaufenden Effekten der vergangenen Ölpreiserückgänge aber auch die Verbraucherpreise wieder stärker steigen, werden die realen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte insgesamt abgebremst. Deshalb ist zu erwarten, dass der private Konsum etwas an Fahrt verliert. Dies gilt auch für die Wohnungsbauinvestitionen. Schließlich dürften die staatlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge in den kommenden Jahren leicht sinken, was mit dazu beiträgt, dass der fiskalische Expansionsgrad sukzessive abnimmt. Die Binnenwirtschaft wird daher etwas an Schwung einbüßen. Die Exporte dürften zwar im Winterhalbjahr zunächst kräftig zunehmen. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums leiden sie aber unter der eher zögerlichen Erholung des Welthandels (vgl. Erläuterungen auf S. 20 ff.). Die allmähliche und leichte Beschleunigung der Exporte – und die im Gefolge höhere gewerbliche Investitionstätigkeit – wird daher die insgesamt schwächere Binnenkonjunktur nicht vollständig ausgleichen können.

Binnenwirtschaft verliert im Projektionszeitraum etwas an Fahrt, leicht steigende Exportzuwächse bieten keinen vollständigen Ausgleich

Das kalenderbereinigte reale BIP könnte daher nach kräftigen Zuwächsen von jeweils 1,8% in den Jahren 2016 und 2017 in den folgenden beiden Jahren mit 1,6% beziehungsweise 1,5% etwas schwächer ansteigen. Insbesondere wegen der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen ergibt sich in unbereinigter Betrachtung für 2016 und 2017 mit Wachstumsraten von

Wirtschaft wächst 2016 und 2017 kräftig, später etwas schwächer

¹ Die hier vorgestellte Vorausschätzung für Deutschland wurde am 24. November 2016 abgeschlossen. Sie ist in die am 8. Dezember 2016 von der EZB veröffentlichte Projektion für den Euro-Raum eingegangen.

² Siehe: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017 mit einem Ausblick auf das Jahr 2018, Monatsbericht, Juni 2016, S. 13–28.

1,9% beziehungsweise 1,5% ein weniger gleichmäßiges Bild (vgl. unten stehende Tabelle).³⁾ Damit wird für 2016 und 2017 ein etwas höheres kalenderbereinigtes BIP-Wachstum erwartet als in der Juni-Projektion unterstellt (vgl. Tabelle auf S. 28). Ausschlaggebend ist neben Aufwärtsrevisionen im Winterhalbjahr 2015/2016 die jetzt günstigere Einschätzung für das Winterhalbjahr 2016/2017. Für 2018 wurden die Erwartungen dagegen geringfügig nach unten korrigiert. Hier schlagen sich die schwächeren Annahmen für das Absatzmarktwachstum der deutschen Exporteure nieder.

Produktionskapazitäten am Ende des Projektionszeitraums deutlich stärker ausgelastet als im langfristigen Mittel

Damit wächst die deutsche Wirtschaft nach dieser Projektion durchgängig spürbar stärker als das Produktionspotenzial. Dessen Zuwachs schwächt sich von 1,4% im laufenden Jahr über 1,3% in den beiden folgenden Jahren auf 1,2% 2019 ab. Dahinter steht zum einen die Annahme rückläufiger Wanderungsüberschüsse. Zum anderen werden die dämpfenden Einflüsse der heimischen Demografie auf das Erwerbspersonenpotenzial der Tendenz nach immer größer. Die bereits im laufenden Jahr merklich positive Produktionslücke weitet sich daher zunehmend aus, sodass die Kapazitäten am Ende des Projektionszeitraums deutlich stärker ausgelastet sind als im langfristigen Mittel.

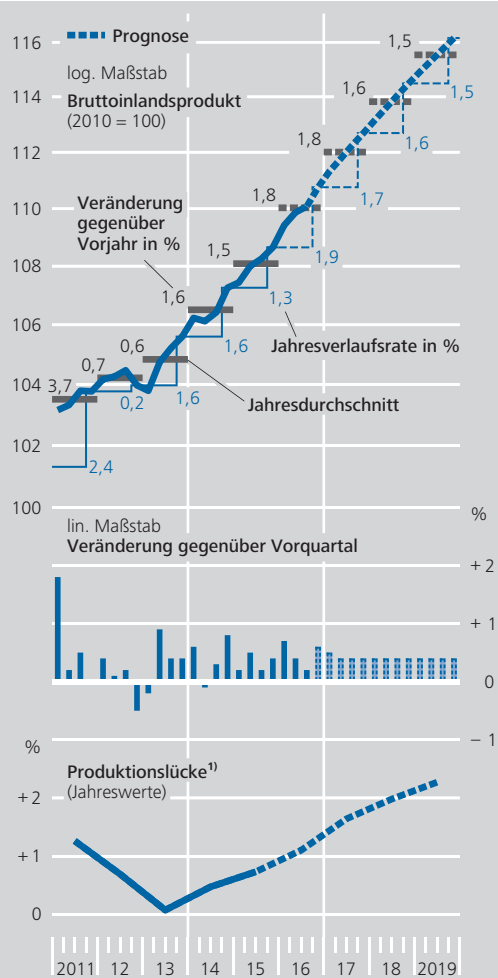
Ausfuhren ziehen nach kurzem Zwischenspurts langsam an

Die deutschen Exporte dürften vorübergehend deutlich an Stärke gewinnen. In der kurzen Frist ist nach dem leichten Rückgang im dritten Quartal vor dem Hintergrund des spürbaren Auftragsschubs aus dem Ausland und der hohen Exporterwartungen der Unternehmen eine kräftige Ausweitung der Ausfuhren zu erwarten. Die Absatzmärkte erholen sich im Einklang mit dem Welthandel allerdings nur zögerlich. Im weiteren Verlauf sind daher zunächst geringere Impulse von der Auslands-

³⁾ Für den ausgeprägten negativen Kalendereffekt im kommenden Jahr spielt neben der allgemeinen Kalenderkonstellation auch eine Rolle, dass der Reformationstag 2017 anlässlich der 500-Jahrfeier in allen Bundesländern zum Feiertag erklärt worden ist. Dieser Einmaleffekt dämpft den BIP-Anstieg im kommenden Jahr rein rechnerisch zusätzlich um etwa 0,1 Prozentpunkte.

Gesamtwirtschaftliche Produktion und Produktionslücke

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2016 bis 2019 eigene Prognosen. ¹ Abweichung des BIP vom geschätzten Produktionspotenzial. Deutsche Bundesbank

Technische Komponenten zur BIP-Wachstumsprognose

in % bzw. Prozentpunkten

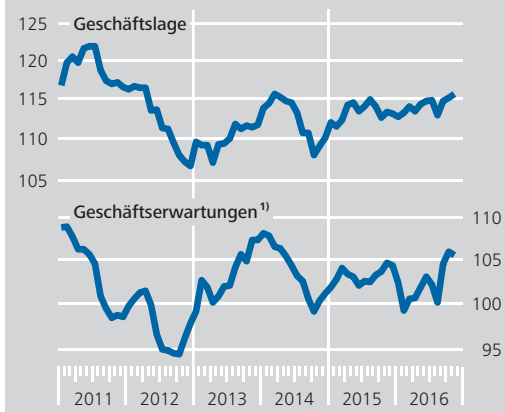
Position	2016	2017	2018	2019
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹⁾	0,5	0,7	0,6	0,6
Jahresverlaufsrate ²⁾	1,9	1,7	1,6	1,5
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,8	1,8	1,6	1,5
Kalendereffekt ³⁾	0,1	-0,3	0,0	0,0
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate ⁴⁾	1,9	1,5	1,6	1,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 bis 2019 eigene Prognosen. ¹ Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. ³ In % des BIP. ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Deutsche Bundesbank

Geschäftslage und -erwartungen

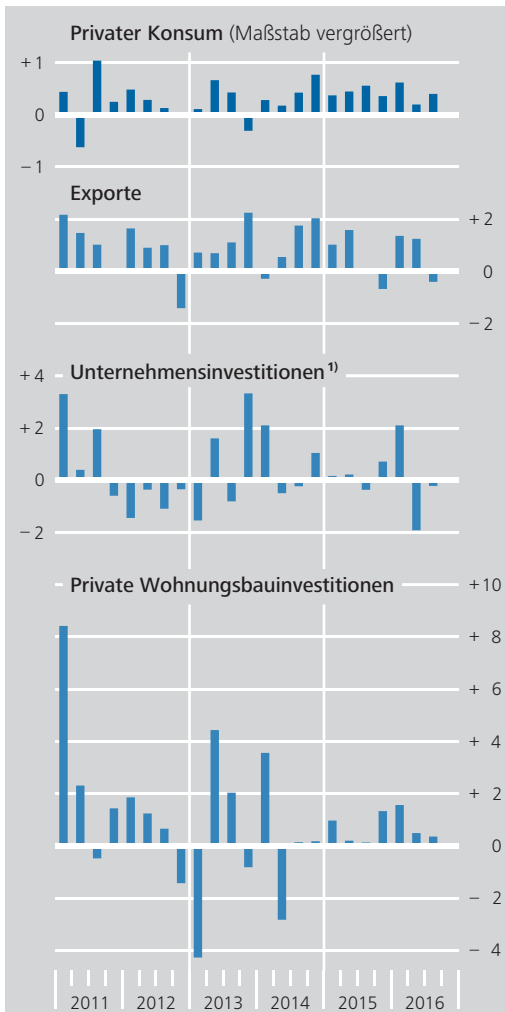
2005 = 100, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: ifo Institut. **1** Für die nächsten sechs Monate.
 Deutsche Bundesbank

Wichtige Nachfragekomponenten

Veränderung gegenüber Vorquartal in %, preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR). **1** Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau.
 Deutsche Bundesbank

nachfrage zu erwarten.⁴⁾ Die Exporte sollten sich dann wieder stärker an den Absatzmärkten orientieren, deren Zuwachsrate über den Projektionszeitraum nur leicht ansteigt. Dabei dürften die Ausfuhren etwas langsamer wachsen als die globalen Absatzmärkte. Zum einen verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Handel innerhalb des Euro-Raums, da die Lohnstückkosten stärker als in anderen EWWU-Mitgliedstaaten steigen. Zum anderen dürften die Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) sowie die Verschiebung der Nachfrage in China in Richtung Konsumgüter die deutschen Ausfuhren in Länder außerhalb des Euro-Raums über den direkten Absatzmarkteffekt hinaus dämpfen. Von beiden Entwicklungen sind Investitionsgüter besonders betroffen, die einen hohen Anteil an den deutschen Exporten aufweisen. Zwar könnten die deutschen Exporteure gegenüber ihren Konkurrenten im Ausland außerhalb des Euro-Raums aufgrund niedrigerer Preissteigerungen etwas an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen; dies dürfte aber nicht ausreichen, um Marktanteilsverluste ganz zu verhindern.

Die Unternehmensinvestitionen konnten das zuvor erreichte Niveau im Sommerhalbjahr nicht wie erwartet leicht ausbauen, sondern sind kräftig zurückgegangen. Darin könnte sich eine abwartende Haltung der exportorientierten Unternehmen in der deutschen Industrie angesichts der erhöhten Unwägbarkeiten hinsichtlich der internationalen Handelsperspektiven widerspiegeln. Vor dem Hintergrund der zuletzt deutlich verbesserten Absatzerwartungen und der kräftig angestiegenen Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe sowie der damit erwarteten temporären Verstärkung des konjunkturellen Tempos im Winterhalbjahr

Günstige Voraussetzungen für deutlich steigende Unternehmensinvestitionen

⁴ Während die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests für die Exporterwartungen auf kräftige Ausfuhren um den Jahreswechsel 2016/2017 hindeuten, zeigen die auf Jahressicht erhobenen Exporterwartungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) verhaltene Exportaussichten an.

2016/2017 dürften auch die gewerblichen Investitionen wieder spürbar zulegen. Auch im weiteren Verlauf des kommenden Jahres bleibt dank der kräftigen Binnennachfrage die konjunkturelle Grundtendenz so kräftig, dass sich die gesamtwirtschaftliche Auslastung weiter erhöht. Damit dürften für die Unternehmen Erweiterungen ihrer Produktionskapazitäten wieder dringlicher werden. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen vorteilhaft, und in den späteren Jahren des Projektionszeitraums werden auch wieder etwas stärker anziehende Exporte erwartet. Damit sind die Voraussetzungen für deutlich steigende Unternehmensinvestitionen günstig.

*Wohnungsbau
 zunächst sehr
 dynamisch,
 später mit etwas
 weniger Schub*

Im Gegensatz zu den Unternehmensinvestitionen – einschließlich Gewerbebau – weiteten sich die Wohnungsbauinvestitionen auch im Sommerhalbjahr 2016 weiter aus und übertrafen die Erwartungen der Juni-Projektion. Zur expansiven Grundtendenz beim Wohnungsbau tragen vor allem die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Impulse dürften zudem von der nach wie vor kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung kommen. Für die seit dem Winterhalbjahr 2015/2016 erhöhte Dynamik bei den Wohnungsbauinvestitionen könnte auch der Wohnungsbedarf aufgrund der Flüchtlingszuwanderung des vergangenen Jahres eine Rolle gespielt haben.⁵⁾ Zunächst dürfte der Wohnungsbau mit Blick auf den hohen Auftragsbestand, die von den Bauunternehmen als außerordentlich gut eingeschätzte Geschäftslage und -aussicht sowie die überaus hohe Geräteauslastung weiter kräftig expandieren. Mit dem allmählichen Abarbeiten des aufgelaufenen Auftragsbestandes könnte er danach jedoch deutlich an Schwung verlieren. Bei nachlassender Zuwanderung dürften sich die von der heimischen Demografie angelegten

⁵ Darüber hinaus könnten sich Vorzieheffekte bei den Genehmigungen von Bauvorhaben im Zusammenhang mit den zum Jahreswechsel 2015/2016 verschärften Anforderungen an die Energiestandards von neuen Wohngebäuden zum Teil auch auf die Bauinvestitionen ausgewirkt haben.

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Prognose

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, kalenderbereinigt ¹⁾

Position	2015	2016	2017	2018
BIP (real)	1,5	1,8	1,8	1,6
desgl. unbereinigt	1,7	1,9	1,5	1,6
Verwendung des realen BIP				
Private Konsumausgaben	1,9	1,7	1,6	1,5
nachrichtlich: Sparquote	9,7	9,6	9,6	9,5
Konsumausgaben des Staates	2,8	4,1	2,3	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	2,2	3,1	3,0
Unternehmensinvestitionen ²⁾	0,9	1,2	2,1	2,9
Private Wohnungsbauinvestitionen	1,0	3,5	3,7	2,9
Exporte	4,6	2,3	3,2	3,4
Importe	5,1	3,1	4,1	4,5
nachrichtlich:				
Leistungsbilanzsaldo ³⁾	8,4	8,9	8,1	7,8
Beiträge zum BIP-Wachstum ⁴⁾				
Inländische Endnachfrage	1,8	2,2	1,9	1,8
Vorratsveränderungen	-0,4	-0,2	0,0	0,0
Exporte	2,1	1,1	1,5	1,6
Importe	-2,0	-1,2	-1,6	-1,8
Arbeitsmarkt				
Arbeitsvolumen ⁵⁾	0,6	0,8	0,9	0,7
Erwerbstätige ⁵⁾	0,9	1,0	0,9	0,6
Arbeitslose ⁶⁾	2,8	2,7	2,6	2,6
Arbeitslosenquote ⁷⁾	6,4	6,1	5,9	5,8
Löhne und Lohnkosten				
Tarifverdienste ⁸⁾	2,3	2,1	2,1	2,7
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,7	2,4	2,4	2,9
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,4	2,2	2,4	2,8
Reales BIP je Erwerbstätigen	0,6	0,7	0,9	1,0
Lohnstückkosten ⁹⁾	1,9	1,4	1,5	1,8
nachrichtlich: BIP-Deflator	2,0	1,4	1,5	1,8
Verbraucherpreise ¹⁰⁾				
ohne Energie	1,1	1,1	1,4	1,7
Energiekomponente	-7,0	-5,7	0,8	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2016 bis 2018 eigene Prognosen. ¹ Falls Kalendereinfluss vorhanden. Angaben in Ursprungswerten befinden sich in der Tabelle auf S. 31. ² Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. ³ In % des nominalen BIP. ⁴ Rechnerisch, in Prozentpunkten. Abweichungen in der Summe rundungsbedingt. ⁵ Inlandskonzept. ⁶ In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). ⁷ In % der zivilen Erwerbspersonen. ⁸ Auf Monatsbasis; gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank. ⁹ Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. ¹⁰ Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Rahmenbedingungen

Die hier vorgelegte Projektion basiert auf Annahmen über die Weltwirtschaft, die Wechselkurse, die Rohstoffpreise und die Zinssätze, die von Fachleuten des Eurosystems festgelegt wurden. Ihnen liegen Informationen zugrunde, die am 17. November 2016 verfügbar waren. Die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum ergeben sich aus den Projektionen der nationalen Zentralbanken der Euro-Länder. Hinsichtlich der Finanzpolitik sind nur Maßnahmen einbezogen, die verabschiedet sind oder die bereits hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung als wahrscheinlich eingestuft wurde.

Die Weltwirtschaft konnte ihr Expansions-tempo im Sommer 2016 etwas steigern. Das globale Wachstum entsprach damit weitgehend den Erwartungen der vorangegangenen Projektion. Das konjunkturelle Grundtempo in den Vereinigten Staaten von Amerika bleibt moderat, sodass die starke Zuwachsrate des dritten Quartals im weiteren Verlauf schwer aufrechtzuerhalten sein dürfte.¹⁾ Obwohl sich die britische Konjunktur nach dem Referendum über einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) zunächst robuster erwies als angenommen, wird dort für die kommenden Jahre insbesondere aufgrund eingetrübter Aussichten für den privaten Konsum, den Außenhandel und die Investitionen mit einem schwächeren Wirtschaftswachstum gerechnet. Für die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt wird im Projektionszeitraum keine Wachstumsverstärkung über die für die zweite Jahreshälfte 2016 erwarteten Raten hinaus unterstellt.

Auch das Expansionstempo in den Schwellenländern hat zuletzt wieder etwas an Schwung gewonnen. Die Rohstoffe expor-

tierenden Schwellenländer profitierten von steigenden Preisen für ihre Ausführprodukte, und zumindest die Rezession in Russland scheint beendet zu sein. China befindet sich derzeit im Übergang zu einem weniger investitions- und exportgetriebenen Wachstumsmodell. Die damit einhergehenden negativen Effekte auf das Wirtschaftswachstum werden durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik weitgehend abgedeckt, sodass sich das Wirtschaftswachstum auch in den nächsten Jahren nur graduell ermäßigen dürfte. Insgesamt wird für die aufstrebenden Volkswirtschaften nur eine geringe Steigerung der zuletzt erreichten Zuwachsraten über die kommenden Jahre erwartet. Somit wurden die Aussichten gegenüber der Einschätzung im Juni – ähnlich wie für die Industrieländer – leicht nach unten revidiert. In der vorliegenden Projektion wird davon ausgegangen, dass die Weltwirtschaft (ohne den Euro-Raum und bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten) im laufenden Jahr um 3% wächst. Die Zuwachsraten dürften im Jahr 2017 mit 3½% sowie jeweils 3¾% in den Jahren 2018 und 2019 nur leicht anziehen.

Der Welthandel blieb im Jahresverlauf 2016 nochmals leicht hinter den Erwartungen der vorangegangenen Projektion zurück. Insbesondere die Importe der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften enttäuschten im Frühjahr und Sommer und expandierten mit ähnlichen Raten wie die Einfuhren der Schwellenländer. Auch im Projektionszeit-

¹ Mögliche Folgen des bevorstehenden Regierungswechsels in den USA, die über die in Zins- und Wechselkursannahmen berücksichtigten Markterwartungen sowie über die in der kurzen Frist erhöhte Unsicherheit hinausgehen, liegen der Projektion für die Weltwirtschaft nicht zugrunde. Dies betrifft insbesondere mögliche fiskalpolitische Maßnahmen, Einschränkungen von Handelsbeziehungen sowie die Migration.

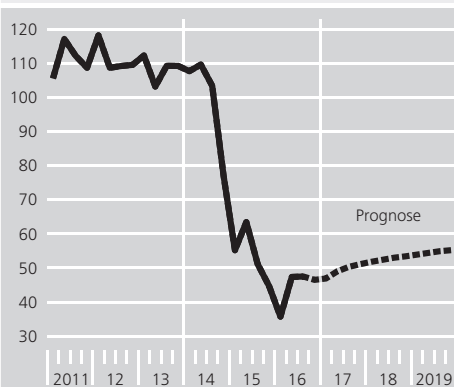
raum wird insbesondere für die Industrieländer eine schwächere Erholung der Importe erwartet als noch im Juni. Insgesamt wird für den internationalen Handel (ohne den Euro-Raum) nach einem Zuwachs von 1% im laufenden Jahr von Steigerungsraten von 2¾% im Jahr 2017 und jeweils 3¾% in den Jahren 2018 und 2019 ausgegangen.

Seit Abschluss der Juni-Projektion haben sich die Rohölnotierungen zumeist in einem relativ engen Band zwischen 45 US-\$ und 50 US-\$ pro Fass bewegt. Die Terminnotierungen, aus denen die Annahmen für die Rohölpreise abgeleitet werden, weisen für den Projektionszeitraum nach wie vor auf einen sehr flachen Anstieg hin. Die dieser Projektion zugrunde liegenden Rohölnotierungen stehen damit für die Jahre 2017 und 2018 nur geringfügig über dem für die Juni-Projektion unterstellten Verlauf. Für das Jahr 2019 zeigen die Terminnotierungen einen weiteren leichten Anstieg auf 54,6 US-\$ pro Fass der Sorte Brent an. Aufgrund der Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro liegen die Ölpreise in Euro gerechnet etwas deutlicher über den Annahmen der Juni-Projektion. Die Notierungen anderer Rohstoffe hatten im September und Oktober wieder etwas nachgegeben, sollten sich aber zum Jahresende erneut erholen. Mit dem erwarteten moderaten Wachstum der Weltwirtschaft dürften ihre Preise ab 2017 auch in jahresdurchschnittlicher Betrachtung wieder ansteigen.

Das Eurosystem setzte seine Ankäufe im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten fort. Diese sollen so lange aufrechterhalten bleiben, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung im Euro-Raum erkennt, die mit dem Ziel in Einklang steht, mittelfristig Preissteigerungsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen.²⁾ Die expansive Geldpolitik hat dazu beigetragen, die Zinsen

Ölpreis

US-\$ je Barrel, vierteljährlich



Quellen: Thomson Reuters und eigene Berechnungen. 4. Vj. 2016 bis 4. Vj. 2019 Prognoseannahmen.

Deutsche Bundesbank

Wichtige Annahmen der Prognose

Position	2016	2017	2018	2019
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro Effektiv ¹⁾	1,11	1,09	1,09	1,09
	110,6	110,7	110,7	110,7
Zinssätze				
EURIBOR-Dreimonatsgeld	-0,3	-0,3	-0,2	0,0
Umlaufrendite öffentlicher Anleihen ²⁾	0,1	0,4	0,6	0,8
Rohstoffpreise				
Rohöl ³⁾	44,3	49,3	52,6	54,6
Sonstige Rohstoffe ^{4) 5)}	-4,0	6,6	3,8	4,5
Absatzmärkte der deutschen Exporteure ^{5) 6)}				
	2,4	3,0	3,7	3,8

¹ Gegenüber den Währungen der 38 wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums (EWK-38-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100. ² Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. ³ US-Dollar je Fass der Sorte Brent. ⁴ In US-Dollar. ⁵ Veränderung gegenüber Vorjahr in %. ⁶ Kalenderbereinigt.

Deutsche Bundesbank

seit Abschluss der Juni-Projektion auf einem sehr niedrigen Niveau zu halten. Die Markterwartungen bezüglich der zukünftigen

² Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Projektion galt noch der Beschluss des EZB-Rates, die Käufe zumindest bis zum März 2017 im Umfang von monatlich 80 Mrd € fortzusetzen. Am 8. Dezember 2016 und damit nach Abschluss der Projektion beschloss der EZB-Rat, die Ankäufe von Vermögenswerten zumindest bis Ende Dezember 2017 fortzusetzen. Das Volumen soll ab April 2017 auf monatlich 60 Mrd € reduziert werden.

Zinsentwicklung sind hingegen wieder etwas deutlicher aufwärtsgerichtet. Dies spiegelt sich in den daraus abgeleiteten technischen Annahmen für die weitere Entwicklung der Kurzfristzinsen und die Rendite neun- bis zehnjähriger Staatsanleihen wider. Dennoch bleiben sie bis zum Ende des Projektionszeitraums weiter auf sehr niedrigem Niveau. Gleiches gilt für die Zinsen für Bankkredite in Deutschland. Der Zugang zu Krediten ist laut ifo Kredithürdenindikator und der Sonderauswertung zum Finanzierungszugang aus der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) vom Spätsommer weiterhin äußerst günstig. Auch die Herbstumfrage des DIHK stellt die Finanzierungsbedingungen als sehr vorteilhaft dar.

Die Erwartungen hinsichtlich des zukünftigen geldpolitischen Kurses der US-Notenbank änderten sich seit Abschluss der Juni-Projektion und sorgten für spürbare Schwankungen des Euro-Dollar-Kurses. Seit Ende September stärkten positive Konjunkturdaten aus den USA den US-Dollar. Vor dem Hintergrund von Spekulationen über zukünftige umfangreiche schuldenfinanzierte Staatsausgabenprogramme setzte in den USA nach der US-Präsidentenwahl ein deutlicher Renditeanstieg ein. Der Euro geriet in der Folge weiter unter Abwertungsdruck. In dem für die Ableitung der Wechselkursannahmen relevanten Zeitraum spiegelt sich diese Entwicklung teilweise wieder. Der Euro notierte bei 1,09 US-\$ und damit 4½% unter den Annahmen für die Juni-Projektion. Gegenüber dem Pfund Sterling hingegen wertete der Euro nach dem Referendum über einen Austritt aus der EU deutlich auf. Neben den Sorgen der Marktteilnehmer über die negativen Auswirkungen auf die britische Volkswirtschaft hat hierzu auch die Leitzinssenkung der britischen Notenbank Anfang August beigetragen. In nominaler effektiver Rechnung, das heißt in

Bezug auf die für den Außenhandel wichtigsten Währungen, wertete der Euro somit nur geringfügig ab und lag nahezu auf den Annahmen der Juni-Projektion.

Die Wirtschaft im Euro-Raum setzte ihren Erholungsprozess im Frühjahr und Sommer entsprechend dem in der Juni-Projektion erwarteten moderaten Grundtempo fort. Für das Winterhalbjahr 2016/2017 wird eine leichte Wachstumsverstärkung erwartet. Im Projektionszeitraum dürften weiterhin starke Impulse von der inländischen Nachfrage ausgehen. Die privaten Konsumausgaben profitieren von dem anhaltend robusten Beschäftigungswachstum und höheren Lohnsteigerungen. Bei steigender Kapazitätsauslastung und weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen dürften auch die Investitionen ihre graduelle Erholung fortsetzen. Die Ausfuhren sollten nach der temporären Eintrübung im Sommer auf ihren Expansionspfad zurückkehren, der im Einklang mit der Entwicklung der ausländischen Absatzmärkte steht. Aufgrund der anhaltend niedrigen Teuerung könnte sich darüber hinaus eine höhere preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Drittmärkten positiv auswirken.

Trotz der geringeren außenwirtschaftlichen Impulse aus Drittländern liegt das erwartete Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für den Euro-Raum (ohne Deutschland) in den kommenden beiden Jahren mit kalenderbereinigt 1,7% und 1,6% in etwa gleich hoch wie in der Juni-Projektion. Für 2019 wird gleichfalls mit einem Wachstum von 1,6% gerechnet. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Euro-Raum könnten damit 2019 wieder in etwa im normalen Umfang ausgelastet werden.

Im Hinblick auf die öffentlichen Finanzen in Deutschland verringern die einbezogenen finanzpolitischen Maßnahmen die Abgabenlast geringfügig. Zwar wird der Beitragssatz

zur sozialen Pflegeversicherung im Jahr 2017 angehoben, und der Durchschnitt der Zusatzbeitragssätze der Krankenkassen dürfte ab 2018 wieder merklich steigen. Die Mindereinnahmen durch die einbezogenen Steuerrechtsänderungen, vor allem durch die vorgesehene Anhebung der Freibeträge und Tarifverschiebungen bei der Einkommensteuer 2017 und 2018 sowie den stufenweisen Übergang zur nachgelagerten Rentenbesteuerung, sind aber leicht gewichtiger. Die Maßnahmen auf der Ausgabenseite belasten die staatlichen Haushalte stärker. Dies hängt zum guten Teil mit der Pflegereform 2017 zusammen, mit der sich die Pflegeaufwendungen (teils zeitverzögert) deutlich erhöhen dürften. Außerdem sollen mehr Mittel insbesondere in die Verkehrsinfrastruktur, Schulen und Kinderbetreuung sowie in die innere Sicherheit und das Militär fließen.

Angesichts der Entwicklung im Jahresverlauf wurden die Annahmen zum Umfang der Flüchtlingsmigration nach Deutschland gegenüber der letzten Projektion weiter deutlich nach unten korrigiert.³⁾ Die staatlichen Mehrausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge dürften sich im laufenden Jahr auf etwa ½% des BIP erhöhen (verglichen mit dem Jahr 2014, also vor der starken Zuwanderung 2015) und sich danach bis zum Ende des Projektionszeitraums leicht verringern.

³ Vgl. S. 25 f.

Trends nach und nach in einer geringeren Wohnungsnachfrage und einer gedämpften Wohnungsbauaktivität bemerkbar machen.

Die staatlichen Investitionen dürften im gesamten Projektionszeitraum merklich stärker als das BIP wachsen.⁶⁾ So plant der Bund höhere Ausgaben für die Infrastruktur, und auch die Investitionsförderung des Bundes für finanzschwache Kommunen⁷⁾ sollte deutlich zunehmen. Vor allem aber dürfte die relativ gute Haushaltslage in vielen Ländern und Gemeinden (u. a. wegen stärkerer Entlastungen durch den Bund) nicht zuletzt für vermehrte Investitionen genutzt werden.

Für die beiden kommenden Jahre ergeben sich damit insgesamt recht kräftige Anstiege der Bruttoanlageinvestitionen. Für das Jahr 2019 ist aus heutiger Sicht mit einer leicht geringeren Ausweitung der Sachkapitalbildung zu rechnen, da sich dann die langsamere Gangart im Wohnungsbau bemerkbar machen dürfte.

Der zuvor sehr lebhaft expandierende private Konsum verlor im Sommerhalbjahr leicht an Schwung. Dafür war insbesondere ursächlich, dass die realen verfügbaren Einkommen langsamer als im Juni erwartet zulegten. Die Grundtendenz des privaten Verbrauchs ist jedoch weiter klar aufwärtsgerichtet und wird im Projektionszeitraum durch die nach wie vor vorteilhaften Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Danach wird der dämpfende Einfluss des zukünftig langsameren Beschäftigungsaufbaus auf die verfügbaren Einkommen durch stärker steigende Löhne und sonstige Einkom-

Private Haushalte steigern Konsumausgaben weiter deutlich, wenn auch mit nachlassender Dynamik

⁶ Dabei ist die Entwicklung insbesondere der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen sehr volatil. Deren starke Schwankungen hängen mit den dort erfassten militärischen Beschaffungen zusammen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in voller Höhe zum Auslieferungszeitpunkt gebucht werden.

⁷ Aus dem hierzu errichteten Kommunalinvestitionsförderungsfonds sind bisher kaum Mittel abgeflossen, wohl auch, weil dazu Abrechnungen zumindest teilweise fertiggestellter Projekte notwendig sind. Der Ende November vom Bundeskabinett verabschiedete Entwurf eines Nachtragshaushalts 2016 mit einer Verdopplung des Fondsvolumens auf 7 Mrd € wurde noch nicht einbezogen.

Deutlicher Anstieg der staatlichen Investitionen

Bruttoanlageinvestitionen expandieren recht kräftig

men mehr als ausgeglichen. Allerdings fallen die stimulierenden Effekte der durch den Ölpreisverfall der vergangenen zwei Jahre gedrückten Inflation mit wieder anziehender Teuerung sukzessive weg. Zwar könnte die Sparquote leicht sinken, weil die ölpreisbedingten Kaufkraftgewinne zunächst teilweise gespart wurden. Dies kann aber keinen vollständigen Ausgleich schaffen. Daher dürften die privaten Haushalte ihre Verbrauchsausgaben weiterhin deutlich, aber mit im Zeitverlauf leicht nachgebender Dynamik steigern.

Staatsverbrauch auch in den kommenden Jahren expansiv

Der Staatsverbrauch legt im laufenden Jahr besonders stark zu. Dies hängt mit zusätzlichen Sachleistungen und Personalkosten im Zuge der Flüchtlingsmigration zusammen. Ab dem kommenden Jahr werden dann bei nachlassenden diesbezüglichen Ausgaben⁸⁾ zwar geringere, aber immer noch oberhalb der BIP-Entwicklung liegende Zuwächse erwartet. Dahinter stehen im Wesentlichen ein relativ starker Anstieg der Gesundheitsausgaben sowie die Leistungsausweitungen durch die Pflegereform 2017.

Wieder kräftig steigende Einfuhren nach verhaltenem Zuwachs im Jahr 2016

Die Einfuhren durchlitten im Sommerhalbjahr 2016 eine Schwächephase und kamen kaum über das Niveau der Vorperiode hinaus. Ein wesentlicher Grund dafür waren die rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen. Mit der im Projektionszeitraum erwarteten Verstärkung der gewerblichen Investitionstätigkeit dürfte sich diese Entwicklung umkehren. Zusätzlicher Schub kommt von den leicht verstärkt wachsenden Exporten, die zu einem noch höheren Anteil als die Ausrüstungen aus Einfuhren gespeist werden. Schließlich dürften wegen der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung die Importanteile der wichtigen Nachfragekomponenten weiterhin moderat zunehmen. Insgesamt sollten die Importe in den kommenden Jahren daher kräftig steigen.

Moderater Rückgang des Leistungsbilanzsaldos ab dem Jahr 2017

Zusammen mit der erwarteten Exportentwicklung ergibt sich dadurch im Verlauf des Projektionszeitraums ein leicht sinkender Überschuss in der Handelsbilanz. Der nochmalige Anstieg im laufenden Jahr ging allein auf die jahres-

durchschnittlich gesunkenen Rohöl- und Rohstoffpreise und die damit verbundene kräftige Verbesserung der Terms of Trade zurück. Für die Zukunft wird unterstellt, dass sich der zuletzt bereits zu beobachtende Anstieg der Importpreise weiter fortsetzt und die Terms of Trade insgesamt stabil bleiben. Der Saldo der Leistungsbilanz war zu Jahresbeginn sogar noch deutlich stärker gestiegen als der Handelsbilanzüberschuss, was jedoch vor allem auf ein ungewöhnlich geringes Defizit bei den Sekundäreinkommen zurückzuführen ist. Er hat sich seither wieder spürbar ermäßigt und sollte auch im Projektionszeitraum weiter zurückgehen. Allerdings dürften die Rückgänge nicht über das durch die Handelsbilanz angelegte Maß hinausgehen, weil bei den Primäreinkommen angesichts des weiter steigenden Auslandsvermögens anhaltend hohe Überschüsse zu erwarten sind.

■ Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung stieg im Sommerhalbjahr 2016 zwar weiter an, allerdings mit schwächeren Zuwachsraten als zuvor und auch weniger stark als in der Juni-Projektion erwartet. Die registrierte Arbeitslosigkeit ging entgegen den ursprünglichen Annahmen weiter zurück. Dies hing zum Teil damit zusammen, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Flüchtlinge stärker als angenommen ausgeweitet wurden. Aber auch die Arbeitslosenzahlen der Einheimischen und sonstigen Zuwanderer entwickelten sich deutlich günstiger als in der letzten Projektion unterstellt.

Beschäftigung, aber auch Arbeitslosigkeit im Sommerhalbjahr niedriger als erwartet

In den nächsten Monaten dürfte die im Grundsatz günstige Arbeitsmarktentwicklung den Frühindikatoren zufolge wieder deutlicher zum Vorschein kommen und die Beschäftigung verstärkt zulegen. Die Arbeitslosigkeit sollte weiter sinken, wenngleich sich das Tempo des Rück-

Günstige Arbeitsmarktentwicklung für die kurze Frist

⁸ Mit steigender Zahl anerkannter Asylsuchender werden verstärkt bedürftigkeitsabhängige monetäre Sozialtransfers gewährt. Aber auch in der Summe gehen die Aufwendungen leicht zurück.

gangs vermindern dürfte. Unter den Arbeitslosen ist der Anteil der Personen mit mehreren Vermittlungshemmnissen inzwischen relativ hoch. Außerdem wird trotz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen die Zahl arbeitsloser Flüchtlinge zunächst noch zunehmen.

Bereits seit längerem angelegte demografisch bedingte Knappheiten bei einheimischen Arbeitskräften ...

In den späteren Jahren des Projektionszeitraums dürften demografische und andere strukturelle Faktoren das Arbeitsangebot zunehmend verknapfen. Die Zahl der einheimischen Personen im erwerbsfähigen Alter⁹⁾ geht bereits seit einigen Jahren zurück, und dieser Prozess wird sich zukünftig noch verstärken. Bei einer anhaltend hohen Arbeitsnachfrage kann den dadurch bedingten Knappheiten prinzipiell durch erwerbsorientierte Zuwanderung sowie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Einheimischer entgegengewirkt werden. Beide Ausgleichsmechanismen dürften im Projektionszeitraum jedoch in immer geringerem Umfang zum Tragen kommen als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.

... in den nächsten Jahren zunehmend weniger durch erwerbsorientierte Zuwanderung und ...

Die erwerbsorientierte Zuwanderung ist bereits auf einem sehr hohen Niveau und speiste sich in den letzten Jahren überwiegend aus Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten, vor allem aus Osteuropa. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit wurde für einzelne Ländergruppen Osteuropas gestaffelt von Mai 2011 bis Juli 2015 eingeführt. In den ersten Jahren danach stieg die Zuwanderung aus den jeweiligen Herkunftsländern erheblich an. Bei Zuzügen aus den mittel- und osteuropäischen EU-8-Ländern¹⁰⁾, deren Bürgern zuerst die Freizügigkeit gewährt wurde, ist der Höhepunkt dieser Immigrationsbewegung jedoch bereits seit einiger Zeit überschritten. Ein ähnliches Profil wird für den Projektionszeitraum auch für die Herkunftsländer Rumänien, Bulgarien und Kroatien unterstellt. Auch aus den südeuropäischen EWWU-Mitgliedsländern, die von der Staatsschuldenkrise besonders betroffen waren, sind die Einwanderungszahlen mit der dortigen wirtschaftlichen Erholung inzwischen erheblich gesunken. Zudem dürfte die Flüchtlingszuwanderung aus heutiger Sicht von ihrem im Jahr 2015 erreichten Höchstwert

Beschäftigungsindikatoren für Deutschland

saisonbereinigt



Quellen: ifo Konjunkturtest, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). ¹ Indexwerte auf einer Skala von 90 (sehr schlechter Ausblick) bis 110 (sehr guter Ausblick). Deutsche Bundesbank

aus deutlich zurückgehen.¹¹⁾ Trotz einer verhältnismäßig hohen unterstellten Schutzquote¹²⁾ muss ein beträchtlicher Teil der 2015/2016 zugewanderten Flüchtlinge Deutschland in den nächsten Monaten und Jahren wohl wieder verlassen. Daher dürfte der Nettozuzug über den Asylkanal im Projektionszeitraum gering sein.

⁹ Das Erwerbspersonenpotenzial wird gemäß der umfassenden Abgrenzung der International Labour Organisation (ILO) für 15- bis unter 75-Jährige berechnet. Dies bezieht insbesondere die bislang relativ kleine, jedoch schnell wachsende Gruppe der 65 bis 74 Jahre alten Erwerbspersonen mit ein. Hierbei spielt auch die sukzessive Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters über 65 Jahre hinaus eine Rolle.

¹⁰ Zu den EU-8-Ländern werden Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Litauen, Lettland und Estland gerechnet.

¹¹ Die monatlichen Zuzüge sind seit März 2016 mit brutto rd. 16 000 Personen moderat und werden etwa auf diesem Niveau fortgeschrieben. In der Juni-Projektion wurde noch eine höhere Flüchtlingszuwanderung unterstellt.

¹² Für die Projektion wird eine Schutzquote von zunächst gut 60% angenommen, welche im Verlauf des Projektionszeitraums jedoch deutlich absinkt. Bei den 530 000 Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Zeitraum Januar bis Oktober 2016 belief sich die Gesamtschutzquote auf 64%. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 betrug diese noch 37%.

Zuwanderungsannahmen

in Tsd. Personen

Position	2015	2016	2017	2018	2019
Migration insgesamt					
Zuzüge	2 140	1 550	1 400	1 300	1 200
Fortzüge	1 000	1 050	1 000	950	900
Saldo	+ 1 140	+ 500	+ 400	+ 350	+ 300
darunter: Asylkanal					
Zuzüge	890	260	250	200	200
Fortzüge	150	200	220	170	150
Saldo	+ 740	+ 60	+ 30	+ 30	+ 50

Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesministerium des Innern, gerundet. Fortzüge über den Asylkanal: Eigene Schätzung. 2016 bis 2019 eigene Fortschreibungen.

Deutsche Bundesbank

Die Nettozuwanderung insgesamt könnte somit erheblich sinken. Hier wird unterstellt, dass sie 2019 mit 300 000 Personen nur noch halb so hoch ausfällt wie durchschnittlich im Zeitraum 2012 bis 2016 (zu den Wanderungsannahmen vgl. oben stehende Tabelle).

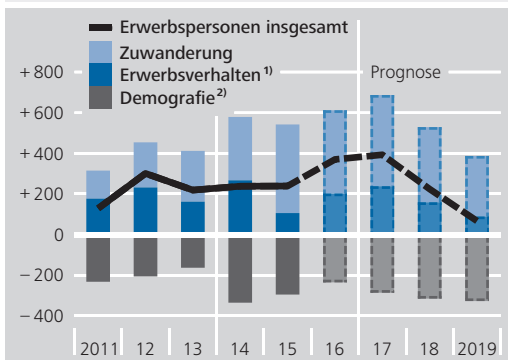
Erwerbsbeteiligung dagegen vor allem aus zwei Gründen zunächst wohl wieder erheblich ansteigen. Die Erwerbsbeteiligung der älteren Altersgruppen dürfte nach Auslaufen der Einmaleffekte wieder deutlich zunehmen. Außerdem kehrt sich der von den Flüchtlingen ausgehende dämpfende Effekt mit ihrer schrittweisen Integration in den Arbeitsmarkt um. In den Folgejahren dürfte jedoch zunehmend zum Tragen kommen, dass die Reserven in der einheimischen Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichem Maße aktiviert wurden. Insbesondere die Frauenerwerbsquote ist im internationalen Vergleich bereits recht hoch.¹³⁾ Damit beschränkt sich die steigende Erwerbsbeteiligung gegen Ende des Projektionszeitraums zunehmend auf die Personengruppe der über 55-Jährigen.

... steigende Erwerbsbeteiligung aufgefangen

Die Erwerbsbeteiligung in Deutschland wuchs 2015 und 2016 schwächer als im Trend der letzten Jahre. Sondereffekte wie die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte und des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns sowie die Flüchtlingszuwanderung bremsen den Anstieg. Im Jahr 2017 wird die

Erwerbspersonen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Tsd. Personen



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2016 bis 2019 eigene Prognosen. **1** Der Einheimischen. **2** Enthält Veränderungen der einheimischen Erwerbspersonenzahl sowie Veränderungen, die aus Verschiebungen in der Altersstruktur der Einheimischen auf die Erwerbsbeteiligung resultieren.

Deutsche Bundesbank

Insgesamt haben die nachlassende Zuwanderung und die nach 2017 langsamer steigende

13 Im Gegensatz zur vergleichsweise hohen Arbeitsmarkt-beteiligung der Frauen in Deutschland ist allerdings deren durchschnittliche Arbeitszeit im internationalen Vergleich eher gering. Hier bestehen noch Reserven für ein höheres Arbeitsvolumen. Dem wird im Rahmen dieser Projektion durch eine steigende Arbeitszeit je Erwerbstätigen Rechnung getragen. Der Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur sollte dies unterstützen. Allerdings wird der Anstieg der gesamten Arbeitszeit wohl auf die Jahre 2018 und 2019 beschränkt bleiben und eher moderat ausfallen, da der – in den letzten Jahren deutlich abgeschwächte – Trend zu mehr Teilzeitarbeit in die Gegenrichtung wirkt.

Hohes Beschäftigungswachstum schwächt sich nach 2017 erheblich ab

Erwerbsbeteiligung zur Folge, dass die negativen heimischen demografischen Effekte auf das Arbeitsangebot zunehmend stärker zur Geltung kommen. Die Zahl der Erwerbspersonen, die 2016 und 2017 um jeweils $\frac{3}{4}\%$ wachsen könnte, nimmt demzufolge 2018 nur noch um $\frac{1}{2}\%$ und 2019 nochmals spürbar weniger zu. Die Arbeitslosigkeit könnte zwar noch etwas sinken. Aber auch hier werden die Spielräume angesichts des bereits niedrigen Niveaus bei gegebenen Rahmenbedingungen wohl geringer. Das hohe Beschäftigungswachstum in diesem und im nächsten Jahr wird sich danach voraussichtlich erheblich abschwächen. Negative Auswirkungen der Engpässe am Arbeitsmarkt auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität dürften jedoch durch eine leicht steigende Arbeitszeit je Beschäftigten und – infolge der guten Konjunktur – höhere Produktivitätszuwächse begrenzt werden.

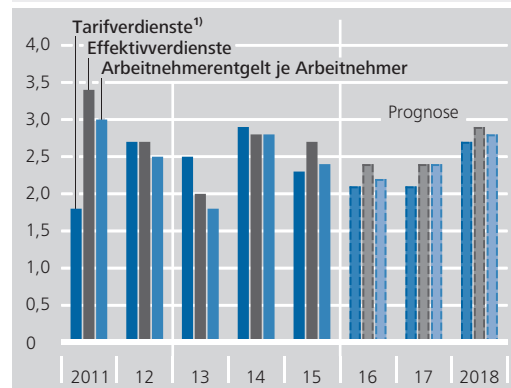
■ Arbeitskosten und Preise

Tarifverdienste steigen zunächst nur verhalten, ab 2018 aber zunehmend kräftiger

Die Tarifverdienste dürften 2017 wie schon im laufenden Jahr nur verhalten ansteigen. Trotz der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und der guten Konjunkturperspektiven vereinbarten die Sozialpartner in der diesjährigen Lohnrunde nicht nur recht moderate Entgeltanhebungen für 2016, sondern häufig auch für 2017 Stufenanhebungen, die tendenziell noch darunter lagen. Möglicherweise trug die durch den Ölpreisverfall vorübergehend gedrückte Inflation hierzu bei. Außerdem stehen neue Verträge im Rahmen einer vergleichsweise „kleinen“ Tarifrunde überwiegend in Dienstleistungsbranchen mit unterdurchschnittlicher Lohndynamik an. Obwohl einige Faktoren entfallen, die das Ergebnis für 2016 drückten, ist daher auch 2017 noch nicht mit kräftigeren Tarifverdienststeigerungen zu rechnen.¹⁴ In den folgenden Jahren dürften sie dann aber aufgrund der noch weiter zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt, des steigenden Auslastungsgrades und des stärkeren Preisanstiegs spürbar höher ausfallen.

Tarif- und Effektivverdienste sowie Arbeitnehmerentgelte

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Monatsbasis



Quelle: Statistisches Bundesamt. 2016 bis 2018 eigene Prognosen. ¹ Gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank.

Deutsche Bundesbank

Die anhaltend günstige Konjunktur und zunehmende Arbeitszeiten schlagen sich über höhere Prämien und bezahlten Überstunden nach der Projektion auch in einer positiven Lohndrift nieder.¹⁵ Die Effektivverdienste werden daher über den gesamten Projektionszeitraum hinweg bei einem ähnlichen zeitlichen Profil stärker steigen als die Tarifverdienste. Der in den Jahren 2016 und 2017 verhaltene Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte hat zur Folge, dass die seit dem Jahr 2012 anhaltende, vergleichsweise kräftige Aufwärtsbewegung der Lohnstückkosten vorübergehend leicht abgemildert wird. Ab dem Jahr 2018 ziehen die Lohnstückkosten aber erneut stärker an, obgleich – wie in Aufschwüngen üblich – steigende Produktivitätszuwächse dämpfend wirken.

Auch Lohnstückkosten legen nach gewisser Beruhigung ab 2018 wieder stärker zu

Das Profil der Lohnstückkosten bestimmt unter der Annahme, dass die Gewinnmargen wie in den Vorjahren weitgehend unverändert blei-

¹⁴ In den Vorausschätzungen der Tarifverdienststeigerungen werden alle in der Tarifverdienststatistik der Bundesbank erfassten Abschlüsse der Vergangenheit berücksichtigt und am Ende ihrer vertraglichen Laufzeit unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie branchenspezifischer Besonderheiten fortgeschrieben.

¹⁵ Die alle zwei Jahre anstehenden Anpassungen des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns führen für sich genommen zu einer Wellenbewegung der Lohndrift. In den Jahren mit Anhebungen – im Projektionszeitraum 2017 und 2019 – wird die positive Lohndrift leicht verstärkt, im Jahr 2018 dagegen in ähnlichem Umfang gemindert.

Revisionen gegenüber der Projektion vom Juni 2016

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2016	2017	2018
BIP (real, kalenderbereinigt)			
Projektion vom Dezember 2016	1,8	1,8	1,6
Projektion vom Juni 2016	1,6	1,6	1,7
Differenz in Prozentpunkten	0,2	0,2	-0,1
Harmonisierter Verbraucherpreisindex			
Projektion vom Dezember 2016	0,3	1,4	1,7
Projektion vom Juni 2016	0,2	1,5	1,7
Differenz in Prozentpunkten	0,1	-0,1	0,0

Deutsche Bundesbank

Am BIP-Deflator gemessener binnenwirtschaftlicher Preisdruck nimmt mittelfristig zu

ben, den am BIP-Deflator gemessenen binnenwirtschaftlichen Preisdruck. Dieser dürfte von rund 1½% im laufenden und im kommenden Jahr bis zum Projektionshorizont auf 2% ansteigen. Diese preistreibenden binnenwirtschaftliche Faktoren schlagen sich jedoch zunächst nicht vollständig in den Verbraucherpreisen nieder, weil ihnen entlastende Effekte von internationaler Seite entgegenstehen. Mit dem erwarteten Wiederanstieg der Importpreise, der vor allem von höheren Energiepreisen getrieben wird, sollte sich der binnenwirtschaftliche Preisdruck zunehmend in höheren Verbraucherpreisen zeigen.

Preisanstieg wegen Energie und Nahrungsmitteln bislang etwas höher als im Juni erwartet

Die Verbraucherpreise stiegen in den zurückliegenden Monaten etwas stärker als erwartet an. Während in der Juni-Projektion für Oktober im Vorjahresvergleich ein Anstieg des HVPI von 0,3% unterstellt worden war, ergab sich tatsächlich eine Rate von 0,7%.¹⁶⁾ Etwa die Hälfte dieser Abweichung kann auf die Energiekomponente zurückgeführt werden. Die Preise für Mineralölprodukte zogen stärker an als erwartet, weil der Anstieg der Rohölnotierungen steiler ausfiel und die ausgeweiteten Raffineriemargen anders als angenommen nicht wieder auf ihren langfristigen Durchschnitt sanken. Aber auch Nahrungsmittel verteuerten sich entgegen den Erwartungen. Hier spielten wohl vor allem widrige Witterungsumstände im Sommer eine

Rolle, die das Angebot verknappten. Der Preisanstieg bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen blieb dagegen etwas hinter den Erwartungen zurück.

Im laufenden Jahr wurde der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise durch den Einbruch der Rohölnotierungen zum Jahreswechsel 2015/2016 merklich gedämpft. Er dürfte nach dem HVPI lediglich 0,3% betragen, für den HVPI ohne Energie dagegen voraussichtlich 1,1%. Damit würde der Preisanstieg ohne Energie trotz der merklichen gesamtwirtschaftlichen Überauslastung etwas unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegen. Dazu trug bei, dass die Verteuerung bei Nahrungsmitteln – trotz des vorübergehenden witterungsbedingten Preisschubs im Sommer – durch ein Überangebot bei einigen Produktgruppen immer noch gebremst wurde. Außerdem wirkten wie bereits im Vorjahr internationale Einflüsse in Form niedrigerer sonstiger Rohstoffpreise und globaler Überkapazitäten sowie gesunkener Hotelpreise bei Reisen ins Ausland entlastend. Weiterhin schwächte sich der Anstieg der Lohnstückkosten etwas ab.

Im Verlauf des Projektionszeitraums dürfte sich der Preisanstieg ohne Energie deutlich verstärken. Die am aktuellen Rand noch dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüsse sollten sich umkehren, auch da die zuletzt wieder aufwärtsgerichtete Tendenz bei den Rohstoffpreisen sich annahmegemäß verstärkt. Bei Nahrungsmitteln hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, dass steigende Rohstoffpreise bei vielen Produkten zügig und in vollem Umfang an die Verbraucher weitergegeben werden, sodass die Teuerung hier spürbar anziehen dürfte. Bei den übrigen Importen wird ebenfalls erwartet, dass die Preise wieder steigen. Das dürfte sich vor allem in höheren Preisen für gewerbliche Waren ohne Energie, aber auch für einige Dienstleistungen

Einfluss der positiven Binnenkonjunktur auf die Preise 2016 noch nicht sichtbar, ...

... aber im weiteren Verlauf spürbar zunehmend

¹⁶ Im November lag die HVPI-Rate gemäß vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 0,7% und damit um 0,1 Prozentpunkte oberhalb der Erwartungen vom Juni. Detaillierte Informationen zum Novemberwert liegen allerdings noch nicht vor.

widerspiegeln. Auf der binnenwirtschaftlichen Seite dürften die sich ausweitende Überauslastung und die zunehmende Anspannung am Arbeitsmarkt, die ab 2018 wieder deutlicher anziehende Arbeitskosten zur Folge hat, für verstärkt zunehmende Verbraucherpreise sorgen. Insgesamt könnte sich der Verbraucherpreisanstieg ohne Energie (gemessen an der Vorjahresrate des HVPI) auf 1,7% im Jahr 2018 erhöhen und 2019 noch etwas zunehmen.

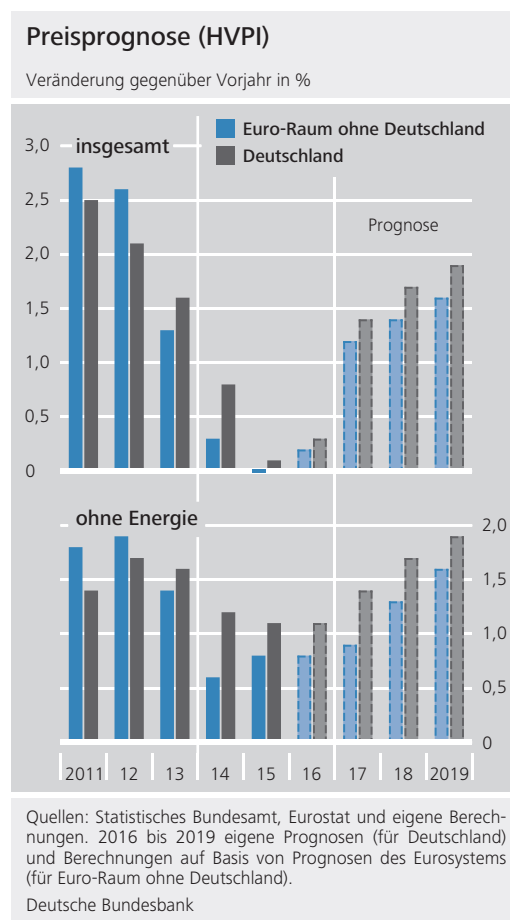
Energiepreise dämpfen die Teuerung nicht mehr

Energie dürfte sich in den Jahren nach 2016 mit ähnlichen Raten verteuern wie die anderen Waren und Dienstleistungen. Die annahmegemäß steigenden Rohölnotierungen sollten sich zeitnah in den Preisen für Mineralölprodukte niederschlagen und mit einiger Verzögerung auch in denjenigen für Gas und Umlagen. Bei den Stromtarifen ist nach den marginalen Erhöhungen 2016 wieder mit deutlicheren Anhebungen zu rechnen. Preistreibend wirken dabei vor dem Hintergrund eines erheblichen Ausbaubedarfs vor allem kräftig steigende Netzentgelte. Der Anstieg des HVPI insgesamt könnte sich von 0,3% im laufenden Jahr auf 1,7% im Jahr 2018 und 1,9% im Jahr 2019 erhöhen. Damit läge die Teuerung in Deutschland etwas höher als im Durchschnitt der übrigen Länder des Euro-Raums.

■ Öffentliche Finanzen

Expansive fiskalische Ausrichtung bei günstigen Rahmenbedingungen

Der Staatshaushalt bleibt unter den hier zugrunde gelegten Annahmen über den gesamten Projektionshorizont im moderaten Überschuss (2015: + 0,7% des BIP). Dabei profitieren die öffentlichen Finanzen von der günstigen Konjunktorentwicklung und sinkenden Zinsausgaben.¹⁷⁾ Diesen positiven Einflüssen steht eine expansive fiskalische Ausrichtung gegenüber, die sich in einer deutlichen Verschlechterung des strukturellen Primärsaldos vor allem in den Jahren 2016 und 2017 zeigt und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützt. Der Finanzierungsüberschuss dürfte damit im laufenden Jahr leicht zurückgehen. Danach könnte er



mehr oder weniger unverändert in einer Größenordnung von ½% des BIP bleiben.¹⁸⁾

Die Einnahmenquote dürfte sich im laufenden Jahr etwas erhöhen, was hauptsächlich mit dem starken Wachstum bei den gewinnabhängigen Steuern zusammenhängt. In der Folge sind keine größeren Änderungen mehr angelegt. Hier sollten die Mehreinnahmen aus dem

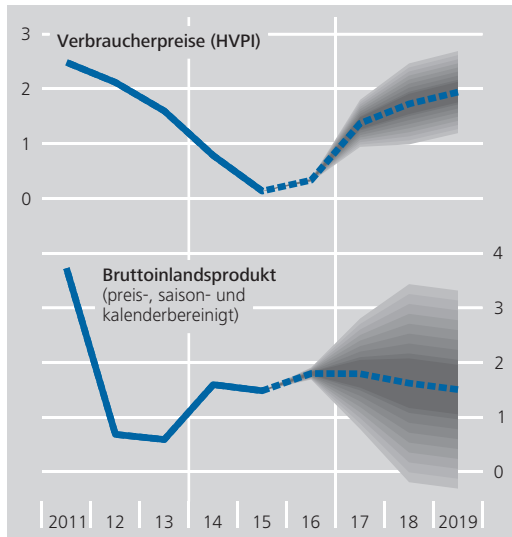
Deutliches Einnahmewachstum und ...

¹⁷ Die Frequenzauktion vom Sommer 2015 führt zu leichten temporären Haushaltsentlastungen, die in den VGR periodengerecht bei Verfügbarkeit der Frequenzbänder und damit hauptsächlich im Jahr 2017 ausgabenstark erfasst werden.

¹⁸ Risiken ergeben sich grundsätzlich durch den angekündigten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen im Rahmen der vorliegenden Projektion sind aber gering. Sie hängen nicht zuletzt von den noch offenen Anpassungen der Zahlungsbeziehungen zur EU nach dem Austritt ab. Des Weiteren ist ein Gerichtsverfahren zur Kernbrennstoffsteuer anhängig. Zusammen mit dem gerade ergangenen Urteil zum Atomausstieg könnte es nunmehr zu überschaubaren, aber immer noch merklichen Haushaltsbelastungen kommen. Zu beachten ist auch, dass im Zusammenhang mit der im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahl zusätzliche finanzwirksame Maßnahmen ergriffen werden könnten.

Basislinie und Unsicherheitsmargen der Projektion^{*)}

Jahreswerte, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2016 bis 2019 eigene Prognosen. * Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage der empirischen Prognosefehler. Die Breite des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht für die Jahre 2016 bis 2018 dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler. Für das Jahr 2019 wird der Wert des Jahres 2018 mit einem Faktor multipliziert, der sich aus der Schätzung eines Zeitreihenmodells ergibt, welches die Entwicklung der Unsicherheitsmargen über die Prognosehorizonte nachbildet.

Deutsche Bundesbank

Fiscal drag¹⁹⁾ sowie den Beitragssatzerhöhungen bei den Sozialversicherungen durch die Mindereinnahmen infolge von Steuerrechtsänderungen zum guten Teil kompensiert werden.²⁰⁾

... Entlastung durch Konjunktur und niedrige Zinssätze, aber strukturell stark steigende Primärausgaben

Die Ausgabenquote dürfte 2016 etwas stärker zunehmen als die Einnahmenquote. Im weiteren Verlauf ändert sie sich aus heutiger Sicht nur noch wenig. Gedrückt wird sie von positiven Konjunkturfaktoren und dabei insbesondere durch das im laufenden Jahr beschleunigte BIP-Wachstum im Nenner. Außerdem ist über den gesamten Projektionszeitraum mit einer weiter sinkenden Zinsausgabenquote zu rechnen, was hauptsächlich mit den niedrigen Zinssätzen und der günstigen Refinanzierung fälliger Schuldtitel zusammenhängt. Dagegen stehen vergleichsweise hohe Zuwächse bei den strukturellen Primärausgaben (um Konjunkturfaktoren, temporäre Effekte und Zinslasten bereinigte Gesamtausgaben). Im laufenden Jahr spiegelt sich darin auch die Flücht-

lingsmigration wider. Hinzu kommen über den gesamten Zeitraum recht stark steigende Rentenausgaben sowie schnell wachsende Aufwendungen für Gesundheit und Pflege. Darüber hinaus werden bei den Gebietskörperschaften angesichts der insgesamt recht guten Haushaltslage Mittelaufstockungen nicht zuletzt für Kinderbetreuung und Infrastruktur erwartet.

Unter diesen Bedingungen würde die Schuldenquote relativ zügig sinken, und die 60%-Grenze könnte im Jahr 2019 wieder erreicht werden (Ende 2015: 71,2%). Unterschritten wurde sie letztmals im Jahr 2002. Hinter dem Rückgang steht bei moderaten Haushaltsüberschüssen vor allem das Wachstum des nominalen BIP im Nenner. Darüber hinaus dürften die Verbindlichkeiten der staatlichen Bad Banks im Zuge von Vermögensverwertungen weiter abgebaut werden, die Unsicherheit ist hier allerdings hoch.

Schuldenquote bleibt auf Abwärtstrend

Risikobeurteilung

Die Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen in der Gesamtschau weitgehend ausgeglichen. Mit Blick auf das außenwirtschaftliche Umfeld überwiegen allerdings die Abwärtsrisiken. So könnte einerseits die Erholung in einigen Rohstoffe exportierenden Schwellenländern deutlich schwächer ausfallen als hier unterstellt. Zudem besteht eine gewisse Gefahr, dass sich das Wachstum in China im Falle von Störungen im Finanzsystem oder einer Abwärtskorrektur auf dem Immobilienmarkt stärker verlangsamt. Auch könnten schwelende geopolitische Spannungen wieder aufflammen und dämpfend auf die globale Konjunktur ausstrahlen. Andererseits wurden im Projektionszeitraum – abgesehen von der kurzfristigen Entwicklung – die deutschen Ausfuhren im Vergleich zum unterstellten Wachstum der Absatz-

Risiken für das Wirtschaftswachstum hinsichtlich des außenwirtschaftlichen Umfelds leicht abwärtsgerichtet und ...

¹⁹ Hierunter werden die positiven Aufkommenswirkungen der Einkommensteuerprogression (einschl. durch das reale Entgeltwachstum) abzüglich der gegenläufigen Effekte aufgrund der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern erfasst.

²⁰ Vgl. S. 22 f. zu den einbezogenen Maßnahmen.

märkte vorsichtig angesetzt. Die unterstellte Belebung der globalen Wirtschaftsleistung könnte daher auch zu stärker ansteigenden Exporten und damit einhergehend zu höheren Unternehmensinvestitionen führen. Angesichts der bereits vorsichtigen Einschätzung der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung im Vereinigten Königreich erscheinen die zusätzlichen Risiken aus dem angekündigten Austritt aus der EU auf die deutsche Wirtschaft weitgehend ausgegogen. Schließlich besteht ein weiteres außenwirtschaftliches Risiko in einer möglichen Neuausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik.

... mit Blick auf die Wirtschaftspolitik leicht aufwärtsgerichtet

Aufwärtsrisiken bestehen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik. Eine expansivere Fiskalpolitik beispielsweise durch eine Einkommensteuersenkung würde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen. Zudem könnten die bereits beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen stärkere stimulierende Nachfragewirkungen im restlichen Euro-Raum und in Deutschland auslösen als hier angenommen.²¹⁾

Preisrisiken im Zusammenhang mit unterstellter Rohölpreisentwicklung eher aufwärtsgerichtet

Zwischen dem Zeitraum, in dem die Annahmen der Projektion festgelegt wurden, und dem Redaktionsschluss des Prognoseberichts sind die Rohölnotierungen (Sorte Brent) über das gesamte Terminspektrum gestiegen, und zwar im Mittel um etwa 6 US-\$ je Fass. Sollte sich dieser Preisanstieg als dauerhaft erweisen, könnte nach Modellrechnungen insbesondere im kommenden Jahr das Wirtschaftswachstum etwas gebremst werden, vor allem aber die Inflationsrate um knapp ½ Prozentpunkt höher ausfallen. Sowohl ein höheres Wirtschaftswachstum als auch ein höherer Preisdruck ergäben sich, falls der Euro beispielsweise aufgrund zunehmender Unterschiede in der geldpolitischen Ausrichtung im Vergleich zu anderen Währungsräumen abwerten sollte.

²¹ Die Auswirkungen dieser Maßnahmen wurden in der Projektion vor allem über ihren Einfluss auf die technischen Annahmen (insbesondere Zinsen und Wechselkurse) berücksichtigt.

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Prognose – ohne Kalenderbereinigung

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2015	2016	2017	2018
BIP (real)	1,7	1,9	1,5	1,6
desgl. kalenderbereinigt	1,5	1,8	1,8	1,6
Verwendung des realen BIP				
Private Konsumausgaben	2,0	1,9	1,4	1,6
nachrichtlich: Sparquote	9,7	9,6	9,6	9,5
Konsumausgaben des Staates	2,7	4,1	2,3	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	2,3	2,5	2,9
Unternehmensinvestitionen ¹⁾	1,5	1,4	1,5	2,8
Private Wohnungsbauinvestitionen	1,5	3,7	3,0	2,8
Exporte	5,2	2,4	2,6	3,2
Importe	5,5	3,2	3,7	4,4
nachrichtlich: Leistungsbilanzsaldo ²⁾	8,3	8,9	8,1	7,8
Beiträge zum BIP-Wachstum ³⁾				
Inländische Endnachfrage	2,0	2,3	1,7	1,8
Vorratsveränderungen	-0,5	-0,3	0,0	0,0
Exporte	2,4	1,1	1,2	1,5
Importe	-2,2	-1,2	-1,4	-1,7
Arbeitsmarkt				
Arbeitsvolumen ⁴⁾	0,9	0,8	0,5	0,7
Erwerbstätige ⁴⁾	0,9	1,0	0,9	0,6
Arbeitslose ⁵⁾	2,8	2,7	2,6	2,6
Arbeitslosenquote ⁶⁾	6,4	6,1	5,9	5,8
Löhne und Lohnkosten				
Tarifverdienste ⁷⁾	2,3	2,1	2,1	2,7
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,7	2,4	2,4	2,9
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,4	2,2	2,4	2,8
Reales BIP je Erwerbstätigen	0,8	0,8	0,6	1,0
Lohnstückkosten ⁸⁾	1,6	1,3	1,8	1,8
nachrichtlich: BIP-Deflator	2,0	1,4	1,5	1,8
Verbraucherpreise ⁹⁾				
ohne Energie	1,1	1,1	1,4	1,7
Energiekomponente	-7,0	-5,7	0,8	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2016 bis 2018 eigene Prognosen. ¹ Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. ² In % des nominalen BIP. ³ Rechnerisch, in Prozentpunkten. Abweichungen in der Summe rundungsbedingt. ⁴ Inlandskonzept. ⁵ In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). ⁶ In % der zivilen Erwerbspersonen. ⁷ Auf Monatsbasis; gemäß Tarifverdienindex der Bundesbank. ⁸ Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. ⁹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

*Weitere Risiken
für die Preis-
projektion leicht
abwärtsgerichtet*

Andere Risiken für die Preisentwicklung sind leicht abwärtsgerichtet. Die steigenden Arbeitskosten könnten von den Unternehmen in geringerem Umfang als hier unterstellt an die Verbraucher weitergegeben werden, etwa falls sich für die inländischen Produzenten die Wettbewerbsintensität infolge der in einigen Euro-Raum-Ländern durchgeführten Strukturreformen erhöhen sollte. Im Januar 2018 wird zudem in der amtlichen Statistik ein neues Berechnungsmodell für den Teilindex Mieten des HVPI eingeführt, der mit gut 10% einen beträcht-

lichen Anteil am Warenkorb hat. Diese methodische Umstellung hat möglicherweise zur Folge, dass für diesen Teilindex geringere Steigerungen ausgewiesen werden.²²⁾ Insgesamt erscheinen die Risiken für die Preisprognose für 2017 aufwärtsgerichtet und für die folgenden Jahre in etwa ausgewogen.

²² Siehe dazu: B. Goldhammer, Die neue Mietenstichprobe in der Verbraucherpreisstatistik, in: *Wirtschaft und Statistik*, 5/2016, S. 86–101.

Lohndynamik bei hoher Arbeitslosigkeit im Euro-Raum

Unmittelbar vor Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise waren die Löhne im Euro-Raum noch recht kräftig gestiegen. Trotz der erheblichen Verschlechterung der Wachstumsperspektiven nahmen die Löhne vor allem in der Privatwirtschaft danach noch weiter zu, wenn auch mit nachlassendem Tempo. Dabei gab es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Erst im Jahr 2014 erreichte das Lohnwachstum einen Tiefpunkt.

Empirische Untersuchungen legen nahe, dass die Löhne in den Ländern des Euro-Gebiets stärker auf gute als auf schlechte Arbeitsmarktlagen reagieren. Gründe für solche Asymmetrien können Lohnstarrheiten sein. Aus Unternehmensbefragungen ergibt sich, dass abwärtsgerichtete nominale Lohnrigiditäten in den Jahren der Staatsschuldenkrise 2010 bis 2013 wirksam waren. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass institutionelle Faktoren einen Einfluss auf die Lohndynamik hatten. Reale Lohnrigiditäten scheinen keine große Rolle gespielt zu haben.

Eine besondere Bedeutung kam der Entwicklung im öffentlichen Sektor zu. In einer Reihe von Ländern verfügte der öffentliche Dienst über einen Lohnvorsprung gegenüber der Privatwirtschaft, der sich in den Jahren vor der globalen Krise teilweise sogar erheblich vergrößert hatte. Die fiskalischen Zwänge, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und später der Staatsschuldenkrise spürbar wurden, führten in einigen Ländern zu beträchtlichen, teils temporären, teils permanenten Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor und näherten die Entgelte im Privatsektor und im Staatssektor wieder an.

Eine größere Flexibilität der Löhne vor allem in der Privatwirtschaft wäre wohl bei der Bewältigung der Krise hilfreich gewesen. Jedenfalls zeigen Auswertungen von Einzeldaten, dass Unternehmen, welche als Antwort auf Absatzeinbußen die Löhne kürzen konnten, eine stabilere Beschäftigungslage aufwiesen als Unternehmen ohne diese Möglichkeit. Auch eine Simulationsstudie mit dem Weltwirtschaftsmodell NiGEM legt nahe, dass Lohnflexibilität helfen kann, Beschäftigung zu sichern.

Seit dem Frühjahr 2013 bessert sich die Arbeitsmarktlage im Euro-Raum wieder. Der Lohnanstieg verlangsamte sich jedoch zunächst noch weiter. Dazu dürfte beigetragen haben, dass in den Vorjahren ausgebliebene Lohnkürzungen auf der Lohndynamik lasteten. Bremsend dürften auch die Arbeitsmarktreformen gewirkt haben, die in einigen Ländern vorgenommen worden waren.

Die Lohnentwicklung im Euro-Gebiet

Verschlechterung der Arbeitsmarktlage seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ...

Im Euro-Gebiet sind gegenwärtig rund 10% der Erwerbspersonen ohne bezahlte Beschäftigung. Trotz einer gewissen Erholung seit dem Frühjahr 2013 übertrifft die Arbeitslosigkeit mit rund 16 Millionen Personen den Stand vor Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 noch um 4,5 Millionen Personen. In Relation zur Zahl der Erwerbspersonen lag sie um 2,5 Prozentpunkte höher. Die Beschäftigung war damals aufgrund des krisenbedingten Nachfrageausfalls schlagartig zurückgegangen, und strukturelle Schwächen einzelner Länder traten deutlich hervor. Im Zuge der Staatsschuldenkrise hatte sich die Arbeitsmarktlage dann vor allem in den direkt davon betroffenen Ländern weiter verschlechtert. Gleichwohl nahm in all den Jahren die Erwerbsbeteiligung fast durchgängig zu. Dahinter stand vor allem eine trendmäßige Zunahme der Erwerbsneigung der Frauen.

... bremst das Lohnwachstum

Das im Vergleich zur Nachfrage reichhaltige Angebot auf den Arbeitsmärkten blieb nicht ohne Folgen für die Lohndynamik. Während die Stundenentgelte¹⁾ in den Jahren vor der Krise (1999 bis 2008) durchschnittlich mit einer Rate von 2,9% und in der Spitze (im Jahr 2000) sogar um 3,7% gestiegen waren, verringerte sich ihre Zunahme in den Folgejahren. Gleichwohl zogen sie in den Jahren 2008 bis 2013 noch durchschnittlich um 2,5% an. Im ersten Jahr nach Krisenbeginn hatten die Stundenlöhne sogar noch um 3,6% zugelegt. Dies war aber vor allem ein Reflex der damals konjunkturell bedingten Einschränkung der Arbeitszeit um 2% gewesen, die auch wegen bestehender Tarifverträge nur unvollständig durch ein schwächeres Wachstum der Monatsentgelte ausgeglichen wurde. Diese nahmen immerhin um 1,5% zu. Auch in den Folgejahren stiegen die Stundenentgelte zunächst noch verhältnismäßig kräftig an. Im Jahr 2014 ermäßigte sich das Lohnwachstum im Euro-Gebiet dann vor dem Hintergrund einer schwachen Produktivitätsentwicklung und niedriger Preissteigerungsraten weiter auf 1,1% und blieb bis zuletzt verhalten.

Dabei zeigten sich ausgeprägte Unterschiede zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor. Im öffentlichen Dienst wurde das Lohnwachstum abrupt abgebremst, während sich in der Privatwirtschaft die Verlangsamung länger hinzog. Insbesondere in den Krisenländern stagnierten die Entgelte im öffentlichen Dienst oder wurden sogar gekürzt. Dort waren sie allerdings in den Vorkrisenjahren häufig auch überdurchschnittlich angehoben worden (zur Entwicklung des Lohnabstands zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst siehe die Ausführungen auf S. 35 ff.). In der Privatwirtschaft hingegen erhöhten sich die mittleren Stundenentgelte nach Krisenbeginn noch spürbar, wozu in einigen Ländern allerdings Kompositionseffekte infolge der Entlassung unterdurchschnittlich vergüteter Arbeitskräfte beigetragen haben dürften.²⁾

Anpassungen zunächst vor allem im öffentlichen Dienst

Zunächst wegen der krisenbedingt rückläufigen Kapazitätsauslastung, dann aber auch wegen fortgesetzter Lohnsteigerungen bei schlechter Wirtschaftslage nahmen die Lohnstückkosten erheblich zu. Da die Unternehmen ihre Absatzpreise nicht entsprechend anheben konnten, erhöhte sich die Lohnquote im Euro-Raum spürbar und persistent. Dies beeinträchtigte die Rentabilität der Unternehmen und dürfte ein Faktor für den Anstieg der Arbeitslosigkeit und die anschließende Investitionsschwäche gewesen sein.

Verzögerte Lohnanpassung beeinträchtigt Rentabilität der Unternehmen

Heterogene Entwicklungen auf Länderebene

In den einzelnen Ländern des Euro-Gebiets wurden diese Grundtendenzen von längerfristigen Entwicklungen, den Auswirkungen länderspezi-

Erhebliche Heterogenität in den Mitgliedsländern

¹ Gemessen an den Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmerstunde. Eine Betrachtung der Arbeitnehmerentgelte ergäbe ein sehr ähnliches Bild.

² Zwischen 2007 und 2015 verringerte sich im Euro-Raum die Zahl der Arbeitnehmer mit Primarbildung als höchste Bildungsstufe um mehr als ein Viertel. Hingegen stieg die Zahl der Arbeitnehmer mit Tertiärbildung um gut ein Fünftel. In den Krisenländern nahm auch die Zahl der Angestellten mit Sekundarbildung ab.

Das Lohngefälle zwischen Staat und Privatwirtschaft im Anpassungsprozess

Die Lohn- und Beschäftigungspolitik des öffentlichen Sektors spielt nicht nur eine bedeutende Rolle für die Staatsfinanzen, sondern – angesichts der Größe des öffentlichen Sektors – auch für die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Bei vergleichsweise hohen Löhnen im öffentlichen Sektor können sich Warteschlangen für Stellen im öffentlichen Dienst bilden. Dies kann gesamtwirtschaftlich mit erhöhter Arbeitslosigkeit und im Privatsektor mit einem erhöhten Lohndruck einhergehen.¹⁾ Bei zu geringen Löhnen im öffentlichen Sektor drohen Qualitätseinbußen bei öffentlichen Leistungen²⁾, und die Korruptionswahrscheinlichkeit nimmt zu.³⁾

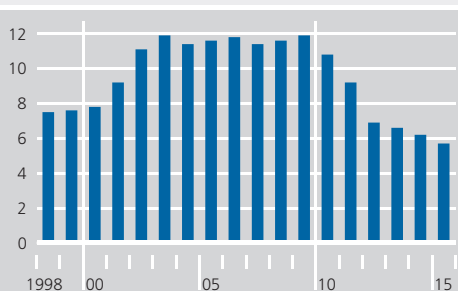
Im Euro-Gebiet weisen die Lohndaten für die meisten Länder eine erheblich höhere durchschnittliche Vergütung im öffentlichen Dienst als in der Privatwirtschaft aus.⁴⁾ Dies gilt insbesondere für einige südeuropäische Länder. Allerdings werden im öffentlichen Dienst häufig auch höhere Qualifikationen als im Durchschnitt der Privatwirtschaft verlangt. Die Unterschiede in den Entlohnungs-

strukturen sind insofern teilweise erklärbar. Allerdings fällt der Lohnvorteil des öffentlichen Dienstes häufig bei Tätigkeiten im unteren Qualifikationssegment größer aus.⁵⁾ Bei Führungspositionen sind die Entgelte dagegen in vielen Ländern geringer als in der Privatwirtschaft.⁶⁾ Insgesamt zeigt sich im öffentlichen Sektor typischerweise eine geringere Lohndispersion als in der Privatwirtschaft.⁷⁾

Darüber hinaus ist zu beachten, dass Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst häufig einem besonderen Schutz unterliegen. Dieser Vorteil sollte als Entgeltbestandteil den ausgezahlten Lohn eher ge-

Lohnabstand zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft im Euro-Raum^{*)}

in %



Quelle: Eurostat. *) Daten beziehen sich auf die Bruttolöhne und -gehälter pro Stunde. Der öffentliche Dienst (Sektoren O-Q der NACE Rev. 2 Klassifikation) wird mit der Privatwirtschaft (alle anderen Sektoren außer Landwirtschaft) verglichen.

Deutsche Bundesbank

1 Vgl.: A. B. Krueger (1988), The determinants of queues for federal jobs, *Industrial and Labor Relations Review* 41, S. 567–581; und P. Gomes (2014), Optimal public sector wages, *The Economic Journal* 125, S. 1425–1451.

2 Vgl.: S. Nickell und G. Quintini (2002), The consequences of the decline in public sector pay in Britain: A little bit of evidence, *The Economic Journal* 112(444), S. F107–F118.

3 Vgl.: R. K. Goel und D. P. Rich (1989), On the economic incentives for taking bribes, *Public Choice* 61 (3), S. 269–275.

4 Im Euro-Raum insgesamt lagen im Jahr 2015 die Bruttolöhne und -gehälter pro Stunde im öffentlichen Sektor mit durchschnittlich 21,70 € um knapp 7% über denen der Privatwirtschaft.

5 Vgl.: M. M. Campos und M. Centeno (2011), Public-private wage gaps in the period prior to the adoption of the Euro: An application, *Economic Bulletin, Banco De Portugal*, S. 55–69; und D. Depalo, R. Giordano und E. Papapetrou (2015), Public-private wage differentials in Euro Area countries: Evidence from quantile decomposition analysis, *Empirical Economics* 49(3), S. 985–1015.

6 Vgl.: L. N. Christofides und M. Michael (2013), Exploring the public-private sector wage gap in European countries, *IZA Journal of European Labor Studies* 2(15); sowie F. De Castro, S. Matteo und H. Steiner (2013), The gap between public and private wages: New evidence for the EU, *European Economy – Economic Papers* Nr. 508, DGECFIN, European Commission.

7 Dabei spielt zwar zum einen die größere Homogenität der Beschäftigtenprofile, zum anderen aber auch eine geringere Dispersion der Entlohnung der verschiedenen Charakteristika eine Rolle. Vgl.: D. Depalo, R. Giordano und E. Papapetrou (2015), a. a. O.

ringer ausfallen lassen.⁸⁾ Andererseits verbessert der besondere Schutz der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst deren Position in Lohnverhandlungen. Dies kann das Lohngefälle sogar vergrößern.⁹⁾

Laut einer Studie der Europäischen Kommission hatten im Jahr 2010 in den meisten Ländern des Euro-Raums Beschäftigte im öffentlichen Dienst auch bei Berücksichtigung von einer Reihe an Strukturunterschieden einen Lohnvorteil gegenüber der Privatwirtschaft. Nur in vier Ländern (Finnland, Estland, Lettland und die Slowakei) fand sich ein Lohnnachteil für den öffentlichen Sektor. In fünf Ländern war der Lohnunterschied statistisch insignifikant (Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Litauen und Malta). Für Hochqualifizierte fanden sich in acht Ländern (Italien, Spanien, Belgien, Österreich, Irland, Portugal, Zypern und Luxemburg) Lohnvorteile.¹⁰⁾

Veränderungen des Lohnabstandes zwischen öffentlichem Sektor und der Privatwirtschaft

In den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten die Löhne im öffentlichen Dienst bei einer vergleichsweise entspannten Lage der öffentlichen Finanzen in einigen Ländern überproportional zugenommen. Besonders auffällig war dies in Italien und Spanien. Während des Anpassungsprozesses zwischen 2010 und 2015 kehrte sich dieser Trend um; der öffentliche Dienst trug nun erheblich zur Lohnmoderation bei. Im öffentlichen Sektor halbierte sich die Zuwachsrate der Stundenlöhne im Vergleich zu den Vorkrisenjahren 2000 bis 2008, während im Privatsektor die Abstufung sehr viel geringer ausfiel. Auch setzte die Verlangsamung des Lohnwachstums im öffentlichen Dienst schneller ein als in der Privatwirtschaft.¹¹⁾

Dazu trugen verschiedene Maßnahmen bei. Beispielsweise wurde in Italien im Jahr 2010 ein Lohnstillstand im öffentlichen Dienst für die Jahre 2010 bis 2013 beschlossen.¹²⁾ Für einen Teil der Besserverdienenden wurden Löhne gekürzt. Zudem wurden Lohnerhöhungen der Jahre 2008 und 2009 rückwirkend gekappt. In Spanien wurden zwischen den Jahren 2010 und 2013 in mehreren Etappen Löhne per Dekret gekürzt oder eingefroren. Auch in Portugal gab es zwischen den Jahren 2010 und 2013 eine Lohnpause. Höhere Gehälter wurden gekürzt. In Griechenland wurde im Jahr 2009 ein Lohnstillstand beschlossen, der aber teilweise durch andere Zuwendungen kompensiert wurde. In den Jahren 2010 bis 2012 folgten eine Reihe von Lohnkürzungen, eine Kürzung von Zuwendungen (wie Weihnachtsgeld) und später ein Lohnstillstand. Zudem wurde im Jahr 2012 die Tarifstruktur vereinheitlicht.

Der Lohnabstand zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft verringerte sich in der Folge im Euro-Raum von 12% im Jahr 2008 auf 6% im Jahr 2015. Er war damit sogar etwas niedriger als vor dem Start der Währungsunion. Auch Qualifikations- und Entlohnungsprofile scheinen nun über die

⁸ Vgl.: P. Gomes (2014), a. a. O.

⁹ Für einen Literaturüberblick und empirische Evidenz siehe: K. van der Wiel (2010), Better protected, better paid: Evidence on how employment protection affects wages, *Labour Economics* 17 (1), S. 16–26.

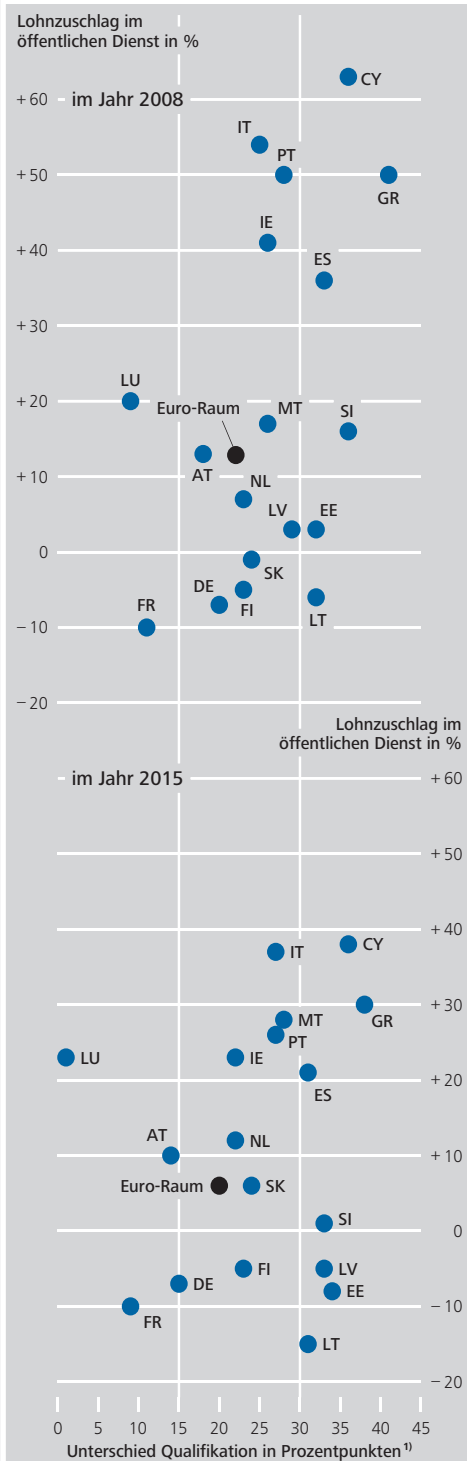
¹⁰ Vgl.: Europäische Kommission (2014), Government wages and labour market outcomes, *European Economy Occasional Papers* 190. Laut der Studie sank zwischen den Jahren 2006 und 2010 die Lohnprämie in Italien, Spanien, Portugal, Belgien, Luxemburg und Malta. Sie nahm in Österreich, Irland, Griechenland, Zypern und Slowenien zu. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch: L. N. Christofides und M. Michael (2013), a. a. O.

¹¹ Vgl.: M. M. Campos, D. Depalo, E. Papapetrou, J. J. Pérez und R. Ramos (2015), Understanding the public sector pay gap, *Documentos de Trabajo*, Nr. 1539, Banco de España.

¹² Vgl.: LABREF database, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, Europäische Kommission.

Länder hinweg wieder besser zueinander zu passen. Dies legt auch eine ökonomische Auswertung der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung der Europäischen Kommission nahe, bei der der Einfluss verschiedener Drittvariablen kontrolliert wird.¹³⁾ Ergab sich für das Jahr 2010 unter Berücksichtigung von Bildungs- und Geschlechterunterschieden noch ein signifikantes Plus von knapp 4% gegenüber der Privatwirtschaft, verschwand dieser Unterschied im Jahr 2014.

Unterschiede zwischen öffentlichem Dienst und der Privatwirtschaft bei der Qualifikation und Stundenlöhnen

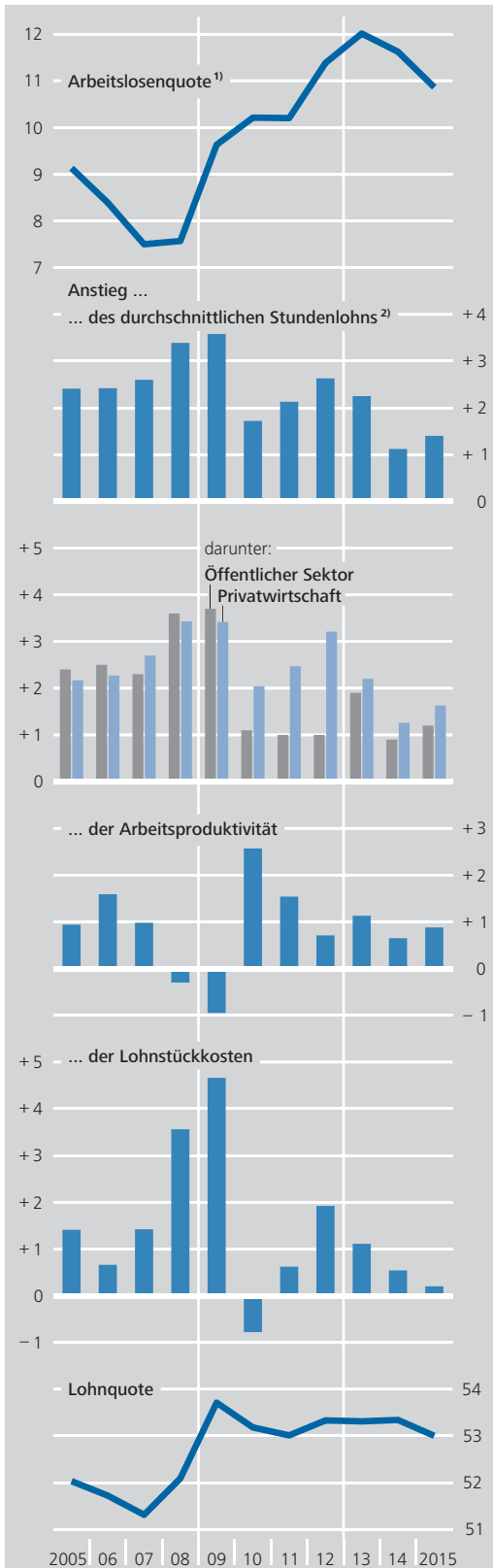


13 Es wird eine Regression geschätzt, bei der der nach Branche, Geschlecht, Bildung und Mitgliedsland differenzierte Stundenlohn die abhängige Variable darstellt und Dummy-Variablen für die jeweiligen Ausprägungen eingesetzt werden. Zwar erklären die Länder-Dummies einen Großteil der Variation, aber auch Bildung und Geschlecht sind signifikant mit dem Stundenlohn korreliert (wobei die Hinzunahme des Geschlechter-Dummys nichts an den Koeffizienten der übrigen Regressoren ändert). Die Dummy-Variablen für den öffentlichen Dienst ist im Jahr 2010 signifikant mit dem Stundenlohn korreliert, im Jahr 2014 nicht mehr.

Quelle: Eurostat. 1) Bei der Messung des Unterschieds in der Qualifikation wird die Differenz der Anteile der Arbeitnehmer mit tertiärem Bildungsabschluss im öffentlichen Dienst (Sektoren O-Q der NACE Rev.2 Klassifikation) und in der Privatwirtschaft (alle anderen Sektoren außer Landwirtschaft) gebildet.
 Deutsche Bundesbank

Arbeitslosigkeit und Lohndynamik im Euro-Raum

in %



Quelle: Eurostat. **1** Standardisierte Arbeitslosenquote. **2** Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde.
 Deutsche Bundesbank

fischer Schocks und unterschiedlichen Reaktionen auf globale Störungen teilweise überlagert, teilweise verstärkt.

Deutschland spielte in der Lohndynamik des Euro-Raums eine Sonderrolle. Hierzulande verstärkte sich nach der Krise das Lohnwachstum bei rückläufiger Arbeitslosigkeit. In den Jahren vor der Krise hatten die Arbeitskosten auch infolge verschiedener Arbeitsmarktreformen nur wenig zugenommen. In den Krisen Jahren stiegen dann zunächst die Stundenlöhne wegen der nicht vollständig kompensierten Stundenkürzungen und später auch die Monatsentgelte recht kräftig an. Bei schwachem Produktivitätswachstum resultierte hieraus eine Steigerung der Lohnstückkosten von durchschnittlich 2% in den letzten fünf Jahren, während in den Jahren unmittelbar vor der Krise die Lohnstückkosten nicht unerheblich gesunken waren.

Sonderfall Deutschland: nach der Krise stärkeres Lohnwachstum als vor der Krise

Die abweichende Lohntendenz in Deutschland erklärt zwar einen Teil des nach der Krise zunächst noch starken Lohnanstiegs im Euro-Raum. Aber auch ohne Deutschland gerechnet erhöhten sich die Stundenlöhne in den Jahren 2010 bis 2013 durchschnittlich um 1¾%, nachdem sie auf dem Höhepunkt der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 noch um 3½% pro Jahr gestiegen waren.

Auch Euro-Raum ohne Deutschland zunächst noch mit kräftigem Lohnwachstum

In Frankreich verlangsamte sich das Lohnwachstum seit 2009 trotz eines erheblichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit nur allmählich. Die dahinter stehende Beschäftigungsanpassung mag dazu beigetragen haben, dass sich das Produktivitätswachstum im Vergleich zu anderen Ländern recht gut hielt und der Anstieg der Lohnstückkosten moderat ausfiel. Gleichwohl erhöhte sich die Lohnquote spürbar, was die Rentabilität der Unternehmen beeinträchtigt haben dürfte. Die Erholung am Arbeitsmarkt blieb bis zuletzt nur schwach.

Frankreich: trotz steigender Arbeitslosigkeit nur langsam nachlassendes Lohnwachstum

In Italien hatte sich das Lohnwachstum bereits vor der Krise weit von dem praktisch flachen Produktivitätstrend gelöst, und die Lohnstückkosten waren spürbar stärker als im Euro-Raum-

Italien: Lohnentwicklung losgelöst von Produktivitätstrends

Durchschnitt gestiegen. Auch hier verlangsamte sich in den Krisenjahren das Wachstum der Stundenlöhne vor allem in der Privatwirtschaft trotz einer Verdopplung der Arbeitslosenquote nur allmählich.³⁾ Die Stundenproduktivität stagnierte ungeachtet des Stellenabbaus. Folglich nahmen die Lohnstückkosten weiter deutlich zu, und die gesamtwirtschaftliche Lohnquote verharrte trotz des zuletzt äußerst schwachen Lohnwachstums auf einem erhöhten Niveau. Die Arbeitslosenquote übertrifft ihren Vorkrisenstand gegenwärtig noch um 6 Prozentpunkte.

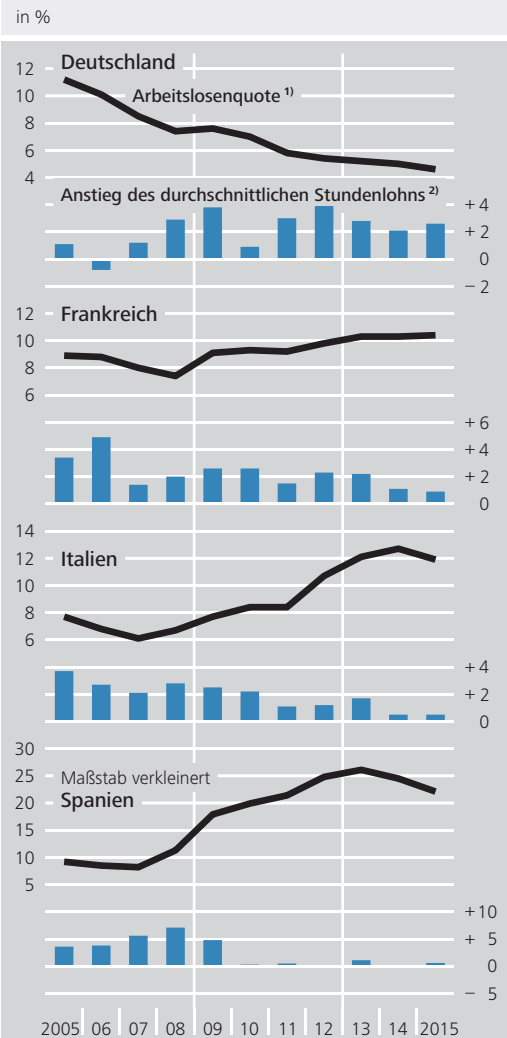
Spanien: heftige Arbeitsmarktreaktion bringt Löhne zum Stillstand

In Spanien konzentrierte sich der konjunkturelle Abschwung zunächst in hohem Maß auf die Bauwirtschaft, bevor er die gesamte Volkswirtschaft erfasste. Es kam zu einer Entlassungswelle, in deren Folge die Arbeitslosigkeit zwischen 2007 und 2009 um nahezu 10 Prozentpunkte anstieg. In den darauffolgenden vier Jahren verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Die Durchschnittsentgelte stiegen seit 2010 so gut wie nicht mehr. Allerdings hatten sie in den beiden Vorjahren zusammen noch um deutlich mehr als 10% zugelegt. Trotz der schweren Wirtschaftskrise nahmen die Durchschnittsentgelte in der Privatwirtschaft zunächst weiter zu, wenn auch mit erheblich vermindertem Tempo.⁴⁾ Im öffentlichen Sektor wurden die Löhne teilweise befristet gekürzt. Angesichts des kräftigen Produktivitätsschubs infolge der Entlassung vieler wenig produktiver Arbeitskräfte und des abgeflachten Lohnrends machte die Korrektur der Lohnstückkosten, die in den Jahren unmittelbar vor der Krise steil nach oben gegangen waren, recht schnell Fortschritte. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote liegt inzwischen sogar unterhalb ihres längerfristigen Mittels vor der Krise. Seit zwei Jahren befindet sich die spanische Wirtschaft auf Erholungskurs mit hohen Wachstumsraten und sich verbessernder Arbeitsmarktlage. Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit drückt aber auf das Lohnwachstum.

Flexibler Arbeitsmarkt in Irland

Noch stärker akzentuierte Entwicklungen gab es in einigen kleineren Mitgliedsländern, in denen die Wirtschaftskrise besonders schwer

Arbeitslosigkeit und Lohndynamik in ausgewählten Euro-Raum-Ländern



Quelle: Eurostat. **1** Standardisierte Arbeitslosenquote. **2** Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde.
 Deutsche Bundesbank

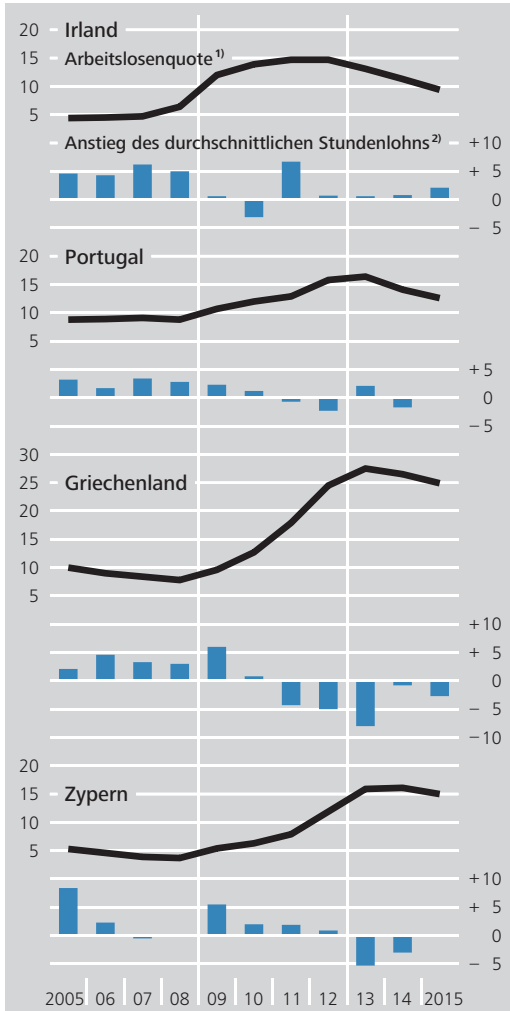
ausfiel. Irland geriet im Zuge einer Abkühlung des Immobilienmarkts schon sehr frühzeitig in eine schwere Rezession. Die Arbeitslosenquote

3 Die Arbeitslosigkeit hätte vermutlich noch stärker zugenommen, wenn nicht die Unternehmen Arbeitskräfte gehortet hätten, was sich in einem verstärkten Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit niederschlug (zwischen 2005 und 2015 verringerte sich die mittlere Arbeitszeit mehr als doppelt so stark wie in dem vorangegangenen Zehnjahresabschnitt). Dazu trug bei, dass Leistungen für Kurzarbeit auch bei einer Arbeitszeit von null Stunden gewährt wurden.

4 Kompositionseffekte verstärkten den Anstieg der Durchschnittsentgelte in diesen Jahren. Siehe dazu: S. Puente und S. Galán, Analysis of composition effects on wage behaviour, Banco de España, Economic Bulletin, Februar 2014; sowie K. Orsini, Wage adjustment in Spain: Slow, inefficient and unfair?, European Commission ECFIN Country Focus, November 2014.

Arbeitslosigkeit und Lohndynamik in ausgewählten Euro-Raum-Ländern

in %



Quelle: Eurostat. **1** Standardisierte Arbeitslosenquote. **2** Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde.
 Deutsche Bundesbank

erhöhte sich zwischen 2007 und 2011 um 10 Prozentpunkte. In der Folge wurden die Arbeitsentgelte, die bis 2008 noch stark zugelegt hatten, vor allem im öffentlichen Dienst kräftig gekürzt. In der Privatwirtschaft gaben die Löhne nur wenig nach. Bereits seit 2012 sinkt die Arbeitslosenquote in Irland kontinuierlich, und auch die Löhne steigen wieder spürbar an, wenngleich mit wesentlich geringeren Raten als vor der Krise.

In Portugal trübte sich die Lage am Arbeitsmarkt im Herbst 2008 ein. In der folgenden wirtschaftlichen Erholung stabilisierte sich die Arbeitslosigkeit kurzfristig, erhöhte sich in der

Anpassungsprozess in Portugal sehr langwierig

Staatsschuldenkrise jedoch erheblich auf mehr als 17%. Der Lohnanstieg flachte sich im Privatsektor nach und nach ab. Im öffentlichen Sektor gab es massive Lohnkürzungen. Seit 2013 bessert sich allmählich die Lage am Arbeitsmarkt. Gleichwohl hält der Druck auf die Löhne an.

Die Lage am griechischen Arbeitsmarkt verschlechterte sich ab dem Jahr 2008 zunächst langsam, dann drastisch. Mitte 2013 waren fast 28% der Erwerbspersonen ohne bezahlte Arbeit. Die Löhne stiegen bis 2009 noch recht stark an. Seit 2010 fallen die Löhne jedoch, und zwar im privaten und öffentlichen Bereich mit ähnlichen Raten. Dazu trug bei, dass im Rahmen der Anpassungsprogramme der Mindestlohn gekürzt und die Tarifstruktur im öffentlichen Dienst überarbeitet wurde. Auch die Lohnstückkosten verringerten sich erheblich, wenn auch nicht in demselben Ausmaß wie die Löhne. Die Arbeitsmarktlage blieb bis zuletzt sehr angespannt.

Kräftige Lohnkorrektur in Griechenland

Zypern geriet im Jahr 2013 aufgrund der starken Verflechtung mit dem griechischen Finanzsystem in eine scharfe Anpassungskrise, in der sich die Arbeitslosigkeit beträchtlich auf knapp 17% erhöhte. Die Löhne wurden vor allem im öffentlichen Dienst erheblich gekürzt, aber auch in der Privatwirtschaft gaben sie etwas nach. Seit Anfang 2015 ist die zyprische Wirtschaft auf Erholungskurs. Die Arbeitslosenquote ist seither um 4 Prozentpunkte gefallen, und der Druck auf die Löhne lässt nach.

In Zypern heftige Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst

Trotz der ausgeprägten Heterogenität der Problemlagen scheint es in vielen Ländern einfacher gewesen zu sein, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst durchzusetzen als in der Privatwirtschaft. Dort wurden selbst kräftige Lohnanhebungen, die unmittelbar vor Krisenbeginn auf Grundlage optimistischer Erwartungen vereinbart worden waren, in der Regel nicht zurückgenommen. Gleichzeitig scheinen Länder mit flexiblen Arbeitsmarktinstitutionen wie Irland und Zypern die Herausforderungen bis

Gemeinsamkeiten über die Länder hinweg

lang besser gemeistert zu haben als Länder mit stärker regulierten Arbeitsmärkten.

Ursachen eingeschränkter Lohnanpassungen

Ursachen eingeschränkter Lohnanpassungen

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weshalb sich die Lohndynamik in einer Reihe von Ländern des Euro-Raums nur eingeschränkt an die veränderten Bedingungen angepasst hat. Hier können verschiedene Arten von Rigiditäten eine Rolle spielen, die durch institutionelle Gegebenheiten gefördert werden.

Nominale Rigiditäten

Kaum Kürzungen regulärer Gehälter

Die Arbeitsbedingungen einschließlich der Entgelte werden üblicherweise in Verträgen festgelegt und nur in größeren zuvor fixierten Zeitabständen überprüft und angepasst. Schon deshalb sind Löhne durch gewisse Rigiditäten gekennzeichnet. Zudem unterbleiben selbst in Krisenzeiten zumeist Kürzungen der regulären Arbeitsentgelte. Stattdessen werden die Löhne oftmals eingefroren. So steigen die Arbeitskosten zumindest nicht weiter. Dies reicht möglicherweise aber nicht aus, die Rentabilität der Beschäftigungsverhältnisse zu erhalten, insbesondere wenn in vorangegangenen Lohnrunden infolge optimistischer Erwartungen hohe Lohnsteigerungen vereinbart worden waren.

Gründe für nach unten gerichtete Lohnstarrheit

Die Gründe für solche Lohnstarrheiten sind auch in möglichen Reaktionen der Beschäftigten zu sehen. Wenn zu erwarten ist, dass Arbeitnehmer nach einer Lohnkürzung ihre Anstrengungen zurückfahren oder gar überdurchschnittlich produktive Mitarbeiter zu anderen Unternehmen wechseln, kann es aus Sicht der Arbeitgeber eine sinnvolle Strategie sein, auf Lohnkürzungen zu verzichten und statt dessen einen Teil der Belegschaft zu entlassen.⁵ Eine solche Reaktion liegt beispielsweise nahe, wenn es innerhalb eines Unternehmens unterschiedliche Klassen von Beschäftigten gibt. Temporär Beschäftigte und Leiharbeiter genießen nicht

den gleichen Schutz wie Regelbeschäftigte. Durch ihre Entlassung können die Lohnkosten verringert werden, ohne die (meist höheren) Löhne der Stammbesetzung zu kürzen.

Arbeitsplätze sind besonders dann gefährdet, wenn die Unternehmen aufgrund solcher Lohnstarrheiten in Liquiditätsprobleme geraten. Dies mag ein Grund dafür sein, weshalb Unternehmen teilweise dazu übergegangen sind, in guten Zeiten Boni zu zahlen, anstatt die regulären Entgelte zu stark anzuheben. Aller Erfahrung nach lassen sich Sonderleistungen leichter kürzen als das Basisentgelt.⁶ Eine andere Möglichkeit ist die Reduktion der Arbeitszeit bei einer Kürzung der Monatsentgelte. Diese muss nicht unbedingt proportional ausfallen, und kann gegebenenfalls durch Zuschüsse der Sozialversicherungen oder der öffentlichen Hand gefördert werden. Diese Strategie setzt allerdings funktionierende und kompromissfähige Arbeitnehmervertretungen voraus, denen von den Tarifparteien hinreichend Spielräume gewährt werden.

Eine gewisse Starrheit der Löhne kann sich zudem daraus ergeben, dass in den meisten Ländern des Euro-Gebiets ein gesetzlicher Mindestlohn gilt oder zumindest Tarifverträge als allgemeinverbindlich erklärt werden, sodass eine verpflichtende Untergrenze für Löhne existiert. Dies kann Lohnkürzungen zumindest in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes beschränken, sofern nicht in Reaktion auf eine sich stark verschlechternde Arbeitsmarktlage der Mindestlohn gekürzt wird, wie dies in Griechenland geschehen ist.

Kürzung von Zusatzleistungen oder Arbeitszeit als Ausweichstrategien

Mindestlohn als Quelle von Lohnstarrheiten

⁵ Vgl.: P. Du Caju, T. Kosma, M. Lawless, J. Messina und T. Rööm (2015), *Why firms avoid cutting wages: survey evidence from European firms*, ILR Review 68(4), S. 862–888; sowie T.F. Bewley (1999), *Why wages do not fall during a recession*, Harvard University Press.

⁶ Neben der Kürzung von Boni nutzen Unternehmen bei Rigidität der Basislöhne auch verstärkt Maßnahmen wie das Einfrieren von Beförderungen oder die Verringerung der Einstiegsgehälter. Vgl.: J. Babecký, P. Du Caju, T. Kosma, M. Lawless, J. Messina und T. Rööm (2012), *How do European firms adjust their labour costs when nominal wages are rigid?*, Labour Economics 19(5), S. 792–801.

Lohnrigidität und Beschäftigung im Euro-Raum: eine Analyse mit Unternehmensdaten

Die in der dritten Welle des Wage Dynamics Network des Europäischen Systems der Zentralbanken (WDN)¹⁾ erhobenen Umfragedaten unter Arbeitgebern erlauben eine Untersuchung des Zusammenhangs von Löhnen und Beschäftigung auf Unternehmensebene.²⁾ Die Daten sind überwiegend qualitativer Natur und geben über Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen im Euro-Raum und ihren Reaktionen hierauf Auskunft. Sie decken die Jahre 2010 bis 2013 ab.³⁾

In diesen Jahren, die durch die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum geprägt wurden, standen die Unternehmen durchaus unterschiedlichen Entwicklungen gegenüber. Fast die Hälfte der in der Analyse erfassten Unternehmen musste einen Nachfragerückgang hinnehmen. Für nahezu ein Drittel erhöhte sich die Nachfrage aber auch. Bemerkenswerterweise verringerte sich die Beschäftigung lediglich in gut einem Viertel aller Unternehmen (aber in mehr als zwei Fünfteln der Unternehmen mit einem Nachfragerückgang), während sie in gut 30% der Unternehmen aufgestockt wurde. Lediglich in 8% der Unternehmen wurden die Löhne (hier: die Grundgehälter oder der Stücklohn) gesenkt (aber in 14% der Unternehmen mit Nachfragerückgang). Ein vergleichsweise

1 Das WDN wurde vom Europäischen System der Zentralbanken im Jahr 2006 ins Leben gerufen, um die wesentlichen Bestimmungsfaktoren der Lohnsetzung und deren Zusammenhang mit der Preisbildung vertieft zu untersuchen. Dazu dienten u. a. Unternehmensbefragungen, denen ein weitgehend harmonisierter Fragebogen zugrunde lag. Die erste Welle deckte die Jahre 2003 bis 2007 ab, die zweite Welle, an der sich die Bundesbank nicht beteiligte, die Jahre 2008 bis 2009. Auswertungen der Umfragedaten der ersten und dritten Welle für Deutschland finden sich in: Deutsche Bundesbank, Lohnsetzungsverhalten in Deutschland – neuere empirische Befunde, Monatsbericht, April 2009, S. 17–30; in: D. Radowski und H. Bonin (2010), Downward nominal wage rigidity in services: Direct evidence from a firm survey, *Economics Letters* 106(3), S. 227–229; und in: Deutsche Bundesbank, Anpassungsmuster von Unternehmen am deutschen Arbeitsmarkt in der Großen Rezession – ausgewählte Ergebnisse einer Sonderumfrage, Monatsbericht, Juli 2015, S. 33–40. Siehe auch https://www.ecb.europa.eu/pub/economic-research/research-networks/html/researcher_wdn.en.html für den Abschlussbericht und Forschungspapiere im Rahmen der ersten beiden Wellen des WDN sowie zu länderspezifischen Auswertungen der dritten Welle.

2 Die hier vorgestellte Analyse ist Teil eines Forschungsprojekts im Rahmen des WDN. Vgl.: P. Marotzke, R. Anderton, A. Bairrao, C. Berson und P. Tóth (2016), Wage adjustment and employment in Europe, mimeo. In das Forschungspapier werden alle 25 am WDN teilnehmenden Länder einbezogen. In diesem Beitrag liegt der Fokus auf den Ergebnissen für den Euro-Raum.

3 Für weitere aus diesen Daten abgeleitete Ergebnisse siehe: Europäische Zentralbank, Neue Erkenntnisse zur Lohnanpassung in Europa im Zeitraum von 2010 bis 2013, *Wirtschaftsbericht*, Ausgabe 5/2016, S. 65–90.

Ordinales Probit-Modell der Lohnanpassung^{*)}

Marginale Effekte auf prognostizierte Wahrscheinlichkeiten

Variablen	Löhne stark verringert	Löhne moderat verringert	Löhne unverändert	Löhne moderat erhöht	Löhne stark erhöht
Nachfrage stark verringert	0,016***	0,035***	0,071***	-0,096***	-0,025***
moderat verringert	0,006***	0,014***	0,032***	-0,039***	-0,013***
unverändert (Referenz)					
moderat erhöht	-0,007***	-0,019***	-0,058***	0,054***	0,030***
stark erhöht	-0,010***	-0,030***	-0,100***	0,080***	0,059***
Beobachtungen	11 541	–	–	–	–
p-Wert	0,000	–	–	–	–
Pseudo R ²	0,123	–	–	–	–

^{*)} Die Tabelle zeigt in Abhängigkeit der Nachfrageentwicklung die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Lohnentwicklung im Vergleich zur Referenzkategorie unveränderter Nachfrage. Bspw. ist die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer starken Verringerung der Löhne bei starkem Nachfragerückgang um 1,6 Prozentpunkte höher als bei unveränderter Nachfrage. Weitere Regressoren: Anteil der Arbeitnehmer mit Tarifvertrag, Dummy-Variablen für Länder (des Euro-Raums ohne Finnland, welches an der Umfrage nicht teilnahm, und ohne Irland, dessen Umfrage nicht alle betrachteten Variablen enthält), Sektoren (der Privatwirtschaft) und Unternehmensgröße. Der marginale Effekt für Indikatorvariablen ist die diskrete Veränderung vom Referenzniveau. *** Statistisch signifikant bei 1%, basierend auf robusten Standardfehlern.

Deutsche Bundesbank

Ordinales Probit-Modell mit Instrumentvariable, Unternehmen mit Nachfragerückgang⁴⁾

Marginale Effekte auf prognostizierte Wahrscheinlichkeiten

Variablen	Lohngleichung				
	Löhne stark verringert	Löhne moderat verringert	Löhne unverändert	Löhne moderat erhöht	Löhne stark erhöht
Tarifvertrag (Anteil)	-0,011***	-0,023***	-0,029***	0,048***	0,015***
Variablen	Beschäftigungsgleichung				
	Beschäftigung stark verringert	Beschäftigung moderat verringert	Beschäftigung unverändert	Beschäftigung moderat erhöht	Beschäftigung stark erhöht
Löhne stark verringert	-0,066**	-0,095*	-0,029	0,097***	0,093
Löhne moderat verringert	-0,054**	-0,073***	-0,015	0,077***	0,066
Löhne unverändert (Referenz)					
Löhne moderat erhöht	0,124*	0,076***	-0,053***	-0,102***	-0,045
Löhne stark erhöht	0,383**	0,068	-0,200***	-0,188***	-0,063*
Beobachtungen	5 598	-	-	-	-
p-Wert	0,000	-	-	-	-
Korrelation der Fehlerterme	0,648***	-	-	-	-

* Die obere Tabelle zeigt, wie sich die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Lohnentwicklung verändert, wenn sich der Anteil der Arbeitnehmer mit Tarifvertrag erhöht. Steigt der Anteil um 1 Prozentpunkt, verringert sich z. B. die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer starken Lohnreduktion um 0,011 Prozentpunkte. Der untere Tabellenteil zeigt in Abhängigkeit der Lohnanpassung die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Beschäftigungsentwicklung im Vergleich zur Referenzkategorie unveränderter Löhne. Bspw. ist die geschätzte Wahrscheinlichkeit einer starken Verringerung der Beschäftigung bei starkem Lohnrückgang um 6,6 Prozentpunkte niedriger als bei unveränderten Löhnen. Weitere Regressoren: Anteil Arbeitskosten an Gesamtkosten, Dummy-Variablen für Stärke des Nachfragerückgangs, Eigentümerstruktur, negative Schocks (Finanzmittel, Fähigkeit der Kunden, die Zahlungsziele und vertraglichen Bestimmungen einzuhalten, Zugang zu den Vorprodukten und Materialien), Boni, Entlassungskosten als relevantes Hindernis bei Einstellung neuer Arbeitskräfte mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag, Kreditbeschränkungen (Umschuldung, Investitionen, Betriebsmittel), Länder (des Euro-Raums ohne Finnland, welches an der Umfrage nicht teilnahm, und ohne Irland, dessen Umfrage nicht alle betrachteten Variablen enthält), Sektoren (der Privatwirtschaft) und Unternehmensgröße. Der marginale Effekt für Indikatorvariablen ist die diskrete Veränderung vom Referenzniveau. Das Modell wurde mit dem Stata Befehl `cmp` von Roodman geschätzt, vgl.: D. Roodman (2011), Estimating fully observed recursive mixed-process models with `cmp`, *Stata Journal* 11 (2), S. 159–206. * Statistisch signifikant bei 10%, ** bei 5% und *** bei 1%, basierend auf robusten Standardfehlern.

Deutsche Bundesbank

hoher Anteil der Unternehmen gab an, dass die Löhne unverändert blieben (30% für die Gesamtheit, fast 40% der Unternehmen mit Nachfragerückgang). Dies deutet auf Abwärtsrigiditäten bei den Löhnen hin.⁴⁾

Mittels eines ökonomischen Modells der Lohnanpassung können aus Asymmetrien in den Reaktionen auf einen Nachfragerückgang Rückschlüsse über Abwärtsrigiditäten der Löhne gezogen werden. Die zu erklärende Größe des ordinalen Probit-Ansatzes ist hierbei die Veränderung der Grundgehälter mit den folgenden fünf Ausprägungen: starker Rückgang, moderater Rückgang, unverändert, moderater Anstieg und starker Anstieg. Erklärende Variablen sind die Nachfrageentwicklung (ebenfalls mit fünf möglichen Ausprägungen) sowie Informationen über die Unternehmensgröße und den Anteil der Arbeitnehmer mit Tarifvertrag. Hinzu kommen Dummy-Variablen für Länder und Sektoren.

Der Schätzung zufolge steigt die Wahrscheinlichkeit von Lohnerhöhungen bei einer positiven Nachfrageentwicklung im Vergleich zur Referenzkategorie einer unveränderten Nachfrage, und die Wahrscheinlichkeit einer Lohnkürzung erhöht sich bei einer negativen Nachfrageentwicklung. Allerdings fällt der Anstieg der Wahrscheinlichkeit einer Lohnkürzung bei einem Nachfragerückgang wesentlich geringer

⁴ Ein häufig verwendeter Indikator für Lohnrigidität ist der Anteil der stabilen Löhne an den nicht angehobenen Löhnen, also der Summe von gekürzten und stabilen Löhnen. (Vgl.: W. Dickens, L. Gotte, E. Groshen, S. Holden, J. Messina, M. Schweitzer, J. Turunen und M. Ward (2007), How wages change. Micro evidence from the international wage flexibility project, *Journal of Economic Perspectives* 21 (2), S. 195–214.) Ein Kritikpunkt an diesem Ansatz ist, dass von unveränderten Löhnen nicht direkt auf verhinderte Lohnkürzungen geschlossen werden kann. Zudem können auch Unternehmen, welche Löhne erhöhen, Lohnrigiditäten ausgesetzt sein. Deshalb ist es wichtig, auch steigende Löhne und die Gründe für Lohnänderungen zu berücksichtigen.

aus als die Zunahme der Wahrscheinlichkeit einer Lohnerhöhung bei einer Nachfragerückgang. Außerdem erhöht ein Nachfragerückgang die Wahrscheinlichkeit, dass Löhne unverändert bleiben, signifikant. Im Gegensatz dazu nimmt die Wahrscheinlichkeit stabiler Löhne bei einer Zunahme der Nachfrage ab. All dies kann als Beleg für nach unten gerichtete nominale Lohnrigiditäten gewertet werden.

Der mögliche Einfluss der festgestellten Rigiditäten auf die Beschäftigungsentscheidungen der Unternehmen nach einem Nachfragerückgang kann in einem ähnlichen Modellrahmen untersucht werden. Die Lohngleichung wird in einem simultanen ordinalen Probit-Ansatz um eine Beschäftigungsgleichung erweitert, in der Veränderungen der Beschäftigung (wiederum in fünf Ausprägungen) in Abhängigkeit der Lohnänderungen dargestellt werden.⁵⁾

Die Schätzergebnisse zeigen, dass die Lohnanpassung wie vermutet von der Tarifbindung abhängt.⁶⁾ Je mehr Arbeitnehmer im Unternehmen einem Lohntarifvertrag unterliegen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer Lohnreduktion oder eines Lohnstillstandes und desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Lohnerhöhungen. Der Einfluss der Lohnanpassung auf die Beschäftigung erweist sich ebenfalls als signifikant. In Unternehmen, welche nach einem Nachfragerückgang die Löhne kürzen, ist ein Beschäftigungsrückgang weniger wahrscheinlich und die Wahrscheinlichkeit einer moderat positiven Beschäftigungsentwicklung höher. Ein Lohnanstieg erhöht hingegen die Wahrscheinlichkeit eines Beschäftigungsrückgangs.⁷⁾

Die Einflüsse weiterer in der Schätzung berücksichtigter, hier nicht ausgewiesener Variablen entsprechen weitgehend den Erwartungen. Beispielsweise erhöht sich bei eingeschränktem Zugang zu Finanzmitteln die Wahrscheinlichkeit, dass Beschäftigung und Löhne reduziert werden oder zumindest nicht mehr steigen. Der Schätzung zufolge kürzen Unternehmen mit bedeutenden Entlassungskosten (bspw. infolge von Kündigungsschutzregelungen) weniger häufig die Löhne. Dies lässt sich durch eine

stärkere Macht der Arbeitnehmer bei Lohnverhandlungen erklären. Bemerkenswerterweise ergibt sich ein leicht positiver Effekt auf die Beschäftigungslage in den Unternehmen. Hier könnte von Bedeutung sein, dass in der WDN-Umfrage nur solche Unternehmen erfasst werden, die im Markt verblieben sind. Schließlich kann gezeigt werden, dass in Unternehmen, bei denen neben den Grundlöhnen flexible Lohnbestandteile eine Rolle spielen, Grundlöhne weniger oft reduziert werden. Auch erscheint die Beschäftigung dort stabiler.

Es zeigt sich also, dass auf Ebene der einzelnen Unternehmen größere Lohnflexibilität die Beschäftigung tendenziell stabilisiert. Abwärtsgerichtete Lohnrigiditäten können, wenn sie bindend werden, mit Beschäftigungsverlusten einhergehen.⁸⁾

5 Den gegenseitigen Abhängigkeiten von Löhnen und Beschäftigung wird durch Nutzung des Anteils der Arbeitnehmer mit Tarifvertrag als sog. Instrumentvariable Rechnung getragen. Dahinter steht die Vermutung, dass Tarifverträge unmittelbar nur auf die Löhne und nicht auf die Beschäftigung wirken. Dies entspricht der Annahme eines „right to manage“-Ansatzes, bei dem zunächst Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über Löhne stattfinden und danach die Arbeitgeber die Beschäftigung unter Berücksichtigung des ausgehandelten Lohns wählen. Vgl.: T. Boeri und J. van Ours, *The economics of imperfect labor markets*, Princeton University Press 2013, S. 71. Abweichungen tariflicher Abfindungsregelungen und Kündigungsfristen von den gesetzlichen Vorgaben spielen im Euro-Raum keine große Rolle. Siehe dazu: D. Venn (2009), *Legislation, collective bargaining and enforcement: Updating the OECD employment protection indicators*, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 89.

6 Die vermutete Endogenität der Löhne in der Beschäftigungsgleichung wird durch die signifikante Korrelation der Fehlerterme bestätigt.

7 Die zentralen Schätzergebnisse erweisen sich als robust bei einer Schätzung unter Berücksichtigung aller Unternehmen (auch Unternehmen, die keinen Nachfragerückgang erlitten) und bei Schätzung eines stark reduzierten Modells mit nur wenigen Kontrollvariablen.

8 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen mit quantitativen Lohndaten für Italien E. Adamopoulou, E. Bobbio, M. De Philippis und F. Giorgi (2016), *Wage rigidities and business cycle fluctuations: A linked employer-employee analysis*, Banca d'Italia Occasional Papers, Nr. 338.

*Evidenz für
abwärts-
gerichtete
Nominallohn-
rigiditäten und
Implikationen*

Ökonometrische Auswertungen von Unternehmensbefragungen zeigen, dass Lohnstarrheiten im Euro-Raum in den Jahren der Staatsschuldenkrise 2010 bis 2013 von Bedeutung waren (siehe dazu die Ausführungen auf S. 42 ff.). Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene können solche nach unten gerichteten Nominallohnrigiditäten eine Asymmetrie in der Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Löhnen nach sich ziehen. Die Lohndynamik reagiert dann stärker auf gute als auf schlechte Arbeitsmarktlagen.⁷⁾

Reale Lohnrigiditäten

*Lohnindexierung
als Quelle realer
Rigiditäten*

Lange Zeit war es in einer Reihe von Ländern üblich, dass Arbeitsentgelte mindestens einmal jährlich um die Inflationsrate angehoben wurden. Auf diese Weise sollte die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer erhalten werden. Solche Indexierungsklauseln waren noch ein Überbleibsel aus Zeiten vergleichsweise hoher, vorwiegend binnenwirtschaftlicher Preissteigerungsraten. In Zeiten geringen Preisanstiegs, in denen Veränderungen der Inflationsraten zudem oft außenwirtschaftlich bedingt sind, kann dies jedoch nachteilige gesamtwirtschaftliche Entwicklungen auslösen. Beispielsweise verbessert ein Ölpreisanstieg im Regelfall nicht die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens. Deshalb werden für Anpassungsklauseln heute oft Indizes ohne Energie (und andere Komponenten) verwendet.

*Orientierung der
Lohnanpassung
am Preisanstieg*

Selbst wenn es keine gesetzlichen Regelungen gibt, werden Löhne häufig gewohnheitsmäßig an den realisierten oder erwarteten Preisanstieg angepasst.⁸⁾ Solange sich solche Anpassungen am mittelfristigen Stabilitätsziel der Notenbank orientieren und angemessene Zu- oder Abschläge für die Wirtschafts- und insbesondere die Arbeitsmarktlage vorgenommen werden, sind sie gesamtwirtschaftlich unschädlich. Eine Mindestanpassung der Löhne um den Preisanstieg verfestigt jedoch potenziell eine aufgrund vergangener Fehlentwicklungen überhöhte Reallohnposition, mit nachteiligen Folgen für den Arbeitsmarkt.⁹⁾

In einigen Ländern des Euro-Raums finden sich nach wie vor Indexierungsregelungen. So werden die Löhne in Belgien, Luxemburg und Zypern weitgehend an die vergangene Preisentwicklung gekoppelt. Eine Teilindexierung gibt es in Frankreich, Slowenien und Malta. In anderen Ländern, darunter Italien und Spanien, ist eine Entschädigung für vergangene Kaufkraftverluste zwar nicht gesetzlich vorgegeben, die meisten Kollektivverträge beinhalten jedoch Indexierungsklauseln. Aufgrund der sich daraus ergebenden Anpassungsrigiditäten wurden diese Regeln in den vergangenen Jahren teilweise ausgesetzt oder abgemildert, so beispielsweise in Spanien und Zypern.

*Indexierung teil-
weise ausgesetzt*

Institutionelle Faktoren

Gesamtwirtschaftliche Probleme können entstehen, wenn sich das Lohnwachstum nicht hinreichend an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert. Eine Rolle spielt dabei die Ebene, auf der typischerweise die Lohnverhandlungen stattfinden. Bei einer weitgehenden Zentralisierung der Lohnverhandlungen dürften die Verhandlungspartner die gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen ihrer Vereinbarungen im Auge behalten. Fraglich ist allerdings, ob unter solchen Bedingungen eine hinreichende Differenzierung der Arbeitsentgelte (bspw. nach Qualifikationen, aber auch nach Branchen oder Regionen) erreicht werden kann. In dezentralen Verhandlungen finden die Produktivitätsentwicklung des individuellen Unternehmens sowie dessen Marktposition und Preissetzungsspielräume Eingang in die Lohnsetzung. Gleichzeitig

*Ebene der Lohn-
verhandlungen*

⁷ Siehe hierzu bspw.: A. Kumar und P. M. Orrenius (2016), A closer look at the Phillips curve using state-level data, *Journal of Macroeconomics* 47, S. 84–102.

⁸ In einer früheren europaweiten Unternehmensbefragung des Europäischen Systems der Zentralbanken gab etwa ein Sechstel der Arbeitgeber an, dass sie die Löhne freiwillig (d.h. ohne formale Regel) an die Preisentwicklung anpassen. Siehe hierzu: EZB (2009), Final report of the Wage Dynamics Network, S. 34 (https://www.ecb.europa.eu/home/pdf/wdn_finalreport_dec2009.pdf).

⁹ Siehe hierzu bspw.: S. Fahr und F. Smets (2010), Downward Wage Rigidities and Optimal Monetary Policy in a Monetary Union, *The Scandinavian Journal of Economics* 112 (4), S. 812–840.

Lohnindexierung im Euro-Raum

Ländergruppe	Indexierungsart und -gegenstand	Begrenzung/ Abweichung	Inflationsmessgröße	Anpassungshäufigkeit	Anmerkungen
Länder mit vollständiger Indexierung – gesetzlich vorgegeben oder durch Sozialpartner vereinbart					
Belgien	automatisch	Obergrenze für Lohnanstieg bildet Lohnnorm sowie Lohnentwicklung in wichtigsten Handelspartnern.	Gesundheitsindex (nationaler VPI ohne Kraftstoffe, Tabak und Alkohol)	einmal jährlich im 1. Quartal	derzeit ausgesetzt
Luxemburg	automatisch	Keine Begrenzung. Abweichung bei Einigung der Sozialpartner möglich.	nationaler VPI	zweimal jährlich	
Zypern	automatisch	Keine Begrenzung. Keine Regelungen bezüglich Abweichungen.	nationaler VPI (ohne Erhöhungen indirekter Steuern)	zweimal jährlich	bis Ende 2016 ausgesetzt
Länder mit vollständiger Indexierung – tarifvertragliche Verankerung					
Italien	nicht automatisch	Öffnungsklausel in Tarifverträgen erlaubt Abweichungen.	erwartete Entwicklung des HVPI ohne Energie		
Spanien	automatisch	Lohnanstieg zusätzlich an Produktivitätsentwicklung und Preiserwartung gebunden.	nationaler VPI		zum Teil ausgesetzt
Länder mit Teilindexierung – Mindestlohn					
Frankreich	automatisch	Keine Begrenzung hinsichtlich Mindestlohn. Kopplung der Löhne und Gehälter an Mindestlohn ausgeschlossen.			
Malta	automatisch	Keine Begrenzung. Keine Regelungen bezüglich Abweichungen.	Einzelhandelspreisindex	einmal jährlich	
Länder mit Teilindexierung – einzelne Sektoren					
Slowenien	automatisch, nur öffentlicher Sektor	Keine Begrenzung. Keine Regelungen bezüglich Abweichungen.	HVPI	einmal jährlich	

Quellen: Eurofound, Europäische Kommission, OECD, Stand 2016.
 Deutsche Bundesbank

Lohnverhandlungssysteme im Euro-Raum			
Lohnverhandlungsebene	1999	2008	2014
Zentrale Ebene bindende Normen für Verhandlungen auf Betriebsebene	Belgien Irland Slowenien	Griechenland Irland	Belgien
Zwischenstufe zentrale und Verhandlungen auf Branchenebene	Finnland Griechenland	Belgien	Finnland
Mittlere Ebene (Sektor oder Branche)	Deutschland Frankreich Italien Niederlande Österreich Portugal Spanien	Deutschland Finnland Frankreich Italien Niederlande Österreich Portugal Slowenien Spanien	Deutschland Frankreich Italien Niederlande Österreich Portugal Slowenien Spanien
Zwischenstufe Verhandlungen auf Branchenebene und Unternehmensebene	Luxemburg Slowakei Zypern	Luxemburg Slowakei Zypern	Griechenland Luxemburg Slowakei Zypern
Dezentrale Verhandlungen auf Unternehmensebene	Estland Lettland Litauen Malta	Estland Lettland Litauen Malta	Estland Irland Lettland Litauen Malta

Deutsche Bundesbank

werden hier auch die Anspannungen an den lokalen Arbeitsmärkten und die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräfteangebots berücksichtigt. Schwieriger scheint die mittlere Verhandlungsebene zu sein. Hier besteht die Gefahr, dass weder den makroökonomischen Folgen noch den spezifischen Gegebenheiten adäquat Rechnung getragen wird, und dass sich die Interessen der bereits Beschäftigten gegenüber denen der Beschäftigungssuchenden durchsetzen.¹⁰⁾

Gewisse Verschiebung zu dezentralen Verhandlungen

In den meisten Mitgliedsländern des Euro-Gebiets dominierten in der Vergangenheit Verhandlungen auf Branchenebene. Im Laufe der letzten Jahre gab es aber Verschiebungen hin zu stärker dezentralen Lösungen.¹¹⁾ Zumindest wurden der Betriebsebene größere Gestaltungsspielräume gegeben. Landesweite branchenübergreifende Verhandlungen finden derzeit nur noch in Belgien und Finnland statt.¹²⁾

Neben dem Lohnsetzungsverfahren kann die Ausgestaltung des Kündigungsschutzes für die Reaktion der Lohndynamik auf wechselnde Arbeitsmarktlagen von Bedeutung sein. Kündigungsschutzregelungen sollen Arbeitnehmer

Rolle des Kündigungsschutzes und ...

10 Zu den verschiedenen Lohnverhandlungssystemen und ihren möglichen Implikationen siehe: L. Calmfors und J. Driffill (1988), Bargaining structure, corporatism and macroeconomic performance, *Economic Policy* 3(6), S. 13–61; sowie L. Calmfors (1993), Centralisation of wage bargaining and macroeconomic performance, *OECD Economic Studies*, Nr. 21.

11 In Irland wurden bspw. die Lohnverhandlungen auf die Unternehmensebene verlagert, nachdem im Jahr 2009 die Unterzeichnung eines zentralen Abkommens gescheitert war. In Griechenland wurde mit der Reform im Jahr 2011 der bindende Charakter der Branchenverträge aufgehoben, und die Verhandlungen wurden flexibilisiert. In Deutschland hatten Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene schon in den Vorkrisenjahren erheblich an Bedeutung gewonnen und Branchenverträge teilweise ersetzt, teilweise ergänzt. Siehe hierzu auch die Ausführungen in: Europäische Zentralbank, *Neue Erkenntnisse zur Lohnanpassung in Europa im Zeitraum von 2010 bis 2013*, *Wirtschaftsbericht*, Ausgabe 5/2016, S. 65–90.

12 In Belgien konnte daher im Jahr 2015 ein allgemeiner Lohnstopp verhängt werden, der dazu beitragen sollte, die kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Siehe hierzu: Conseil supérieur de l'emploi, *Rapport 2016*, Juni 2016.

gegen Beschäftigungsrisiken absichern. Sie stärken potenziell aber auch die Verhandlungsmacht der gegenwärtig Beschäftigten. Dies kann einer Lohnanpassung im Wege stehen. In einer Reihe von Ländern des Euro-Raums, insbesondere in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, wurde in den letzten Jahren der Kündigungsschutz merklich gelockert, beispielsweise über reduzierte Kündigungsfristen, geringere Schwellen für Massenentlassungen oder verlängerte gesetzlich zulässige Laufzeiten befristeter Verträge.

... der
Lohnersatz-
leistungen

Darüber hinaus können auch andere Aspekte des institutionellen Rahmens die Reagibilität der Löhne auf die Arbeitsmarktlage beeinflussen. Beispielsweise könnte eine vergleichsweise großzügige staatliche Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit, insbesondere in Kombination mit einer langen Bezugsdauer, die Gefahr des Jobverlustes für Beschäftigte weniger gravierend erscheinen lassen. Aktive Arbeitsmarktmaßnahmen könnten diesem Effekt wiederum entgegenwirken, etwa wenn die finanzielle Unterstützung eine aktive Jobsuche voraussetzt.¹³⁾

Verfestigung der
Arbeitslosigkeit

Länger anhaltende Arbeitslosigkeit geht häufig mit Humankapitalverlusten einher. Dann verringert sich das effektive Arbeitsangebot, und der Druck auf die Löhne nimmt ab, mit der Folge, dass sich Arbeitslosigkeit verfestigt.¹⁴⁾

Bestimmungsgründe der Lohndynamik im Euro-Raum

Schätzungen
einer Lohn-
Phillips-Kurve für
den Euro-Raum

Mit einem empirischen Lohn-Phillips-Kurven-Modell¹⁵⁾ kann der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktlage und Lohnwachstum in den Ländern des Euro-Raums untersucht werden. In dem Modell bewegen sich die Löhne langfristig im Gleichklang mit Arbeitsproduktivität und Preisen. In der kurzen bis mittleren Frist hängt das Lohnwachstum zudem von der Arbeitsmarktlage ab.

Das Modell wird in einem Panel mit Länderdaten für den Euro-Raum geschätzt, wobei länder- und zeitspezifische Faktoren durch binäre Indikatoren, sogenannte Dummy-Variablen, erfasst werden. Da sich in der untersuchten Periode (1999 bis 2015) insbesondere in einigen Krisenländern zum Teil extreme Entwicklungen ereigneten, werden die Zeiteffekte zudem mit einem Indikator für die Programmländer¹⁶⁾ gekoppelt, um zu verhindern, dass die Ergebnisse durch diesen Länderkreis getrieben werden.¹⁷⁾

Spezifikation der
Schätzung

Die Ergebnisse der Schätzungen bestätigen den vermuteten langfristigen Zusammenhang zwischen Löhnen, Preisen und Produktivität. In der kurzen Frist hat die Inflationsrate einen schwachen, statistisch häufig nicht signifikanten Einfluss auf die Lohndynamik. Dies spricht dafür, dass über den gesamten Schätzzeitraum die Inflationserwartungen recht gut verankert waren und reale Lohnrigiditäten keine große Rolle gespielt haben. Gemessen an der Arbeitslosenquote dämpft die Unterbeschäftigung das Lohnwachstum in statistisch signifikanter, aber nicht sehr starker Weise. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt reduziert dieser Schätzung zufolge das Lohnwachstum im Euro-Raum um 0,2 Prozentpunkte.¹⁸⁾

Nur schwache
Reaktion der
Lohndynamik
auf die Arbeits-
marktlage

Ersetzt man die umfassende Arbeitslosenquote durch die Quote der Kurzfristarbeitslosen (arbeitssuchende Personen, die weniger als ein Jahr ohne bezahlte Beschäftigung sind), so fällt

13 Vgl.: A. de Serres und F. Murtin (2013), Do policies that reduce unemployment raise its volatility? Evidence from OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 1020.

14 Vgl.: A. Lindbeck und D. Snower (1988), The insider-outsider theory of employment and unemployment, Cambridge, MA, MIT Press; sowie A. Lindbeck und D. Snower (2001), Insiders versus outsiders, Journal of Economic Perspectives 15, S. 165–188.

15 Das Modell orientiert sich an: O. J. Blanchard und L. F. Katz (1999), Wage dynamics: Reconciling theory and evidence, American Economic Review, Papers and Proceedings 89, S. 69–74.

16 Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern.

17 Weitere Details zum Schätzansatz, den verwendeten Daten und den Ergebnissen finden sich im Anhang auf S. 52 ff.

18 In dem Modellrahmen werden mögliche Endogenitätsprobleme zwischen Lohnwachstum und den erklärenden Variablen ignoriert, sodass die Ergebnisse als bedingte Korrelationen interpretiert werden sollten.

Unterschiede zwischen kurz- und langfristiger sowie zyklischer und struktureller Arbeitslosigkeit

die Reagibilität des Lohnwachstums mehr als doppelt so stark aus. Dies bestätigt die Vermutung, dass von Langzeitarbeitslosen geringere Effekte auf die Lohnbildung ausgehen.¹⁹⁾ Bei einer Unterscheidung von zyklischer und struktureller Arbeitslosigkeit findet sich unter Verwendung von Daten der Europäischen Kommission ein spürbar größerer Effekt der konjunkturellen als der strukturellen Arbeitslosigkeit auf die Lohndynamik. Zudem zeigt sich, dass zyklische Unterbeschäftigung einen merklich geringeren Einfluss auf die Lohndynamik hat als zyklische Überbeschäftigung. Untersuchungen mit Regionaldaten für Deutschland, Italien und Spanien legen ebenfalls nahe, dass der Lohn-Phillips-Kurven-Zusammenhang derartige Nicht-linearitäten aufweist.²⁰⁾ Diese Hinweise auf Asymmetrien stützen die Vermutung, dass nominale, abwärtsgerichtete Lohnstarrheiten die gesamtwirtschaftliche Lohndynamik im Euro-Raum beeinflusst haben.²¹⁾

Berücksichtigung institutioneller Faktoren

Mithilfe des Modells kann auch die Rolle des institutionellen Rahmens für die Lohndynamik untersucht werden. Anhand von Indikatoren zur institutionellen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes werden Dummy-Variablen definiert, die Länder in unterschiedliche Gruppen einteilen. Auf Basis von Interaktionstermen zwischen den Dummy-Variablen und einem Maß für die Lage am Arbeitsmarkt kann dann untersucht werden, ob Länder mit bestimmten institutionellen Eigenschaften eine höhere oder geringere Sensitivität der Löhne bezüglich der Arbeitsmarktlage aufweisen.²²⁾

Ebene der Lohnverhandlungen beeinflusst die Lohndynamik

Hinsichtlich der Organisation der Lohnverhandlungen erfolgt die Klassifikation der Länder auf Basis der ICTWSS-Datenbank.²³⁾ Der Schätzung zufolge reagieren die Löhne in Ländern mit Verhandlungen auf einer mittleren Ebene schwächer auf die Arbeitsmarktlage als in Volkswirtschaften mit eher dezentralen oder zentralisierten Verhandlungen.²⁴⁾ Zudem zeigen sich in Ländern, in denen die Verhandlungen auch auf der Unternehmensebene stattfinden, deutlich stärkere Lohnreaktionen auf wechselnde Ar-

beitsmarktlagen. Ein Einfluss von Mindestlöhnen lässt sich hingegen nicht nachweisen.

Eine Klassifikation der Länder hinsichtlich der Ausprägung des Kündigungsschutzes wird auf Basis der OECD-Indikatoren zur Regulierung von Arbeitsverträgen vorgenommen.²⁵⁾ Eine Dummy-Variable nimmt den Wert 1 an, wenn ein Land in einer Periode dem OECD-Indikator zufolge unterhalb des Medians der Stichprobe liegt. Diese fließt in die Schätzung auch als Interaktionsterm mit der Arbeitslosenquote ein. Die Schätzergebnisse legen nahe, dass die Löhne stärker auf die Arbeitsmarktlage reagieren, wenn der Kündigungsschutz schwächer ausgeprägt ist.²⁶⁾ Wird danach unterschieden, ob sich die Regelungen auf unbefristete oder temporäre Verträge beziehen, so wird deutlich,

Rolle des Kündigungsschutzes und anderer Faktoren

¹⁹ Siehe auch: R. Llaudes (2005), The Phillips curve and long-term unemployment, ECB Working Paper, Nr. 441.

²⁰ Der empirische Ansatz für die Untersuchung folgt der Studie von A. Kumar und P. M. Orrenius (2016), a. a. O., die auf Basis von regionalen Paneldaten Evidenz für einen nicht linearen Verlauf der Lohn-Phillips-Kurven in den USA präsentieren. Für Details siehe den Anhang auf S. 52 ff.

²¹ Andere empirische Studien kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Reaktion der Löhne auf die Arbeitslosenquote im Euro-Raum über den Konjunkturzyklus variiert und bringen diese Asymmetrie mit abwärtsgerichteten Lohnrigiditäten in Verbindung. Vgl.: R. Anderton und B. Bonthuis (2015), Downward wage rigidities in the euro area, GEP Research Paper 2015/09; sowie Europäische Zentralbank, Abwärtsgerichtete Lohnstarrheit und die Rolle von Strukturereformen im Euro-Währungsgebiet, Wirtschaftsbericht, Ausgabe 8/2015, S. 47–50.

²² Zu Einzelheiten siehe den Anhang auf S. 52 ff. Die Einteilung der Länder mithilfe von Dummy-Variablen erscheint zwar recht grob. Allerdings ändern sich die Indikatoren zum institutionellen Rahmen über die Zeit nur wenig, sodass eine Identifikation entsprechender Effekte in einem ökonomischen Modell mit fixen Ländereffekten schwierig ist.

²³ Siehe: J. Visser (2015), ICTWSS: Database on institutional characteristics of trade unions, wage setting, state intervention and social pacts in 51 countries between 1960 and 2014, Version 5. Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies.

²⁴ De Serres und Murtin (2013) präsentieren einen Indikator, mit dem grob zwischen zentralen und dezentralen Lohnsetzungssystemen auf der einen Seite und intermediären Systemen auf der anderen Seite unterschieden werden kann. Der Indikator wird auf Basis von Variablen der ICTWSS-Datenbank berechnet und als „excess coverage of wage bargaining“ bezeichnet. Vgl.: A. de Serres und F. Murtin (2013), a. a. O.

²⁵ Vgl.: OECD, Protecting jobs, enhancing flexibility: A new look at employment protection legislation, in: OECD Employment Outlook (2013), S. 65–126.

²⁶ Auch in der Analyse der Unternehmensdaten (S. 42 ff.) zeigt sich, dass bei strikterem Kündigungsschutz eine geringere Neigung zu Lohnkürzungen besteht.

dass die Ergebnisse durch die Regulierung der temporären Verträge getrieben werden. Dies könnte damit zusammenhängen, dass sich die Regeln für unbefristete Verträge zwischen den Ländern weniger stark unterscheiden, sodass die Einteilung auf Basis einer Dummy-Variable hier besonders schwierig ist. Einflüsse von Lohnersatzleistungen und aktiver Arbeitsmarktpolitik auf die Lohndynamik können hier nicht nachgewiesen werden.

Lohnreagibilität von institutionellem Gefüge abhängig

Insgesamt legen die Schätzungen nahe, dass der Einfluss der Arbeitslosigkeit auf das Lohnwachstum bei hoher Arbeitslosigkeit abnimmt. Nach unten gerichtete Nominallohnrigiditäten stellen eine Erklärungsmöglichkeit für diese Asymmetrie dar. Darüber hinaus zeigen die Schätzungen, dass der institutionelle Rahmen des Arbeitsmarktes für die Stärke des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnwachstum von Bedeutung sein kann. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung der Lohnfindung. Auch der Kündigungsschutz könnte einen Einfluss haben, wobei die Evidenz hier schwächer ist.

Gesamtwirtschaftliche Implikationen von Abwärtsrigiditäten der Nominallöhne

Anpassungsmechanismen auf länderspezifische Schocks in einer Währungsunion

Es stellt sich die Frage, welche gesamtwirtschaftliche Bedeutung solche Rigiditäten in der Lohndynamik haben. Volkswirtschaften werden immer wieder von Schocks getroffen, die zu erheblichen Einkommens- und Beschäftigungsverlusten führen können. Bestimmte Mechanismen, die derartige Schocks abfedern, sind in einer Währungsunion eingeschränkt wirksam. Das gilt nicht zuletzt für die gemeinsame Geldpolitik, die lediglich auf Abweichungen ihrer Zielgrößen auf aggregierter Ebene reagiert. Sofern im Euro-Raum nur einzelne Mitgliedstaaten oder eine Ländergruppe betroffen sind, wird das Eurosystem begrenzt tätig, nämlich in dem Maße, in dem vor allem die Aussichten für die Preisentwicklung im Euro-Raum insgesamt berührt werden.

In solchen Fällen kommt dem Lohnmechanismus auf den einzelnen Arbeitsmärkten eine besondere Rolle zu.²⁷⁾ Dies kann durch Simulationsrechnungen anhand des Weltwirtschaftsmodells NiGEM des National Institute of Economic and Social Research veranschaulicht werden.²⁸⁾ Dieses Modell berücksichtigt zwar nominale Rigiditäten, unterstellt aber eine symmetrische Anpassungsfähigkeit der Löhne nach unten und nach oben.

Makro-Simulation mit NiGEM

In diesem Rahmen ruft ein negativer Schock, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in nur einem Land des Euro-Raums dämpft, typischerweise einen erheblichen Rückgang des nominalen Stundenlohns auf dem dortigen Arbeitsmarkt hervor.²⁹⁾ Wird diese Anpassung unterdrückt, sind die Unternehmen in größerem Maße bemüht, ihre Kosten über Stellenstrei-

Abwärtsrigidität der Nominallöhne verschärft Beschäftigungsabbau und Investitionsrückgang

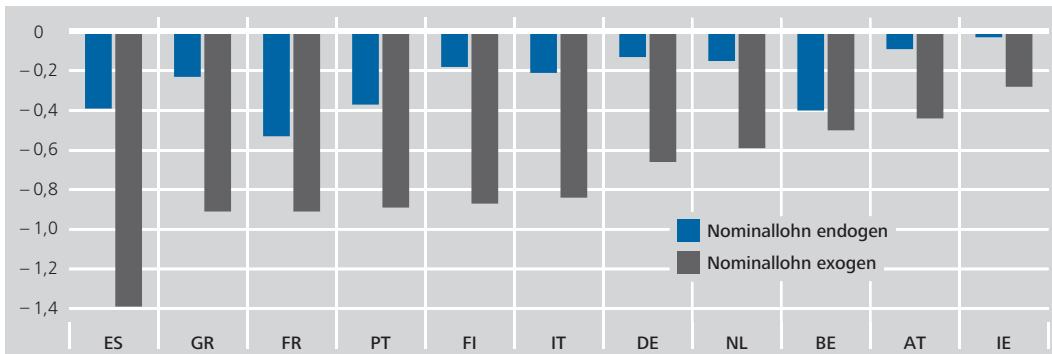
²⁷ Die besondere Bedeutung von Lohnflexibilität gerade in einer Währungsunion wird hingegen von Galí und Monacelli (2016) infrage gestellt, da ein möglicher indirekter, geldpolitisch induzierter, Effekt von Lohnkürzungen entfallt. Nur eine autonome Geldpolitik könne auf einen (von Lohnkürzungen ausgehenden) disinflationären Druck mit einer Zinssenkung reagieren. Dies wirke sich positiv auf die aggregierte Nachfrage aus, was wiederum positiv auf die Beschäftigung wirke. Nichtsdestoweniger finden Galí und Monacelli auch in einer Währungsunion einen positiven Effekt einer Senkung der Lohnkosten auf die Beschäftigung. Vgl.: J. Galí und T. Monacelli (2016), Understanding the gains from wage flexibility: The exchange rate connection, *American Economic Review* 106(12), S. 3829–3868.

²⁸ In NiGEM sind die meisten OECD-Länder sowie wichtige aufstrebende Volkswirtschaften einzeln modelliert und über den Außenhandel und das Zins-Wechselkurs-Gefüge miteinander verbunden. Das Modell besitzt neuklassische Eigenschaften sowie auch vorausschauende Elemente auf den Finanz- und Arbeitsmärkten. Für weitere Informationen zur Modellstruktur siehe <https://nimodel.niesr.ac.uk>

²⁹ Als Nachfrageschock wurde hier eine exogene und dauerhafte Absenkung des (realen) Staatskonsums um 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ohne Regelbindung der Fiskalpolitik gewählt. Dies hat den Vorteil, dass die Verhaltensgleichungen für die privaten Nachfragegrößen intakt bleiben. Insgesamt werden 11 Mitgliedsländer des Euro-Raums separat untersucht, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, die Niederlande, Belgien, Österreich, Irland, Finnland, Portugal und Griechenland. Die Geldpolitik reagiert gemäß der in der Grundeinstellung vorgegebenen Regel. Der Nachfrageschock reduziert im ungewichteten Mittel der Simulationen für die einzelnen Länder das reale BIP um 1% gegenüber der Basislinie in den ersten drei Jahren. Dies führt zu einer maximalen Absenkung des Nominallohns um 1½% gegenüber der Basislinie im Länderdurchschnitt.

Bedeutung abwärts rigider Nominallöhne für die Beschäftigung in ausgewählten Ländern des Euro-Raums bei adversen länderspezifischen Nachfrageschocks^{*)} in NiGEM-Simulationen

durchschnittliche¹⁾ Abweichung der Zahl der Erwerbstätigen von der Basislinie in %



Quelle: Eigene Berechnungen mithilfe von NiGEM (National Institute's Global Econometric Model). * Annahme einer dauerhaften Absenkung des (realen) Staatskonsums um 2 % des BIP im abgebildeten Land. 1 Durchschnitt der ersten drei Jahre ab Eintritt des Schocks. Deutsche Bundesbank

chungen zu decken,³⁰⁾ wie sich dies auch in der Untersuchung mit den Unternehmensdaten zeigte.³¹⁾ Dadurch werden nicht nur anfänglich deutlich mehr Arbeitsplätze abgebaut als im Fall abwärts flexibler Löhne. Auch erweisen sich die Beschäftigungsverluste zumindest zum Teil als persistent, da der reale Produzentenlohn höher ausfällt als in dem Alternativszenario flexibler Löhne. Aufgrund dieser Verteuerung des Faktors Arbeit (wiederum gegenüber dem Referenzszenario flexibler Löhne) sinkt das Produktionspotenzial, weshalb die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit einschränken. Der private Konsum hingegen entwickelt sich ähnlich wie im Referenzszenario, denn dem dämpfenden Einfluss der niedrigeren Beschäftigung auf das aggregierte verfügbare Einkommen steht der positive Effekt des höheren Stundenlohns gegenüber. Der insgesamt begrenzte Saldo dieser gegenläufigen Konsumwirkungen kann in den einzelnen Ländern des Euro-Raums durchaus in verschiedene Richtungen tendieren. Der Abwärtsdruck auf die Verbraucherpreise wird durch stabile Nominallöhne allerdings spürbar vermindert.

Vor allem die Beschäftigungsverluste fallen gemäß den Simulationen deutlicher und persistenter aus. Dabei dürfte den konkreten Ausgangsbedingungen in den jeweiligen Ländern eine Bedeutung zukommen. In Phasen ohnehin schwacher nominaler Entwicklung werden die Abwärtsrigiditäten und ihre makroökonomischen Folgen eher zu spüren sein.

Resümee

Es spricht einiges dafür, dass die zögerliche Anpassung der Lohndynamik die wirtschaftliche Krise im Euro-Raum verschärft und die Erholung verzögert haben könnte. Nun steigt die Beschäftigung seit drei Jahren wieder, und die Arbeitslosenquote verringerte sich von einem sehr hohen Niveau aus spürbar. Gleichwohl blieb das Lohnwachstum bisher sehr verhalten. Hierzu dürfte neben dem schwachen Produktivitätswachstum und den sehr geringen Preissteigerungsraten eine in Teilarbeitsmärkten auf-

*Aufgestaute
 Lohndeflation
 und ...*

Ausgangsbedingungen der jeweiligen Volkswirtschaft relevant

Insgesamt machen die beschriebenen Simulationen deutlich, dass eine Abwärtsrigidität der Nominallöhne die Anpassung einzelner Volkswirtschaften an länderspezifische (bzw. asymmetrische) negative Schocks erschweren kann.

³⁰ Zwar kann das Ausbleiben jeglicher Anpassung des Nominallohnspfads nach unten, wie hier unterstellt, als extreme Annahme gewertet werden. Allerdings würden sich ähnliche Tendenzen auch dann zeigen, wenn die abwärtsgerichtete Flexibilität der Nominallöhne nur graduell eingeschränkt würde. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Bedeutung der nominalen Lohnanpassung in NiGEM-Simulationen, Monatsbericht, April 2011, S. 50 f.
³¹ Siehe dazu die Ausführungen auf S. 42 ff.

... Reformen
bremsen den
Lohnanstieg

gestaute Lohndeflation beigetragen haben, wie sie nach einer Krise, in der Lohnrigiditäten bindend wurden, zu erwarten wäre.³²⁾ Eine solche aufgestaute Lohndeflation kann sich beispielsweise darin bemerkbar machen, dass neue Beschäftigte zu deutlich schlechteren Konditionen eingestellt werden, wie dies in Spanien und Zypern der Fall ist.³³⁾

Zum anderen wurden insbesondere in den Programmländern infolge der Krise Strukturreformen eingeleitet, die auch den Arbeitsmarkt betrafen. Die Reagibilität der Löhne auf die immer noch hohe Arbeitslosigkeit dürfte in diesen Ländern in den vergangenen Jahren daher zugenommen haben, was den Lohnanstieg dann zusätzlich bremsen würde.³⁴⁾

■ Anhang

Panel-Schätzungen mit allen Ländern des Euro-Raums

Die Panel-Schätzung der Lohn-Phillips-Kurve für die 19 Länder des Euro-Raums folgt einer Modellspezifikation von Blanchard und Katz³⁵⁾:

$$\begin{aligned} \Delta w_{ct} = & \alpha_c + \delta \Delta p_{ct-1} + \gamma \Delta y_{ct} \\ & - \gamma (w_{ct-1} - p_{ct-1} - y_{ct-1}) + \beta_1 CU_{ct} \\ & + \beta_1 \max(0, CU_{ct}) + \lambda_t + \lambda_t * prog_c + e_{ct}, \end{aligned}$$

wobei c die Länder und t die Quartale indiziert. Kleinbuchstaben geben logarithmierte Werte an, Δ stellt den Differenzenoperator dar. Δw_{ct} benennt beispielsweise das Wachstum der Nominallöhne (gemessen am Arbeitnehmerentgelt) im Land c für das Quartal t . p steht für den Verbraucherpreisindex, der als Veränderungsrate um eine Periode verzögert in das Modell eingeht und die erwartete Inflationsrate approximieren soll. y symbolisiert die Produktivität. In dem Fehlerkorrekturterm ($w_{ct-1} - p_{ct-1} - y_{ct-1}$) hängen die Löhne langfristig mit der Arbeitsproduktivität und den Preisen zusammen.

Die Daten zu Löhnen (Arbeitnehmerentgelt), Preisen (HVPI), Arbeitseinsatz (Beschäftigte, Erwerbstätige, Arbeitsvolumen der Beschäftigten und der Erwerbstätigen), Bruttowertschöpfung und Arbeitslosigkeit werden von Eurostat bezogen. Neben länderspezi-

³² Vgl.: L. Goette, U. Sunde und T. Bauer (2007), Wage rigidity: Measurement, causes and consequences, *The Economic Journal* 117(524), S. F499–F507; sowie M. C. Daly und B. Hobijn (2014), Downward nominal wage rigidities bend the Phillips curve, *Journal of Money, Credit and Banking* 46(S2), S. 51–93.

³³ Siehe hierzu: M. Izquierdo und J. F. Jimeno (2015), Employment, wage and price reactions to the crisis in Spain: Firm-level evidence from the WDN Survey, Banco de Espana Occasional Papers Nr. 1503; sowie C. P. Charalambous, M. C. Polemidiotis und A. Y. Roussos (2016), Wage and price setting practices of Cypriot companies during the period 2010–2013, Central Bank of Cyprus Working Paper, Nr. 2016/3.

³⁴ Vgl.: Europäische Zentralbank, Jüngste Trends bei der Lohnentwicklung im Euro-Währungsgebiet, Wirtschaftsbericht, Ausgabe 3/2016, S. 26–29; sowie Banco de Espana, Collective bargaining, wage rigidities and employment: An analysis using microeconomic data, *Economic Bulletin*, April 2015, S. 1–6. Ein Überblick über wichtige Strukturreformen findet sich in: Europäische Zentralbank, Gründe für den jüngsten Anstieg der Beschäftigung im Euro-Währungsgebiet, Wirtschaftsbericht, Ausgabe 8/2015, S. 64–84.

fischen Konstanten α_c werden dem Modell binäre zeitspezifische Variablen, sogenannte Dummies (λ_t) hinzugefügt, die unbeobachtete Schocks abgreifen. Die Zeiteffekte werden zudem mit einem Indikator für die Programmländer ($prog_c$) interagiert. Durch die Integration eines Spline-Terms werden mögliche Nichtlinearitäten berücksichtigt. Insbesondere kann sich der Effekt von Arbeitslosigkeit auf die Löhne je nach Arbeitsmarktlage unterscheiden. Da die Arbeitslosenquoten über die Länder hinweg stark variieren und es zum Teil erhebliche Verschiebungen in der Trendarbeitslosigkeit einiger Länder des Euro-Raums während des Schätzzeitraums gab, wird die zyklische Arbeitslosenquote (CU_t), das heißt die Differenz zwischen tatsächlicher Arbeitslosenquote und einer geschätzten strukturellen Arbeitslosenquote, als Auslastungsindikator angesetzt. Dafür wird die NAWRU der Europäischen Kommission verwendet,³⁶⁾ wobei die Jahreswerte durch eine lineare Interpolation auf Quartalsfrequenz gebracht werden. So ermöglicht der lineare Spline ($\max(0, CU_{ct})$) mit einem Knickpunkt („Knot“) bei null, unterschiedlich starke Einflüsse zyklischer Unter- und Überbeschäftigung auf die Lohnentwicklung zu erfassen.

³⁵ Vgl.: O. J. Blanchard und L. F. Katz (1999), a. a. O.

³⁶ Indikatoren zur NAWRU können von der Europäischen Kommission bezogen werden unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco

Schätzungen mit Länderdaten für den Euro-Raum³⁷⁾ – Asymmetrien

Position	Euro-Raum			
	Stundenlöhne			
Δp_{ct-1}	0,2199**	0,2313**	0,1746*	0,1305
Δy_{ct}	0,1218***	0,1294***	0,1223***	0,1264***
$(w_{ct-1} - p_{ct-1} - y_{ct-1})$	-0,1218***	-0,1294***	-0,1223***	-0,1264***
U_{ct}	-0,0023***	-	-	-
SU_{ct}	-	-0,0050***	-	-
CU_{ct}	-	-	-0,0032***	-0,0053***
$\max(0, CU_{ct})$	-	-	-	0,0033**
Beobachtungen	1 230	1 227	1 230	1 230
Pseudo R-Quadrat	0,354	0,349	0,361	0,368
	Monatsentgelte			
Δp_{ct-1}	0,1713	0,1853	0,1291	0,0900
Δy_{ct}	0,1019***	0,1047***	0,1016***	0,1053***
$(w_{ct-1} - p_{ct-1} - y_{ct-1})$	-0,1019***	-0,1047***	-0,1016***	-0,1053***
U_{ct}	-0,0023***	-	-	-
SU_{ct}	-	-0,0047***	-	-
CU_{ct}	-	-	-0,0031***	-0,0049***
$\max(0, CU_{ct})$	-	-	-	0,0029**
Beobachtungen	1 229	1 226	1 229	1 229
Pseudo R-Quadrat	0,394	0,386	0,401	0,407

* Pseudo R-Quadrat gibt die Korrelation zwischen der abhängigen Variable und den vorhergesagten Werten an. Schätzungen enthalten Länder und Zeit fixe Effekte sowie zusätzliche Zeiteffekte für die Gruppe der Programmländer. *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$.

Deutsche Bundesbank

Die Schätzergebnisse zeigen zunächst die Bedeutung unterschiedlicher Auslastungsmaße für das Lohnwachstum an. Da die abhängige Variable in Log-Differenzen modelliert wird, muss der Koeffizient des Auslastungsindikators jeweils mit 100 multipliziert werden, um Aussagen in Prozentpunkten tätigen zu können. Es werden Ergebnisse für die Arbeitslosenquote (U_{ct}), die Quote der kurzfristig arbeitslosen Personen (SU_{ct}), die zyklische Arbeitslosenquote (CU_{ct}) und die Variante mit zusätzlichem Spline-Term gezeigt.³⁷⁾ Bei zyklischer Unterbeschäftigung ergibt sich der Steigungskoeffizient durch die Addition der Koeffizienten für CU_{ct} und des Spline-Terms. Alle Schätzungen wurden sowohl für Stundenlöhne als auch für Monatsentgelte angestellt.

Länderspezifische Schätzungen

Bei den länderspezifischen Schätzungen werden jährliche Regionaldaten auf der NUTS2-Ebene³⁸⁾ verwendet.³⁹⁾ Entsprechende Daten liegen für Deutschland für die Jahre 1999 bis 2013, für Italien für 1995 bis 2014 und für Spanien für 1999 bis 2014 vor. Die Daten wurden größtenteils von den nationalen Statistikämtern bezogen. Bei den regionalen Arbeits-

losenquoten für Deutschland und Spanien dient Eurostat als Datenquelle.

Der Schätzansatz folgt weitgehend Kumar und Orrenius (2016)⁴⁰⁾:

$$\Delta w_{rt} - \Delta p_{rt-1} = \alpha_r + \gamma \Delta y_{rt} + \beta_1 U_{rt} + \beta_2 \max(0, U_{rt} - \bar{U}) + e_{rt}.$$

Aufgrund des Fehlens spezifischer Konsumentenpreisindizes für die NUTS2-Regionen r wird der HVPI des jeweiligen Landes verwendet.⁴¹⁾ Δy_{rt} misst die Änderung der regionalen realen Arbeitsproduktivi-

³⁷⁾ Die Ergebnisse erweisen sich auch als robust, wenn statt eines linearen ein „restricted cubic spline“ verwendet wird.

³⁸⁾ NUTS steht für Nomenclature des unités territoriales statistiques.

³⁹⁾ Hieraus ergeben sich für Deutschland 38, für Italien 21 und für Spanien 19 Regionen.

⁴⁰⁾ Vgl.: A. Kumar und P.M. Orrenius (2016), a. a. O.

⁴¹⁾ Zudem werden Schätzungen mit den regionalen Deflatoren (bzw. für Deutschland der Inflationsrate auf Länderebene) als Indikatoren für die regionale Preisentwicklung durchgeführt.

Schätzungen mit Regionaldaten⁴³⁾ – Asymmetrien

Position	Deutschland		Italien		Spanien	
Stundenlöhne – aggregierte Inflationsrate						
Δy_{rt}	-0,0117	0,0020	0,2660***	0,2678***	0,3423***	0,3736***
U_{rt}	-0,0035***	-0,0051***	-0,0024**	-0,0057***	-0,0020***	-0,0035***
$\max(0, U_{rt} - \bar{U})$		0,0022***		0,0050***		0,0021***
Beobachtungen	445	445	252	252	242	242
R-Quadrat	0,316	0,335	0,126	0,175	0,422	0,457
Stundenlöhne – regionale Deflatoren (Inflationsrate auf Länderebene in Deutschland)						
Δy_{rt}	-0,0026	0,0123	0,2217***	0,2224***	0,6345***	0,6517***
U_{rt}	-0,0034***	-0,0051***	-0,0012**	-0,0026***	-0,0006***	-0,0014***
$\max(0, U_{rt} - \bar{U})$		0,0024***		0,0021**		0,0012***
Beobachtungen	416	416	252	252	242	242
R-Quadrat	0,297	0,320	0,091	0,103	0,268	0,284
Monatsentgelte – aggregierte Inflationsrate						
Δy_{rt}	0,3525***	0,3626***	0,4041***	0,3932***	0,4685***	0,4892***
U_{rt}	-0,0030***	-0,0044***	-0,0029***	-0,0054***	-0,0021***	-0,0035***
$\max(0, U_{rt} - \bar{U})$		0,0020***		0,0037***		0,0022***
Beobachtungen	445	445	357	357	242	242
R-Quadrat	0,476	0,488	0,245	0,281	0,412	0,447
Monatsentgelte – regionale Deflatoren (Inflationsrate auf Länderebene in Deutschland)						
Δy_{rt}	0,3623***	0,3731***	0,3558***	0,3515***	0,7976***	0,8089***
U_{rt}	-0,0029***	-0,0045***	-0,0017***	-0,0031***	-0,0007***	-0,0015***
$\max(0, U_{rt} - \bar{U})$		0,0021***		0,0019***		0,0012***
Beobachtungen	416	416	378	378	242	242
R-Quadrat	0,484	0,497	0,177	0,189	0,354	0,369

* Schätzungen erfolgen auf Basis des „fixed-effects“-Schätzers. Das R-Quadrat bezieht sich auf die Variation innerhalb der Regionen („within R2“). *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$.

Deutsche Bundesbank

tät.⁴²⁾ U_{rt} steht für die regionale Arbeitslosenquote, α_r stellt eine regionenspezifische Konstante dar und e_{rt} den Fehlerterm.⁴³⁾ Durch das Hinzufügen eines linearen Spline-Terms mit einem Knickpunkt bei der länderspezifischen langfristigen durchschnittlichen Arbeitslosenquote \bar{U} wird die Lohn-Phillips-Kurve auf Asymmetrie getestet.

Wiederum werden Schätzungen sowohl für die Stundenlöhne als auch für Monatsentgelte angestellt. Zudem werden alternativ zur gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate regionale Deflatoren (bzw. Preisindizes für Bundesländer in Deutschland) zur Approximation der regionalen Inflationsraten verwendet.⁴⁴⁾

Panel-Schätzungen zum institutionellen Rahmen

Der empirische Ansatz entspricht dem für die Gesamtheit der Länder des Euro-Raums gewählten Modellrahmen, wobei der Spline-Term durch einen Interaktionsterm zwischen einer Dummy-Variable für den institutionellen Rahmen ($INST_{ct}$) und der zyklischen Arbeitslosenquote CU_{ct} ersetzt wird:

$$\Delta w_{ct} = \alpha_c + \delta \Delta p_{ct-1} + \gamma \Delta y_{ct} - \gamma(w_{ct-1} - p_{ct-1} - y_{ct-1}) + \beta_1 CU_{ct} + \beta_2 CU_{ct} * INST_{ct} + \beta_3 INST_{ct} + \lambda_t * prog_c + e_{ct}.$$

Der Interaktionsterm gibt an, ob sich – je nach institutioneller Ausgestaltung – der Einfluss der Arbeitslosigkeit auf das Lohnwachstum unterscheidet. Die Interaktionsterme werden vor dem Hintergrund von

42 Die regionale reale Arbeitsproduktivität wird auf Basis der regionalen Bruttowertschöpfung bzw. in Italien des regionalen BIP berechnet. Für Deutschland liegen Informationen in realer Rechnung nur auf der Länderebene vor, nicht jedoch auf der NUTS2-Ebene. Daher wird hier für das Produktivitätswachstum auf Länderebene kontrolliert.

43 Kumar und Orrenius (2016) unterstellen, dass sich die Produktivität in allen Regionen eines Landes einheitlich entwickelt, sodass für diese nicht separat kontrolliert werden muss, solange das Modell Jahres-Dummies enthält. Die hier präsentierten Schätzungen erweisen sich als sehr sensitiv gegenüber dem Hinzufügen von Jahres-Dummies. Dies dürfte an den relativ kleinen Stichproben für die drei Länder liegen. Hingegen basiert die Analyse von Kumar und Orrenius auf 1 600 Beobachtungen über 50 Regionen für die Periode 1982 bis 2013. Deshalb wurde hier auf Jahres-Dummies verzichtet.

44 Die Ergebnisse erweisen sich auch als robust, wenn statt eines linearen ein „restricted cubic spline“ verwendet wird.

Schätzungen mit Länderdaten für den Euro-Raum^{*)} – Institutioneller Rahmen

Position	Lohnfindung			Kündigungsschutz			Unterstützung von Arbeitssuchenden	
	ECWB	Level	Mindestlohn	Gesamt	Unbefristete Verträge	Temporäre Verträge	Aktive Maßnahmen	Transfers
Stundenlöhne								
Δp_{ct-1}	0,1305	0,1300	0,1333	-0,0478	-0,0913	-0,0529	0,1843**	0,1501
Δy_{ct}	0,1311***	0,1287***	0,1238***	0,1453***	0,1347***	0,1497***	0,1160***	0,1344***
$(w_{ct-1} - p_{ct-1} - y_{ct-1})$	-0,1311***	-0,1287***	-0,1238***	-0,1453***	-0,1347***	-0,1497***	-0,1160***	-0,1344***
CU_{ct}	-0,0017***	-0,0017***	-0,0028***	-0,0011**	-0,0022***	-0,0014***	-0,0026***	-0,0044***
$CU_{ct} * INST_{ct}$	-0,0024***	-0,0024**	-0,0018	-0,0020***	0,0007	-0,0023***	-0,0011	0,0009
$INST_{ct}$	0,0052	0,0022	-0,0033	-0,0043	-0,0000	-0,0068***	-0,0072**	-0,0005
Beobachtungen	1 230	1 230	1 230	888	888	888	916	1 051
Pseudo								
R-Quadrat	0,374	0,373	0,368	0,419	0,407	0,423	0,440	0,387
Monatsentgelte								
Δp_{ct-1}	0,0851	0,0820	0,0846	-0,0912	-0,1283	-0,0892	0,1856*	0,1329
Δy_{ct}	0,1070***	0,1058***	0,1010***	0,1163***	0,1125***	0,1206***	0,0869***	0,1066***
$(w_{ct-1} - p_{ct-1} - y_{ct-1})$	-0,1070***	-0,1058***	-0,1010***	-0,1163***	-0,1125***	-0,1206***	-0,0869***	-0,1066***
CU_{ct}	-0,0016***	-0,0015***	-0,0027***	-0,0013**	-0,0022***	-0,0015***	-0,0034***	-0,0042***
$CU_{ct} * INST_{ct}$	-0,0023***	-0,0024***	-0,0019	-0,0013	0,0008	-0,0018***	-0,0002	0,0008
$INST_{ct}$	0,0019	0,0006	-0,0054**	0,0019	0,0006	-0,0054**	-0,0052**	-0,0016
Beobachtungen	1 229	1 229	1 229	887	887	887	915	1 050
Pseudo								
R-Quadrat	0,414	0,414	0,411	0,402	0,397	0,408	0,480	0,416

* Pseudo R-Quadrat gibt die Korrelation zwischen der abhängigen Variable und den vorhergesagten Werten an. Schätzungen enthalten Länder und Zeit fixe Effekte sowie zusätzliche Zeiteffekte für die Gruppe der Programmländer. *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$.
 Deutsche Bundesbank

Multikollinearität und der Interpretierbarkeit der Koeffizienten einzeln nacheinander in das Modell eingefügt.

Der ECWB-Indikator („excess coverage of wage bargaining“)⁴⁵⁾ wird auf Basis der ICTWSS-Datenbank⁴⁶⁾ berechnet, welche Informationen über den Anteil der durch Tarifverträge abgedeckten Beschäftigten („adjusted bargaining coverage rate“) und den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder („union density rate“) enthält.⁴⁷⁾ Insbesondere berechnet sich der Indikator aus der Differenz der beiden Subindikatoren.⁴⁸⁾ Die Länder werden mittels einer Dummy-Variable in zwei Gruppen eingeteilt, wobei der länderübergreifende Median als Grenzwert dient.⁴⁹⁾ Für Länder mit einer eher zentralen oder dezentralen Lohnfindung nimmt die Dummy-Variable den Wert von 1 an, bei Verhandlungen überwiegend auf der mittleren Ebene den Wert von 0. Alternativ wird der Indikator „Level“ aus der ICTWSS-Datenbank verwendet, der die am häufigsten anzutreffende Ebene für Lohnverhandlungen in einem Land angibt. Der Indikator nimmt Werte zwischen 1 (dezentrale Verhandlungen) und 5 (zentrale Verhandlungen) an. In den Schätzungen wird für Länder mit Verhandlungen auch auf der

Unternehmensebene (Verhandlungsebene 1 und 2) eine Dummy-Variable auf den Wert 1 gesetzt. In der dritten Variante erhalten Länder ohne Mindestlohn (auf Basis einer Variable der ICTWSS-Datenbank) eine Dummy-Variable mit dem Wert 1.

⁴⁵⁾ Vgl.: A. de Serres und F. Murtin (2013), a. a. O.

⁴⁶⁾ Vgl.: J. Visser (2015), a. a. O.

⁴⁷⁾ Fehlende Datenpunkte werden durch lineare Interpolation gefüllt. Siehe dazu: P. Gal und A. Theising (2015), The macroeconomic impact of structural policies on labour market outcomes in OECD countries: A reassessment, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 1271. Zudem werden fehlende Datenpunkte für die letzten Jahre auf Basis des Wertes für das zuletzt verfügbare Jahr fortgeschrieben.

⁴⁸⁾ Erfahrungsgemäß nimmt ECWB kleine Werte an, wenn Lohnverhandlungen zentral (hohe Tarifbindung und hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad) oder dezentral (geringe Tarifbindung und geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad) erfolgen, während er hohe Werte für Lohnverhandlungen auf mittlerer Verhandlungsebene annimmt.

⁴⁹⁾ Die Wahl des Grenzwertes erfolgt ad hoc, da kein offensichtliches Kriterium vorliegt. Hier wird der Median statt des Mittelwerts gewählt, da dieser weniger anfällig gegenüber möglichen Extremwerten ist.

Hinsichtlich des Kündigungsschutzes werden die EPL-Indikatoren⁵⁰⁾ der OECD verwendet.⁵¹⁾ Dabei wird zwischen permanenten und temporären Arbeitsverhältnissen unterschieden. Die Länder werden anhand einer Dummy-Variablen entsprechend der Ausprägung des jeweiligen Indikators in zwei Gruppen aufgeteilt, wobei jeweils der länderübergreifende Median als Grenzwert fungiert. Für Länder mit einem eher flexiblen Kündigungsschutz (d. h. einem Wert des jeweiligen Indikators unterhalb des Medians der Stichprobe) nehmen die Dummy-Variablen den Wert von 1 an. Zudem wird auf Basis der beiden Teilindikatoren ein Gesamtindex für die Rigidität des Kündigungsschutzes berechnet.⁵²⁾

Schließlich wird untersucht, wie die Ausgestaltung der Arbeitslosenunterstützung die Sensitivität der Löhne hinsichtlich der Arbeitsmarktlage beeinflusst. Dieser Aspekt wird auf Basis von zwei Indikatoren der OECD geprüft. Ein Indikator setzt an der Relation von Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit zum Durchschnittslohn in dem jeweiligen Land („net replacement rate of unemployment benefits“) an.⁵³⁾ Der zweite Indikator erfasst die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik.⁵⁴⁾ Auf Basis dieser Indikatoren

werden wiederum Dummy-Variablen mit einem Wert von 1 für solche Länder angesetzt, in denen die Ersatzleistungen beziehungsweise die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik oberhalb des jeweiligen Medianwerts liegen.

50 Employment Protection Legislation.

51 Die Indikatoren liegen nur bis zum Jahr 2013 vor. Für die Jahre 2014 und 2015 werden die Dummy-Variablen auf Basis des Wertes von 2013 fortgeschrieben.

52 Vgl.: OECD, Protecting jobs, enhancing flexibility: A new look at employment protection legislation, in: OECD Employment Outlook 2013.

53 Der hier gewählte Indikator basiert auf dem Durchschnitt für zwei unterschiedliche Einkommensniveaus, drei verschiedene Familientypen und einer Dauer der Arbeitslosigkeit von 60 Monaten. Der Indikator berücksichtigt eine mögliche zusätzliche finanzielle Unterstützung, z. B. in Form von Wohngeld. Der Indikator ist für die Jahre 2001 bis 2013 erhältlich. Die berechnete Dummy-Variablen wird für die Jahre 2000 sowie 2014 und 2015 auf Basis ihrer Ausprägung in den Jahren 2001 bzw. 2013 fortgeschrieben.

54 Die Ausgaben je als arbeitslos gemeldeter Person werden mithilfe des Pro-Kopf Einkommens (BIP pro Kopf) normalisiert. Die Informationen über die Ausgaben für aktive Arbeitsmaßnahmen liegen nur bis zum Jahr 2013 vor. Für die Jahre 2014 und 2015 wird die berechnete Dummy-Variablen daher auf Basis des Wertes von 2013 fortgeschrieben. Vgl.: A. de Serres und T. F. Murtin (2013), a. a. O.

Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2015

Die Ertragskraft der nichtfinanziellen Unternehmen veränderte sich zwischen 2014 und 2015 in der Grundtendenz praktisch nicht. Angesichts der weiterhin günstigen Konjunktur profitierten die Firmen von einem soliden Umsatzwachstum, und die Preisermäßigungen beim Wareneinkauf konnten den vom Faktor Arbeit ausgehenden Kostendruck zu einem guten Teil ausgleichen. Dass die Personalkosten erneut relativ kräftig stiegen, lag an der weiteren Aufstockung der Belegschaften und höheren Löhnen. In den handelsrechtlichen Einzelabschlüssen kam bei Unternehmen mit Pensionsverpflichtungen oder langfristigen Lasten hinzu, dass Rückstellungen durch die Verringerung des maßgeblichen Diskontierungszinses erheblich aufzustocken waren. Schließlich dämpften auch Sondereffekte bei einzelnen Großunternehmen die aggregierte Rentabilität.

Die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen trug entscheidend dazu bei, dass die Fremdmittel des nichtfinanziellen Unternehmenssektors 2015 im Gleichschritt mit den Eigenmitteln zunahmen. Davon abgesehen setzte sich der Trend zur Eigenkapitalstärkung fort. So erhöhte sich die Eigenmittelquote der Unternehmen ohne Pensionsrückstellungen weiter deutlich, und bei den Unternehmen mit Pensionsrückstellungen ging die Eigenmittelquote nur deshalb zurück, weil rückstellungsbedingt die Fremdmittel stärker als die Eigenmittel stiegen. Die schrittweise Anpassung der Rückstellungen an das Niedrigzinsumfeld, die von den handelsrechtlichen Vorschriften vorgegeben sind, werden noch einige Jahre für sich genommen die Erträge mindern und die Fremdmittel erhöhen. Eine Ausnahme davon ist das laufende Jahr, in dem es als Folge der Verlängerung des Stützzeitraums zur Berechnung des Diskontierungssatzes zu gegenläufigen Bewegungen kommt. Angesichts der insgesamt soliden Ertragskraft und gefestigter Bilanzstrukturen ist damit zu rechnen, dass sich die ausstehenden Belastungen in der Breite des Unternehmenssektors gut abfedern lassen, wenngleich sie Firmen mit hohen Pensionsverpflichtungen empfindlich treffen können. In den nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Konzernbilanzen unterschritten die Pensionsrückstellungen am Jahresende 2015 aufgrund der zuvor vorübergehend gestiegenen Marktzinsen das Bewertungsniveau des Vorjahres.

Im Berichtszeitraum vergrößerte sich der Innenfinanzierungsspielraum nicht. So wurden deutlich weniger Gewinne als im Jahr 2014 einbehalten. Der Cashflow sank dennoch nicht, da die verminderten Thesaurierungen unter anderem erhöhten Rückstellungsbildungen geschuldet waren. Externe Mittel wurden wohl verstärkt genutzt, um insbesondere den erneut sehr kräftigen Beteiligungszuwachs zu finanzieren. Der Anteil der Sachanlagen an der Bilanzsumme verringerte sich dagegen etwas. Vor dem Hintergrund des stetig gewachsenen Beteiligungsbesitzes scheint die Strategie, Finanzmittel innerhalb von Unternehmensverbänden möglichst effizient einzusetzen, stärkere Verbreitung gefunden zu haben.

■ Grundtendenzen

Trotz günstigen Umfelds 2015 keine Verbesserung der Rentabilität

Im Jahr 2015 setzte sich der solide Aufschwung der deutschen Wirtschaft fort. Angeführt von einer lebhaften Binnennachfrage und unterstützt von insbesondere in der ersten Jahreshälfte kräftigen außenwirtschaftlichen Impulsen stieg das reale Bruttoinlandsprodukt mit 1,7% gegenüber dem Vorjahr erneut spürbar stärker als das Produktionspotenzial. Das für die Unternehmen vorteilhafte wirtschaftliche Umfeld zeichnete sich aber nicht nur durch die insgesamt günstige Entwicklung der Absatzmärkte aus. Vorleistungen konnten erneut preiswerter beschafft werden, wobei die Preise von importierten Rohstoffen und Halbwaren 2015 noch stärker fielen als im Jahr zuvor. Dagegen sahen sich die Unternehmen steigenden Kosten des Produktionsfaktors Arbeit gegenüber. Dazu trug nicht nur der erneut spürbar erhöhte Personalaufwand bei, sondern auch die Notwendigkeit, angesichts der gesunkenen Zinsen die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven und ehemaligen Betriebsangehörigen anzuheben. Diese Kostenbelastungen führten dazu, dass sich die Ertragslage des nichtfinanziellen Unternehmensbereichs trotz des günstigen Konjunktur- und Preisumfelds nicht verbesserte. Dass die hochgerechneten Ergebnisse¹⁾ keinen Gleichstand der Vor-Steuer-Umsatzrendite zwischen 2014 und 2015 zeigen, sondern sogar einen leichten Rückgang auf gut 4% ausweisen, ist aber auch auf einen gewichtigen Sondereffekt zurückzuführen. So führten die Unregelmäßigkeiten bei Abgastests an Fahrzeugen mit Dieselmotoren bei Volkswagen zu erheblichen Rückstellungen.

Eigenmittelquote nicht weiter erhöht, ...

In der aggregierten Bilanz der nichtfinanziellen Unternehmen hinterließ die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen, die durch die Absenkung des Diskontierungszinses notwendig wurde, die auffälligsten Spuren. Als Folge dieses Effekts, der nicht nur mit der Vorsorge gegenüber zukünftigen Pensionsverpflichtungen, sondern auch gegenüber anderen langfristigen Lasten (bspw. im Energiebereich) in Verbindung steht, stieg das Fremdkapital 2015 so kräftig

wie seit Jahren nicht mehr. Im Bilanzzusammenhang führte dies dazu, dass sich die Eigenmittel als Anteil an der Bilanzsumme diesmal nicht weiter erhöhten, obwohl sie (absolut) erneut kräftig zulegten. Ohne den Rückstellungseffekt wäre die aggregierte Eigenmittelquote weiter gestiegen. Hierfür spricht zum einen, dass dies bei den Unternehmen ohne Pensionsrückstellungen tatsächlich der Fall war. Zum anderen war der Rückgang der Eigenmittelquote bei den Unternehmen mit Pensionsrückstellungen die rechnerische Folge davon, dass die Bilanzsumme stärker als die Eigenmittel stieg.

Da der Rechnungszins durch den mehrjährigen Glättungsmechanismus weiter sinken wird, wird der Rückstellungseffekt die Unternehmen – wenngleich nicht mehr so stark wie 2015 – auch in den folgenden Jahren treffen. Das laufende Jahr ist davon allerdings ausgenommen, weil der Diskontierungssatz als Folge der zu Jahresanfang neu geregelten Berechnungsmethode, wonach der Stützzeitraum für die Durchschnittsbildung von sieben auf zehn Jahre verlängert wurde, steigt.²⁾ Bei fallendem Rechnungszins sind die Unternehmen mit Pensionsrückstellungen mit einer Beeinträchtigung ihrer Ertragskraft konfrontiert, die bei hohen Lasten durchaus empfindlich ausfallen kann. Zumindest bei den am stärksten betroffenen Firmen ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Eigenmittelquote in den kommenden Jahren weiter

... hierfür aber zinsbedingt gestiegene Rückstellungen maßgeblich verantwortlich

¹ Die Untersuchung für 2015 basiert auf rd. 28 000 Jahresabschlüssen, die anhand von fortgeschriebenen aggregierten Umsatzangaben aus dem Unternehmensregister schätzungsweise hochgerechnet wurden. Zur Darstellung des aktuellen Verfahrens vgl.: Deutsche Bundesbank, Unternehmensabschlussstatistik mit breiterer sektoraler Abdeckung und neuer Hochrechnungsbasis, Monatsbericht, Dezember 2011, S. 34 f.

² Bei der Beurteilung des Rückstellungseffekts ist zu berücksichtigen, dass bei den nach HGB bilanzierten Pensionsrückstellungen aktuell hohe außerbilanzielle stille Lasten bestehen. Aufgrund der Verlängerung des Stützzeitraums werden diese langsamer in offene Lasten überführt. Zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Pensionsrückstellungen und der Bedeutung für die Finanzstabilität vgl.: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank vom 18. August 2015 zur Entschließung des Deutschen Bundestages zum HGB-Rechnungszins für Pensionsrückstellungen (BT-Drs. 18/5256). Verfügbar unter http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Kurzmeldungen/Stellungnahmen/2015_12_15_hgb_rechnungszins.pdf?__blob=publicationFile

Ausgewählte Jahresabschlusspositionen getrennt für Unternehmen mit und ohne Pensionsrückstellungen ^{*)}

Position	Unternehmen mit Pensionsrückstellungen			Unternehmen ohne Pensionsrückstellungen		
	2014	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	2014	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr
			2015			2015
Erfolgsrechnung	in % des Umsatzes			in % des Umsatzes		
Personalaufwand	12,7	13,1	0,4	11,5	11,8	0,3
Zinsaufwendungen	1,3	1,9	0,5	0,7	0,7	0,0
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	3,6	3,0	- 0,6	2,8	3,2	0,3
Bilanz	in % der Bilanzsumme			in % der Bilanzsumme		
Eigenmittel	32,3	31,7	- 0,6	29,0	30,2	1,1
Verbindlichkeiten	48,2	48,6	0,4	59,0	57,5	- 1,5
Rückstellungen	18,8	18,9	0,2	11,2	11,6	0,3
darunter: Pensionsrückstellungen	6,7	7,0	0,3	-	-	.

* Die Angaben basieren auf einem vergleichbaren Kreis von Unternehmen, für die Jahresabschlüsse sowohl für 2014 als auch für 2015 vorliegen (insgesamt 27 550 Unternehmen (ohne Volkswagen), davon 7 670 mit und 19 880 ohne Pensionsrückstellungen). Sie sind nicht hochgerechnet und spiegeln das Datenmaterial des Jahresabschlussdatenpools der Deutschen Bundesbank unmittelbar wider. Der Datenpool enthält überproportional viele Jahresabschlüsse großer Firmen, während mittlere und vor allem kleine Firmen deutlich schwächer vertreten sind. Der Auswertung liegen zu 97% Handelsbilanzen und zu 3% Steuerbilanzen zugrunde. 99,96% der Pensionsrückstellungen entfallen auf Unternehmen, für die eine Handelsbilanz vorliegt, sodass eine Verzerrung der dargestellten Effekte durch abweichende steuerrechtliche Regelungen praktisch nicht gegeben ist.

Deutsche Bundesbank

zurückgehen wird. Die Unternehmen mit Pensionsrückstellungen verfügen im Durchschnitt über eine ebenso gute Eigenmittelausstattung wie die Unternehmen ohne Pensionsrückstellungen. Daher ist nicht damit zu rechnen, dass dieser Effekt in vielen Fällen die Eigenmittelquote auf ein so niedriges Niveau drücken könnte, dass allein davon Gefahren für die Bonität ausgehen würden.

Die betroffenen Firmen könnten bestrebt sein, Anteilsverschiebungen zulasten der Eigenmittel schrittweise dadurch wettzumachen, dass sie in den kommenden Jahren verstärkt Gewinne einbehalten. Der Innenfinanzierungsspielraum wüchse dann nicht nur durch die mittels Rückstellungsbildung unmittelbar vor der Gewinnverwendung bewahrten Mittel, sondern – zeitlich nachgelagert – auch durch systematisch abgesenkte Ausschüttungen. Bei unveränderter Außenfinanzierung ginge dies mit einer Vermögensbildung einher, die in den Einkommenskonten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

nungen (VGR) als Wirkung auf das Sparen ausgewiesen wäre. Simulationen belegen, dass die zinsbedingte Erhöhung der Pensionsrückstellungen einen Effekt auf das beobachtete verstärkte Sparverhalten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften gehabt haben dürfte. Um den dominierenden Beitrag zu den laut VGR zwischen 2012 und 2015 stark gestiegenen Ersparnissen handelt es sich dabei aber nicht (vgl. dazu die Erläuterungen auf S. 60 ff.).

Der Cashflow expandierte 2015 deutlich stärker als in den beiden Jahren davor, als bereits hohe Zuwachsraten erzielt worden waren. Weil allerdings spürbar weniger Gewinne als 2014 einbehalten wurden, erweiterte sich der Innenfinanzierungsspielraum im Berichtszeitraum per saldo nicht. Die Außenfinanzierung hat sich 2015 im Vergleich zum sehr gedrückten Niveau der Jahre 2013 und 2014 mehr als verdoppelt, wobei Kreditfinanzierungen merklich stärker als Beteiligungsfinanzierungen anzogen.

Höhere Gewinnthesaurierungen in den kommenden Jahren möglich

Cashflow stark angewachsen

Mögliche Effekte der zinsbedingten Erhöhung der Pensionsrückstellungen auf die Ersparnisse der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften

Unternehmen, die sich gegenüber aktiven und ehemaligen Betriebsangehörigen zur Zahlung betrieblicher Pensionen im Rahmen leistungsorientierter Versorgungspläne verpflichtet haben, sind durch das sinkende Zinsniveau gezwungen, ihre Pensionsrückstellungen aufzustocken. In den nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellten Bilanzen der Unternehmen bemessen sich die Pensionsrückstellungen als Barwert der erwarteten Zahlungen unter Anwendung eines Rechnungszinses, der sich als gleitender Durchschnitt der Marktzinsen vergangener Jahre ergibt. Die Erhöhung der Pensionsrückstellungen belastet die Gewinne der Unternehmen zum Teil erheblich. Werden infolge rückstellungsbedingt geringerer Gewinne die Ausschüttungen vermindert, verbleiben in den Unternehmen allerdings zusätzliche finanzielle Mittel. Unter der Annahme unveränderter Außenfinanzierung werden sie für den Vermögensaufbau eingesetzt; vergleiche Ersparnis I in unten stehendem Schaubild.¹⁾ In der Bilanz erhöht sich überdies der Anteil des Fremdkapitals. Streben die Unternehmen tendenziell eine Rückkehr zur Finanzierungsstruktur vor Erhöhung der Pensions-

rückstellungen an, so werden in der Folgezeit vermehrt Gewinne einbehalten. Aktivseitig korrespondiert dies mit einem Vermögensaufbau; vergleiche Ersparnis II in unten stehendem Schaubild.

Der Jahresabschlussdatenpool der Bundesbank erlaubt es, die Auswirkungen der zinsbedingten Erhöhung der Pensionsrückstellungen auf die Ersparnisse der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zu simulieren. Damit lässt sich zum einen die Frage beantworten, in welchem Umfang dieser Sachverhalt dazu beitrug, dass sich die Ersparnisse der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zufolge von gut 62 Mrd € im Jahr 2012 auf 110 Mrd € im Jahr 2015 erhöhten. Zum anderen lassen sich die entsprechenden Effekte für das laufende und die folgenden Jahre abschätzen. Im Zentrum der Betrachtung stehen die Belastungen der Unternehmen durch den steigenden Pensionsaufwand in den Jahren 2013 bis 2020. Um ein repräsentatives Bild

¹ Grundsätzlich wäre es auch vorstellbar, mit dem Mitelaufkommen Verbindlichkeiten zu tilgen.

Schematische Darstellung der Ersparnisbildung

Ausgangsposition		Erhöhung der Pensionsrückstellungen und anschließende Ausschüttung		Anpassung des Eigenkapitals	
Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Vermögen	Eigenkapital 1/3	Vermögen	Eigenkapital < 1/3	Vermögen	Eigenkapital 1/3
	Fremdkapital 2/3		Fremdkapital > 2/3		einbehaltene Gewinne
		Ersparnis I	Pensionsaufwand	Ersparnis I	Fremdkapital 2/3
				Ersparnis II	

für den Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zu erhalten, werden die Simulationsergebnisse von rund 14 600 nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, die Pensionsrückstellungen verbuchen und in den Jahren 2010 bis 2012 im Durchschnitt einen positiven Gewinn²⁾ nach Steuern ausgewiesen, mit den in der Jahresabschlussstatistik üblichen Hochrechnungsfaktoren gewichtet.

Den Simulationen liegt eine Annahme hinsichtlich des Gewinnausschüttungsverhaltens der Unternehmen zugrunde, das auf dem Modell der partiellen Anpassung des tatsächlichen Eigenkapitals E_t an einen Zielwert E_t^* beruht. Vereinfachend wird unterstellt, dass die Unternehmen nach der Erhöhung der Pensionsrückstellungen *ceteris paribus* schrittweise zur Finanzierungsstruktur des Bilanzjahres 2012 zurückkehren wollen.³⁾ Annahmegemäß verbuchen die Unternehmen ab dem Jahr 2013 Pensionsaufwand x_t , der das Fremdkapital erhöht und über die Nettoertragsminderung überdies das Eigenkapital belastet. Die Erlös- und Kostenverhältnisse bleiben – abgesehen vom Pensionsaufwand – über den Simulationshorizont unverändert. Konkret wird bezüglich Umsatz und Gewinn nach Steuern der Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 im Betrachtungszeitraum fortgeschrieben (Steady State).⁴⁾

Formal lässt sich die Anpassungsgleichung für die Gewinnausschüttung wie folgt schreiben:

$$a_t = (1 - \lambda)(\bar{g} - \phi x_t) + \lambda[E_{t-1} + (\bar{g} - x_t) - E_t^*],$$

wobei \bar{g} den Nach-Steuer-Gewinn im Steady State darstellt. Der Parameter der partiellen Anpassung $\lambda \in [0;1]$ steuert die Geschwindigkeit der Anpassung an das Zieleigenkapital. Beispielsweise bewirkt ein kleines λ eine Stabilisierung der Gewinnausschüttung und somit eine langsamere Anpassung. Außerdem werden die Fälle $\phi = 0$ und $\phi = 1$ unterschieden: Bei $\phi = 1$ orientiert sich die Aus-

schüttung am buchhalterischen Nach-Steuer-Gewinn. Dies führt zu einer kurzen Anpassungszeit auch dann, wenn λ klein ist. Der Grund hierfür ist, dass die Abweichung von der Zieleigenkapitalquote, die sich nach Ausschüttung durch die Erhöhung der Pensionsrückstellungen unmittelbar ergibt, vergleichsweise gering ausfällt. Bei $\phi = 0$ bemessen die Unternehmen ihre Ausschüttung am Nach-Steuer-Gewinn im Steady State, also ohne Berücksichtigung der Sonderbelastung durch die Pensionsaufwendungen.

In den jährlichen Ersparniseffekten überlagern sich ab dem Jahr 2014 die direkten Beiträge der reduzierten Ausschüttungen infolge der erhöhten Pensionsaufwendungen der laufenden Jahre mit den indirekten Beiträgen aus der nachgelagerten Eigenkapitalstärkung durch einbehaltene Gewinne. Zu Beginn dieses Jahres verlängerte der Gesetzgeber den Stützzeitraum für die Ermittlung

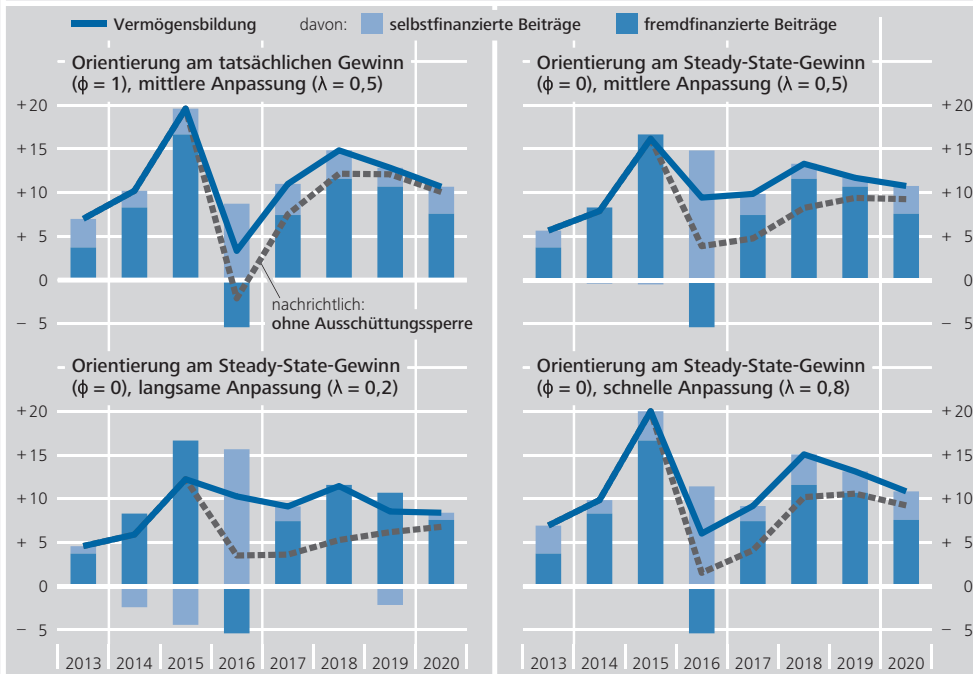
²⁾ Die Unternehmen, welche wegen Verlusten aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden, weisen im Bezugsjahr 2012 zahlenmäßig einen Anteil von 15,8% an der Stichprobe und hochgerechnet einen Anteil von 20,0% an der Bilanzsumme und von 21,2% am Umsatz der Unternehmen mit Pensionsrückstellungen auf. In der Grundgesamtheit des nichtfinanziellen Unternehmenssektors machen die Umsätze der ausgeschlossenen Unternehmen 11,0% und die Bilanzsummen 10,2% aus. Die Fortschreibung von Verlusten würde aus simulationstechnischer Sicht Probleme bereiten. Gleichwohl dürfte die Tatsache, dass Verlustunternehmen nicht in die Betrachtung einbezogen werden, die Ergebnisse nicht wesentlich verzerren, da diese Unternehmen mangels Gewinnen ohnehin nur eine geringe Ersparnis aufweisen.

³⁾ Hierbei wird implizit angenommen, dass die Unternehmen 2012 die Zieleigenkapitalquote erreicht hatten. Vor 2012 war der in Rede stehende Zins wenig volatil. Berechnet man die Zieleigenkapitalquote stattdessen z. B. als Durchschnitt mehrerer Jahre, so weicht sie im Bezugsjahr 2012 in vielen Fällen sehr stark von dem realisierten Wert ab. Die Anpassungsdynamik in den ersten Jahren wäre dann von dieser Abweichung geprägt und nicht von den Pensionsrückstellungen.

⁴⁾ Die Annahme eines stationären Umsatzprozesses impliziert, dass aus dem operativen Geschäft heraus keine Notwendigkeit besteht, weiteres Vermögen zu akkumulieren. Folglich bliebe ohne die zinsbedingten Anpassungen der Pensionsrückstellungen die Bilanzsumme über den Simulationshorizont konstant. Dies hätte wiederum zur Folge, dass weder neue Mittel von außen zufließen noch Gewinne einbehalten werden müssten. Nach Steuern würden Gewinne also vollständig ausgeschüttet, Verluste müssten durch die Anteilseigner komplett ausgeglichen werden.

Vermögensbildung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in unterschiedlichen Anpassungsmodellen im Simulationszeitraum

Mrd €



Deutsche Bundesbank

des Rechnungszinses von sieben auf zehn Jahre für die Geschäftsjahre nach 2015.⁵⁾ Hierdurch kommt es im Jahr 2016 zu einer „umgekehrten“ Anpassung, da die Rückstellungen gegenüber 2015 geringer ausfallen und mithin Erträge entstehen. Die Ausschüttung des bilanziellen Differenzbetrages, der sich durch die unterschiedlichen Kapitalwerte bei sieben- und zehnjähriger Zinsglättung ergibt, ist jedoch untersagt (sog. Ausschüttungssperre). Ausschüttungen sind grundsätzlich nicht durch den laufenden Jahresgewinn nach Steuern nach oben begrenzt. Eine Restriktion bildet hingegen die Summe aus dem laufenden Nach-Steuer-Gewinn und den frei verfügbaren Rücklagen. Aufgrund der genannten Ausschüttungssperre vermindert sich ab 2016 das maximal mögliche Ausschüttungsvolumen um den Differenzbetrag aus der Umstellung der Rechnungsgrundlagen für den Diskontierungszins.⁶⁾

Allen Modellvarianten ist gemeinsam, dass das auf die zinsbedingte Erhöhung der Pen-

sionsrückstellungen zurückzuführende Sparen 2015 seinen Höhepunkt erreicht haben könnte. Der längere Glättungszeitraum dürfte in den Jahren 2016 und 2017 zu geringeren Ersparnissen führen, ehe es 2018 nochmals eine Spitze geben könnte.⁷⁾ Bei Orientierung am tatsächlichen handelsrechtlichen Gewinn und schneller Anpassung ist das zeitliche Profil der Ersparnisse sehr akzentuiert, wohingegen sich die Sparbeiträge bei langsamer Anpassung an die Ziel-

⁵ Freiwillig können die Unternehmen diesen auch schon für die Geschäftsjahresabschlüsse des Jahres 2015 anwenden.

⁶ Zusätzliche Erträge aus der Änderung des Zinssatzes im Jahr 2016 müssten ohne Ausschüttungssperre im Falle von Gewinnabführungsverträgen in voller Höhe abgeführt werden.

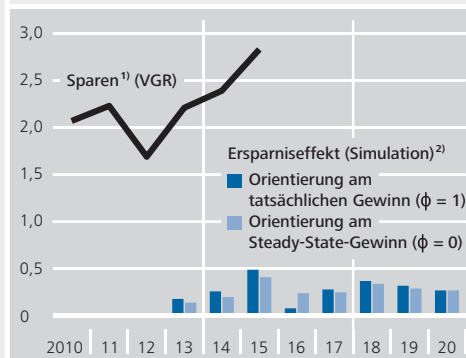
⁷ Dass auf die Spitze im Jahr 2015 eine weitere Spitze 2018 folgt, hängt mit der Änderung der Berechnungsgrundlagen für die Pensionsrückstellungen zusammen. Mit der Verlängerung des Stützzeitraums um drei Jahre geht einher, dass die Unternehmen die Absenkung der Marktzinsen, die nach alter Rechtslage 2015 zu größeren Anpassungen bei den Pensionsrückstellungen führten, 2018 in abgeschwächter Form nochmals zu spüren bekommen. Dagegen stehen die Entlastungen in den beiden Jahren dazwischen.

eigenkapitalquote gleichmäßiger über die Jahre verteilen. Mit der Ausschüttungssperre wird erreicht, dass die Unternehmen ab 2016 einen signifikant höheren Anteil ihrer Gewinne einbehalten. Dies zeigt sich daran, dass die Ersparnisse im hypothetischen Fall ohne Ausschüttungssperre deutlich geringer ausfielen. Die Sperre wirkt grundsätzlich umso restriktiver, je stärker die Unternehmen an einer Verstärkung ihrer Ausschüttungen interessiert sind.

Die Vermögensbildung setzt sich aus einem Fremd- und einem Eigenkapitalbeitrag zusammen. Das Fremdkapital verändert sich durch die jährlich zu buchenden Pensionsaufwendungen (bzw. den Pensionsertrag im Jahr 2016). Hiermit stehen wichtige, allen Modellvarianten gemeinsame Merkmale im zeitlichen Verlauf der Vermögensbildung (wie die Spitzen 2015 und 2018 sowie die Entlastung in den Jahren dazwischen) in einem engen Zusammenhang. Die Eigenkapitaleffekte ergeben sich im Jahr der Verbuchung des Pensionsaufwands aus der Gewinnminderung und in den darauffolgenden Jahren durch einbehaltene Gewinne infolge des unterstellten partiellen Anpassungsprozesses.⁸⁾ Hieraus resultieren die Unterschiede im Zeitprofil der Akkumulation. Eine schnelle Anpassung an das Ziel-eigenkapital schränkt die Ausschüttungen – selbst bei Steady-State-Orientierung – ausgesprochen stark ein. Bei der Orientierung am tatsächlichen Gewinn ist die selbst-finanzierte Vermögensbildung selbst bei mittlerer Anpassung durchgängig positiv. Bei langsamer Anpassung und Steady-State-Orientierung lassen die Unternehmen per saldo die rückstellungsbedingten Ertrags-schmälerungen hingegen kurzfristig auch auf das Eigenkapital durchwirken.

Einen Eindruck über die quantitative Bedeutung der pensionsrückstellungsbedingten Ersparnisbildung vermittelt der Vergleich der simulierten Gesamteffekte mit dem Sparen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, wie es in den VGR im statistisch abgedeckten Zeitraum bis 2015 ausgewiesen ist. Zwi-

Sparen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften



¹ In % des Produktionswertes. ² In % des Umsatzes, jeweils mittlere Anpassung ($\lambda = 0,5$).
 Deutsche Bundesbank

schen dem hochgerechneten Umsatz der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem Produktionswert des entsprechenden VGR-Wirtschaftssektors gibt es insbesondere abgrenzungsbedingt einen Niveauunterschied. Die simulierten Beiträge zur Ersparnis, die aus der zinsbedingten Erhöhung der Pensionsrückstellungen resultieren, werden daher ins Verhältnis zum Umsatz der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften gesetzt. Als Vergleichsmaßstab aus den VGR dient das Sparen als Anteil des Produktionswertes in jeweiligen Preisen. Die zinsbedingte Erhöhung der Pensionsrückstellungen hatte den Simulationsergebnissen zufolge einen Einfluss auf das verstärkte Sparverhalten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der sehr kräftige Zuwachs des Sparens der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zwischen 2013 und 2015 ist zu einem guten Teil jedoch anderen Faktoren geschuldet.

⁸ Diese Zerlegung ist nicht identisch mit der Aufteilung in Ersparnis I und II im Schema auf S. 60. So ergibt sich die Ersparnis I saldenmechanisch aus dem Pensionsaufwand abzüglich der Eigenkapitalschmälerung.

Vielzahl neuer Beteiligungen erworben, Sachanlagenquote hingegen gesunken

Das erhöhte Mittelaufkommen wurde 2015 erneut zu einem verhältnismäßig großen Teil für den Erwerb von Beteiligungen eingesetzt. Darin unterschied sich das Berichtsjahr nicht von den Jahren davor – wird von der Ausnahme 2013 mit einem geringen Beteiligungszuwachs abgesehen. Zwischen 2011 und 2015 stieg der Wert der Beteiligungen um fast ein Drittel, was einer Zunahme des Bilanzgewichts um 2 Prozentpunkte auf 17% entspricht. Die Sachanlagenquote fiel 2015 etwas geringer aus als in den beiden Vorjahren, und die Ausstattung mit Barmitteln änderte sich relativ zur Bilanzsumme praktisch nicht. Zuletzt legte der Erwerb von Wertpapieren etwas zu. Im Niedrigzinsumfeld scheint allerdings die Bereitschaft groß zu sein, freie Mittel innerhalb von Unternehmensverbänden auch kurzfristig zu verleihen. Hinweise für die These, dass Unternehmen angesichts geringer Opportunitätskosten Zahlungsziele großzügiger gestalten oder im Rahmen ihres Working-Capital-Managements weniger strikt überwachen, finden sich im vorliegenden Zahlenmaterial demgegenüber nicht.

Firmeninsolvenzen in Deutschland erneut zurückgegangen

Im Jahr 2015 ging die Anzahl der Firmeninsolvenzen erneut spürbar zurück und zwar auf den niedrigsten Wert seit Novellierung des Insolvenzrechts im Jahr 1999. Die weiterhin günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie das sehr vorteilhafte Umfeld für die Finanzierung möglicher Umschuldungen dürften hierfür ausschlaggebend gewesen sein. Wenngleich sich die Anzahl der Insolvenzen das sechste Jahr in Folge verringerte, war der Rückgang im Berichtszeitraum nicht mehr ganz so ausgeprägt wie in den Vorjahren. In allen großen Wirtschaftsbereichen waren im Jahr 2015 weniger Firmeninsolvenzen zu beobachten. Besonders deutlich war die Abnahme im Handel, im Bereich „Verkehr und Lagerei“ sowie im Baugewerbe. Nicht so stark sanken die Unternehmensinsolvenzen hingegen im Verarbeitenden Gewerbe.

■ Umsatz und Ertrag

Die Umsätze der nichtfinanziellen Unternehmen stiegen im Jahr 2015 um gut 2% gegenüber dem Vorjahr. Damit setzte sich das moderate Wachstum, das seit 2012 vorherrscht und nur durch die Konjunkturdelle 2013 unterbrochen wurde, im Berichtszeitraum fort. Die Erlössteigerungen beruhten maßgeblich auf Volumeneffekten, da die Unternehmen auf vielen Absatzmärkten Preiszugeständnisse machten. So verbilligten sich gewerbliche Erzeugnisse im Inlandsgeschäft 2015 um 1,8% gegenüber dem Vorjahr, als es bereits eine Ermäßigung in Höhe von 1,0% gegeben hatte. Die Ausführpreise erhöhten sich im Berichtsjahr demgegenüber um 0,9%, nach – 0,3% im Jahr 2014.

Zwischen dem Produzierenden Gewerbe und den erfassten Dienstleistungsbereichen gab es diesmal keinen großen Unterschied im Umsatzwachstum. Auf tiefer disaggregierter Ebene fällt auf, dass innerhalb der Industrie erneut der Fahrzeugbau besonders kräftig zulegte; auf ein Umsatzwachstum um 8½% im Jahr 2014 folgte sogar ein Plus von 11½%. Dahinter stand vor allem eine lebhafte Nachfrage aus dem Inlandsgeschäft mit Flotten- und Nutzfahrzeugen. Dies kam auch dem Kfz-Handel zugute, dessen Umsätze 2015 um fast 9% zulegten, nach 3½% im Jahr davor. Die primär auf die heimischen Märkte ausgerichteten Baufirmen und Einzelhandelsunternehmen erzielten insgesamt ein höheres Umsatzwachstum als das stark exportorientierte Verarbeitende Gewerbe. Der ebenfalls überdurchschnittlich auf Auslandsmärkten aktive Großhandel musste einen leichten Erlösrückgang hinnehmen, wohingegen die Umsatzsteigerung bei den Transport- und Logistikunternehmen höher als 2014 ausfiel. Die Informations- und Kommunikationsbranche gehörte im Jahr 2015 zu den am schnellsten wachsenden Sektoren, während die Unternehmensdienstleister das ausgesprochen hohe Expansionstempo aus 2014 im Berichtsjahr nicht halten konnten.

Fortsetzung des moderaten Umsatzwachstums ...

... sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch in den Dienstleistungsbereichen

Erträge aus dem nicht operativen Geschäft diesmal besonders hoch

Die Erträge aus Finanzanlagen und Aktivitäten, die nicht zum Kerngeschäft gehören, stiegen 2015 ausgesprochen kräftig und sorgten dafür, dass die gesamten Erträge der nichtfinanziellen Unternehmen mit 3% gegenüber dem Vorjahr erkennbar stärker zunahmen als die Umsätze. Zum einen spielte hierbei eine Rolle, dass die Erträge aus Beteiligungen 2015 das Durchschnittsniveau der Jahre 2012 bis 2014 um zwei Fünftel übertrafen.³⁾ Zum anderen hinterließ die Dieselfaffäre von Volkswagen wohl auch bei den nicht auf das operative Geschäft bezogenen Ertragspositionen gewisse Spuren.⁴⁾

Materialaufwand trotz deutlicher Preisermäßigungen beim Wareneinkauf zugelegt

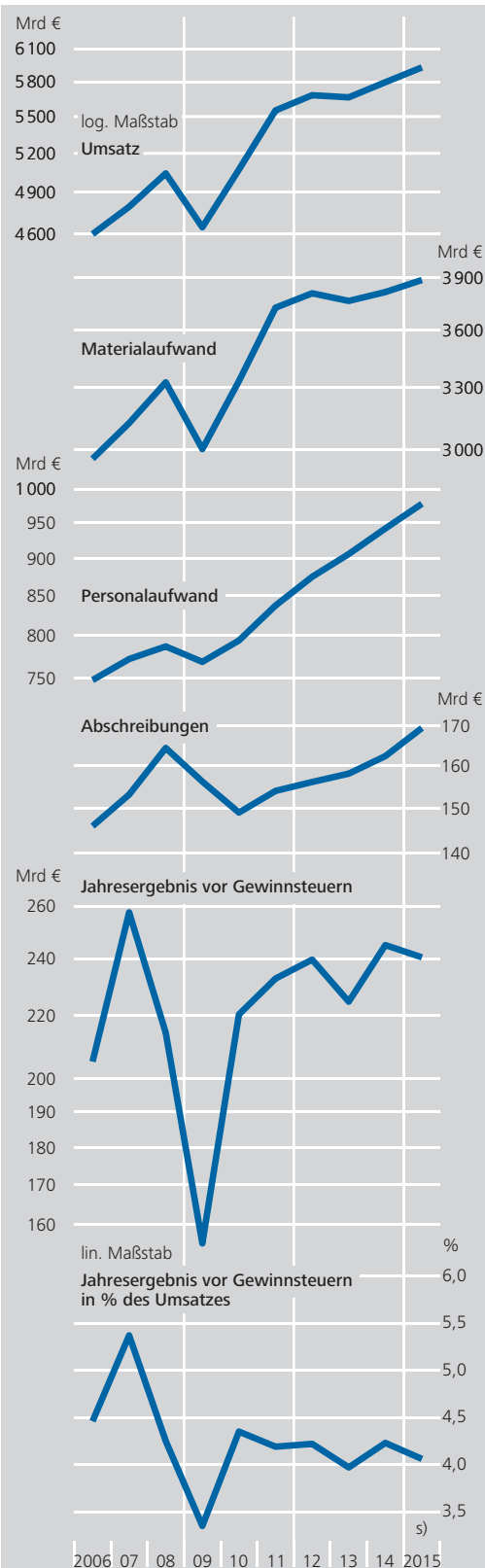
Die einkaufsseitigen Preisermäßigungen führten 2015 im gesamten nichtfinanziellen Unternehmensbereich zwar nicht dazu, dass sich der Materialaufwand verringerte; er stieg jedoch – wie im Jahr davor – deutlich schwächer als die Umsätze. In der Industrie stiegen die Aufwendungen für Vorleistungen im Jahr 2015 stärker als 2014. Vor dem Hintergrund, dass sich im Berichtsjahr sowohl importierte Rohstoffe und Halbwaren als auch im Inland produzierte Vorerzeugnisse deutlicher verbilligten als im Jahr davor, lässt sich dies bei gleich gebliebenem Umsatzwachstum wohl damit in Verbindung bringen, dass in die Industrieproduktion heutzutage zahlreiche Dienstleistungen eingehen, deren Bezug von außen angesichts steigender Arbeitskosten teurer geworden sein dürfte.⁵⁾ Lediglich Industriezweige mit einer stark auf den Verbrauch von Grundstoffen konzentrierten Kostenstruktur wie die chemische und pharmazeutische Industrie sowie die Nahrungsmittelerzeugung profitierten so stark von

3 Die Zinserträge nahmen 2015 gegenüber dem Vorjahr zwar nicht so beträchtlich wie die Beteiligungserträge, aber ebenfalls deutlich zu. Dies war allerdings im Wesentlichen auf den Anstieg zinstragender Aktiva zurückzuführen. So verharrte die rechnerische Durchschnittsverzinsung in den letzten drei Jahren auf historisch niedrigem Niveau.

4 Die außergewöhnlich hohen Zuwächse bei den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie im Beteiligungsergebnis sprechen dafür, dass Volkswagen alle Möglichkeiten ausschöpfte, um den aus der sehr beträchtlichen Rückstellungsbildung resultierenden Jahresfehlbetrag zu vermindern.

5 Aufwendungen für die von anderen Unternehmen bezogenen Leistungen werden in der Position „Materialaufwand“ gebucht.

Ausgewählte Indikatoren aus der Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen^{*)}



^{*)} Hochgerechnete Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik.
 Deutsche Bundesbank

Steigende Personalkosten prägen laufenden Konjunkturzyklus immer auffälliger

den teilweise drastisch gefallen Notierungen international gehandelter Rohstoffe, dass sich ihr Materialaufwand auch absolut verringerte.

Der Personalkostenblock der Unternehmen expandierte im Jahr 2015 mit knapp 4% anhaltend kräftig. Es kristallisiert sich immer stärker heraus, dass steigende Personalausgaben ein wichtiges Merkmal des laufenden Konjunkturzyklus sind. So lag der Personalaufwand 2015 um ein Viertel über dem Niveau am Ende des letzten Aufschwungs 2008, wohingegen alle anderen Aufwandspositionen den Vorkrisenstand insgesamt um lediglich knapp ein Sechstel überschritten.⁶⁾ Die nichtfinanziellen Unternehmen beschäftigten im Jahr 2015 rund 6% mehr Arbeitnehmer als 2008. Dies leistete den kleineren Beitrag zu den erhöhten Personalkosten. Die größere Wirkung ging indes von den Lohnsteigerungen aus. So überschritten Tarif- wie Effektivverdienste 2015 den Vorkrisenstand um ein Sechstel. Die Einführung des allgemeinen Mindestlohns dürfte in den meisten Wirtschaftsbereichen des nichtfinanziellen Unternehmenssektors keinen wahrnehmbaren Effekt gehabt haben. Dass der Personalaufwand 2015 im Gastgewerbe mit 7½% binnen Jahresfrist und im Sektor „Verkehr und Lagerei“ mit 6% besonders kräftig zulegte, könnte hingegen teilweise mit der seit dem vergangenen Jahr gültigen gesetzlichen Lohnuntergrenze in Verbindung gebracht werden.

Zinsbedingte Erhöhung der Pensionsrückstellungen als weitere dem Faktor Arbeit zuzurechnende Kostenkomponente

Aus ökonomischer Sicht gehören zu den Kosten des Produktionsfaktors Arbeit auch die Aufwendungen, die infolge der zinsbedingten Erhöhung des Barwerts der zugesagten Betriebsrenten anfallen. Dieser Anstieg der Pensionsrückstellungen erscheint gemäß den handelsrechtlichen Regelungen in den Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV) als Zinsaufwand,⁷⁾ der um gut ein Fünftel zunahm. Bei Unternehmen mit Pensionsrückstellungen wuchsen die so definierten Zinsaufwendungen noch stärker, während sie sich bei Unternehmen ohne Pensionsrückstellungen im Umfeld fortgesetzt sehr günstiger (Re-)Finanzierungsmöglichkeiten erwartungsgemäß verringerten.⁸⁾

Die Abschreibungen erhöhten sich 2015 mit 4½% gegenüber dem Vorjahr recht deutlich. Dies lag allerdings nicht an spürbar angehobenen Absetzungen für die Abnutzung von Sachanlagen; diese stiegen im Berichtszeitraum nach zwei Jahren mit etwas höheren Raten lediglich moderat. Ausschlaggebend war, dass die Abschreibungen auf Finanzanlagen bei einzelnen Großunternehmen erheblich zunahm.

Abschreibungen auch wegen Sondereffekten deutlich höher

Die mit dem Arbeitseinsatz im weiteren Sinne verbundenen Kostenfaktoren sorgten im Verbund mit Belastungen insbesondere im Fahrzeugbau dafür, dass die nichtfinanziellen Unternehmen eine Schmälerung ihrer Gewinne vor Steuern hinnehmen mussten, obwohl sich die Rohertragsbasis⁹⁾ weiter klar verbesserte. Das Vor-Steuer-Jahresergebnis betrug 2015 im Durchschnitt gut 4% des Umsatzes. Damit lag die Rentabilität auf dem Niveau des Jahres 2013, als infolge einer konjunkturellen Delle die Umsätze vorübergehend stagniert hatten. In den anderen Jahren seit Überwindung der Großen Rezession wurde hingegen eine Umsatzrendite in Höhe von 4¼% erzielt.

Umsatzrendite im nicht-finanziellen Unternehmensbereich etwas gesunken

Im aggregierten Gewinnausweis des Verarbeitenden Gewerbes schlug sich die heftige Ergebnisbelastung bei Volkswagen besonders stark nieder. Wird um diesen Sondereffekt bereinigt, blieb die Rentabilität des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem Vorjahr konstant auf einem im Sektorvergleich überdurchschnittlichen Niveau. Innerhalb der Industrie waren die Gewinn Tendenzen 2015 breit gefächert. Günstige Einkaufspreise hoben die Umsatzrendite der chemischen und pharmazeutischen Industrie auf den Spitzenwert von 12%. In der Nah-

Rentabilität des Verarbeitenden Gewerbes ohne Volkswagen-Effekt auf gleichbleibend überdurchschnittlichem Niveau

⁶⁾ Der Anteil des Personalaufwands an den gesamten Aufwendungen stieg von 15¼% im Jahr 2008 auf 16¼% im Jahr 2015.

⁷⁾ Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014, Monatsbericht, Dezember 2015, insbesondere S. 36 f.

⁸⁾ Auf einen Entlastungseffekt bei der Kreditfinanzierung deutet hin, dass die Zinsaufwendungen der Unternehmen ohne Pensionsrückstellungen 2015 um 4% gegenüber dem Vorjahr zurückgingen.

⁹⁾ Der Rohertrag ergibt sich als Gesamtleistung abzüglich des Materialaufwands.

Erfolgsrechnung der Unternehmen ¹⁾

Position	2013	2014	2015 ⁵⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2014	2015 ⁵⁾
Erträge	Mrd €			in %	
Umsatz	5 663,6	5 795,7	5 928	2,3	2,5
Bestandsveränderung an Erzeugnissen ¹⁾	27,4	23,1	28,5	- 15,6	22,5
Gesamtleistung	5 690,9	5 818,8	5 956,5	2,2	2,5
Zinserträge	16,4	16,7	18	2,2	7,5
Übrige Erträge ²⁾	248,1	252,8	297	1,9	17,5
darunter: Erträge aus Beteiligungen	36,1	32,1	46,5	- 11,0	44,5
Gesamte Erträge	5 955,4	6 088,4	6 271,5	2,2	3
Aufwendungen					
Materialaufwand	3 763,6	3 814,7	3 885,5	1,4	2
Personalaufwand	905,9	941,9	978	4,0	4
Abschreibungen	158,1	162,4	169,5	2,7	4,5
auf Sachanlagen ³⁾	145,6	151,2	152,5	3,9	1
sonstige ⁴⁾	12,5	11,2	17	- 10,8	50,5
Zinsaufwendungen	62,7	64,8	79,5	3,2	22,5
Betriebssteuern	65,6	66,3	70	1,1	5,5
darunter: Verbrauchsteuern	61,1	61,7	65,5	0,9	6
Übrige Aufwendungen ⁵⁾	774,7	793,2	848,5	2,4	7
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern	5 730,6	5 843,3	6 031	2,0	3
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	224,8	245,0	240,5	9,0	- 2
Steuern vom Einkommen und Ertrag ⁶⁾	46,7	51,9	50	11,2	- 3,5
Jahresergebnis	178,1	193,1	190,5	8,4	- 1,5
Nachrichtlich:					
Cashflow (Eigenerwirtschaftete Mittel) ⁷⁾	356,9	379,9	420	6,5	10,5
Nettozinsaufwand	46,4	48,0	61,5	3,6	28
	in % des Umsatzes			in Prozentpunkten	
Rohrertrag ⁸⁾	34,0	34,6	34,9	0,5	0,4
Jahresergebnis	3,1	3,3	3,2	0,2	- 0,1
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	4,0	4,2	4,1	0,3	- 0,2
Nettozinsaufwand	0,8	0,8	1,0	0,0	0,2

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. **2** Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). **3** Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. **4** Überwiegend Abschreibungen auf Forderungen, Wertpapiere und Beteiligungen. **5** Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). **6** Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbesteuer. **7** Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. **8** Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand.

Deutsche Bundesbank

rungsmittelerzeugung sank der Umsatz, und spürbar steigende Personalkosten wogen die materialeitigen Entlastungen mehr als auf, sodass die Ertragskraft nachgab. In den großen Investitionsgüterbranchen drückten die Kosten die Rentabilität nach unten; lediglich der Maschinenbau entzog sich dieser Tendenz. In der Elektroindustrie ging die Rentabilität zurück. Dies gilt zudem für den Fahrzeugbau – auch bereinigt um die Sonderentwicklung bei Volkswagen.

Die Jahresergebnisse der Energieunternehmen wurden durch Aufwandsbuchungen, die im Zusammenhang mit der Anpassung der Diskontie-

rung langfristiger Lasten stehen, beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen. Die Rendite fiel nicht höher aus als im Jahr 2011, als die Ergebnisrechnungen vieler Energiefirmen vom Atomausstieg strapaziert worden waren. Das Baugewerbe steigerte im anhaltend günstigen Branchenumfeld und bei relativ moderater Kostenentwicklung erneut die Umsatzrendite auf ein inzwischen hohes Niveau. Rentabilitätszuwächse gab es auch in den Handelssparten, insbesondere im Kfz-Handel. Verkehrs- und Lage- reunternehmen wurden ebenfalls deutlich rentabler. Im Bereich „Information und Kommunikation“ ging die Rentabilität hingegen weiter zurück. Demgegenüber nahm die Ertragskraft

*Rendite-
steigerungen
im Baugewerbe
und in den
Handelssparten*

der Unternehmensdienstleister wie in den Vorjahren zu.

Mittelaufkommen und Mittelverwendung

Mittelaufkommen aufgrund erhöhter Außenfinanzierung stark gewachsen

Das Mittelaufkommen der Unternehmen weitete sich im Jahr 2015 erneut sehr deutlich aus. Die Finanzierung des Erwerbs neuer Beteiligungen erforderte eine beträchtliche Erhöhung der Außenfinanzierung, während die Innenfinanzierung auf dem historisch hohen Vorjahresniveau verharrte. Um wahrscheinlichen Aufwendungen in der Zukunft begegnen zu können, bauten die Unternehmen im Berichtszeitraum außergewöhnlich viele Rückstellungen auf. Rein rechnerisch glich dies den Rückgang der Gewinnthesaurierungen, die im Jahr 2014 aufgrund von Sondereffekten bei Einzelunternehmen stark gestiegen waren, in etwa aus. Die Zuführung finanzieller Mittel aus unternehmensexternen Quellen speiste sich primär aus dem Anstieg von Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Im kurzen Fristigkeitsspektrum wurden ebenso neue Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aufgenommen und Anleihen begeben, während die Unternehmen generell kaum zusätzliche langfristige Schuldpositionen eingingen. Kapitalzuführungen von außen nahmen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr leicht zu.

Sachanlagenakkumulation im Bereich „Information und Kommunikation“ überdurchschnittlich

Etwa die Hälfte der verfügbaren Mittel verwendeten die Unternehmen im Berichtszeitraum auf Investitionen in Sachanlagen. Infolgedessen lag der Netto-Sachanlagenzugang in Relation zu den Abschreibungen bei 20% und somit spürbar über dem Durchschnitt der letzten zwei Dekaden. An der Spitze standen die Informations- und Kommunikationsdienstleister, bei welchen die Anlageinvestitionen die Abschreibungen um beinahe die Hälfte übertrafen. Der Breitbandausbau könnte hierzu beigetragen haben. Der Handel akkumulierte ebenfalls überdurchschnittlich viel Sachkapital. Der Netto-Sachanlagenzugang der Energieversorger, bei welchen der Ausbau erneuerbarer Energien in

den vier Jahren zuvor einen Investitionsboom ausgelöst hatte, ließ hingegen deutlich nach. Angeführt wurden die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe erneut vom Fahrzeugbau. Sehr dynamisch entwickelte sich ebenso die Sachanlagenakkumulation der deutschen Maschinenbauer sowie der Elektroindustrie.

Über mehrere Wirtschaftszweige breit gestreut und häufig durch Geldmittel von außen finanziert, erreichte der Beteiligungserwerb der nichtfinanziellen Unternehmen im Jahr 2015 einen neuen Spitzenwert. Wie bereits in den Vorjahren war das Expansionsstreben der deutschen Fahrzeugbauer besonders ausgeprägt; in der Zeit seit 2008 verdoppelten sie ihren Beteiligungsbesitz annähernd. Vergleichsweise deutlich fiel die Aufstockung von Beteiligungen sowohl in der chemischen und pharmazeutischen Industrie als auch bei den Energie- und Wasserversorgern aus. In der Elektroindustrie waren ebenso erhöhte Ausgaben für die Akquisition anderer Unternehmen zu verzeichnen.

Erheblicher Anstieg des Erwerbs von Beteiligungen

Der Erwerb neuer Beteiligungen korrespondiert häufig mit einem Anstieg von Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, da bisweilen Geldmittel für den Beteiligungserwerb über zweckbestimmte Finanzierungstöchter beschafft werden. Ferner kam es aufgrund des bestehenden Beteiligungsbesitzes zu einem großen Anstieg sowohl von Forderungen als auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Insbesondere Konzerne nutzten die Vorzüge des Cash-Poolings, um interne liquide Mittel optimal zu verteilen. Weiterhin werden unter diesen Positionen auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen gebucht, welche die Ausprägung des firmeninternen Handels reflektieren. Eine große Rolle spielten im Berichtszeitraum in Ergebnisabführungsverträgen festgehaltene, jedoch nicht unmittelbar realisierte Zu- und Abführungen. Als direkte Folge des hohen Verflechtungsgrades der Unternehmen dürfte die Bedeutung von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber ver-

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stark gewachsen

Mittelaufkommen und Mittelverwendung der Unternehmen *)					
Mrd €					
Position	2013	2014	2015 ⁵⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2014	2015 ⁵⁾
Mittelaufkommen					
Kapitalerhöhung aus Gewinnen sowie Einlagen bei Nichtkapitalgesellschaften ¹⁾	31,1	71,8	30	40,7	- 42
Abschreibungen (insgesamt)	158,1	162,4	169,5	4,3	7
Zuführung zu Rückstellungen ²⁾	20,7	25,2	59,5	4,6	34
Innenfinanzierung	209,9	259,5	259	49,6	- 0,5
Kapitalzuführung bei Kapitalgesellschaften ³⁾	24,3	21,1	26,5	- 3,2	5,5
Veränderung der Verbindlichkeiten	16,0	19,2	74	3,2	55
kurzfristige	- 6,3	28,9	66,5	35,2	37,5
langfristige	22,3	- 9,6	7,5	- 32,0	17,5
Außenfinanzierung	40,4	40,3	100,5	0,0	60
Insgesamt	250,2	299,8	359,5	49,5	59,5
Mittelverwendung					
Brutto-Sachanlagenzugang ⁴⁾	188,7	175,4	182,5	- 13,3	7
Nachrichtlich:					
Netto-Sachanlagenzugang	43,2	24,2	30	- 18,9	5,5
Abschreibungen auf Sachanlagen	145,6	151,2	152,5	5,6	1,5
Vorratsveränderung	- 3,3	18,7	24	21,9	5,5
Sachvermögensbildung (Bruttoinvestitionen)	185,5	194,1	206,5	8,6	12,5
Veränderung von Kasse und Bankguthaben	12,6	5,1	14	- 7,4	9
Veränderung von Forderungen ⁵⁾	39,4	36,7	64,5	- 2,6	28
kurzfristige	34,0	26,6	71	- 7,4	44,5
langfristige	5,4	10,1	- 6	4,8	- 16,5
Erwerb von Wertpapieren	- 0,8	3,5	6	4,3	2,5
Erwerb von Beteiligungen	13,6	60,3	68,5	46,7	8
Geldvermögensbildung	64,8	105,7	153	40,9	47,5
Insgesamt	250,2	299,8	359,5	49,5	59,5
Nachrichtlich:					
Innenfinanzierung in % der Bruttoinvestitionen	113,2	133,7	125,5	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. GmbH und Co KG und ähnlicher Rechtsformen. **2** Einschl. Veränderung des Saldos der Rechnungsabgrenzungsposten. **3** Erhöhung des Nominalkapitals durch Ausgabe von Aktien und GmbH-Anteilen sowie Zuführungen zur Kapitalrücklage. **4** Veränderung der Sachanlagen (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände) zzgl. Abschreibungen. **5** Zzgl. unüblicher Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens.
 Deutsche Bundesbank

bundenen Unternehmen somit in den kommenden Jahren tendenziell weiter zunehmen.

■ Bilanzentwicklung

Bilanzsumme mit deutlichem Plus, ...

Die Bilanzsumme der nichtfinanziellen Unternehmen erhöhte sich im Jahr 2015 um 5%. Der Zuwachs fiel damit etwas stärker aus als im Mittel der vier Jahre zuvor. Auf der Aktivseite setzte sich der langfristige Trend der Zunahme des Forderungsvermögens an der Bilanzsumme fort. Dies war zum einen dem neuerlich massiven Ausbau des Beteiligungskapitals geschuldet. Zum anderen weiteten sich insbesondere kurz-

fristige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen deutlich aus. Während bei den Kapitalgesellschaften das merkliche Plus bei den Sachanlagen nicht ganz an das Bilanzsummenwachstum herankam, stagnierten die Sachanlagen bei den Nichtkapitalgesellschaften im dritten Jahr hintereinander auf demselben Buchwert. Bei beiden Rechtsformen ging die Sachanlagenquote zurück.

Die Passivseite war von einem verhältnismäßig starken Anstieg der Fremdmittel gekennzeichnet, welcher erstmalig seit 2008 mit der Entwicklung der Eigenmittel Schritt hielt. Dies lag insbesondere an der weitreichenden Rückstel-

... passivseitig hohe Rückstellungsbildung

Bilanz der Unternehmen ¹⁾

Position	2013	2014	2015 ²⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2014	2015 ²⁾
Vermögen	Mrd €			in %	
Immaterielle Vermögensgegenstände	81,8	76,7	81	- 6,2	5,5
Sachanlagen	904,4	933,7	959	3,2	2,5
Vorräte	612,0	630,6	654,5	3,0	4
Sachvermögen	1 598,1	1 641,0	1 695	2,7	3,5
Kasse und Bankguthaben	264,2	269,4	283,5	1,9	5
Forderungen	1 222,9	1 255,9	1 317	2,7	5
darunter:					
aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	394,0	394,7	396	0,2	0,5
Wertpapiere	671,8	702,8	760,5	4,6	8
Beteiligungen ¹⁾	78,1	81,6	87,5	4,5	7,5
Rechnungsabgrenzungsposten	587,1	640,0	695	9,0	8,5
	19,1	19,7	20,5	3,3	3,5
Forderungsvermögen	2 171,5	2 266,6	2 403,5	4,4	6
Aktiva insgesamt ²⁾	3 769,6	3 907,6	4 098,5	3,7	5
Kapital					
Eigenmittel ^{2) 3)}	1 074,8	1 167,7	1 224	8,6	5
Verbindlichkeiten	2 057,9	2 077,1	2 151	0,9	3,5
darunter:					
gegenüber Kreditinstituten	463,4	467,6	472,5	0,9	1
aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	303,1	304,5	308,5	0,5	1,5
erhaltene Anzahlungen	807,4	799,5	850,5	- 1,0	6,5
Rückstellungen ³⁾	213,4	220,0	226,5	3,1	3
darunter:					
Pensionsrückstellungen	609,4	634,1	692	4,1	9
	202,1	209,8	232	3,8	10,5
Rechnungsabgrenzungsposten	27,6	28,7	31	4,2	8
Fremdmittel	2 694,8	2 739,9	2 874	1,7	5
Passiva insgesamt ²⁾	3 769,6	3 907,6	4 098,5	3,7	5
Nachrichtlich:					
Umsatz	5 663,6	5 795,7	5 928	2,3	2,5
desgl. in % der Bilanzsumme	150,2	148,3	144,5	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. **2** Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. **3** Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.
 Deutsche Bundesbank

lungsbildung der Unternehmen, während der Aufbau neuer Verbindlichkeiten nicht außergewöhnlich hoch ausfiel. Infolgedessen war der Anteil der Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme mit Ausnahme der Ausleihungen gegenüber verbundenen Unternehmen erneut rückläufig. Bei den Rückstellungen schlug sich die weiter andauernde Niedrigzinsphase über den Abzinsungssatz in einem Diskontierungseffekt bei den langfristigen Rückstellungen nieder. Diese sind – abgesehen von den über die Wirtschaftszweige breit gestreuten Pensionsrückstellungen – vor allem bei den Energieversorgern und im Bergbau von Bedeutung, um beispielsweise den Entsorgungsverpflichtungen

im Bereich Kernenergie sowie der Wiedernutzbarmachung von bergbaulich in Anspruch genommenen Oberflächen Rechnung zu tragen. Des Weiteren wurde bei Volkswagen eine außerordentliche Aufstockung der Rückstellungen für wahrscheinliche Aufwendungen im Zusammenhang mit Servicemaßnahmen und Rückrufen, Fahrzeugrückkäufen sowie Rechtsrisiken erforderlich.

Die Eigenmittelquote der nichtfinanziellen Unternehmen stieg in den letzten zwei Jahrzehnten von einem international vergleichs-

Veränderung der Eigenmittelquote in den Jahren 2011 bis 2014 für verschiedene Teilgruppen von Unternehmen ^{*)}

Kriterium für die Bildung der Teilgruppen	Unternehmen in der ...	Veränderung der Eigenmittelquote 2014 gegenüber 2011 (in Prozentpunkten)		Test auf Gleichheit der ungewichteten Mittelwerte (p-Wert) ³⁾
		gewichtetes Mittel	ungewichtetes Mittel	
Vereinfachter Cashflow ^{1) 2)}	... oberen Hälfte der Verteilung	1,5	5,2	0,00
	... unteren Hälfte der Verteilung	0,1	1,6	
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ²⁾	... oberen Hälfte der Verteilung	1,3	2,6	0,48
	... unteren Hälfte der Verteilung	-0,1	3,2	

* Berechnungen auf Basis eines vergleichbaren Kreises von rd. 34 000 Unternehmen, für die Jahresabschlüsse sowohl für 2011 als auch für 2014 vorliegen. **1** Jahresergebnis vor Steuern zzgl. Abschreibungen. **2** Normiert mit dem Umsatz. **3** Angegeben ist die Wahrscheinlichkeit, mit der die Nullhypothese (d. h. Gleichheit der ungewichteten Mittelwerte) durch einen t-Test nicht abgelehnt wird.

Deutsche Bundesbank

Verbesserung der Eigenmittelquote insbesondere bei Unternehmen mit hohem Cashflow zu beobachten

weise niedrigen Niveau deutlich.¹⁰⁾ Eine Sonderauswertung für die Jahre 2011 bis 2014 zeigt,¹¹⁾ dass insbesondere Unternehmen mit stärkerem Cashflow mehr Eigenmittel aufbauten. Keine Belege gibt es allerdings für die weitergehende Vermutung, dass vor allem solche Unternehmen Eigenmittel aufbauten, die ihre höheren Einnahmeüberschüsse in den vergangenen Jahren insbesondere den ermäßigten Aufwendungen für Rohstoffe verdankten. Vielmehr scheinen Ergebnisschwankungen im Allgemeinen – soweit diese von den Unternehmen als transitorisch erachtet wurden – zur Unterfütterung der Eigenmittelquote und nicht für höhere Gewinnausschüttungen an Anteilseigner genutzt worden zu sein. Beispielsweise weisen die Aktiengesellschaften eine eindeutige Präferenz für die Glättung der Dividendenhöhe aus. Während die Ausschüttungsquote je nach Geschäftsjahr erheblich variiert, hielten die Aktiengesellschaften ihre Dividenden relativ stabil. Dies führte einerseits im Gefolge des drastischen Gewinneinbruchs im Jahr 2008 beinahe zu einer kompletten Ausschüttung des Jahresüberschusses. Andererseits wurden sich durch die günstige Ertragslage ergebende Spielräume in den Folgejahren genutzt, um weiteres Eigenkapital aufzubauen.

Im Jahr 2015 legte die aggregierte Eigenmittelquote der nichtfinanziellen Unternehmen hin-

gegen im Ergebnis trotz des stabilen Wachstums der Eigenmittel aufgrund der hohen Dynamik bei den Fremdmitteln nicht weiter zu. Differenziert nach Unternehmensgröße erhöhten die kleinen und mittleren Unternehmen zwar den Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme über alle großen Wirtschaftszweige hinweg noch einmal spürbar um 1 Prozentpunkt auf 27 ½%. Bei den Großunternehmen, auf welche der weit überwiegende Anteil der Pensionsrückstellungen entfällt, schlug hingegen ein Rückgang der Quote um ebenfalls 1 Prozentpunkt auf 30 ½% zu Buche. Zu erheblichen Rückgängen kam es hierbei in einzelnen Branchen wie dem Fahrzeugbau, der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie den Informations- und Kommunikationsdienstleistern aufgrund von Sonderentwicklungen bei einzelnen Unternehmen.

Eigenmittelquote 2015 nicht weiter ausgebaut

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalbasis nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 2013, S. 46–49.

¹¹ Eine entsprechende Auswertung für den Zeitraum von 2011 bis 2015 bestätigt die Befunde. Allerdings kommt die statistische Analyse aufgrund der deutlich verringerten Anzahl an Unternehmen im vergleichbaren Kreis zu weniger trennscharfen Ergebnissen.

Bilanzielle Kennziffern der Unternehmen ¹⁾

Position	2013	2014	2015 ⁹⁾
	in % der Bilanzsumme ¹⁾		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2,2	2,0	2
Sachanlagen	24,0	23,9	23,5
Vorräte	16,2	16,1	16
Kurzfristige Forderungen	30,1	29,6	30
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	49,3	49,9	49,5
darunter:			
Eigenmittel ¹⁾	28,5	29,9	30
Langfristige Verbindlichkeiten	15,3	14,5	14
Kurzfristige Verbindlichkeiten	39,3	38,7	38,5
	in % der Sachanlagen ³⁾		
Eigenmittel ¹⁾	109,0	115,6	117,5
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	188,5	192,9	195,5
	in % des Anlagevermögens ⁴⁾		
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	108,9	108,5	108,5
	in % der kurzfristigen Verbindlichkeiten		
Liquide Mittel ⁵⁾ und kurzfristige Forderungen	96,6	96,7	98
	in % der Fremdmittel ⁶⁾		
Cashflow (Eigenerwirtschaftete Mittel) ⁷⁾	14,7	15,4	16

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. **2** Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. **3** Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. **4** Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. **5** Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. **6** Verbindlichkeiten, Rückstellungen, passivischer Rechnungsabgrenzungsposten und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil, vermindert um Kasse und Bankguthaben. **7** Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten.

Deutsche Bundesbank

Tendenzen für das Jahr 2016

Anhaltend günstige Konjunktur und moderate Tariflohnsteigerungen stützen 2016 die Ertragsbasis, während preisseitige Entlastungen beim Materialaufwand nachlassen

Vor dem Hintergrund der anhaltend günstigen konjunkturellen Grundtendenz dürften die nichtfinanziellen Unternehmen im Jahr 2016 ihre Geschäftsaktivitäten weiter gesteigert haben. Der Bezug von Rohmaterialien und Vorerzeugnissen aus dem Ausland verbilligte sich im laufenden Jahr wohl nicht mehr so stark wie in den beiden Vorjahren, nachdem sich die Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe und Nahrungsmittel nach dem Durchschreiten des Tiefpunkts um den Jahreswechsel 2015/2016 tendenziell nach oben bewegt hatten.

Damit dürften die auf den Wareneinkauf zurückzuführenden Kostenentlastungen beim Materialaufwand geringer ausfallen als in den Vorjahren. Mit Blick auf die Ertragskraft der Unternehmen wirkt diesem Effekt allerdings entgegen, dass der auf den Faktor Arbeit zurückzuführende Kostendruck 2016 im Vergleich zu den Vorjahren nachließ. Die Personalkosten erhöhten sich zwar durch die Aufstockung der Belegschaften weiter. Die Tarifverdienste stiegen hingegen in diesem Jahr vergleichsweise moderat. Zudem werden die Diesellaffäre bei Volkswagen und spezielle Entwicklungen im Energiebereich einen merklichen Einfluss auf die aggregierten Ergebnisse des Jahres 2016 haben.

Im Jahr 2015 gab die Umsatzrendite der Konzerne spürbar nach. Dabei spielten Sondereffekte bei zwei großen Konzernen eine Schlüsselrolle. (Zur Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage deutscher nichtfinanzieller Konzerne im Jahr 2015 siehe die Erläuterungen auf S. 73 ff.) Im Durchschnitt der ersten drei Quartale des laufenden Jahres lag die Umsatzrendite der 35 größten Unternehmensgruppen, die in der Konzernabschlussstatistik erfasst werden, nicht nur erheblich über dem gedrückten Vorjahresstand, sondern übertraf auch das Durchschnittsniveau der Jahre 2011 bis 2014. Allerdings entspricht das Ausmaß dieser Differenz in etwa dem rechnerischen Effekt davon, dass der negative Ergebnisbeitrag der im September vom E.ON-Konzern abgespaltenen Uniper-Gruppe nicht in der Vor-Steuer-Umsatzrendite der Konzerne enthalten ist.¹²⁾

Konzerne 2016 mit spürbarer Rentabilitätsverbesserung gegenüber Vorjahr

In den Erfolgsrechnungen der Einzelunternehmen sind die Bewertungsgewinne, die durch die gesetzliche Neuregelung zur Berechnung des Diskontierungszinssatzes bei den langfristigen Rückstellungen im Jahr 2016 entstehen, ertragswirksam zu verbuchen. Allein bei den Pensionsrückstellungen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften beläuft sich der Effekt

Ertragswirksame Bewertungsgewinne bei den Pensionsrückstellungen durch HGB-Änderung, ...

¹² Dieser Fehlbetrag, der sich in den ersten drei Quartalen auf über 10 Mrd € belief, wird in der GuV des E.ON-Konzerns als „Ergebnis aus nicht fortgeführten Aktivitäten“ direkt vor dem Konzernverlust ausgewiesen.

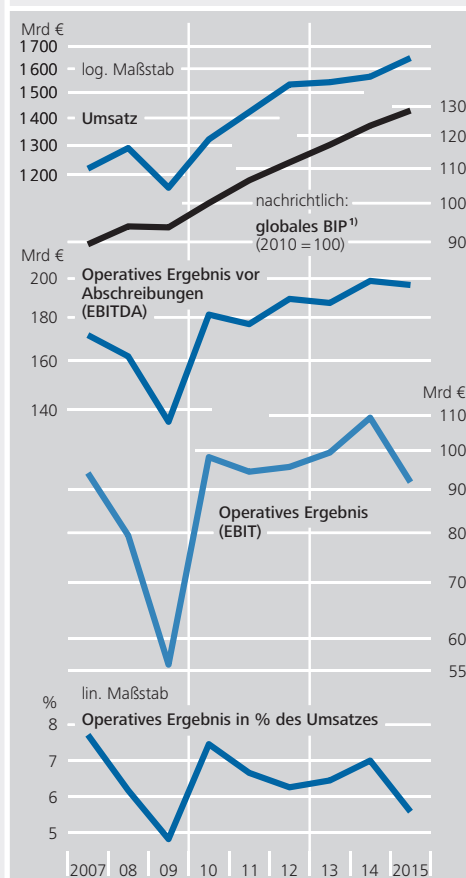
Ertragslage, Vermögens- und Finanzierungsverhältnisse deutscher nichtfinanzieller börsennotierter Konzerne im Jahr 2015

Im November 2015 lockerte die Deutsche Börse die Pflicht zur vierteljährlichen Berichterstattung für die im Prime Standard gelisteten Konzerne. Vollständige Finanzberichte müssen nur noch halbjährlich vorgelegt werden.¹⁾ Die Konzernabschlussstatistik der Bundesbank wird in diesem Zusammenhang von einem vierteljährlichen auf einen halbjährlichen Berichtsturnus umgestellt. Über die Zeit vergleichbare Ergebnisse sind durch eine Rückrechnung auf Basis eines stabilen Berichtskreises sichergestellt. Dieser umfasst nicht mehr die Menge aller vierteljährlich berichtenden börsennotierten Konzerne²⁾, sondern die im Prime Standard gelisteten Unternehmensgruppen. Dadurch vermindert sich die Zahl der beobachteten Konzerne im Jahr 2015 um einige wenige Unternehmensgruppen³⁾, was insgesamt rund 2½% im aggregierten Umsatz ausmacht.

Die aggregierten Umsatzerlöse der in die Statistik einbezogenen Unternehmensgruppen wuchsen im Jahr 2015 kräftig mit 7%⁴⁾ auf rund 1,6 Billionen € und damit wesentlich stärker als 2014. Neben guten Inlandsgeschäften profitierten die Konzerne auch von der positiven konjunkturellen Entwick-

lung in den Industriestaaten, deren stimulierende Wirkung gegenläufige Effekte der Wachstumsabschwächung in wichtigen Schwellenländern mehr als wettmachte. Der in der Berichtsperiode gesunkene Wechselkurs des Euro wirkte sich ebenfalls günstig auf die Konzernumsätze aus, da positive Umrechnungseffekte im Hinblick auf Tochterunternehmen, die in Fremdwährung bilanzieren, zu Buche schlugen.⁵⁾ Hingegen dämpften sinkende Rohstoffpreise die Um-

Umsatz, Erträge und Umsatzrendite deutscher nichtfinanzieller Konzerne^{*)}



* Der Berichtskreis umfasst ca. 230 in Deutschland im Prime Standard notierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen. 1 BIP ausgewählter Industrie- und Schwellenländer, die zusammen vier Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung repräsentieren, errechnet unter Verwendung von Kaufkraftparitäten.
 Deutsche Bundesbank

1 Die Entscheidung steht im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie vom 20. November 2015 und damit verbundenen Anpassungen des Wertpapierhandelsgesetzes.

2 Diese Abgrenzung beinhaltete auch freiwillig vierteljährlich berichtende Konzerne.

3 Die umgestellte Konzernabschlussstatistik umfasst per Ende 2015 228 in Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen.

4 Die Veränderungsdaten in diesen Erläuterungen werden für Umsatz, EBITDA, EBIT und Umsatzrendite berichts- und konsolidierungskreisbereinigt ausgewiesen.

5 Neben diesem kurzfristigen Effekt der Währungsrechnung im Konzernabschluss steigt abwertungsbedingt zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Konzerne, die hauptsächlich aus Europa heraus exportieren, was tendenziell auch mit höheren Absatzmengen verbunden sein sollte.

satzerlöse, da rohstoffverarbeitende Konzerne die niedrigeren Beschaffungskosten offenbar zeitnah in ihren Verkaufspreisen⁶⁾ weitergaben. Ungeachtet dessen wurde die Gesamtentwicklung von den Unternehmensgruppen aus dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsgewerbe gleichermaßen getragen.

Die Ertragslage der Konzerne war im Jahr 2015 sehr heterogen. Während die weit überwiegende Zahl der Unternehmensgruppen ein recht positives Ergebnis verzeichnen konnte,⁷⁾ mussten einige Großkonzerne die größten Ertragsbelastungen seit der Großen Rezession 2008/2009 verkraften, was erheblich auf das Gesamttaggregat durchschlug. Das operative Ergebnis vor Abschreibungen (Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation: EBITDA) verringerte sich um 1% gegenüber dem Vorjahr auf 196 Mrd €. Der Rückgang ist zu einem wesentlichen Teil auf die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von Volkswagen im vierten Quartal 2015 zurückzuführen. Darüber hinaus wurde das operative Ergebnis (Earnings before interest and taxes: EBIT)⁸⁾ einzelner Großkonzerne durch hohe Wertberichtigungen des Goodwill sowie Sonderabschreibungen belastet, die unter anderem mit dem sinkenden Rohölpreis in Verbindung standen. Im Ergebnis resultierte hieraus ein im Vergleich zum Vorjahr um 18 Mrd € (-16%) vermindertes EBIT von knapp 91 Mrd €. Die gewogene Umsatzrendite verringerte sich durch die genannten Umstände um 1½ Prozentpunkte auf 5½%, nachdem sie seit 2010 stets über 6% gelegen hatte. Besonders ausgeprägt war der Rückgang im Produzierenden Gewerbe, dessen Rentabilität um 1¾ Prozentpunkte deutlich abnahm. Aber auch die Umsatzrendite der Dienstleister ging um gut ½ Prozentpunkt zurück.

Die Bilanzsumme der Konzerne wuchs im Jahr 2015 mit 7% überdurchschnittlich stark.⁹⁾ Aktivseitig verzeichneten die langfristigen Vermögenswerte mit 8% den größten Zuwachs. Der Anteil der beiden größten Unterpositionen an der Bilanzsumme, der immateriellen Vermögenswerte und der Sachanlagen, stieg in der Berichtsperiode, nachdem in den Jahren zuvor das Bilanzgewicht der immateriellen Vermögenswerte tendenziell gestiegen und die Sachanlagenquote gefallen war. Die immateriellen Vermögenswerte der Unternehmensgruppen wuchsen dabei mit 8½% um gut ½ Prozentpunkt stärker als das Sachvermögen. Dies ist besonders auf den mit Unternehmenskäufen¹⁰⁾ verbundenen Erwerb von immateriellen Vermögenswerten (wie z. B. Patenten und Markenrechten) zurückzuführen.¹¹⁾ Als Folge einer ungewöhnlich großen Firmenwertberichtigung von E.ON in Höhe von 5,3 Mrd € blieb die Entwicklung des Goodwill mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme von 5¾% im vergangenen Jahr hinter dem Wachstum des Gesamtvermögens zurück. Ungeachtet dessen haben die Firmenwerte seit Abschaffung der planmäßigen Abschreibungen im Jahr 2005 beträchtlich an Bedeutung gewonnen – sie wuchsen seither schneller als die meisten anderen Vermögenswerte. In Relation zur Bilanzsumme ist über die gesamte Zeitspanne ein Anstieg um rund 3¼ Prozentpunkte auf 12% zu beobachten.

6 Die Preiselastizität scheint in diesem Bereich zumindest kurzfristig relativ niedrig zu sein.

7 Über 60% der Unternehmensgruppen haben in der Berichtsperiode ein höheres operatives Ergebnis (EBIT) als im Jahr 2014 erzielt.

8 Das EBIT spiegelt die Ergebnisse der betrieblichen Geschäftstätigkeit wider.

9 Das durchschnittliche Bilanzsummenwachstum lag in den Jahren nach der Großen Rezession bei 5%.

10 Der Anstieg der Beteiligungen schlug sich auch in der Einzelabschlussstatistik nieder.

11 Im Falle eines Unternehmenserwerbes werden im Zusammenhang mit der Kaufpreisallokation bisher nicht angesetzte Vermögenswerte bilanziert.

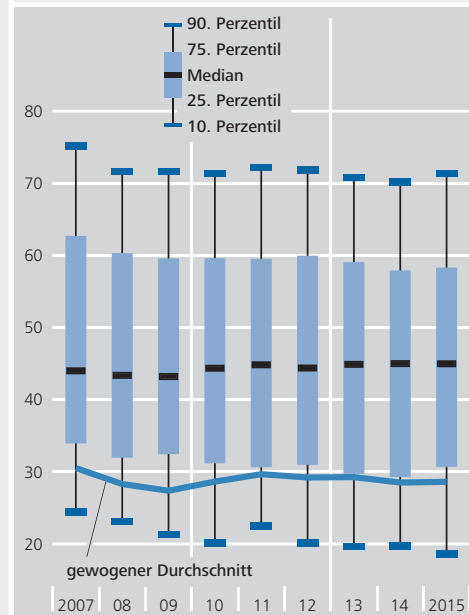
Auf der Passivseite stiegen die Finanzschulden um 8%. Darunter knüpften die kurzfristigen Finanzschulden an ihren starken Wachstumstrend – von durchschnittlich 9¾% pro Jahr seit 2010 – mit 8½% im vergangenen Jahr nahezu wieder an. Trotz des gestiegenen Umfangs der Finanzschulden in den Konzernbilanzen nahm das gesamte Fremdkapital lediglich um 5¾% zu. Dies lag vor allem an den Pensionslasten, die verglichen mit dem Jahresende 2014 um 11½% (20 Mrd €¹²⁾ niedriger bewertet wurden.¹³⁾ Der resultierende Passivtausch stärkte das Eigenkapital der Konzerne. Überdies wurden Belastungen aus Sicherungsgeschäften durch Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen um rund 6 Mrd € überkompensiert, was zusätzlich zu den einbehaltenen Gewinnen zu einer Erhöhung der Eigenkapitalbasis führte. Insgesamt wuchs das Eigenkapital dadurch um knapp 8¾% beziehungsweise 46 Mrd €; das war deutlich stärker als im Mittel der Vorjahre.¹⁴⁾

Als Folge stieg die gewogene Eigenkapitalquote im Aggregat während des Jahres 2015 – nach dem starken Rückgang des Vorjahres von rund 2 Prozentpunkten – um ½ Prozentpunkt auf 28½%. Hätten die Pensionslasten – die hier den stärksten einzelnen Einflussfaktor auf die Finanzstruktur der Unternehmensgruppen darstellen – stagniert, so wäre die gewogene Eigenkapitalquote ceteris paribus wegen des dynamischen Wachstums des Fremdkapitals um rund ½ Prozentpunkt gesunken.

Das Jahr 2015 ging zwar für einige deutsche Großkonzerne mit großen Ertragsbelastungen einher. Dennoch ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der deutschen Unternehmensgruppen insgesamt durch die weltweite und größtenteils sogar branchenübergreifende Diversifikation weiterhin als stabil zu erachten.

Verteilungsparameter der Eigenkapitalquote nichtfinanzieller Konzerne^{*)}

in % der Bilanzsumme; Jahresendstände



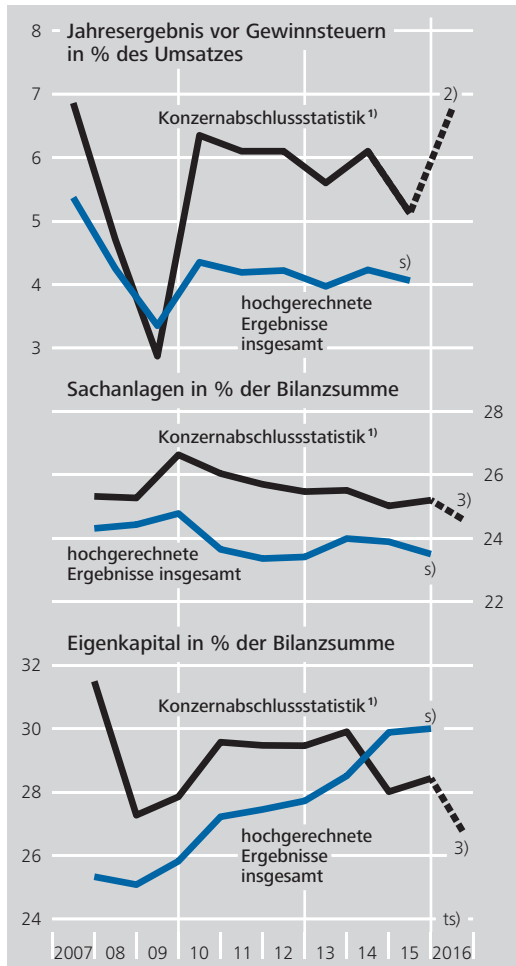
* Der Berichtskreis umfasst ca. 230 in Deutschland im Prime Standard notierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen.
 Deutsche Bundesbank

¹² Angaben wurden auf den gesamten Prime Standard hochgerechnet.

¹³ In den Jahren zuvor war es durch den stetig sinkenden Stichtagszins hingegen zu beträchtlichen Aufstockungen der Pensionsrückstellungen gekommen.

¹⁴ Das durchschnittliche Eigenkapitalwachstum betrug in den Jahren 2010 bis 2014 5½%.

Ausgewählte Kennzahlen aus Konzern- und Jahresabschlüssen



1 Der Berichtskreis umfasst ca. 230 in Deutschland im Prime Standard notierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen.
 2 Saisonbereinigter Durchschnitt 1. bis 3. Vj. 2016. 3 Bilanzstichtag 30. September 2016.
 Deutsche Bundesbank

schätzungsweise auf knapp 20 Mrd €. Die Ausschüttung des bilanziellen Differenzbetrages, der sich durch die unterschiedlichen Kapitalwerte bei sieben- und zehnjähriger Glättung ergibt, wurde durch den Gesetzgeber allerdings untersagt; es sei denn, dass hierfür darüber hinausgehende freie Rücklagen genutzt werden können. Der ausschüttungsgesperrte Betrag verringert sich ab 2018 und wird, wenn das gegenwärtige Zinsniveau künftig konstant bleibt oder ansteigt, als Folge der Annäherung der Diskontierungzinssätze nach alter und neuer Rechtslage bis 2022 praktisch vollständig verschwunden sein.

Anders als in den nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) aufgestellten Abschlüssen der Einzelunternehmen schlagen sich in den nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Konzernbilanzen die um ein niedriges Niveau schwankenden Marktzinsen in substantiellen (unterjährigen) Bewertungsänderungen der Pensionsrückstellungen nieder.¹³⁾ Nachdem das Zinsniveau in der zweiten Hälfte des Vorjahres angezogen hatte, verbuchten die 35 größten börsennotierten Unternehmensgruppen am Jahresende 2015 Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 137 Mrd €. Die merkliche Absenkung des maßgeblichen Kapitalmarktzinssatzes in den ersten neun Monaten dieses Jahres bedeutete eine Erhöhung um 46 Mrd €, die sich allerdings durch das markante Anziehen der Zinsen im letzten Jahresviertel bis zum Bilanzstichtag am Jahresende wohl wieder deutlich relativiert. Die ausgeprägten Schwankungen in den Pensionsrückstellungen beeinflussen über die Gesamtergebnisrechnung das Eigenkapital. Dass die Eigenkapitalquote der Konzerne Ende September 2016 den Stand vom letzten Jahreswechsel um gut 1½ Prozentpunkte unterschritt, ist daher zu einem gewichtigen Teil den Bewertungsänderungen bei den Pensionsrückstellungen geschuldet. Eine negative Wirkung auf den Eigenkapitalausweis gab es des Weiteren im Zusammenhang mit der Uniper-Ausgliederung. Dagegen führten die Beiträge aus Währungsumrechnungen und Sicherungsgeschäften im sonstigen Ergebnis per saldo zu einer Entlastung beim Eigenkapital der Konzerne.

... demgegenüber stark schwankende Ansätze in den Konzernabschlüssen

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bewertung langfristiger Rückstellungen in den Einzelbilanzen der Unternehmen 2016 anders anzupassen ist als in den Konzernbilanzen und diese Effekte im Aggregat durchaus wahrnehmbar sind, kann aus der weiteren Abnahme der Eigenkapitalquote bei den Konzernen nicht geschlossen werden, dass diese auch im nicht-

Rückgang der Eigenkapitalquote bei den Konzernen kein Indiz für entsprechende Entwicklung bei den nichtfinanziellen Unternehmen

13 Im Niedrigzinzbereich führen Zinsschwankungen wegen des nichtlinearen Zusammenhangs zwischen Zins und Kapitalwert zu überproportional hohen Auswirkungen bei den ermittelten Barwerten.

finanziellen Unternehmenssektor insgesamt sinkt. Im Gegenteil ist zu erwarten, dass Unternehmen, deren Fremdkapitalquote durch die zinsbedingte Erhöhung der langfristigen Rückstellungen in den vergangenen Jahren gestiegen ist, vermehrt Gewinne einbehalten; für die 2016 anfallenden Bewertungsgewinne wird

dies durch die gesetzlich verankerte Ausschüttungssperre gewissermaßen erzwungen. Mit Blick auf die Unternehmen ohne Pensionsrückstellungen gibt es zudem keine Hinweise darauf, dass der langfristige Trend der Eigenkapitalstärkung ausgelaufen ist.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

- | | |
|--|-----|
| 1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion..... | 42• |
| 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland..... | 42• |

■ VI. Zinssätze

- | | |
|--|-----|
| 1. EZB-Zinssätze..... | 43• |
| 2. Basiszinssätze..... | 43• |
| 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)..... | 43• |
| 4. Geldmarktsätze nach Monaten..... | 43• |
| 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen
Banken (MFIs)..... | 44• |

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

- | | |
|-----------------|-----|
| 1. Aktiva..... | 48• |
| 2. Passiva..... | 49• |

■ VIII. Kapitalmarkt

- | | |
|--|-----|
| 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland..... | 50• |
| 2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland..... | 51• |
| 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland..... | 52• |
| 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten..... | 52• |
| 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere..... | 53• |
| 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland..... | 53• |

■ IX. Finanzierungsrechnung

- | | |
|---|-----|
| 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften | 54• |
| 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften..... | 55• |
| 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte..... | 56• |
| 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte..... | 57• |

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

- | | |
|--|-----|
| 1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“..... | 58• |
| 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaft-
lichen Gesamtrechnungen..... | 58• |
| 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung..... | 59• |
| 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden..... | 59• |
| 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen..... | 60• |

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2015 Febr.	9,0	4,1	4,1	4,1	0,2	- 0,3	- 2,2	- 0,04	0,05	1,0
März	9,5	4,3	4,3	4,5	0,6	- 0,0	- 2,6	- 0,05	0,03	0,8
April	10,4	4,8	5,2	4,8	1,0	0,2	- 2,9	- 0,07	0,00	0,8
Mai	11,0	4,8	4,8	4,9	1,3	0,5	- 2,9	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,2	4,9	4,7	4,8	1,3	0,2	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	11,6	5,2	5,0	4,8	1,8	0,8	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,2	5,0	4,8	4,8	2,2	1,0	- 3,1	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,3	5,0	4,7	4,9	2,2	0,7	- 3,3	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,5	5,4	5,2	4,9	2,3	0,9	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	10,8	5,0	4,9	4,9	2,6	1,1	- 3,3	- 0,13	- 0,09	1,1
Dez.	10,6	5,3	4,7	4,9	2,2	0,6	- 3,0	- 0,20	- 0,13	1,2
2016 Jan.	10,5	5,5	5,1	4,9	2,7	1,0	- 3,4	- 0,24	- 0,15	1,1
Febr.	10,3	5,5	5,0	5,1	3,2	1,2	- 3,4	- 0,24	- 0,18	1,0
März	10,2	5,6	5,2	5,0	3,1	1,0	- 3,3	- 0,29	- 0,23	0,9
April	9,7	5,2	4,7	4,9	3,3	1,3	- 2,8	- 0,34	- 0,25	0,9
Mai	9,1	5,1	4,9	4,9	3,6	1,3	- 2,5	- 0,34	- 0,26	0,8
Juni	8,7	5,1	5,1	5,0	3,8	1,5	- 2,3	- 0,33	- 0,27	0,7
Juli	8,6	5,1	5,0	5,0	3,7	1,3	- 2,6	- 0,33	- 0,29	0,6
Aug.	8,7	5,1	5,0	5,0	3,7	1,6	- 2,5	- 0,34	- 0,30	0,5
Sept.	8,4	5,0	5,1	4,8	3,8	1,9	- 2,6	- 0,34	- 0,30	0,6
Okt.	7,9	4,6	4,4	...	4,1	2,2	- 2,1	- 0,35	- 0,31	0,7
Nov.	- 0,35	- 0,31	1,0

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43* 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2015 Febr.	+ 15 953	+ 29 031	- 41 506	+ 26 759	- 62 196	+ 12 693	- 23 017	+ 4 256	1,1350	93,3	89,5
März	+ 32 952	+ 29 793	+ 41 165	+ 102 685	- 70 593	+ 10 641	- 1 859	+ 291	1,0838	90,6	86,9
April	+ 25 504	+ 30 326	- 15 307	+ 15 902	+ 24 491	+ 4 522	- 56 427	- 3 795	1,0779	89,7	86,1
Mai	+ 6 356	+ 26 749	+ 55 395	+ 5 738	+ 40 733	+ 4 805	+ 5 793	- 1 674	1,1150	91,6	87,8
Juni	+ 36 074	+ 34 828	+ 44 085	- 5 032	+ 33 162	- 5 590	+ 18 451	+ 3 093	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 39 923	+ 39 922	+ 31 648	+ 6 420	+ 75 850	+ 10 930	- 54 553	- 7 000	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 20 771	+ 19 646	+ 13 981	+ 10 125	+ 22 492	- 6 890	- 13 135	+ 1 390	1,1139	93,0	88,9
Sept.	+ 35 448	+ 30 446	+ 49 286	- 326	+ 22 583	- 4 878	+ 23 625	+ 8 282	1,1221	93,8	89,6
Okt.	+ 30 875	+ 33 678	+ 113 088	+ 38 822	+ 38 106	+ 12 456	+ 29 713	- 6 009	1,1235	93,6	89,6
Nov.	+ 31 600	+ 32 741	- 34 466	- 73 196	+ 18 036	+ 21 414	- 3 182	+ 2 462	1,0736	91,1	87,1
Dez.	+ 41 889	+ 31 781	+ 78 332	+ 55 550	+ 67 201	+ 21 746	- 74 291	+ 8 126	1,0877	92,5	88,3
2016 Jan.	+ 8 817	+ 13 775	- 14 829	- 19 034	+ 71 947	+ 15 130	- 81 717	- 1 155	1,0860	93,6	89,1
Febr.	+ 14 689	+ 27 479	- 17 213	+ 42 830	+ 22 276	+ 13 163	- 96 543	+ 1 061	1,1093	94,7	90,0
März	+ 36 813	+ 39 212	+ 36 743	+ 16 858	- 1 393	- 961	+ 21 176	+ 1 064	1,1100	94,1	89,5
April	+ 34 502	+ 35 204	+ 21 069	- 17 661	+ 120 189	- 21 423	- 58 417	- 1 618	1,1339	94,8	90,1
Mai	+ 17 207	+ 32 803	+ 10 921	+ 12 367	+ 4 817	- 13 991	+ 4 619	+ 3 109	1,1311	95,1	90,5
Juni	+ 36 138	+ 39 431	+ 60 044	- 20 174	+ 49 230	- 12 366	+ 42 658	+ 695	1,1229	94,7	90,2
Juli	+ 33 398	+ 32 536	+ 7 025	+ 22 298	+ 58 842	+ 5 832	- 79 068	- 877	1,1069	94,9	90,4
Aug.	+ 22 915	+ 23 810	+ 35 723	+ 46 507	+ 34 151	- 2 175	- 44 558	+ 1 799	1,1212	95,2	90,6
Sept.	+ 29 803	+ 29 539	+ 60 645	+ 7 630	+ 45 396	- 2 303	+ 3 120	+ 6 802	1,1212	95,4	90,7
Okt.	1,1026	95,5	p) 90,8
Nov.	1,0799	95,0	p) 90,3

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81*/ 82* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ^{1) 2)}										
2013	- 0,3	- 0,1	0,5	1,4	- 0,8	0,6	- 3,2	1,1	- 1,7	2,9
2014	1,2	1,6	1,6	2,8	- 0,7	0,6	0,4	8,5	0,1	2,1
2015	2,0	1,5	1,7	1,4	0,2	1,3	- 0,2	26,3	0,7	2,7
2015 2.Vj.	2,0	1,8	1,8	1,9	0,6	1,2	0,6	24,3	0,9	2,8
3.Vj.	1,9	1,3	1,8	1,9	- 0,1	1,1	- 2,3	24,4	0,6	3,5
4.Vj.	2,0	1,6	2,1	0,8	0,8	1,4	0,9	28,4	1,0	2,7
2016 1.Vj.	1,7	1,2	1,5	1,5	1,7	1,5	- 0,8	3,9	0,9	2,1
2.Vj.	1,7	1,3	3,1	0,7	1,6	1,8	- 0,4	3,1	1,1	2,0
3.Vj.	1,7	1,3	1,5	1,3	1,6	0,9	1,6	6,9	0,6	0,3
Industrieproduktion ^{1) 3)}										
2013	- 0,7	1,0	0,2	4,2	- 3,2	- 0,6	- 3,2	- 2,2	- 3,1	- 0,6
2014	0,9	0,9	1,3	4,3	- 1,9	- 0,8	- 2,0	20,9	- 0,7	- 0,9
2015	2,0	- 0,1	0,8	- 2,4	- 1,0	1,6	1,0	36,9	1,1	3,6
2015 2.Vj.	1,9	- 1,6	1,6	- 1,7	- 1,1	1,7	- 2,8	26,8	1,1	5,7
3.Vj.	2,5	0,1	1,6	- 4,0	- 0,1	1,2	1,5	38,5	2,1	3,8
4.Vj.	1,8	1,3	- 0,3	- 5,5	0,0	2,0	2,6	36,6	1,3	3,0
2016 1.Vj.	1,3	4,7	1,3	- 2,4	- 0,6	0,9	- 1,0	- 0,2	1,7	3,7
2.Vj.	1,1	3,6	0,6	- 1,8	2,4	0,6	5,0	0,7	0,0	4,4
3.Vj.	1,0	p)	p)	3,1	2,2	- 0,3	1,7	- 0,8	1,6	1,4
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2015	81,3	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2016	81,8	80,0	85,0	73,6	78,0	83,2	67,6	-	76,3	72,6
2015 3.Vj.	81,2	80,0	84,0	72,7	79,0	82,9	63,5	-	75,5	71,4
4.Vj.	81,6	79,2	84,6	71,0	80,1	83,4	64,2	-	75,9	71,0
2016 1.Vj.	81,9	80,0	85,0	72,5	79,5	82,6	65,5	-	77,1	72,3
2.Vj.	81,5	79,3	84,6	73,8	78,0	82,8	67,8	-	76,5	73,0
3.Vj.	81,6	79,7	84,8	73,0	73,8	83,8	67,8	-	76,0	71,8
4.Vj.	82,3	80,9	85,7	75,0	80,6	83,4	69,3	-	75,7	73,1
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015	10,9	8,5	4,6	6,2	9,4	10,4	24,9	9,4	11,9	9,9
2016 Juni	10,1	8,3	4,2	7,0	8,9	9,9	23,4	8,3	11,6	9,7
Juli	10,0	8,2	4,3	7,0	8,8	10,1	23,3	8,0	11,5	9,9
Aug.	10,0	8,2	4,2	7,6	8,7	10,2	23,4	7,9	11,5	9,8
Sept.	9,9	8,0	4,0	7,2	8,7	9,9	...	7,7	11,7	9,7
Okt.	9,8	7,9	4,1	...	8,6	9,7	...	7,5	11,6	9,5
Nov.	7,3
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,2	0,0
2014	6) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2015	7) 0,0	0,6	0,1	0,1	- 0,2	0,1	- 1,1	0,0	0,1	0,2
2016 Juni	0,1	1,8	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	- 0,2	- 0,6
Juli	0,2	2,0	0,4	0,8	0,5	0,4	0,2	0,1	- 0,2	0,1
Aug.	0,2	2,0	0,3	1,1	0,5	0,4	0,4	- 0,4	- 0,1	- 0,1
Sept.	0,4	1,8	0,5	1,7	0,5	0,5	- 0,1	- 0,3	0,1	0,5
Okt.	0,5	1,9	0,7	1,0	0,6	0,5	0,6	- 0,4	- 0,1	1,1
Nov.	8) 0,6	1,7	0,7	1,4	0,6	0,7	- 0,2	- 0,2	0,1	1,2
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾										
2013	- 3,0	- 3,0	- 0,2	- 0,2	- 2,6	- 4,0	- 13,2	- 5,7	- 2,7	- 0,9
2014	- 2,6	- 3,1	0,3	0,7	- 3,2	- 4,0	- 3,6	- 3,7	- 3,0	- 1,6
2015	- 2,1	- 2,5	0,7	0,1	- 2,8	- 3,5	- 7,5	- 1,9	- 2,6	- 1,3
Staatliche Verschuldung ⁸⁾										
2013	91,3	105,4	77,5	10,2	56,5	92,3	177,4	119,5	129,0	39,0
2014	92,0	106,5	74,9	10,7	60,2	95,3	179,7	105,2	131,9	40,7
2015	90,4	105,8	71,2	10,1	63,6	96,2	177,4	78,6	132,3	36,3

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

ber, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt 1) 2)										
3,5	4,3	4,6	- 0,2	0,1	- 1,1	1,5	- 1,1	- 1,7	- 5,9	2013
3,5	4,1	8,4	1,4	0,6	0,9	2,6	3,1	1,4	- 2,5	2014
1,8	4,8	7,4	2,0	1,0	1,6	3,8	2,3	3,2	1,6	2015
1,6	4,8	7,7	1,9	0,5	1,5	3,6	2,0	3,2	2,0	2015 2.Vj.
1,8	1,7	7,3	2,0	1,4	1,6	3,9	2,0	3,5	2,1	3.Vj.
2,1	3,2	7,1	1,4	1,1	1,6	4,6	2,8	3,3	2,6	4.Vj.
2,4	3,1	5,5	1,5	1,6	1,0	3,4	2,3	3,6	2,6	2016 1.Vj.
1,9	4,3	3,4	2,3	1,2	1,1	3,8	2,9	3,5	2,8	2.Vj.
1,7	...	3,0	2,4	1,2	1,5	3,0	2,7	3,3	2,9	3.Vj.
Industrieproduktion 1) 3)										
3,2	- 3,0	- 5,3	0,5	0,8	0,5	3,8	- 0,9	- 1,7	- 13,5	2013
0,3	4,4	- 5,7	- 2,9	0,9	1,8	8,6	1,7	1,3	- 0,7	2014
4,5	1,1	6,3	- 3,4	1,8	1,7	7,0	5,1	3,4	3,4	2015
4,5	1,4	8,3	- 4,8	0,7	1,9	4,9	5,6	3,2	2,6	2015 2.Vj.
4,0	0,6	7,3	- 5,4	2,8	2,4	6,2	5,3	4,2	4,6	3.Vj.
5,3	1,1	5,1	- 4,5	2,3	2,2	5,1	3,6	4,8	6,2	4.Vj.
5,7	1,4	- 5,2	- 2,9	1,4	0,9	2,3	5,7	3,0	9,9	2016 1.Vj.
- 0,9	- 0,6	- 4,6	2,7	2,5	0,8	6,2	5,6	1,4	8,4	2.Vj.
2,6	- 0,4	- 3,2	3,0	p)	1,5	2,0	7,0	0,9	p)	3.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie 4)										
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	78,4	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	80,4	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
75,9	76,9	79,1	81,7	84,3	80,2	84,5	83,5	78,6	59,8	2016
73,6	69,0	77,2	82,2	84,4	80,1	86,2	83,6	77,6	56,4	2015 3.Vj.
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	80,4	83,4	82,3	78,1	61,1	4.Vj.
75,9	72,4	77,8	81,4	85,0	80,0	85,4	83,2	79,0	56,9	2016 1.Vj.
76,1	76,1	78,9	81,7	84,0	80,8	83,0	83,1	77,8	63,9	2.Vj.
75,5	77,6	79,8	81,5	83,2	79,6	84,3	83,7	78,4	58,7	3.Vj.
76,0	81,3	79,9	82,1	85,1	80,3	85,4	84,1	79,1	59,6	4.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote 5)										
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	6,0	5,8	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,1	6,4	5,4	6,9	5,7	12,6	11,5	9,0	22,1	15,0	2015
8,4	6,2	4,9	6,1	6,2	11,0	9,7	8,0	19,9	12,3	2016 Juni
7,8	6,2	4,9	6,0	6,2	10,9	9,6	7,8	19,5	12,1	Juli
7,6	6,3	4,8	5,8	6,2	10,9	9,5	7,8	19,4	12,1	Aug.
7,6	6,3	4,8	5,7	6,1	10,9	9,3	7,7	19,3	12,0	Sept.
7,6	6,2	4,9	5,6	5,9	10,8	9,1	7,6	19,2	12,0	Okt.
...	Nov.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex 1)										
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
- 0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 1,5	2015
0,4	- 0,4	1,0	- 0,2	0,6	0,7	- 0,7	0,1	- 0,9	- 2,0	2016 Juni
0,0	- 0,4	0,9	- 0,6	0,6	0,7	- 0,9	- 0,1	- 0,7	- 0,4	Juli
0,5	- 0,2	1,0	0,1	0,6	0,8	- 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,6	Aug.
0,6	0,3	0,9	- 0,1	1,1	0,7	- 0,5	0,2	0,0	- 0,4	Sept.
0,7	0,7	0,5	0,3	1,4	1,1	- 0,3	0,7	0,5	- 1,0	Okt.
1,1	0,6	0,8	0,4	...	0,5	...	p)	0,7	p)	Nov.
Staatlicher Finanzierungssaldo 8)										
- 2,6	1,0	- 2,6	- 2,4	- 1,4	- 4,8	- 2,7	- 15,0	- 7,0	- 4,9	2013
- 0,7	1,5	- 2,1	- 2,3	- 2,7	- 7,2	- 2,7	- 5,0	- 6,0	- 8,8	2014
- 0,2	1,6	- 1,4	- 1,9	- 1,0	- 4,4	- 2,7	- 2,7	- 5,1	- 1,1	2015
Staatliche Verschuldung 8)										
38,7	23,5	68,4	67,7	81,3	129,0	54,7	71,0	95,4	102,2	2013
40,5	22,7	67,0	67,9	84,4	130,6	53,6	80,9	100,4	107,1	2014
42,7	22,1	64,0	65,1	85,5	129,0	52,5	83,1	99,8	107,5	2015

werten des Statistischen Bundesamtes. 6 Ab 2014 einschl. Lettland. 7 Ab 2015 einschl. Litauen. 8 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mit-

gliedstaaten außer Deutschland: letzte Datenveröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2015 März	75,9	43,6	1,0	32,3	29,0	10,3	- 30,5	- 40,9	- 20,3	- 12,5	- 1,3	- 26,3	19,8
April	54,8	17,9	16,8	36,8	32,5	- 57,7	38,7	96,4	- 45,8	- 18,9	- 2,1	- 15,5	- 9,3
Mai	27,8	11,4	- 0,8	16,4	31,2	25,0	- 55,1	- 80,1	- 21,2	- 8,3	- 1,7	- 23,5	12,3
Juni	7,8	- 15,4	- 28,2	23,3	24,5	57,3	- 88,0	- 145,3	- 21,2	- 13,9	- 1,2	- 12,9	6,9
Juli	63,0	59,2	50,8	3,7	4,0	- 66,5	- 0,0	66,5	- 5,5	10,4	- 0,9	- 21,4	6,5
Aug.	16,0	- 22,8	7,0	38,8	47,7	- 23,1	10,5	33,6	- 10,1	- 2,5	- 1,4	- 8,5	2,3
Sept.	26,7	- 12,8	- 8,7	39,4	45,8	- 7,9	- 94,9	- 87,0	- 20,9	- 3,2	- 0,7	- 26,1	9,2
Okt.	24,3	2,2	- 15,3	22,1	18,6	9,7	22,7	13,0	- 39,8	- 25,7	- 1,1	- 17,3	4,3
Nov.	88,5	49,5	2,0	39,1	47,1	4,3	- 15,3	- 19,6	- 5,9	- 13,6	- 1,7	- 4,8	14,1
Dez.	- 113,0	- 74,2	- 2,2	- 38,8	- 33,8	- 10,7	- 197,6	- 186,8	- 8,5	3,9	- 0,6	- 26,5	14,7
2016 Jan.	158,5	48,3	5,3	110,2	95,1	- 44,9	128,9	173,8	- 28,5	- 8,8	- 0,4	- 19,1	- 0,2
Febr.	87,9	46,7	0,1	41,2	50,1	- 81,8	32,0	113,8	- 15,7	11,8	- 1,2	- 24,6	- 1,7
März	61,4	20,7	- 5,2	40,7	41,4	21,5	- 86,1	- 107,6	- 16,1	- 6,4	- 0,9	0,1	- 8,8
April	93,4	47,2	27,2	46,2	41,1	- 62,3	118,9	181,2	- 3,2	- 3,7	- 1,3	- 0,7	2,5
Mai	68,1	20,8	13,1	47,3	53,6	0,0	62,5	62,5	0,4	- 5,0	- 0,5	- 0,3	6,3
Juni	52,0	4,7	- 7,1	47,3	58,9	23,8	- 31,5	- 55,2	- 12,1	- 20,7	- 0,8	- 11,6	21,0
Juli	51,5	30,0	15,6	21,5	20,7	- 85,2	61,6	146,8	- 27,4	- 7,2	- 0,5	- 24,0	4,4
Aug.	15,5	17,0	27,4	- 1,6	6,9	- 39,6	7,6	47,2	0,3	- 4,4	- 0,6	- 0,2	5,6
Sept.	37,9	26,2	- 7,6	11,7	15,9	- 20,7	- 72,4	- 51,7	- 25,3	- 12,5	- 0,6	- 18,4	6,2
Okt.	82,2	38,2	7,3	44,0	41,5	- 54,1	143,7	197,7	- 6,1	- 5,1	- 0,7	- 7,5	7,2

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2015 März	15,2	9,7	8,4	5,6	7,2	- 12,1	- 19,0	- 6,9	- 15,3	- 4,8	- 1,3	- 9,1	- 0,1
April	17,3	3,3	0,7	14,0	4,9	7,7	33,9	26,2	- 13,2	- 10,0	- 2,2	- 0,6	- 0,4
Mai	- 3,5	4,5	- 4,8	- 8,0	4,4	1,1	- 11,7	- 12,8	- 14,6	- 1,6	- 1,6	- 11,7	0,4
Juni	- 0,9	- 2,7	- 5,7	1,7	5,1	16,2	- 25,0	- 41,1	0,4	- 3,8	- 1,4	1,8	3,7
Juli	31,5	22,9	21,3	8,6	6,4	- 27,6	- 8,7	19,0	12,5	16,5	- 1,5	- 0,6	- 1,9
Aug.	12,9	7,2	- 1,5	5,7	9,0	- 20,7	- 0,9	19,9	- 6,5	0,5	- 1,5	- 4,5	- 1,0
Sept.	11,5	4,1	- 2,6	7,3	8,7	15,9	- 2,0	- 17,9	- 11,7	- 2,5	- 1,4	- 7,4	- 0,4
Okt.	3,4	- 3,8	- 9,4	7,1	3,5	- 8,5	- 13,1	- 4,6	- 10,7	- 9,0	- 1,3	0,7	- 1,1
Nov.	27,3	21,3	7,8	6,0	10,6	- 13,0	- 35,7	- 22,7	- 12,8	- 3,6	- 1,2	- 3,9	- 4,1
Dez.	- 19,9	- 11,6	- 5,8	- 8,2	- 2,8	5,2	- 52,1	- 57,3	- 24,0	- 3,9	- 0,9	- 22,1	2,9
2016 Jan.	19,7	5,7	- 3,0	14,0	10,4	- 21,1	24,7	45,8	- 1,2	- 1,5	- 1,3	2,8	- 1,2
Febr.	15,6	10,9	- 4,2	4,7	4,8	- 29,2	7,3	36,5	- 11,8	- 1,8	- 1,3	- 7,7	- 1,0
März	12,3	4,4	0,6	7,8	8,2	7,3	- 22,6	- 29,8	0,9	- 0,0	- 1,1	2,4	- 0,4
April	22,8	12,3	0,7	10,6	5,9	- 40,1	13,5	53,7	- 2,3	- 3,3	- 1,1	1,7	0,4
Mai	22,0	16,2	4,9	5,8	9,1	1,7	1,2	- 0,5	4,8	0,8	- 1,0	5,0	- 0,0
Juni	2,5	1,7	0,5	0,8	6,5	- 2,9	23,9	26,8	- 5,7	- 1,5	- 0,7	- 7,3	3,8
Juli	25,7	13,2	1,4	12,5	9,5	- 18,5	7,0	25,5	- 10,5	- 0,8	- 0,9	- 5,1	- 3,7
Aug.	9,0	8,8	1,4	0,2	2,0	- 16,5	2,5	19,0	- 0,1	- 1,8	- 0,8	4,0	- 1,6
Sept.	20,9	13,0	3,3	7,9	9,1	- 37,2	- 11,1	26,1	- 10,8	- 1,1	- 0,7	- 6,2	- 2,8
Okt.	18,3	11,8	2,6	6,5	3,3	- 3,8	42,2	45,9	3,6	2,2	- 0,8	6,0	- 3,8

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
22,6	52,4	-	31,6	54,4	51,2	7,7	43,4	- 4,7	7,9	1,7	- 9,9	- 6,0	2015 März	
- 43,3	- 26,7	-	112,9	78,1	91,5	8,8	82,7	- 15,1	1,8	- 17,5	- 21,5	- 6,3	April	
44,1	- 0,9	-	30,8	64,7	94,7	6,7	88,0	- 34,8	4,8	- 5,9	- 9,0	- 6,8	Mai	
14,0	64,1	-	8,2	39,5	63,8	10,7	53,1	- 24,3	0,0	- 20,1	- 15,4	- 8,2	Juni	
- 42,3	- 29,0	-	73,3	43,9	41,8	14,2	27,6	- 2,6	- 0,6	- 1,8	22,7	- 12,1	Juli	
- 14,8	1,7	-	16,0	11,9	13,3	- 1,9	15,2	- 4,9	3,6	0,7	11,1	- 4,5	Aug.	
28,7	31,2	-	- 20,2	6,9	23,1	- 2,8	25,9	- 7,7	- 8,5	- 7,7	- 15,6	- 0,8	Sept.	
33,0	- 63,2	-	104,0	67,8	82,8	2,2	80,6	- 10,3	- 4,8	- 6,1	21,9	- 1,1	Okt.	
- 17,2	60,5	-	55,5	56,0	58,7	5,7	53,0	- 0,5	- 2,2	4,0	15,9	- 1,0	Nov.	
- 72,3	- 45,1	-	2,1	54,9	45,1	14,4	30,7	- 8,9	0,9	- 31,1	- 22,6	- 10,8	Dez.	
87,7	- 16,3	-	70,7	38,3	36,4	- 11,1	47,6	- 8,5	10,4	22,5	11,0	- 8,0	2016 Jan.	
- 14,1	4,0	-	31,9	14,7	21,0	1,2	19,8	- 11,6	5,2	43,2	- 1,3	- 6,8	Febr.	
31,8	27,8	-	39,4	56,4	43,1	3,7	39,5	- 10,9	2,3	- 5,6	- 11,9	- 1,1	März	
- 35,9	- 30,0	-	100,3	74,9	92,4	4,6	87,8	- 17,2	- 0,3	- 4,5	17,1	- 2,7	April	
20,1	13,9	-	33,6	35,1	47,5	2,3	45,2	- 20,2	7,9	- 9,5	- 0,1	- 2,1	Mai	
60,5	8,2	-	19,2	31,0	34,3	8,4	26,0	- 1,9	- 1,4	2,5	- 9,4	- 6,3	Juni	
- 29,0	- 75,1	-	97,9	73,9	67,4	10,1	57,3	- 6,1	0,5	- 22,7	16,0	- 5,5	Juli	
- 54,7	41,1	-	- 10,9	8,9	- 5,1	- 3,5	- 1,6	- 4,5	0,7	2,4	0,7	- 2,6	Aug.	
2,7	37,5	-	2,2	18,5	23,8	2,2	21,6	- 1,5	- 6,8	- 4,8	- 1,7	- 6,6	Sept.	
- 3,0	7,5	-	29,7	14,4	50,2	2,8	47,4	- 29,7	- 6,2	- 17,0	19,4	- 0,4	Okt.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)											Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)					
										insgesamt				
2,9	10,3	2,3	2,2	5,2	5,5	0,3	- 0,9	- 0,4	- 0,0	0,8	0,8	2015 März		
- 2,7	5,0	2,2	1,8	35,9	29,6	- 1,2	- 0,2	- 3,8	- 0,1	4,1	4,1	April		
1,4	- 4,8	2,4	1,1	15,5	28,1	- 3,3	0,2	- 6,4	0,1	3,1	3,1	Mai		
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	- 1,6	0,1	0,3	0,3	Juni		
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	0,0	0,6	0,6	Juli		
- 0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	0,1	1,2	1,2	Aug.		
1,8	16,8	2,8	- 0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	0,5	7,8	7,8	Sept.		
- 0,6	- 25,3	3,0	- 0,3	31,4	30,7	- 3,8	1,3	- 0,5	- 0,0	3,7	3,7	Okt.		
- 1,2	- 15,2	2,0	1,8	43,4	34,3	6,8	0,9	- 0,5	- 0,1	2,1	2,1	Nov.		
10,3	15,2	2,6	2,3	- 16,2	- 21,3	6,3	3,0	- 3,6	- 0,4	0,2	0,2	Dez.		
- 0,8	- 24,2	- 0,7	- 1,9	24,7	27,8	- 5,5	0,9	0,3	0,3	0,9	0,9	2016 Jan.		
7,1	- 24,1	0,6	0,4	15,3	13,3	- 1,9	1,6	- 0,1	- 0,1	1,0	1,0	Febr.		
21,0	3,1	2,1	0,6	- 5,5	- 12,5	10,9	- 0,8	- 0,9	- 0,2	2,0	2,0	März		
- 17,4	- 20,6	1,2	1,0	23,1	24,1	- 1,1	- 0,7	0,5	- 0,5	0,7	0,7	April		
18,7	- 19,6	2,9	- 0,5	19,9	21,5	0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,4	0,7	0,7	Mai		
13,0	- 7,9	4,2	1,5	0,2	2,0	- 0,7	- 0,4	- 1,0	0,0	0,4	0,4	Juni		
- 31,8	25,0	3,7	2,1	24,5	12,3	4,0	- 0,1	0,9	- 0,2	7,6	7,6	Juli		
8,8	- 22,3	2,3	- 0,8	6,2	11,3	- 1,6	0,1	- 0,2	- 0,1	3,4	3,4	Aug.		
8,6	- 21,2	4,7	- 0,6	7,2	3,0	5,5	- 0,6	- 0,3	0,0	0,5	0,5	Sept.		
- 8,8	18,7	3,2	- 0,5	1,1	12,0	- 10,2	0,2	0,3	- 0,1	1,1	1,1	Okt.		

9) Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10) Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11) Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva											
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte					
			zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)												
2014 Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4	
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4	
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1	
Dez.	25 873,2	16 227,8	12 671,7	10 633,1	1 271,8	766,8	3 556,1	1 132,4	2 423,6	4 972,7	4 672,7	
2015 Jan.	26 860,5	16 319,2	12 675,2	10 624,9	1 274,4	775,9	3 644,0	1 158,9	2 485,1	5 407,3	5 134,1	
Febr.	26 802,3	16 344,6	12 705,1	10 644,5	1 276,5	784,0	3 639,5	1 144,2	2 495,3	5 402,4	5 055,4	
März	27 182,4	16 438,5	12 758,6	10 691,2	1 275,9	791,5	3 679,9	1 148,8	2 531,1	5 476,3	5 267,7	
April	26 852,1	16 464,0	12 758,3	10 676,2	1 274,8	807,4	3 705,7	1 152,9	2 552,8	5 415,3	4 972,8	
Mai	26 691,9	16 478,6	12 769,4	10 688,4	1 276,3	804,8	3 709,2	1 138,4	2 570,8	5 410,4	4 802,9	
Juni	26 131,1	16 438,6	12 731,7	10 687,3	1 254,0	790,5	3 706,8	1 136,8	2 570,1	5 269,7	4 422,9	
Juli	26 358,8	16 526,2	12 797,1	10 695,3	1 300,1	801,7	3 729,1	1 135,4	2 593,7	5 290,6	4 542,0	
Aug.	26 205,8	16 502,9	12 744,5	10 654,9	1 302,7	786,9	3 758,4	1 126,5	2 631,9	5 242,0	4 461,0	
Sept.	26 148,1	16 528,6	12 716,8	10 642,4	1 303,0	771,4	3 811,8	1 121,0	2 690,8	5 158,6	4 460,9	
Okt.	26 341,7	16 580,1	12 736,6	10 665,9	1 288,2	782,6	3 843,5	1 125,0	2 718,5	5 245,2	4 516,5	
Nov.	26 658,8	16 696,1	12 807,9	10 721,0	1 295,5	791,4	3 888,2	1 117,1	2 771,2	5 308,0	4 654,6	
Dez.	25 854,7	16 543,4	12 704,9	10 629,5	1 296,1	779,3	3 838,4	1 110,3	2 728,2	5 022,1	4 289,2	
2016 Jan.	26 419,9	16 693,8	12 735,6	10 662,0	1 306,1	767,5	3 958,2	1 127,1	2 831,2	5 137,2	4 588,9	
Febr.	26 755,6	16 780,6	12 777,5	10 706,9	1 312,8	757,8	4 003,1	1 118,6	2 884,5	5 215,7	4 759,4	
März	26 412,0	16 829,9	12 780,9	10 714,1	1 312,3	754,4	4 049,1	1 117,9	2 931,2	5 018,7	4 563,4	
April	26 557,4	16 908,4	12 815,1	10 720,9	1 325,5	768,7	4 093,2	1 127,9	2 965,3	5 161,9	4 487,2	
Mai	26 806,7	16 993,0	12 841,8	10 732,8	1 341,2	767,8	4 151,2	1 121,7	3 029,5	5 258,2	4 555,5	
Juni	27 072,8	17 040,4	12 828,3	10 731,4	1 344,2	752,7	4 212,1	1 110,6	3 101,5	5 261,1	4 771,3	
Juli	27 140,9	17 093,7	12 852,8	10 736,9	1 360,7	755,3	4 240,9	1 111,5	3 129,5	5 314,4	4 732,8	
Aug.	27 043,2	17 105,6	12 866,6	10 722,2	1 366,1	778,3	4 239,0	1 102,9	3 136,1	5 309,2	4 628,4	
Sept.	26 977,0	17 147,2	12 892,4	10 755,7	1 360,3	776,4	4 254,9	1 098,8	3 156,1	5 244,8	4 584,9	
Okt.	27 038,3	17 207,3	12 927,9	10 786,5	1 367,0	774,5	4 279,4	1 101,1	3 178,3	5 397,6	4 433,4	
Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2014 Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4	
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5	
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,3	
Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0	
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4	
Febr.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7	
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5	
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2	
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0	
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4	
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2	
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1	
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7	
Okt.	6 041,6	3 832,0	2 994,6	2 578,6	150,5	265,6	837,4	368,4	469,0	1 257,1	952,5	
Nov.	6 104,5	3 864,8	3 019,5	2 594,8	153,5	271,2	845,3	363,9	481,3	1 236,6	1 003,2	
Dez.	5 924,8	3 839,8	3 003,6	2 586,5	155,7	261,3	836,3	358,3	477,9	1 166,4	918,6	
2016 Jan.	6 057,5	3 858,0	3 004,8	2 592,8	154,8	257,3	853,1	362,0	491,2	1 191,2	1 008,3	
Febr.	6 155,1	3 874,6	3 014,0	2 607,0	151,1	255,9	860,6	362,0	498,6	1 209,7	1 070,8	
März	6 060,3	3 885,2	3 015,6	2 607,8	151,8	256,0	869,6	361,6	508,0	1 163,7	1 011,4	
April	6 049,9	3 908,1	3 026,3	2 617,8	152,2	256,3	881,8	366,1	515,7	1 181,7	960,2	
Mai	6 090,9	3 934,4	3 043,0	2 629,7	153,3	260,0	891,4	362,8	528,6	1 187,1	969,4	
Juni	6 220,9	3 939,5	3 042,5	2 629,1	152,9	260,5	897,0	357,3	539,7	1 221,3	1 060,1	
Juli	6 245,3	3 968,2	3 054,3	2 639,3	155,3	259,7	913,9	360,3	553,6	1 228,3	1 048,8	
Aug.	6 218,7	3 977,6	3 062,7	2 646,2	155,3	261,2	914,8	358,5	556,4	1 226,9	1 014,2	
Sept.	6 201,9	4 001,6	3 075,1	2 655,3	157,6	262,1	926,5	357,2	569,3	1 215,0	985,4	
Okt.	6 207,5	4 018,7	3 087,4	2 664,9	162,0	260,5	931,3	360,3	571,0	1 259,8	928,9	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Unternehmen und Privatpersonen							
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	2014 Sept.	
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	Okt.	
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.	
980,6	11 155,3	10 549,3	10 627,7	4 728,8	1 089,3	399,5	2 217,4	2 105,6	87,0	Dez.	
979,1	11 229,8	10 515,0	10 619,4	4 827,2	1 069,1	379,6	2 145,1	2 109,9	88,4	2015 Jan.	
983,2	11 213,4	10 523,0	10 622,0	4 847,7	1 034,8	379,6	2 162,7	2 110,1	87,2	Febr.	
990,9	11 280,9	10 557,5	10 669,2	4 900,1	1 036,3	375,2	2 153,5	2 118,1	85,9	März	
999,8	11 275,5	10 603,0	10 703,6	4 972,1	1 027,3	369,2	2 131,8	2 119,3	83,9	April	
1 006,4	11 372,2	10 646,1	10 744,0	5 049,8	998,8	364,6	2 124,5	2 123,9	82,3	Mai	
1 017,1	11 392,5	10 647,6	10 748,8	5 096,7	975,7	361,0	2 110,1	2 124,1	81,2	Juni	
1 031,3	11 392,4	10 681,3	10 797,3	5 134,9	982,3	358,9	2 118,9	2 121,8	80,4	Juli	
1 029,4	11 377,3	10 678,8	10 789,6	5 137,0	980,8	353,8	2 114,8	2 124,2	79,1	Aug.	
1 026,5	11 411,9	10 694,8	10 797,5	5 162,4	976,7	350,5	2 110,9	2 118,7	78,3	Sept.	
1 028,8	11 499,8	10 739,6	10 849,7	5 244,4	972,3	349,1	2 092,0	2 114,5	77,3	Okt.	
1 034,5	11 525,4	10 774,7	10 871,2	5 288,4	970,1	343,9	2 081,4	2 111,6	75,7	Nov.	
1 048,9	11 486,6	10 813,9	10 922,6	5 324,7	980,7	343,9	2 083,1	2 115,0	75,2	Dez.	
1 037,7	11 611,0	10 851,9	10 952,4	5 364,1	972,4	344,1	2 073,7	2 123,8	74,3	2016 Jan.	
1 038,9	11 620,4	10 871,5	10 975,4	5 383,5	967,1	340,7	2 085,0	2 126,1	73,1	Febr.	
1 042,5	11 686,3	10 916,8	11 007,1	5 417,8	972,5	339,8	2 076,0	2 128,8	72,3	März	
1 047,1	11 715,2	10 977,8	11 072,4	5 502,9	962,2	337,5	2 070,8	2 128,5	70,5	April	
1 049,3	11 766,4	11 005,7	11 092,1	5 543,7	944,4	331,9	2 066,2	2 136,0	70,0	Mai	
1 057,7	11 828,6	11 001,1	11 088,7	5 563,5	944,1	330,2	2 046,5	2 135,1	69,3	Juni	
1 067,8	11 851,2	11 055,4	11 135,3	5 614,9	952,1	325,6	2 039,1	2 134,9	68,8	Juli	
1 064,3	11 785,6	11 039,9	11 122,9	5 611,3	952,5	320,7	2 034,3	2 136,1	68,1	Aug.	
1 066,5	11 790,8	11 034,2	11 132,4	5 636,9	960,1	315,0	2 021,8	2 131,1	67,4	Sept.	
1 069,3	11 797,6	11 048,2	11 134,9	5 679,8	919,9	306,2	2 036,1	2 125,7	67,2	Okt.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	2014 Sept.	
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.	
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.	
229,7	3 207,5	3 142,6	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,6	531,0	76,4	Dez.	
228,9	3 233,6	3 156,6	3 045,0	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.	
229,7	3 249,6	3 172,0	3 062,0	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.	
232,0	3 253,1	3 175,8	3 062,6	1 569,0	187,1	31,4	671,6	528,7	74,8	März	
233,8	3 265,4	3 191,1	3 080,3	1 598,9	187,3	31,7	661,3	528,5	72,7	April	
234,9	3 289,4	3 214,1	3 094,6	1 620,0	183,7	31,9	659,5	528,5	71,1	Mai	
238,3	3 287,5	3 208,9	3 090,0	1 626,3	178,9	32,2	654,6	528,3	69,7	Juni	
241,6	3 312,5	3 236,6	3 120,9	1 643,3	179,8	32,4	669,3	527,9	68,2	Juli	
241,2	3 321,2	3 246,0	3 123,4	1 651,0	175,8	32,2	669,5	528,2	66,7	Aug.	
240,3	3 330,8	3 253,8	3 131,7	1 667,0	172,0	31,7	666,7	529,0	65,3	Sept.	
240,1	3 349,1	3 271,6	3 154,0	1 698,6	170,8	32,9	657,5	530,3	64,0	Okt.	
241,9	3 386,8	3 309,9	3 182,3	1 732,8	168,6	33,2	653,8	531,1	62,8	Nov.	
244,2	3 379,0	3 293,1	3 168,8	1 711,8	176,9	34,4	649,6	534,1	61,9	Dez.	
242,2	3 398,2	3 312,7	3 191,1	1 739,2	172,6	35,6	647,9	535,1	60,7	2016 Jan.	
242,7	3 412,8	3 319,7	3 197,4	1 747,9	172,1	35,8	645,5	536,7	59,4	Febr.	
243,3	3 428,4	3 315,7	3 188,8	1 735,7	176,5	37,5	644,9	535,9	58,3	März	
244,2	3 429,1	3 334,3	3 208,5	1 759,1	178,5	38,3	640,3	535,1	57,2	April	
243,7	3 469,8	3 356,2	3 222,9	1 779,2	175,2	37,3	640,6	534,4	56,2	Mai	
245,2	3 481,5	3 352,9	3 218,7	1 779,1	173,1	38,3	638,8	533,9	55,4	Juni	
247,4	3 464,1	3 368,1	3 233,1	1 793,5	174,7	38,2	638,3	533,8	54,6	Juli	
246,5	3 480,0	3 376,0	3 238,3	1 803,0	173,4	38,2	636,2	533,8	53,8	Aug.	
245,9	3 494,5	3 380,7	3 247,0	1 807,9	179,4	38,3	635,0	533,3	53,1	Sept.	
245,4	3 489,6	3 386,4	3 254,0	1 821,1	172,1	37,8	637,3	533,5	52,3	Okt.	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repageschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	öffentliche Haushalte										insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte													
zusammen		täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro		
		bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten									
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2014 Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0		
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8		
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9		
Dez.	216,7	310,9	138,0	100,5	11,5	39,5	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 479,0	1 820,8		
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	321,6	311,4	438,3	2 505,0	1 797,9		
Febr.	272,1	319,3	142,1	99,8	11,6	40,0	20,3	5,3	359,7	349,6	447,3	2 502,6	1 783,9		
März	294,7	317,1	139,7	100,2	12,7	39,2	20,1	5,3	361,8	355,6	437,3	2 493,0	1 762,7		
April	251,4	320,6	144,8	97,9	12,8	39,5	20,4	5,1	344,0	336,3	458,8	2 462,0	1 743,3		
Mai	295,5	332,7	157,0	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	338,3	331,7	449,8	2 443,7	1 719,2		
Juni	309,5	334,1	157,1	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	318,0	314,5	434,4	2 431,8	1 704,8		
Juli	267,3	327,8	148,2	100,3	13,4	38,8	22,3	4,9	316,3	313,1	457,1	2 404,1	1 681,3		
Aug.	252,6	335,1	154,3	100,4	13,4	38,8	23,4	4,8	316,7	311,6	455,7	2 373,3	1 671,8		
Sept.	281,7	332,7	152,4	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	309,0	301,4	449,9	2 342,9	1 659,8		
Okt.	316,6	333,5	156,3	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	303,1	293,6	471,8	2 336,2	1 639,5		
Nov.	299,4	354,9	167,1	108,5	13,0	39,7	21,9	4,7	307,5	302,3	487,7	2 365,7	1 645,2		
Dez.	227,4	336,6	154,4	104,6	13,7	39,7	19,5	4,7	276,1	274,2	465,2	2 317,9	1 633,0		
2016 Jan.	315,1	343,4	160,9	102,3	14,3	39,7	21,0	5,2	298,5	296,9	475,6	2 299,3	1 613,5		
Febr.	301,0	344,0	162,6	98,1	14,4	39,9	24,0	5,1	341,8	337,9	474,3	2 284,9	1 595,4		
März	333,3	345,9	159,5	102,0	15,1	40,8	23,6	5,0	335,7	332,5	462,9	2 263,8	1 588,8		
April	297,6	345,2	161,9	97,2	15,4	42,2	23,5	4,9	327,9	323,1	480,3	2 267,8	1 584,1		
Mai	317,7	356,6	167,0	102,1	15,5	43,1	24,0	4,9	318,7	312,8	480,4	2 275,3	1 572,7		
Juni	378,3	361,6	171,3	102,4	15,9	43,7	23,5	4,8	321,3	318,0	471,1	2 271,9	1 566,0		
Juli	349,2	366,7	174,1	101,6	18,2	43,8	24,2	4,8	298,6	297,4	486,6	2 248,0	1 540,6		
Aug.	294,6	368,1	175,7	100,8	18,7	44,3	23,8	4,9	301,0	299,9	487,5	2 242,5	1 531,1		
Sept.	297,4	361,0	170,5	99,5	19,4	44,4	22,3	5,0	286,5	285,7	485,7	2 216,8	1 514,1		
Okt.	295,3	367,4	182,2	94,0	19,8	44,8	21,3	5,3	266,4	265,7	505,2	2 217,3	1 502,5		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2014 Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7		
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7		
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7		
Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7		
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7		
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6		
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6		
April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9		
Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4		
Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8		
Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2		
Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9		
Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6		
Okt.	13,4	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2		
Nov.	12,3	192,2	55,6	90,2	9,5	33,2	3,1	0,6	6,1	4,5	3,8	562,5	270,9		
Dez.	22,6	187,6	54,3	86,0	10,2	33,4	3,1	0,5	2,5	2,0	3,4	533,4	254,9		
2016 Jan.	21,8	185,2	54,5	83,2	10,5	33,4	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	534,8	257,0		
Febr.	28,9	186,5	59,1	79,7	10,5	33,7	3,1	0,5	4,2	3,7	3,6	527,9	250,2		
März	49,3	190,2	57,4	84,1	10,8	34,3	3,1	0,5	3,2	2,0	3,4	518,7	250,5		
April	31,9	188,7	58,2	80,3	10,9	35,6	3,2	0,5	3,7	2,4	3,0	521,8	249,1		
Mai	50,6	196,3	60,4	84,9	11,1	36,2	3,3	0,5	3,5	2,4	2,5	530,9	244,9		
Juni	63,6	199,2	62,2	85,0	11,5	36,6	3,3	0,5	2,5	2,3	2,6	523,0	241,2		
Juli	31,9	199,1	59,9	85,2	13,3	36,8	3,3	0,5	3,4	3,2	2,4	524,2	241,2		
Aug.	40,6	201,0	61,7	84,6	13,6	37,2	3,4	0,5	3,2	3,2	2,3	524,4	241,5		
Sept.	49,3	198,3	59,7	83,5	14,0	37,2	3,4	0,5	2,9	2,9	2,4	516,7	240,8		
Okt.	40,5	195,1	58,8	80,4	14,9	37,2	3,4	0,5	3,2	3,2	2,3	525,7	242,2		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosysteem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosysteems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumschlufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾								Nachrichtlich				Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾	Geldkapitalbildung ¹³⁾		
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾													
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	2014 Sept.
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	2014 Okt.
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	2014 Nov.
61,6	42,8	2 374,7	3 561,6	2 459,6	- 45,1	4 570,9	-	5 938,9	9 682,5	10 313,4	7 183,3	112,3	2014 Dez.
58,6	42,3	2 404,1	3 914,8	2 552,3	- 99,2	5 018,9	-	6 030,9	9 739,9	10 395,2	7 235,3	110,6	2015 Jan.
59,1	43,3	2 400,1	3 942,2	2 545,2	- 115,3	4 924,1	-	6 061,3	9 738,4	10 417,7	7 240,5	109,1	2015 Febr.
53,4	44,2	2 395,3	3 973,9	2 574,2	- 65,6	5 136,0	-	6 119,8	9 802,8	10 460,8	7 253,4	109,5	2015 März
57,0	45,8	2 359,2	4 002,0	2 541,5	- 72,9	4 841,5	-	6 203,6	9 871,1	10 562,3	7 161,1	107,6	2015 April
54,0	42,2	2 347,5	3 959,6	2 549,9	- 67,3	4 639,3	-	6 302,5	9 941,4	10 599,1	7 149,1	110,0	2015 Mai
58,6	44,7	2 328,5	3 789,2	2 532,2	- 61,2	4 277,1	-	6 361,5	9 975,2	10 600,4	7 097,9	112,4	2015 Juni
46,0	45,1	2 313,0	3 888,4	2 531,2	- 68,1	4 406,1	-	6 407,3	10 028,2	10 682,7	7 087,2	114,8	2015 Juli
35,6	47,3	2 290,3	3 883,2	2 529,7	- 67,5	4 307,9	-	6 415,1	10 032,9	10 675,2	7 057,5	116,3	2015 Aug.
32,7	46,4	2 263,8	3 808,7	2 533,7	- 53,4	4 318,9	-	6 437,1	10 040,6	10 662,5	7 030,9	117,3	2015 Sept.
32,4	47,0	2 256,8	3 861,7	2 559,8	- 75,9	4 356,4	-	6 524,1	10 114,0	10 771,6	7 030,3	115,7	2015 Okt.
31,1	49,2	2 285,4	3 915,2	2 565,1	- 77,3	4 534,9	-	6 591,2	10 180,9	10 838,4	7 052,0	121,9	2015 Nov.
22,9	47,8	2 247,2	3 662,7	2 549,7	- 48,2	4 095,8	-	6 630,5	10 228,4	10 834,1	6 999,5	123,0	2015 Dez.
29,2	50,8	2 219,3	3 809,6	2 573,6	- 73,1	4 387,8	-	6 665,0	10 264,3	10 903,0	6 985,7	123,6	2016 Jan.
33,5	54,3	2 197,1	3 921,5	2 610,3	- 92,1	4 555,7	-	6 686,7	10 278,0	10 935,0	7 010,5	122,8	2016 Febr.
37,1	51,6	2 175,1	3 738,9	2 592,8	- 90,8	4 379,9	-	6 720,5	10 322,8	10 962,8	6 961,9	121,3	2016 März
41,4	49,8	2 176,6	3 927,2	2 604,6	- 96,6	4 283,9	-	6 814,0	10 398,9	11 061,1	6 969,7	122,7	2016 April
39,6	49,0	2 186,7	4 033,0	2 601,1	- 80,7	4 363,1	-	6 866,1	10 440,5	11 101,1	6 971,9	126,6	2016 Mai
49,7	47,1	2 175,0	3 954,8	2 665,2	- 60,0	4 562,2	-	6 899,7	10 471,4	11 122,3	7 004,5	127,7	2016 Juni
54,8	48,0	2 145,2	4 090,6	2 678,4	- 104,3	4 524,0	-	6 967,5	10 544,8	11 219,5	6 980,2	131,5	2016 Juli
54,2	46,2	2 142,1	4 132,3	2 676,0	- 84,5	4 438,7	-	6 961,8	10 535,2	11 208,4	6 969,5	131,4	2016 Aug.
48,5	45,9	2 122,4	4 087,7	2 698,1	- 46,5	4 391,4	-	6 984,5	10 552,7	11 210,1	6 959,1	131,3	2016 Sept.
52,3	43,2	2 121,9	4 290,9	2 683,6	- 31,3	4 239,2	-	7 042,3	10 550,0	11 224,3	6 958,9	131,7	2016 Okt.
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	2014 Sept.
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	2014 Okt.
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	2014 Nov.
10,3	7,7	529,4	633,4	535,7	- 605,7	1 648,7	267,9	1 557,8	2 405,7	2 430,3	1 855,6	-	2014 Dez.
11,8	8,2	546,9	763,4	553,3	- 674,0	1 780,3	270,3	1 586,4	2 426,5	2 456,5	1 888,6	-	2015 Jan.
14,3	7,9	551,0	751,7	550,7	- 678,0	1 715,9	272,4	1 610,2	2 452,0	2 485,5	1 887,4	-	2015 Febr.
14,9	8,5	549,6	755,9	557,2	- 670,7	1 793,0	274,7	1 616,8	2 458,5	2 492,8	1 886,7	-	2015 März
18,9	8,3	540,2	770,7	553,7	- 666,9	1 698,4	276,9	1 645,8	2 485,8	2 527,5	1 861,4	-	2015 April
18,6	5,6	533,1	764,2	556,8	- 676,8	1 641,5	279,3	1 674,6	2 511,5	2 544,0	1 854,4	-	2015 Mai
18,5	5,4	531,7	718,1	555,8	- 670,9	1 543,2	280,2	1 679,6	2 512,5	2 543,1	1 846,8	-	2015 Juni
18,2	5,2	535,1	742,1	552,4	- 692,2	1 577,2	284,9	1 693,1	2 529,7	2 561,0	1 857,9	-	2015 Juli
16,2	5,9	524,9	754,9	552,8	- 711,7	1 552,8	287,3	1 707,0	2 539,8	2 571,9	1 847,1	-	2015 Aug.
21,9	8,0	517,2	736,7	553,5	- 709,5	1 572,5	290,1	1 721,4	2 551,4	2 592,3	1 836,0	-	2015 Sept.
25,8	7,8	521,7	737,2	558,6	- 735,5	1 566,6	293,1	1 752,7	2 580,5	2 624,6	1 835,4	-	2015 Okt.
26,4	9,6	526,5	724,9	553,7	- 754,5	1 621,4	295,2	1 788,4	2 624,1	2 670,0	1 830,6	-	2015 Nov.
26,3	9,3	497,8	659,6	552,5	- 742,7	1 537,4	297,8	1 766,1	2 610,8	2 652,3	1 795,8	-	2015 Dez.
25,2	11,2	498,4	702,8	560,8	- 766,0	1 620,7	297,1	1 793,6	2 633,8	2 676,6	1 801,7	-	2016 Jan.
25,5	11,8	490,7	739,6	574,8	- 790,7	1 683,0	297,7	1 807,0	2 644,8	2 689,9	1 804,6	-	2016 Febr.
24,0	10,9	483,8	699,0	569,9	- 784,5	1 622,4	299,8	1 793,1	2 641,1	2 682,7	1 791,6	-	2016 März
23,9	11,7	486,1	753,1	575,6	- 803,0	1 566,8	300,9	1 817,3	2 663,6	2 705,9	1 795,3	-	2016 April
22,8	12,3	495,8	758,5	571,4	- 823,1	1 577,5	303,9	1 839,6	2 685,7	2 726,9	1 800,7	-	2016 Mai
23,8	11,8	487,5	783,3	592,6	- 834,3	1 670,0	308,0	1 841,3	2 686,4	2 727,1	1 811,5	-	2016 Juni
30,5	12,6	481,1	807,8	595,1	- 824,9	1 673,4	311,7	1 853,4	2 702,0	2 750,9	1 806,5	-	2016 Juli
27,4	12,5	484,5	826,1	589,2	- 846,9	1 640,6	314,1	1 864,6	2 711,7	2 757,1	1 801,3	-	2016 Aug.
26,4	12,9	477,4	851,2	594,2	- 876,5	1 616,7	318,8	1 867,6	2 719,5	2 764,2	1 797,3	-	2016 Sept.
25,1	13,3	487,3	900,2	585,3	- 863,2	1 564,6	322,0	1 879,9	2 721,9	2 765,8	1 799,8	-	2016 Okt.

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
2014 Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.
März	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
April	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
Mai
Juni	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5
Juli	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2
Aug.
Sept.	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8
Okt.	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Nov.
Dez.	612,2	66,1	459,3	0,1	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4
2016 Jan.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5
Febr.
März	607,8	62,9	461,7	0,1	907,6	230,5	0,0	1 063,4	115,6	73,9	556,5	1 850,4
April	627,3	58,1	460,8	0,2	1 000,1	262,0	0,0	1 069,3	147,4	97,7	570,0	1 901,3
Mai
Juni	640,3	53,9	456,3	0,2	1 105,3	309,0	0,0	1 076,6	123,9	122,8	623,8	2 009,4
Juli	666,1	47,6	471,6	0,1	1 227,1	323,1	0,0	1 087,1	175,5	169,4	657,5	2 067,7
Aug.
Sept.	685,0	43,5	483,7	0,0	1 339,7	355,1	0,0	1 096,2	137,8	214,0	748,8	2 200,2
Okt.	687,8	37,4	503,5	0,1	1 447,0	387,3	0,0	1 094,7	168,3	248,0	777,4	2 259,4
Nov.
Deutsche Bundesbank												
2014 Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.
März	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
April	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5
Mai
Juni	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9
Juli	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4
Aug.
Sept.	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7
Okt.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Nov.
Dez.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9
2016 Jan.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8
Febr.
März	143,7	1,9	46,3	0,0	193,9	59,8	0,0	250,4	26,1	- 113,3	162,9	473,1
April	152,2	3,1	45,0	0,0	214,1	67,6	0,0	252,1	37,3	- 105,1	162,4	482,1
Mai
Juni	156,4	3,3	45,3	0,0	237,2	87,3	0,0	254,7	41,1	- 127,2	186,5	528,4
Juli	163,3	2,7	44,7	0,0	263,4	89,8	0,0	257,4	47,2	- 117,0	196,6	543,9
Aug.
Sept.	168,3	1,9	44,0	0,0	288,2	90,8	0,0	258,7	36,2	- 112,6	229,3	578,9
Okt.	168,7	1,5	50,6	0,0	311,9	105,2	0,0	258,6	50,5	- 125,2	243,6	607,4
Nov.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige Liquiditäts-ab-schöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)				
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige Liquiditäts-zuführende Geschäfte 3)									
Eurosystem 2)													
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	2014 Juli	
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.	
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.	
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.	
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.	
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.	
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.	
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.	
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März	
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1	April	
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7	Mai	
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6	Juni	
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	Juli	
- 6,9	- 4,1	- 2,8	- 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9	Aug.	
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1	Sept.	
- 3,8	- 8,7	- 5,2	- 0,1	+ 95,8	+ 33,9	± 0,0	- 9,4	+ 33,1	+ 20,7	- 0,6	+ 23,9	2016 Jan.	
+ 19,5	- 4,8	- 0,9	+ 0,1	+ 92,5	+ 31,5	± 0,0	+ 5,9	+ 31,8	+ 23,8	+ 13,5	+ 50,9	Febr.	
+ 13,0	- 4,2	- 4,5	± 0,0	+ 105,2	+ 47,0	± 0,0	+ 7,3	- 23,5	+ 25,1	+ 53,8	+ 108,1	März	
+ 25,8	- 6,3	+ 15,3	- 0,1	+ 121,8	+ 14,1	± 0,0	+ 10,5	+ 51,6	+ 46,6	+ 33,7	+ 58,3	April	
+ 18,9	- 4,1	+ 12,1	- 0,1	+ 112,6	+ 32,0	± 0,0	+ 9,1	- 37,7	+ 44,6	+ 91,3	+ 132,5	Mai	
+ 2,8	- 6,1	+ 19,8	+ 0,1	+ 107,3	+ 32,2	± 0,0	- 1,5	+ 30,5	+ 34,0	+ 28,6	+ 59,2	Juni	
Deutsche Bundesbank													
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	2014 Juli	
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.	
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.	
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Okt.	
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.	
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.	
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.	
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	Febr.	
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	März	
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4	April	
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5	Mai	
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2	Juni	
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	Juli	
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0	Aug.	
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0	Sept.	
- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 0,0	+ 19,9	+ 9,8	± 0,0	- 2,1	+ 8,1	+ 10,7	- 11,5	- 3,8	2016 Jan.	
+ 8,4	+ 1,1	- 1,3	+ 0,0	+ 20,3	+ 7,8	± 0,0	+ 1,7	+ 11,3	+ 8,2	- 0,4	+ 9,0	Febr.	
+ 4,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 23,1	+ 19,7	± 0,0	+ 2,6	+ 3,8	- 22,1	+ 24,1	+ 46,3	März	
+ 6,9	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 26,2	+ 2,6	± 0,0	+ 2,8	+ 6,1	+ 10,2	+ 10,1	+ 15,4	April	
+ 5,1	- 0,8	- 0,7	- 0,0	+ 24,8	+ 1,0	± 0,0	+ 1,3	- 11,0	+ 4,4	+ 32,7	+ 35,0	Mai	
+ 0,4	- 0,5	+ 6,6	+ 0,0	+ 23,7	+ 14,4	± 0,0	- 0,1	+ 14,3	- 12,6	+ 14,2	+ 28,5	Juni	
												Sept.	
												Oct.	
												Nov.	

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der Liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der Liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2016 April	1. 2 941,8	377,3	297,5	77,4	220,1	29,2	20,9	20,9	–
	8. 2 953,1	377,3	296,1	77,4	218,6	30,5	19,4	19,4	–
	15. 2 966,1	377,3	295,5	77,4	218,0	31,7	18,5	18,5	–
	22. 2 983,2	377,3	294,8	77,4	217,4	31,9	18,2	18,2	–
	29. 3 000,8	377,3	296,5	77,2	219,4	32,3	18,0	18,0	–
Mai	6. 3 017,8	377,3	298,2	77,0	221,1	29,0	17,5	17,5	–
	13. 3 032,8	377,3	298,7	77,0	221,8	29,7	17,6	17,6	–
	20. 3 054,1	377,3	297,6	76,8	220,8	30,9	18,0	18,0	–
	27. 3 067,5	377,3	299,0	76,8	222,2	30,4	18,4	18,4	–
Juni	3. 3 078,6	377,3	300,6	76,8	223,7	30,1	18,6	18,6	–
	10. 3 093,9	377,3	300,0	76,6	223,4	30,3	18,8	18,8	–
	17. 3 109,6	377,3	298,0	76,6	221,4	31,1	17,8	17,8	–
	24. 3 131,1	377,3	299,6	76,6	223,1	30,1	18,3	18,3	–
Juli	1. 3 232,6	413,1	309,0	77,6	231,3	33,2	18,3	18,3	–
	8. 3 237,9	413,1	307,8	77,6	230,1	34,7	18,4	18,4	–
	15. 3 249,2	413,1	305,9	77,6	228,3	33,9	17,9	17,9	–
	22. 3 265,8	413,1	308,6	77,6	231,0	30,6	17,3	17,3	–
	29. 3 284,3	413,1	307,6	77,4	230,1	33,2	17,5	17,5	–
Aug.	5. 3 286,1	413,1	308,4	77,2	231,2	32,9	16,6	16,6	–
	12. 3 296,6	413,1	307,3	77,2	230,1	33,6	17,1	17,1	–
	19. 3 313,3	413,1	308,9	77,2	231,6	32,2	17,2	17,2	–
	26. 3 330,5	413,1	310,1	77,2	232,8	32,6	17,2	17,2	–
2016 Sept.	2. 3 341,8	413,1	311,3	77,3	234,0	30,5	17,3	17,3	–
	9. 3 358,7	413,1	311,6	77,3	234,3	30,4	17,2	17,2	–
	16. 3 372,4	413,1	312,3	77,3	235,0	29,9	17,0	17,0	–
	23. 3 391,4	413,1	314,5	77,3	237,3	29,6	17,8	17,8	–
	30. 3 438,1	412,6	315,2	77,8	237,4	33,9	19,6	19,6	–
Okt.	7. 3 451,4	412,6	313,7	77,8	235,8	32,5	19,0	19,0	–
	14. 3 469,3	412,6	313,0	77,8	235,2	33,3	18,2	18,2	–
	21. 3 494,9	412,6	313,1	77,8	235,3	35,3	18,5	18,5	–
	28. 3 507,4	412,6	311,5	78,3	233,1	36,1	17,9	17,9	–
Nov.	4. 3 518,5	412,6	312,9	78,2	234,7	36,1	17,6	17,6	–
	11. 3 534,3	412,6	314,3	78,2	236,1	32,4	17,1	17,1	–
	18. 3 553,4	412,6	314,6	78,2	236,4	32,5	18,3	18,3	–
	25. 3 566,2	412,6	314,1	77,4	236,6	32,3	18,2	18,2	–
Dez.	2. 3 587,4	412,6	314,4	77,4	237,0	34,0	17,4	17,4	–
Deutsche Bundesbank									
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	–	–	–
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	–	–	–	–
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	–	–	–	–
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	–	–	–	–
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	–	–	–	–
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	–	–	–	–
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	–	–	–
Dez.	1 011,5	105,8	53,7	20,3	33,4	–	0,0	0,0	–
2016 Jan.	1 018,5	105,8	53,6	20,4	33,2	0,0	–	–	–
Febr.	1 043,7	105,8	55,0	22,0	33,0	0,0	–	–	–
März	1 077,6	117,8	53,4	21,5	32,0	0,0	–	–	–
April	1 112,7	117,8	54,1	21,5	32,7	0,0	0,0	0,0	–
Mai	1 159,5	117,8	54,9	21,5	33,4	0,0	–	–	–
Juni	1 214,0	129,0	55,7	21,5	34,1	0,7	–	–	–
Juli	1 209,4	129,0	56,0	21,5	34,5	0,2	–	–	–
Aug.	1 239,2	129,0	56,1	21,4	34,7	0,3	–	–	–
Sept.	1 305,3	128,8	55,0	21,3	33,7	2,3	0,4	0,4	–
Okt.	1 312,2	128,8	54,9	21,3	33,6	– 0,0	0,3	0,3	–
Nov.	1 376,5	128,8	55,0	21,1	33,9	0,1	0,4	0,4	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
525,1	62,3	462,7	–	–	0,0	–	111,2	1 336,9	986,2	350,7	27,0	216,7	2016 April	1.
519,1	56,0	462,7	–	–	0,3	–	111,3	1 356,3	1 006,1	350,2	27,0	216,2		8.
519,0	55,7	462,7	–	–	0,6	–	110,0	1 371,3	1 022,3	349,0	27,0	216,0		15.
516,8	54,0	462,7	–	–	0,0	–	109,8	1 390,8	1 041,5	349,3	27,0	216,7		22.
514,9	56,3	458,5	–	–	0,1	–	114,5	1 406,3	1 060,0	346,3	27,0	213,9		29.
512,4	53,5	458,5	–	–	0,3	–	117,6	1 425,4	1 077,7	347,7	27,0	213,5	Mai	6.
510,1	51,4	458,5	–	–	0,1	–	114,4	1 443,0	1 096,0	347,0	27,0	215,2		13.
508,6	49,9	458,5	–	–	0,1	–	117,3	1 460,7	1 113,8	346,9	27,0	216,8		20.
511,7	60,2	451,2	–	–	0,3	–	108,1	1 480,9	1 133,7	347,1	27,0	214,8		27.
503,2	51,9	451,2	–	–	0,1	–	108,3	1 499,4	1 152,4	347,0	27,0	214,2	Juni	3.
502,1	50,8	451,2	–	–	0,1	–	107,4	1 517,3	1 171,3	346,1	27,0	213,7		10.
500,4	49,1	451,2	–	–	0,1	–	107,7	1 537,0	1 191,4	345,6	27,0	213,4		17.
501,2	49,9	451,2	–	–	0,1	–	103,5	1 559,0	1 212,9	346,1	27,0	215,1		24.
540,0	53,1	486,8	–	–	0,2	–	96,5	1 573,4	1 225,6	347,8	26,5	222,5	Juli	1.
531,2	44,1	486,8	–	–	0,3	–	95,3	1 589,0	1 243,7	345,3	26,5	221,9		8.
529,3	42,5	486,8	–	–	0,0	–	95,8	1 605,9	1 263,6	342,3	26,5	220,8		15.
530,6	43,6	486,8	–	–	0,2	–	94,4	1 623,7	1 281,4	342,3	26,5	221,1		22.
533,6	49,6	484,0	–	–	0,0	–	94,0	1 639,4	1 298,8	340,6	26,5	219,5		29.
527,1	43,0	484,0	–	–	0,1	–	93,1	1 650,0	1 312,3	337,6	26,5	218,4	Aug.	5.
525,6	41,6	484,0	–	–	–	–	92,2	1 663,2	1 325,6	337,6	26,5	217,9		12.
525,7	41,7	484,0	–	–	0,0	–	93,8	1 676,5	1 339,3	337,2	26,5	219,5		19.
526,8	42,8	484,0	–	–	0,0	–	95,7	1 689,0	1 351,8	337,2	26,5	219,5		26.
526,5	43,8	482,7	–	–	0,0	–	96,3	1 702,2	1 365,6	336,6	26,5	218,0	2016 Sept.	2.
524,5	41,8	482,7	–	–	–	–	94,8	1 721,4	1 385,2	336,2	26,5	219,2		9.
524,4	41,6	482,7	–	–	0,0	–	93,9	1 734,8	1 402,2	332,7	26,5	220,5		16.
526,0	43,2	482,7	–	–	0,1	–	90,0	1 751,6	1 420,3	331,3	26,5	222,4		23.
552,6	38,7	513,8	–	–	0,0	–	83,4	1 764,1	1 434,8	329,3	26,4	230,4		30.
548,2	34,4	513,8	–	–	0,1	–	90,0	1 784,5	1 454,9	329,6	26,4	224,6	Okt.	7.
546,8	32,9	513,8	–	–	0,1	–	88,9	1 805,1	1 475,7	329,4	26,4	225,0		14.
547,3	33,4	513,8	–	–	0,0	–	91,7	1 822,0	1 492,7	329,3	26,4	228,0		21.
548,3	36,0	512,2	–	–	0,1	–	93,9	1 840,4	1 513,0	327,5	26,4	220,1		28.
545,1	32,7	512,2	–	–	0,2	–	91,8	1 856,6	1 531,4	325,1	26,4	219,3	Nov.	4.
543,7	31,4	512,2	–	–	0,1	–	91,4	1 875,6	1 551,1	324,5	26,4	220,6		11.
544,9	32,6	512,2	–	–	0,0	–	87,5	1 895,5	1 572,3	323,3	26,4	221,0		18.
546,1	33,7	512,2	–	–	0,2	–	83,8	1 913,9	1 590,1	323,8	26,4	218,7		25.
546,6	36,0	510,5	–	–	0,2	–	83,1	1 932,3	1 608,1	324,2	26,4	220,6	Dez.	2.
Deutsche Bundesbank														
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.	
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März	
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April	
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai	
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni	
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli	
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.	
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.	
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.	
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.	
58,1	9,1	48,6	–	–	0,3	–	3,5	172,3	172,3	–	4,4	613,7	Dez.	
51,2	2,6	48,5	–	–	0,0	–	2,8	185,0	185,0	–	4,4	615,7	2016 Jan.	
44,9	1,9	43,0	–	–	0,0	–	2,3	197,6	197,6	–	4,4	633,6	Febr.	
49,7	3,7	46,0	–	–	0,0	–	3,4	210,4	210,4	–	4,4	638,4	März	
49,7	4,2	45,5	–	–	0,0	–	4,3	227,3	227,3	–	4,4	655,0	April	
48,8	3,8	45,0	–	–	0,0	–	4,3	244,8	244,8	–	4,4	684,4	Mai	
47,3	2,8	44,5	–	–	0,0	–	5,2	261,8	261,8	–	4,4	710,0	Juni	
46,4	2,3	44,1	–	–	0,0	–	5,5	279,9	279,9	–	4,4	688,0	Juli	
46,3	2,3	44,1	–	–	0,0	–	5,5	292,6	292,6	–	4,4	705,0	Aug.	
55,3	1,3	54,0	–	–	–	–	5,7	309,3	309,3	–	4,4	744,1	Sept.	
55,5	0,9	53,9	–	–	0,7	–	5,4	326,7	326,7	–	4,4	736,2	Okt.	
55,2	1,0	53,9	–	–	0,3	–	4,8	345,4	345,4	–	4,4	782,3	Nov.	

-preisen bewertet. ¹ Für Eurosystem: Ausweis für Wochentstage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. ² Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termineinlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 4)													
2016 April	1. 2 941,8	1 071,0	844,2	575,6	268,4	-	-	0,3	4,2	-	220,5	129,7	90,9
	8. 2 953,1	1 069,7	883,6	593,4	290,0	-	-	0,3	4,2	-	201,7	111,1	90,6
	15. 2 966,1	1 068,8	865,8	584,3	281,2	-	-	0,2	4,1	-	231,1	138,4	92,6
	22. 2 983,2	1 068,6	854,8	579,0	274,9	-	-	0,9	4,1	-	255,9	162,2	93,7
	29. 3 000,8	1 073,6	899,3	594,5	304,6	-	-	0,2	3,8	-	210,9	115,8	95,1
2016 Mai	6. 3 017,8	1 077,7	949,2	633,4	315,6	-	-	0,2	3,8	-	182,0	85,1	96,9
	13. 3 032,8	1 078,0	944,8	635,4	309,2	-	-	0,2	4,0	-	200,0	102,7	97,3
	20. 3 054,1	1 075,5	911,9	604,1	307,6	-	-	0,2	4,2	-	247,5	150,8	96,7
	27. 3 067,5	1 076,4	920,8	611,8	308,8	-	-	0,2	4,2	-	262,7	167,6	95,1
2016 Juni	3. 3 078,6	1 081,3	968,5	620,8	347,5	-	-	0,3	3,9	-	223,3	122,6	100,7
	10. 3 093,9	1 081,8	984,3	643,8	340,3	-	-	0,2	3,9	-	220,9	117,9	103,1
	17. 3 109,6	1 081,7	932,6	611,2	321,2	-	-	0,2	4,0	-	287,4	183,7	103,7
	24. 3 131,1	1 082,2	911,0	613,1	297,6	-	-	0,3	3,8	-	332,3	233,0	99,3
2016 Juli	1. 3 232,6	1 088,5	1 023,4	693,0	330,3	-	-	0,0	3,8	-	251,2	154,2	97,0
	8. 3 237,9	1 092,1	1 030,7	688,5	342,1	-	-	0,1	3,6	-	237,1	140,9	96,3
	15. 3 249,2	1 093,8	1 008,0	674,6	333,3	-	-	0,0	3,6	-	275,2	177,8	97,4
	22. 3 265,8	1 093,5	985,5	664,9	320,6	-	-	0,0	3,6	-	309,5	213,3	96,2
	29. 3 284,3	1 097,0	1 029,7	698,4	331,2	-	-	0,0	3,6	-	277,0	179,4	97,7
2016 Aug.	5. 3 286,1	1 099,2	1 094,4	753,7	340,8	-	-	0,0	3,6	-	208,9	111,2	97,7
	12. 3 296,6	1 100,4	1 097,3	742,5	354,8	-	-	0,0	3,9	-	225,0	126,4	98,6
	19. 3 313,3	1 096,8	1 099,6	740,9	358,7	-	-	0,0	3,9	-	240,9	142,7	98,2
	26. 3 330,5	1 093,1	1 086,5	740,0	346,4	-	-	0,0	4,2	-	270,2	171,6	98,6
2016 Sept.	2. 3 341,8	1 095,5	1 143,0	764,0	378,9	-	-	0,1	4,1	-	217,0	118,2	98,8
	9. 3 358,7	1 095,6	1 163,4	777,5	385,9	-	-	0,0	3,9	-	227,8	128,6	99,2
	16. 3 372,4	1 094,3	1 133,6	767,9	365,7	-	-	0,0	3,9	-	258,9	157,3	101,6
	23. 3 391,4	1 092,2	1 127,2	764,4	362,8	-	-	0,0	3,9	-	273,6	171,0	102,5
	30. 3 438,1	1 096,3	1 157,9	759,8	398,0	-	-	0,1	3,8	-	261,0	155,4	105,6
2016 Okt.	7. 3 451,4	1 097,2	1 186,9	777,4	409,4	-	-	0,1	3,8	-	264,2	158,0	106,2
	14. 3 469,3	1 096,2	1 195,0	793,5	401,5	-	-	0,0	3,5	-	276,9	171,4	105,5
	21. 3 494,9	1 095,1	1 178,3	781,2	397,0	-	-	0,0	3,6	-	304,0	192,8	111,3
	28. 3 507,4	1 100,3	1 197,2	812,8	384,4	-	-	0,0	3,4	-	290,5	186,2	104,3
2016 Nov.	4. 3 518,5	1 102,5	1 256,7	801,1	455,6	-	-	0,0	3,5	-	241,6	136,3	105,3
	11. 3 534,3	1 100,7	1 260,2	800,3	459,7	-	-	0,1	3,8	-	258,8	150,7	108,1
	18. 3 553,4	1 099,3	1 261,5	802,5	459,0	-	-	0,0	3,8	-	270,6	164,1	106,6
	25. 3 566,2	1 099,8	1 249,2	820,4	428,8	-	-	0,0	3,5	-	290,2	184,7	105,5
2016 Dez.	2. 3 587,4	1 108,4	1 301,3	849,7	451,6	-	-	0,0	3,6	-	253,8	147,0	106,8
Deutsche Bundesbank													
2015 Jan.	805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	-	-	-	-	-	19,1	0,8	18,2
Febr.	800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	-	-	-	-	-	28,8	1,1	27,7
März	847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	-	-	-	-	-	35,1	1,7	33,4
April	856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	-	-	-	-	-	38,6	1,3	37,3
Mai	860,3	242,7	122,3	97,6	24,7	-	-	-	-	-	42,0	0,7	41,2
Juni	880,1	245,1	141,6	115,5	26,1	-	-	0,0	-	-	45,9	3,2	42,7
Juli	903,5	248,6	155,8	118,0	37,8	-	-	-	-	-	44,3	2,3	42,0
Aug.	930,8	248,0	185,8	135,3	50,6	-	-	-	-	-	42,2	1,9	40,3
Sept.	936,9	247,5	173,5	139,4	34,1	-	-	0,0	-	-	56,8	2,3	54,5
Okt.	956,3	247,9	184,3	140,9	43,3	-	-	0,0	-	-	65,5	2,8	62,7
Nov.	1 002,6	249,0	212,4	154,3	58,0	-	-	0,0	-	-	79,3	2,9	76,4
Dez.	1 011,5	254,8	208,7	155,1	53,6	-	-	0,0	-	-	71,9	11,6	60,2
2016 Jan.	1 018,5	249,9	228,7	172,7	56,0	-	-	-	-	-	75,6	10,7	64,8
Febr.	1 043,7	250,1	231,5	165,9	65,6	-	-	-	-	-	88,2	18,7	69,5
März	1 077,6	251,9	227,3	167,8	59,6	-	-	-	-	-	108,8	39,9	69,0
April	1 112,7	252,5	272,4	180,8	91,6	-	-	-	-	-	96,3	24,2	72,1
Mai	1 159,5	253,4	293,2	200,0	93,2	-	-	-	-	-	121,2	41,8	79,4
Juni	1 214,0	255,6	299,7	214,4	85,3	-	-	0,0	-	-	130,6	56,5	74,1
Juli	1 209,4	258,0	320,7	235,4	85,4	-	-	0,0	-	-	101,4	25,3	76,1
Aug.	1 239,2	257,1	334,5	242,3	92,2	-	-	0,0	0,0	-	110,4	33,5	76,9
Sept.	1 305,3	257,9	362,6	244,7	117,9	-	-	-	0,1	-	122,4	43,9	78,6
Okt.	1 312,2	259,2	380,0	260,5	119,5	-	-	-	0,3	-	110,8	35,6	75,3
Nov.	1 376,5	259,5	428,0	293,1	134,9	-	-	-	0,3	-	116,6	40,0	76,6

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
53,2	4,5	3,6	3,6	–	57,5	208,4	–	376,0	98,7	2016 April 1.
47,6	4,3	4,0	4,0	–	57,5	205,9	–	376,0	98,7	8.
51,9	3,8	4,0	4,0	–	57,5	204,4	–	376,0	98,7	15.
55,0	3,2	4,2	4,2	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	22.
67,4	4,0	4,3	4,3	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	29.
57,0	2,8	4,2	4,2	–	57,5	208,5	–	376,0	99,0	Mai 6.
59,0	2,8	4,9	4,9	–	57,5	206,7	–	376,0	99,1	13.
62,2	3,3	5,1	5,1	–	57,5	211,9	–	376,0	99,0	20.
58,5	2,9	5,7	5,7	–	57,5	203,9	–	376,0	99,0	27.
56,1	3,2	6,3	6,3	–	57,5	203,5	–	376,0	99,0	Juni 3.
58,2	3,3	6,0	6,0	–	57,5	202,9	–	376,0	99,0	10.
59,7	2,9	5,0	5,0	–	57,5	203,8	–	376,0	99,0	17.
56,6	3,1	4,5	4,5	–	57,5	203,3	–	376,0	100,8	24.
70,9	3,0	5,2	5,2	–	58,5	206,3	–	420,9	100,8	Juli 1.
79,2	3,4	5,5	5,5	–	58,5	206,0	–	420,9	100,8	8.
72,8	3,5	6,2	6,2	–	58,5	205,8	–	420,9	100,8	15.
79,0	3,0	6,4	6,4	–	58,5	205,0	–	420,9	100,8	22.
83,0	3,1	7,4	7,4	–	58,5	203,3	–	420,9	100,8	29.
83,8	3,2	7,9	7,9	–	58,5	204,8	–	420,9	100,8	Aug. 5.
76,1	3,1	7,8	7,8	–	58,5	202,7	–	420,9	100,8	12.
77,4	3,1	8,1	8,1	–	58,5	203,4	–	420,9	100,8	19.
81,2	3,1	8,6	8,6	–	58,5	203,4	–	420,9	100,8	26.
85,6	3,2	8,6	8,6	–	58,5	204,5	–	420,9	100,8	2016 Sept. 2.
72,6	3,1	8,2	8,2	–	58,5	204,0	–	420,9	100,8	9.
84,0	3,0	8,7	8,7	–	58,5	205,8	–	420,9	100,8	16.
93,4	2,9	8,8	8,8	–	58,5	209,2	–	420,9	100,8	23.
122,8	2,8	8,8	8,8	–	58,1	207,3	–	418,5	100,8	30.
101,7	4,2	8,8	8,8	–	58,1	207,1	–	418,5	100,8	Okt. 7.
97,7	5,6	9,3	9,3	–	58,1	207,6	–	418,5	100,8	14.
106,1	4,6	9,6	9,6	–	58,1	216,2	–	418,5	100,8	21.
108,2	5,5	9,7	9,7	–	58,1	215,1	–	418,5	100,8	28.
103,8	4,0	12,5	12,5	–	58,1	216,3	–	418,5	100,8	Nov. 4.
101,5	3,8	10,6	10,6	–	58,1	217,4	–	418,5	100,8	11.
109,9	4,4	10,0	10,0	–	58,1	216,4	–	418,5	100,8	18.
117,4	2,8	10,5	10,5	–	58,1	215,2	–	418,5	100,8	25.
113,2	3,8	10,9	10,9	–	58,1	214,7	–	418,5	100,8	Dez. 2.
Deutsche Bundesbank										
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April
7,2	0,0	2,2	2,2	–	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai
9,2	0,0	1,3	1,3	–	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni
12,1	0,0	0,9	0,9	–	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli
10,0	0,0	0,5	0,5	–	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug.
16,2	0,0	0,5	0,5	–	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept.
12,4	0,0	0,8	0,8	–	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Okt.
13,9	0,0	0,4	0,4	–	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov.
27,2	0,0	0,6	0,6	–	15,3	24,4	297,8	105,7	5,0	Dez.
16,0	0,0	0,1	0,1	–	15,3	25,0	297,1	105,7	5,0	2016 Jan.
28,0	0,0	0,2	0,2	–	15,3	22,0	297,7	105,7	5,0	Febr.
30,5	0,0	0,3	0,3	–	14,9	22,8	299,8	116,2	5,0	März
30,7	0,0	0,8	0,8	–	14,9	22,9	300,9	116,2	5,0	April
27,2	0,0	1,4	1,4	–	14,9	23,1	303,9	116,2	5,0	Mai
47,0	0,0	1,0	1,0	–	15,2	23,4	308,0	128,5	5,0	Juni
43,8	0,0	1,4	1,4	–	15,2	23,6	311,7	128,5	5,0	Juli
48,9	0,0	1,7	1,7	–	15,2	23,7	314,1	128,5	5,0	Aug.
70,3	0,0	1,1	1,1	–	15,1	24,0	318,8	128,0	5,0	Sept.
66,5	0,0	1,0	1,0	–	15,1	24,3	322,0	128,0	5,0	Okt.
74,7	0,0	1,0	1,0	–	15,1	24,4	323,9	128,0	5,0	Nov.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³⁾ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴⁾ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und Personen	Buchkredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2015 Jan.	8 125,6	15,4	2 107,0	1 582,4	1 198,1	384,3	524,6	363,3	161,3	3 686,5	3 263,3	2 674,4	2 389,2	
Febr.	8 061,5	15,4	2 096,3	1 578,2	1 195,7	382,4	518,2	362,5	155,7	3 698,4	3 275,9	2 680,8	2 397,4	
März	8 173,0	15,5	2 123,5	1 608,3	1 224,8	383,5	515,2	360,7	154,5	3 708,5	3 283,5	2 690,5	2 400,0	
April	8 084,0	16,1	2 105,0	1 587,5	1 209,5	378,0	517,5	364,5	153,1	3 715,9	3 292,4	2 691,1	2 397,8	
Mai	8 004,0	16,4	2 097,4	1 584,0	1 209,8	374,2	513,4	361,4	151,9	3 706,2	3 279,2	2 693,9	2 407,4	
Juni	7 799,5	15,3	2 040,3	1 561,8	1 197,9	363,9	478,5	329,7	148,8	3 695,7	3 271,8	2 691,9	2 413,0	
Juli	7 867,6	15,6	2 049,3	1 569,4	1 209,5	359,9	479,9	332,5	147,4	3 722,3	3 299,7	2 716,2	2 415,5	
Aug.	7 840,0	15,5	2 059,4	1 574,0	1 220,8	353,2	485,3	340,0	145,3	3 726,2	3 301,6	2 716,9	2 421,1	
Sept.	7 829,3	15,8	2 042,0	1 547,5	1 200,0	347,6	494,5	348,7	145,8	3 728,0	3 301,1	2 716,7	2 426,3	
Okt.	7 856,5	16,5	2 082,1	1 584,2	1 240,4	343,8	497,9	352,0	145,9	3 727,4	3 302,2	2 716,0	2 431,7	
Nov.	7 940,1	15,9	2 106,9	1 613,7	1 275,3	338,4	493,2	347,0	146,2	3 751,3	3 319,2	2 733,8	2 446,0	
Dez.	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2016 Jan.	7 823,5	16,5	2 057,4	1 562,4	1 257,7	304,8	494,9	352,3	142,6	3 727,4	3 307,6	2 729,1	2 443,1	
Febr.	7 913,1	16,2	2 072,2	1 566,4	1 263,3	303,1	505,8	361,1	144,7	3 734,6	3 317,1	2 739,2	2 453,8	
März	7 783,4	17,5	2 039,2	1 547,2	1 243,5	303,7	492,0	347,9	144,1	3 736,0	3 316,8	2 742,1	2 458,5	
April	7 806,5	17,2	2 089,1	1 594,3	1 291,0	303,3	494,8	352,8	142,0	3 747,3	3 329,8	2 753,3	2 467,1	
Mai	7 817,2	18,7	2 070,3	1 587,2	1 284,7	302,4	483,1	342,8	140,4	3 759,2	3 334,1	2 762,8	2 476,2	
Juni	7 920,6	19,3	2 072,8	1 592,2	1 292,9	299,3	480,6	338,2	142,4	3 745,9	3 321,4	2 759,7	2 473,7	
Juli	7 942,1	19,7	2 086,0	1 604,7	1 308,1	296,6	481,2	341,4	139,8	3 758,8	3 333,6	2 766,6	2 479,7	
Aug.	7 908,5	19,7	2 086,1	1 611,7	1 317,0	294,7	474,4	336,0	138,5	3 758,4	3 335,4	2 774,3	2 486,3	
Sept.	7 863,9	21,0	2 074,5	1 634,9	1 343,9	292,5	438,2	300,7	137,5	3 766,0	3 343,0	2 785,6	2 497,3	
Okt.	7 868,7	22,8	2 079,5	1 641,2	1 349,4	291,8	438,3	301,6	136,7	3 773,0	3 350,1	2 793,8	2 502,6	
Veränderungen 3)														
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8	
2015	- 179,5	0,3	- 16,0	- 11,0	66,8	- 77,8	- 5,0	7,7	- 12,7	66,4	64,9	68,8	57,3	
2015 Febr.	- 70,0	- 0,0	- 11,8	- 4,8	- 2,5	- 2,2	- 7,0	- 1,2	- 5,8	10,6	12,1	5,8	8,3	
März	86,5	0,1	23,5	28,4	27,5	0,9	- 4,9	- 3,5	- 1,3	6,1	4,4	6,9	1,0	
April	- 63,9	0,6	- 14,1	- 18,8	- 13,9	- 4,9	4,7	5,7	- 1,0	11,3	11,9	3,2	- 0,2	
Mai	- 92,5	0,3	- 9,5	- 4,5	- 0,5	- 4,0	- 5,0	- 3,9	- 1,2	- 10,6	- 13,4	2,7	9,0	
Juni	- 191,7	- 1,1	- 55,0	- 20,9	- 11,2	- 9,8	- 34,0	- 31,0	- 3,0	- 7,8	- 5,9	- 0,8	6,7	
Juli	57,5	0,3	7,3	6,7	11,1	- 4,3	0,6	2,0	- 1,4	24,8	26,9	22,3	0,8	
Aug.	- 8,8	- 0,1	13,0	6,1	12,3	- 6,1	6,8	8,7	- 1,9	7,9	4,4	3,3	7,2	
Sept.	- 7,3	0,3	- 17,3	- 26,7	- 20,8	- 5,9	9,3	8,8	0,6	4,0	1,1	2,3	6,7	
Okt.	25,1	0,7	39,8	36,4	40,4	- 4,0	3,4	3,3	0,1	- 2,1	0,4	- 0,9	6,1	
Nov.	59,7	- 0,6	21,2	27,7	33,7	- 6,0	- 6,5	- 6,8	0,3	20,0	14,7	15,6	12,6	
Dez.	- 252,6	3,6	- 88,8	- 87,4	- 56,1	- 31,3	- 1,3	- 0,6	- 0,8	- 26,5	- 13,7	- 3,6	- 4,5	
2016 Jan.	169,4	- 3,1	45,1	39,8	39,9	- 0,1	5,3	7,3	- 2,0	12,0	7,7	4,3	4,4	
Febr.	94,5	- 0,3	16,6	5,2	6,3	- 1,1	11,4	9,1	2,3	8,8	10,5	11,1	11,4	
März	- 107,0	1,3	- 29,1	- 17,2	- 18,4	1,2	- 11,8	- 11,2	- 0,6	4,5	1,7	4,7	6,7	
April	31,0	- 0,3	49,9	47,2	47,6	- 0,4	2,7	4,8	- 2,1	13,0	14,4	12,6	9,9	
Mai	35,3	1,5	8,5	20,2	21,4	- 1,2	- 11,7	- 10,1	- 1,6	11,4	5,3	10,5	9,9	
Juni	108,2	0,7	3,7	5,6	8,2	- 2,6	- 1,9	- 4,2	2,3	- 10,4	- 11,4	- 1,7	- 1,2	
Juli	23,5	0,4	13,1	12,4	15,2	- 2,8	0,7	3,4	- 2,7	14,5	13,4	8,2	7,3	
Aug.	- 31,4	- 0,0	0,4	7,1	9,0	- 1,9	- 6,7	- 5,3	- 1,4	0,2	2,1	8,0	6,8	
Sept.	- 42,7	1,3	- 11,3	24,9	26,9	- 2,0	- 36,3	- 35,2	- 1,1	8,3	8,3	11,7	11,4	
Okt.	6,0	1,8	5,7	5,5	6,1	- 0,6	0,2	1,0	- 0,9	7,2	7,5	8,5	5,6	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
Privat-			öffentliche Haushalte			an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern					insgesamt	darunter Buchkredite		
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	Unternehmen und Privatpersonen	darunter Buchkredite	öffentliche Haushalte	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015	
285,2	588,8	336,7	252,1	423,2	273,3	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 180,2	2015 Jan.	
283,4	595,1	339,8	255,3	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 128,8	880,6	1 122,6	Febr.	
290,5	593,0	339,0	253,9	425,0	276,3	146,2	148,7	30,5	118,2	1 129,2	872,6	1 196,3	März	
293,3	601,3	347,6	253,7	423,5	275,6	148,0	147,8	30,9	117,0	1 145,0	890,4	1 101,9	April	
286,6	585,3	336,3	249,0	427,0	278,1	148,3	148,9	29,9	119,0	1 143,6	887,2	1 040,4	Mai	
278,9	579,9	332,5	247,4	423,9	275,2	144,1	148,7	30,0	118,7	1 110,5	851,9	937,6	Juni	
300,7	583,5	333,2	250,3	422,6	276,6	145,3	146,0	30,4	115,6	1 110,7	854,8	969,6	Juli	
295,8	584,7	330,3	254,4	424,6	278,9	146,2	145,7	30,1	115,5	1 097,3	843,1	941,6	Aug.	
290,4	584,3	330,1	254,2	426,9	279,2	146,0	147,7	30,0	117,8	1 094,7	841,4	948,8	Sept.	
284,3	586,1	333,2	252,9	425,2	278,4	146,7	146,8	30,8	116,1	1 090,1	833,3	940,4	Okt.	
287,8	585,4	329,5	255,9	432,0	285,5	148,6	146,6	30,0	116,6	1 075,0	813,3	991,0	Nov.	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	Dez.	
286,1	578,4	328,4	250,1	419,8	275,5	149,5	144,3	29,2	115,2	1 026,3	765,1	996,1	2016 Jan.	
285,4	578,0	328,0	249,9	417,4	274,6	153,0	142,8	29,5	113,4	1 031,4	767,7	1 058,7	Febr.	
283,6	574,7	327,8	246,9	419,2	273,3	149,1	145,9	29,3	116,6	992,1	727,7	998,5	März	
286,2	576,5	331,6	244,8	417,6	272,8	150,4	144,8	30,0	114,8	1 005,6	741,1	947,2	April	
286,6	571,3	329,5	241,9	425,1	280,0	153,3	145,1	28,9	116,2	1 012,9	750,5	956,2	Mai	
286,0	561,8	323,9	237,9	424,4	281,2	155,2	143,2	28,9	114,3	1 036,4	774,7	1 046,2	Juni	
286,8	567,0	327,0	240,0	425,2	284,2	159,3	141,0	28,9	112,1	1 041,7	785,1	1 036,0	Juli	
288,0	561,0	324,9	236,1	423,1	283,3	159,7	139,8	29,1	110,7	1 042,6	786,2	1 001,7	Aug.	
288,3	557,5	323,0	234,5	422,9	282,2	157,8	140,7	29,8	110,9	1 030,5	774,4	971,9	Sept.	
291,3	556,2	326,3	229,9	422,9	284,4	162,1	138,5	29,5	108,9	1 077,9	823,1	915,5	Okt.	
Veränderungen 3)														
65,4	28,4	16,9	11,5	37,8	42,3	40,4	4,5	1,6	6,1	40,3	7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	5,1	26,4	20,9	20,9	7,1	0,0	3,9	3,9	182,5	162,3	99,8	2009	
14,3	139,7	83,4	56,3	29,6	36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	74,1	61,9	46,3	2010	
18,0	74,0	59,1	14,9	16,6	13,8	5,5	2,7	8,0	10,7	39,5	34,9	112,9	2011	
11,8	10,7	10,5	21,2	0,2	0,7	1,5	0,5	2,2	2,7	15,5	17,7	62,2	2012	
2,0	7,0	10,9	3,9	3,0	3,4	9,3	0,5	2,6	3,1	38,8	47,2	420,8	2013	
15,5	12,3	15,1	2,9	15,1	0,4	4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014	
11,5	3,9	4,2	0,3	1,4	5,1	2,4	3,7	0,9	2,7	80,1	93,5	150,1	2015	
2,5	6,3	3,0	3,2	1,5	1,2	2,5	0,2	0,1	0,3	11,2	7,8	57,6	2015 Febr.	
5,8	2,4	0,9	1,5	1,6	2,8	0,3	1,2	0,7	0,4	17,0	24,3	73,7	März	
3,4	8,7	8,7	0,0	0,6	0,0	2,8	0,6	0,5	1,1	32,6	34,1	94,4	April	
6,3	16,1	11,4	4,6	2,7	1,8	0,3	1,0	1,0	1,9	11,1	12,2	61,5	Mai	
7,5	5,1	3,7	1,5	1,8	1,8	3,7	0,0	0,3	0,3	25,1	28,1	102,8	Juni	
21,5	4,6	1,8	2,8	2,1	0,6	0,8	2,7	0,4	3,0	7,0	3,9	32,0	Juli	
3,9	1,1	3,0	4,1	3,6	3,9	1,5	0,3	0,2	0,1	1,6	1,2	28,0	Aug.	
4,4	1,2	1,0	0,2	2,9	1,8	0,1	1,1	0,4	1,5	1,5	1,0	7,2	Sept.	
7,1	1,4	2,9	1,5	2,5	1,5	0,8	1,0	0,8	1,8	4,9	7,9	8,4	Okt.	
3,0	0,9	3,8	2,9	5,3	5,7	0,9	0,4	0,8	0,4	31,5	35,3	50,6	Nov.	
0,9	10,1	4,9	5,2	12,8	8,0	1,3	4,8	0,6	4,2	55,6	55,3	85,4	Dez.	
0,1	3,4	3,8	0,4	4,3	1,4	4,3	2,9	0,2	3,1	24,8	22,8	90,5	2016 Jan.	
0,3	0,7	0,4	0,2	1,6	0,2	3,7	1,4	0,3	1,8	5,8	3,0	63,5	Febr.	
1,9	3,0	0,2	2,9	2,8	0,3	2,8	3,1	0,2	3,3	23,5	25,4	60,2	März	
2,7	1,8	3,9	2,1	1,4	0,3	1,7	1,1	0,7	1,8	12,9	13,1	44,4	April	
0,6	5,2	2,3	2,9	6,1	5,7	1,4	0,4	1,0	1,4	1,0	3,7	13,0	Mai	
0,5	9,7	5,7	4,0	1,0	2,0	2,4	1,0	0,0	1,0	24,7	25,5	89,5	Juni	
0,8	5,3	3,1	2,2	1,0	3,2	4,4	2,2	0,0	2,1	6,6	11,8	11,1	Juli	
1,2	5,9	2,0	3,9	1,9	0,6	0,6	1,3	0,2	1,5	2,4	2,4	34,3	Aug.	
0,3	3,4	1,8	1,6	0,0	0,8	1,7	0,8	0,6	0,1	10,8	10,5	30,3	Sept.	
2,9	1,0	3,5	4,5	0,3	2,2	4,3	2,5	0,3	2,2	47,6	48,7	56,4	Okt.	

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-					
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen			täglich fällig
								darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3		
2015 Jan.	8 125,6	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 114,1	1 530,7	976,8	292,7	606,6	529,1	82,4	37,2		
2015 Febr.	8 061,5	1 368,7	1 134,4	234,3	3 220,8	3 126,5	1 543,4	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9		
2015 März	8 173,0	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,3	603,9	529,1	84,8	40,8		
2015 April	8 084,0	1 367,5	1 118,0	249,5	3 226,8	3 129,0	1 565,9	961,6	292,7	601,5	528,8	86,9	42,4		
2015 Mai	8 004,0	1 343,4	1 103,5	239,9	3 247,4	3 148,5	1 592,3	956,2	289,1	600,0	529,0	86,1	40,9		
2015 Juni	7 799,5	1 303,2	1 090,5	212,7	3 241,5	3 140,1	1 594,8	947,1	283,6	598,3	528,6	88,9	42,0		
2015 Juli	7 867,6	1 294,3	1 080,0	214,3	3 268,2	3 169,4	1 608,2	964,8	288,6	596,4	528,2	88,5	42,7		
2015 Aug.	7 840,0	1 281,1	1 072,9	208,1	3 279,0	3 182,1	1 625,2	961,8	286,7	595,1	528,5	86,5	41,3		
2015 Sept.	7 829,3	1 281,8	1 076,3	205,5	3 274,0	3 174,2	1 624,8	954,9	283,2	594,5	529,3	87,9	41,9		
2015 Okt.	7 856,5	1 295,4	1 096,9	198,5	3 283,6	3 187,7	1 650,4	942,7	278,9	594,6	530,6	85,1	39,5		
2015 Nov.	7 940,1	1 312,0	1 108,5	203,5	3 307,5	3 215,4	1 672,6	948,6	287,1	594,2	531,5	82,8	39,5		
2015 Dez.	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3		
2016 Jan.	7 823,5	1 266,8	1 066,5	200,3	3 322,6	3 225,5	1 686,6	942,9	286,9	596,0	535,4	85,3	41,5		
2016 Febr.	7 913,1	1 264,9	1 062,1	202,8	3 324,6	3 227,5	1 694,0	937,1	283,2	596,3	537,0	86,0	42,5		
2016 März	7 783,4	1 252,3	1 058,8	193,5	3 319,6	3 221,8	1 682,6	944,7	290,4	594,4	536,2	86,8	40,1		
2016 April	7 806,5	1 258,6	1 060,8	197,8	3 332,8	3 240,8	1 704,9	943,2	291,0	592,7	535,6	82,4	38,4		
2016 Mai	7 817,2	1 230,3	1 027,5	202,8	3 348,6	3 253,7	1 717,2	945,3	292,6	591,1	535,0	84,9	41,7		
2016 Juni	7 920,6	1 241,7	1 039,1	202,6	3 350,9	3 250,2	1 718,1	942,1	290,9	590,0	534,5	89,4	44,9		
2016 Juli	7 942,1	1 226,7	1 023,7	203,0	3 362,7	3 267,1	1 733,1	945,0	295,2	589,1	534,5	85,5	40,7		
2016 Aug.	7 908,5	1 211,5	1 016,5	195,0	3 369,5	3 274,0	1 744,5	941,2	292,8	588,4	534,6	85,5	40,4		
2016 Sept.	7 863,9	1 194,8	1 029,1	165,7	3 372,1	3 274,9	1 743,8	944,0	297,4	587,1	534,0	88,0	41,4		
2016 Okt.	7 868,7	1 186,8	1 025,4	161,3	3 378,8	3 286,5	1 763,9	936,0	288,5	586,6	534,3	83,7	37,1		
Veränderungen 4)															
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	- 0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	- 47,6	- 58,8	- 2,6	1,3	- 4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	- 2,6	3,3		
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0		
2015	- 179,5	- 61,1	- 49,6	- 11,5	104,9	105,5	153,7	- 36,9	- 10,0	- 11,3	4,2	- 0,2	0,3		
2015 Febr.	- 70,0	- 14,9	- 4,3	- 10,7	5,9	12,1	12,4	- 0,2	1,8	- 0,5	0,8	0,8	1,7		
2015 März	86,5	10,9	- 1,2	12,0	- 4,6	8,0	- 1,9	- 4,0	0,2	- 2,2	- 0,9	1,2	1,8		
2015 April	- 63,9	- 11,7	- 15,3	3,7	9,7	10,2	24,5	- 11,9	- 2,3	- 2,4	- 0,2	1,7	1,0		
2015 Mai	- 92,5	- 25,5	- 15,3	- 10,2	19,8	18,8	25,9	- 5,6	- 3,8	- 1,5	0,2	- 0,9	- 1,7		
2015 Juni	- 191,7	- 39,1	- 12,4	- 26,7	- 5,2	- 7,8	2,9	- 9,0	- 5,3	- 1,7	- 0,4	2,9	1,2		
2015 Juli	57,5	- 9,9	- 11,0	1,1	25,9	28,6	12,9	17,6	1,0	- 1,9	- 0,4	- 0,5	0,6		
2015 Aug.	- 8,8	- 11,6	- 6,1	- 5,5	11,9	13,6	17,7	- 2,8	- 1,8	- 1,3	0,3	- 1,8	- 1,3		
2015 Sept.	- 7,3	0,8	3,6	- 2,8	- 4,9	- 7,7	- 0,4	- 6,7	- 3,3	- 0,6	0,8	1,4	0,6		
2015 Okt.	25,1	13,7	20,6	- 7,0	9,5	13,5	25,6	- 12,2	- 4,3	0,1	1,3	- 2,8	- 2,5		
2015 Nov.	59,7	14,4	10,3	4,1	22,2	26,3	21,0	5,6	8,0	- 0,3	0,9	- 2,6	- 0,2		
2015 Dez.	- 252,6	- 42,5	- 41,5	- 1,0	1,0	0,9	- 1,4	0,1	4,5	2,2	3,0	- 1,8	- 4,1		
2016 Jan.	169,4	- 0,4	1,0	- 1,4	16,0	10,8	16,5	- 5,3	- 4,5	- 0,4	0,9	4,6	6,3		
2016 Febr.	94,5	- 0,5	- 3,3	2,7	4,3	4,2	7,4	- 3,5	- 1,8	0,3	1,6	0,7	1,0		
2016 März	- 107,0	- 10,1	- 1,9	- 8,3	- 3,2	- 4,6	- 10,1	7,4	7,0	- 1,9	- 0,8	1,1	- 2,3		
2016 April	31,0	6,3	2,0	4,3	13,1	18,9	22,2	- 1,5	0,6	- 1,8	- 0,7	- 4,5	- 1,6		
2016 Mai	35,3	- 1,4	- 5,7	4,2	14,8	12,0	11,7	- 1,8	1,4	- 1,5	- 0,6	2,4	3,2		
2016 Juni	108,2	13,0	12,4	0,6	2,2	- 3,0	1,0	- 2,9	- 1,5	- 1,1	- 0,4	3,9	3,2		
2016 Juli	23,5	- 14,9	- 15,4	0,5	11,9	17,1	15,1	- 2,9	4,3	- 0,9	- 0,1	- 3,9	- 4,2		
2016 Aug.	- 31,4	- 15,0	- 7,0	- 7,9	7,0	7,0	11,5	- 3,8	- 2,4	- 0,7	0,1	0,1	- 0,3		
2016 Sept.	- 42,7	- 16,5	- 12,7	- 29,2	2,7	1,0	- 0,6	2,9	4,6	- 1,2	- 0,5	2,5	1,1		
2016 Okt.	6,0	- 7,6	- 3,2	- 4,4	6,7	11,7	20,2	- 7,9	- 8,8	- 0,6	0,2	- 4,3	- 4,3		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern ²⁾				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile ³⁾	Begebene Schuldverschreibungen ³⁾		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen ¹⁾	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren ³⁾				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
41,8	15,5	3,4	2,7	18,0	12,7	6,8	3,5	1 103,7	44,2	614,3	543,2	1 256,2	2015 Jan.
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 104,3	44,7	610,1	557,4	1 188,7	Febr.
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 108,0	46,2	624,5	565,4	1 263,6	März
41,1	15,7	3,4	2,7	10,9	9,4	11,4	3,3	1 098,8	47,6	647,9	563,4	1 164,9	April
41,9	16,2	3,4	2,7	12,8	9,5	5,0	3,4	1 087,3	42,9	645,6	567,6	1 104,3	Mai
43,5	18,0	3,4	2,8	12,5	10,9	3,3	3,5	1 076,1	41,2	605,9	564,7	1 001,3	Juni
42,4	16,9	3,4	2,7	10,3	8,9	4,5	3,5	1 077,7	39,0	627,0	565,1	1 027,2	Juli
41,8	14,9	3,4	2,8	10,4	9,7	6,6	3,5	1 061,0	36,3	634,9	573,2	1 000,8	Aug.
42,6	14,8	3,4	2,7	12,0	10,5	7,0	4,1	1 060,5	43,6	606,7	577,1	1 018,1	Sept.
42,2	15,5	3,4	2,8	10,8	8,7	6,6	4,1	1 069,9	48,1	609,1	578,5	1 009,4	Okt.
40,0	14,3	3,4	2,8	9,3	7,8	6,1	3,9	1 075,9	50,6	599,6	574,7	1 060,4	Nov.
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	Dez.
40,4	15,0	3,3	2,7	11,8	8,4	2,8	3,8	1 021,1	49,5	583,5	566,5	1 056,5	2016 Jan.
40,1	14,9	3,3	2,7	11,2	8,5	4,2	3,7	1 020,2	51,2	595,3	579,5	1 120,8	Febr.
43,5	18,6	3,3	2,7	11,0	8,3	3,2	3,5	1 014,7	49,0	557,1	576,3	1 056,7	März
40,7	17,0	3,2	2,7	9,6	7,9	3,7	3,1	1 019,3	50,3	606,6	583,6	998,9	April
40,0	15,9	3,2	2,7	10,0	8,1	3,5	2,7	1 029,8	49,8	611,6	583,9	1 007,0	Mai
41,3	17,1	3,2	2,7	11,3	8,8	2,5	2,7	1 023,9	50,0	618,1	587,3	1 093,4	Juni
41,6	16,2	3,2	2,7	10,1	8,1	3,4	2,5	1 021,8	56,6	656,1	578,1	1 090,9	Juli
42,0	17,0	3,2	2,7	10,0	7,9	3,2	2,4	1 020,1	52,7	663,4	581,9	1 056,4	Aug.
43,4	17,9	3,1	2,7	9,2	8,1	2,9	2,5	1 011,1	51,9	655,7	596,9	1 028,0	Sept.
43,6	16,6	3,1	2,6	8,5	7,6	3,2	2,4	1 019,3	50,4	710,2	595,2	972,9	Okt.
Veränderungen ⁴⁾													
- 7,5	- 0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	- 50,2	- 0,1	- 39,3	- 56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	- 0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	- 1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014
- 0,0	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 0,9	- 0,0	- 80,5	9,3	- 26,6	28,0	- 143,3	2015
- 0,9	- 1,1	0,0	0,0	- 7,0	- 3,8	- 1,2	- 0,0	- 1,7	0,5	- 5,7	13,6	- 68,4	2015 Febr.
- 0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	- 0,0	- 6,5	1,2	6,4	5,4	75,3	März
0,7	1,1	0,0	0,0	- 2,2	0,2	3,8	- 0,2	0,4	1,7	31,8	0,6	- 98,3	April
0,7	0,5	0,0	0,0	1,9	0,1	- 6,4	0,1	- 16,7	- 4,9	- 7,1	2,8	- 59,4	Mai
1,6	1,8	0,0	0,0	- 0,3	1,5	- 1,6	0,1	- 7,2	- 1,6	- 36,0	- 1,8	- 100,8	Juni
- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	- 2,0	1,2	- 0,0	- 3,1	- 2,4	17,4	- 0,7	26,6	Juli
- 0,5	- 2,0	- 0,0	0,0	0,1	0,8	2,0	0,1	- 10,3	- 2,6	13,0	9,7	- 23,6	Aug.
0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	0,5	0,5	- 0,2	7,3	- 27,9	4,0	19,9	Sept.
- 0,3	0,7	- 0,0	0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,4	0,0	10,8	5,9	2,3	0,0	- 10,7	Okt.
- 2,4	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,1	- 4,0	2,3	- 16,8	- 6,7	51,2	Nov.
2,3	1,8	- 0,0	0,0	2,0	1,8	- 3,6	- 0,5	- 50,1	- 2,1	- 67,8	- 2,8	- 86,4	Dez.
- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,0	0,5	- 1,3	0,3	0,3	5,8	1,3	59,2	- 2,2	90,4	2016 Jan.
- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	0,1	1,4	- 0,1	- 1,1	1,6	11,6	13,2	65,7	Febr.
3,5	4,0	- 0,0	- 0,0	0,3	0,4	- 0,9	- 0,2	4,8	- 1,8	- 30,7	- 0,2	- 66,4	März
- 2,8	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,5	0,5	- 0,4	3,9	1,2	49,2	7,2	- 48,8	April
- 0,8	- 1,2	- 0,0	- 0,0	0,4	0,3	- 0,2	- 0,4	4,9	- 0,7	0,9	4,3	12,4	Mai
0,7	0,8	- 0,0	- 0,0	1,3	0,7	- 1,0	0,0	- 5,0	0,3	8,4	3,9	86,7	Juni
0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,7	0,9	- 0,2	- 1,2	6,6	38,6	- 8,9	- 2,7	Juli
0,4	0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 1,1	- 3,8	7,9	6,6	- 36,6	Aug.
1,5	0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,8	0,1	- 0,3	0,0	- 8,1	- 0,8	- 7,0	12,0	- 25,5	Sept.
0,1	- 1,3	- 0,1	- 0,0	- 0,7	- 0,5	0,3	- 0,1	9,2	- 0,5	54,5	- 2,6	- 54,5	Okt.

Zentralregierungen. ³⁾ In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. ⁴⁾ Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen ¹⁾

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme ¹⁾	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen ¹⁾
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2016 Mai	1 769	7 860,5	226,7	2 431,2	1 912,1	513,8	4 031,1	368,5	2 876,2	0,6	775,5	119,1	1 052,4
Juni	1 764	7 963,8	243,4	2 447,8	1 929,9	512,6	4 010,8	355,9	2 876,6	0,6	769,7	119,4	1 142,4
Juli	1 754	7 985,3	264,9	2 438,2	1 928,9	505,3	4 030,4	366,6	2 887,9	0,5	769,5	119,7	1 132,0
Aug.	1 749	7 951,8	273,2	2 429,6	1 923,8	502,0	4 031,3	360,2	2 900,7	0,5	763,4	120,0	1 097,7
Sept.	1 734	7 907,1	279,9	2 414,9	1 903,3	507,9	4 025,2	360,3	2 903,4	0,5	754,7	119,4	1 067,8
Okt.	1 720	7 911,9	293,3	2 449,4	1 940,5	505,4	4 039,2	370,5	2 912,3	0,5	750,1	118,8	1 011,2
Kreditbanken ⁶⁾													
2016 Sept.	267	3 186,9	178,4	978,6	891,1	87,3	1 184,9	182,3	757,7	0,3	240,8	57,0	788,0
Okt.	262	3 204,7	181,2	1 030,4	943,3	86,9	1 195,7	194,6	759,7	0,3	238,0	56,3	741,1
Großbanken ⁷⁾													
2016 Sept.	4	1 885,5	58,7	528,4	490,8	37,6	497,2	99,2	277,3	0,1	117,5	50,3	750,9
Okt.	4	1 896,8	61,1	579,0	541,8	37,1	503,1	108,4	278,3	0,1	114,0	49,7	703,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2016 Sept.	160	931,3	50,4	232,0	186,7	45,2	613,0	61,8	438,6	0,2	112,0	5,8	30,2
Okt.	156	940,8	56,5	230,7	185,2	45,4	617,6	63,8	440,5	0,2	112,9	5,7	30,3
Zweigstellen ausländischer Banken													
2016 Sept.	103	370,1	69,4	218,2	213,7	4,5	74,7	21,4	41,8	0,0	11,3	0,9	6,9
Okt.	102	367,1	63,5	220,8	216,4	4,4	75,0	22,5	41,0	0,0	11,2	0,9	6,9
Landesbanken													
2016 Sept.	9	935,9	14,9	281,2	212,0	68,9	503,3	56,8	359,2	0,1	86,2	10,9	125,7
Okt.	9	924,5	21,7	272,3	203,9	68,0	501,2	54,8	359,7	0,1	85,4	10,8	118,5
Sparkassen													
2016 Sept.	408	1 158,2	23,6	186,1	65,5	120,4	918,5	49,5	715,6	0,0	153,1	14,5	15,5
Okt.	408	1 162,4	26,1	186,3	66,0	120,2	920,1	49,4	717,6	0,0	152,8	14,5	15,5
Kreditgenossenschaften													
2016 Sept.	995	838,8	14,3	166,4	57,1	108,6	623,9	32,5	490,2	0,0	101,0	15,7	18,6
Okt.	986	842,1	14,4	167,5	58,4	108,5	626,3	32,2	492,7	0,1	101,2	15,8	18,1
Realkreditinstitute													
2016 Sept.	15	285,2	1,4	52,4	37,2	14,9	221,8	5,0	176,9	-	40,0	0,2	9,4
Okt.	15	281,6	1,1	50,2	35,4	14,5	220,8	5,4	176,2	-	39,1	0,2	9,4
Bausparkassen													
2016 Sept.	20	215,1	1,4	56,7	39,7	17,0	152,1	1,3	128,0	.	22,8	0,3	4,5
Okt.	20	215,5	1,4	57,0	40,1	16,9	152,4	1,3	128,1	.	22,9	0,3	4,4
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben <small>ab Juli 2016 einschließlich DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ Bank)</small>													
2016 Sept.	20	1 287,0	46,0	693,4	600,6	90,8	420,7	32,9	275,7	0,0	110,8	20,8	106,1
Okt.	20	1 281,1	47,5	685,7	593,4	90,5	422,8	32,7	278,2	0,0	110,7	20,8	104,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁸⁾													
2016 Sept.	138	1 072,0	97,6	407,7	364,5	43,2	461,3	65,5	282,6	0,2	109,8	4,4	100,9
Okt.	137	1 064,4	97,1	401,9	358,8	42,9	464,4	68,4	284,1	0,2	108,7	4,4	96,6
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁹⁾													
2016 Sept.	35	701,8	28,2	189,6	150,8	38,7	386,6	44,2	240,8	0,2	98,6	3,5	94,0
Okt.	35	697,4	33,6	181,1	142,5	38,5	389,5	46,0	243,1	0,2	97,5	3,5	89,7

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für „Bausparkassen“. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist						
Alle Bankengruppen															
1 691,4	531,5	1 159,8	3 502,4	1 852,5	294,6	693,4	58,2	599,8	542,3	62,2	1 132,7	480,6	1 053,4	2016 Mai	
1 717,7	550,2	1 167,4	3 495,4	1 855,4	285,8	694,0	48,7	598,6	541,8	61,7	1 125,6	485,3	1 139,9	2016 Juni	
1 729,0	548,3	1 180,6	3 519,6	1 866,2	299,0	695,6	60,7	597,6	541,7	61,3	1 113,0	486,6	1 137,1	2016 Juli	
1 717,1	535,9	1 181,1	3 530,4	1 875,8	302,4	694,7	65,0	596,8	541,7	60,7	1 116,8	484,9	1 102,6	2016 Aug.	
1 708,3	498,1	1 210,1	3 517,0	1 872,6	294,3	694,2	52,7	595,4	541,1	60,4	1 119,9	487,8	1 074,1	2016 Sept.	
1 717,7	535,7	1 182,0	3 561,0	1 914,2	294,8	697,2	70,9	594,8	541,3	60,0	1 126,4	487,8	1 019,0	2016 Okt.	
Kreditbanken 6)															
782,4	325,4	456,9	1 337,8	810,5	159,2	240,8	31,5	102,7	95,1	24,7	155,5	164,5	746,7	2016 Sept.	
798,1	366,3	431,8	1 381,8	844,3	167,4	243,4	50,6	101,9	94,4	24,8	160,1	164,4	700,3	2016 Okt.	
Großbanken 7)															
406,6	143,0	263,5	566,7	323,3	87,7	86,2	31,5	63,7	62,4	5,7	122,3	97,1	692,8	2016 Sept.	
424,5	180,6	243,9	602,5	350,0	97,8	85,6	50,6	63,3	62,0	5,8	127,3	97,1	645,5	2016 Okt.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
170,9	56,2	114,7	621,8	389,6	48,7	127,3	–	38,6	32,5	17,7	32,8	59,3	46,5	2016 Sept.	
174,3	54,7	119,5	627,8	393,9	47,2	130,8	0,0	38,1	32,2	17,8	32,4	59,3	47,1	2016 Okt.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
204,9	126,2	78,7	149,4	97,6	22,9	27,2	–	0,5	0,2	1,2	0,4	8,1	7,4	2016 Sept.	
199,4	131,0	68,4	151,5	100,3	22,4	27,1	–	0,5	0,2	1,3	0,4	8,0	7,8	2016 Okt.	
Landesbanken															
261,2	56,8	204,4	296,0	119,6	67,3	95,4	16,2	13,5	10,5	0,3	203,2	55,3	120,2	2016 Sept.	
259,0	63,0	196,0	294,4	121,6	62,0	96,9	15,8	13,5	10,5	0,4	202,5	55,3	113,3	2016 Okt.	
Sparkassen															
133,1	10,8	122,3	868,9	518,4	15,7	15,5	–	293,0	263,0	26,2	13,8	101,2	41,2	2016 Sept.	
131,7	9,3	122,5	873,6	524,0	15,4	15,5	–	293,0	263,5	25,7	13,8	101,2	42,2	2016 Okt.	
Kreditgenossenschaften															
105,6	2,7	102,9	624,3	382,0	32,9	16,3	–	185,8	172,0	7,5	7,9	68,8	32,1	2016 Sept.	
105,3	2,6	102,7	627,5	385,9	32,1	16,2	–	185,9	172,4	7,4	7,9	68,9	32,5	2016 Okt.	
Realkreditinstitute															
50,7	7,1	43,6	118,5	8,4	9,9	100,1	–	0,1	0,1	–	95,9	9,8	10,4	2016 Sept.	
50,4	5,5	44,9	117,5	8,6	9,5	99,4	–	0,1	0,1	–	93,5	9,8	10,4	2016 Okt.	
Bausparkassen															
21,2	3,9	17,3	166,5	1,1	1,0	164,0	–	0,3	0,3	0,2	2,6	10,2	14,5	2016 Sept.	
21,5	4,0	17,5	166,6	1,0	1,0	164,1	–	0,3	0,3	0,2	2,6	10,2	14,6	2016 Okt.	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
354,2	91,5	262,7	104,9	32,8	8,3	62,2	4,9	–	–	–	641,1	78,0	108,9	2016 Sept.	
351,7	85,1	266,7	99,5	28,8	7,4	61,8	4,5	–	–	–	646,1	78,0	105,8	2016 Okt.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
373,1	190,3	182,9	524,5	358,8	56,1	79,8	10,0	21,3	20,8	8,5	21,1	50,8	102,5	2016 Sept.	
362,3	192,6	169,7	531,7	366,5	54,8	80,6	10,8	21,3	20,7	8,5	21,7	50,7	98,1	2016 Okt.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
168,2	64,1	104,2	375,1	261,3	33,2	52,6	10,0	20,8	20,5	7,3	20,7	42,7	95,0	2016 Sept.	
162,9	61,6	101,3	380,2	266,2	32,4	53,5	10,8	20,8	20,5	7,2	21,3	42,7	90,3	2016 Okt.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2015 Mai	16,1	95,0	1 466,4	1 114,3	0,0	3,5	348,6	1,6	3 207,9	2 743,3	0,3	1,7	462,5
Juni	15,1	115,4	1 424,2	1 082,1	0,0	3,3	338,8	1,6	3 200,4	2 745,2	0,3	2,4	452,5
Juli	15,4	116,6	1 429,7	1 091,8	0,0	2,7	335,2	1,6	3 228,7	2 748,4	0,3	2,4	477,6
Aug.	15,2	133,6	1 418,0	1 086,8	0,0	2,1	329,1	1,6	3 230,9	2 751,1	0,3	1,9	477,5
Sept.	15,6	139,8	1 384,6	1 059,7	0,0	2,3	322,7	1,6	3 230,8	2 756,1	0,3	1,7	472,8
Okt.	16,2	140,0	1 421,3	1 100,0	0,0	2,1	319,1	1,6	3 232,0	2 764,6	0,3	1,5	465,6
Nov.	15,7	152,2	1 438,4	1 122,6	0,0	2,6	313,2	1,6	3 249,0	2 775,2	0,3	1,0	472,5
Dez.	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016 Jan.	16,2	170,9	1 368,7	1 086,0	0,0	2,0	280,8	1,6	3 238,7	2 771,0	0,4	0,7	466,5
Febr.	15,9	164,3	1 379,8	1 098,3	0,0	1,8	279,7	1,6	3 248,0	2 781,4	0,4	1,5	464,7
März	17,2	166,6	1 358,5	1 076,3	0,0	2,0	280,2	1,6	3 247,2	2 785,9	0,3	1,2	459,7
April	16,9	179,8	1 392,1	1 110,3	0,0	2,1	279,7	1,6	3 260,6	2 798,3	0,4	1,3	460,6
Mai	18,4	197,2	1 367,7	1 086,7	0,0	1,8	279,2	1,5	3 264,8	2 805,3	0,3	1,4	457,8
Juni	19,1	213,5	1 356,7	1 078,8	0,0	1,6	276,2	1,7	3 252,1	2 797,2	0,3	1,8	452,9
Juli	19,4	233,0	1 349,1	1 074,3	0,0	1,3	273,4	1,7	3 264,5	2 806,4	0,3	1,7	456,1
Aug.	19,4	240,9	1 348,1	1 075,2	0,0	1,2	271,7	1,7	3 265,9	2 810,9	0,3	1,3	453,5
Sept.	20,7	246,0	1 368,1	1 097,3	0,0	1,2	269,5	1,7	3 274,2	2 819,9	0,3	1,6	452,4
Okt.	22,6	258,7	1 360,3	1 090,2	0,0	1,4	268,7	1,7	3 281,0	2 828,6	0,2	1,6	450,6
Veränderungen *)													
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	- 80,7	- 4,3	- 0,0	- 0,4	- 75,9	- 0,1	+ 68,9	+ 54,1	- 0,0	- 0,3	+ 15,1
2015 Mai	+ 0,3	+ 3,3	- 7,2	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 4,3	- 0,1	- 13,1	- 1,5	- 0,0	+ 0,2	- 11,7
Juni	- 1,1	+ 20,4	- 42,1	- 32,1	- 0,0	- 0,2	- 9,8	+ 0,1	- 7,5	+ 1,9	- 0,0	+ 0,7	- 10,1
Juli	+ 0,3	+ 1,2	+ 5,5	+ 9,7	- 0,0	- 0,6	- 3,6	- 0,0	+ 28,3	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,1
Aug.	- 0,1	+ 17,0	- 12,4	- 5,6	+ 0,0	- 0,7	- 6,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,1
Sept.	+ 0,3	+ 6,3	- 33,3	- 27,1	-	+ 0,2	- 6,4	- 0,0	- 0,1	+ 4,9	+ 0,0	- 0,3	- 4,7
Okt.	+ 0,7	+ 0,1	+ 36,6	+ 40,3	- 0,0	- 0,2	- 3,5	- 0,0	+ 1,2	+ 8,5	+ 0,0	- 0,1	- 7,2
Nov.	- 0,6	+ 12,3	+ 17,3	+ 22,7	-	+ 0,5	- 5,9	+ 0,0	+ 16,7	+ 10,3	- 0,0	- 0,5	+ 6,9
Dez.	+ 3,6	+ 2,8	- 91,8	- 59,9	-	- 0,9	- 31,0	+ 0,1	- 15,1	- 11,1	+ 0,1	- 0,6	- 3,5
2016 Jan.	- 3,1	+ 15,9	+ 22,2	+ 23,4	-	+ 0,3	- 1,5	- 0,0	+ 4,5	+ 6,7	- 0,0	+ 0,3	- 2,4
Febr.	- 0,3	- 6,5	+ 11,9	+ 13,1	-	- 0,2	- 1,0	- 0,0	+ 9,6	+ 10,6	- 0,1	+ 0,8	- 1,7
März	+ 1,3	+ 2,3	- 21,3	- 22,1	-	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,0	- 0,8	+ 4,5	- 0,0	- 0,3	- 5,0
April	- 0,3	+ 13,2	+ 33,6	+ 34,0	-	+ 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 13,3	+ 12,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,8
Mai	+ 1,5	+ 17,4	+ 3,9	+ 4,8	-	- 0,4	- 0,5	- 0,0	+ 5,7	+ 8,4	- 0,1	+ 0,1	- 2,7
Juni	+ 0,7	+ 16,4	- 10,9	- 7,8	-	- 0,1	- 3,0	+ 0,2	- 11,9	- 7,3	- 0,0	+ 0,4	- 5,0
Juli	+ 0,4	+ 19,4	- 7,6	- 4,5	-	- 0,3	- 2,8	- 0,1	+ 13,3	+ 10,2	- 0,0	- 0,0	+ 3,2
Aug.	- 0,0	+ 7,9	- 1,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 1,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 4,6	+ 0,0	- 0,4	- 2,6
Sept.	+ 1,3	+ 5,1	+ 20,0	+ 22,1	-	+ 0,0	- 2,1	- 0,0	+ 8,2	+ 9,1	- 0,0	+ 0,3	- 1,1
Okt.	+ 1,8	+ 12,7	- 7,3	- 6,6	-	+ 0,1	- 0,8	- 0,0	+ 7,0	+ 8,6	- 0,0	+ 0,0	- 1,6

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	25,7	92,8	1 103,0	164,4	938,6	0,0	11,1	3 158,8	1 597,3	900,5	600,0	61,0	30,2	2015 Mai
-	25,3	92,5	1 090,2	161,7	928,4	0,0	11,1	3 151,7	1 600,1	892,9	598,3	60,4	29,6	2015 Juni
-	25,0	92,4	1 079,0	152,5	926,5	0,0	10,8	3 179,3	1 612,9	910,4	596,4	59,5	29,5	2015 Juli
-	25,0	92,1	1 072,5	149,0	923,4	0,0	10,8	3 193,8	1 630,7	909,1	595,2	58,8	29,5	2015 Aug.
-	24,9	92,0	1 076,0	153,1	922,9	0,0	10,8	3 186,8	1 630,7	903,5	594,6	58,1	29,5	2015 Sept.
-	24,7	91,9	1 096,4	150,5	945,8	0,0	10,6	3 197,7	1 655,5	890,2	594,6	57,5	29,5	2015 Okt.
-	24,5	92,0	1 108,0	158,2	949,7	0,0	10,5	3 224,8	1 676,9	896,7	594,3	56,8	29,5	2015 Nov.
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015 Dez.
-	20,3	90,0	1 066,1	145,0	921,1	0,0	6,0	3 233,8	1 689,6	893,3	596,1	54,8	29,3	2016 Jan.
-	20,2	89,8	1 061,7	151,8	909,9	0,0	5,9	3 236,2	1 697,4	887,8	596,4	54,6	29,3	2016 Febr.
-	19,9	90,3	1 058,6	147,9	910,7	0,0	5,9	3 231,2	1 687,4	894,9	594,5	54,4	29,1	2016 März
-	19,8	89,8	1 060,2	149,7	910,4	0,0	5,9	3 249,8	1 709,6	893,5	592,7	54,0	29,0	2016 April
-	19,7	89,9	1 026,8	142,0	884,7	0,0	5,8	3 262,7	1 721,8	896,1	591,2	53,7	29,0	2016 Mai
-	19,6	89,9	1 038,6	152,5	886,0	0,0	6,0	3 259,9	1 722,6	894,1	590,0	53,1	28,7	2016 Juni
-	19,5	90,1	1 022,8	140,0	882,7	0,0	5,9	3 275,7	1 737,1	896,8	589,1	52,7	28,6	2016 Juli
-	19,4	90,3	1 015,7	137,3	878,3	0,0	5,9	3 282,1	1 748,5	893,1	588,4	52,2	28,7	2016 Aug.
-	19,3	89,8	1 028,7	132,1	896,6	0,0	5,8	3 283,7	1 748,1	896,6	587,2	51,8	28,6	2016 Sept.
-	19,1	89,7	1 025,1	137,1	887,9	0,0	5,7	3 294,7	1 768,0	888,8	586,6	51,3	28,6	2016 Okt.
Veränderungen *)														
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 0,1	+ 0,3	- 14,4	+ 1,0	- 15,4	+ 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 1,5	- 0,9	- 0,1	2015 Mai
-	- 0,3	- 0,3	- 12,9	- 2,8	- 10,1	- 0,0	- 0,1	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 1,7	- 0,6	- 0,5	2015 Juni
-	- 0,3	- 0,2	- 11,1	- 9,2	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 1,9	- 1,1	- 0,1	2015 Juli
-	- 0,1	- 0,3	- 7,1	- 3,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,0	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	2015 Aug.
-	- 0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	2015 Sept.
-	- 0,2	- 0,1	+ 20,3	- 2,6	+ 22,9	+ 0,0	- 0,2	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	2015 Okt.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 11,6	+ 7,7	+ 3,9	+ 0,0	- 0,1	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	- 0,3	- 0,6	- 0,0	2015 Nov.
-	- 0,1	- 2,0	- 42,4	- 27,1	- 15,2	-	- 0,1	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	2015 Dez.
-	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 13,9	- 13,4	- 0,0	- 0,1	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	2016 Jan.
-	- 0,1	- 0,2	- 3,1	+ 7,0	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	2016 Febr.
-	- 0,3	+ 0,5	- 3,2	- 4,0	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	- 1,9	- 0,2	- 0,2	2016 März
-	- 0,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,9	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 1,8	- 0,5	- 0,1	2016 April
-	- 0,1	+ 0,1	- 5,1	- 2,9	- 2,2	+ 0,0	- 0,0	+ 12,9	+ 12,2	+ 2,5	- 1,5	- 0,3	- 0,0	2016 Mai
-	- 0,1	+ 0,0	+ 12,8	+ 10,8	+ 2,0	-	+ 0,2	- 2,5	+ 0,9	- 1,7	- 1,1	- 0,5	- 0,3	2016 Juni
-	- 0,1	- 0,0	- 15,8	- 12,5	- 3,3	-	- 0,1	+ 15,8	+ 14,5	+ 2,7	- 0,9	- 0,5	- 0,0	2016 Juli
-	- 0,1	+ 0,2	- 7,1	- 2,7	- 4,4	-	- 0,0	+ 6,4	+ 11,4	- 3,8	- 0,7	- 0,5	+ 0,0	2016 Aug.
-	- 0,1	- 0,5	+ 13,0	- 5,3	+ 18,3	-	- 0,1	+ 1,6	- 0,4	+ 3,6	- 1,2	- 0,3	- 0,0	2016 Sept.
-	- 0,2	+ 0,1	- 3,2	+ 1,5	- 4,7	+ 0,0	- 0,1	+ 11,0	+ 20,0	- 7,9	- 0,6	- 0,5	- 0,0	2016 Okt.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen
Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im
Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-
schuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2015 Mai	0,3	1 189,7	948,9	665,0	284,0	9,1	231,7	1,1	787,3	459,0	127,1	331,8	6,3	322,0
Juni	0,3	1 142,5	903,1	617,1	286,0	8,1	231,3	1,1	765,7	435,1	104,4	330,7	7,5	323,1
Juli	0,3	1 149,0	911,5	625,0	286,5	6,6	230,9	1,1	760,0	433,4	103,3	330,1	5,0	321,6
Aug.	0,3	1 140,9	904,7	619,3	285,3	6,1	230,2	1,1	761,5	435,8	106,9	328,8	5,8	319,9
Sept.	0,3	1 152,8	914,7	627,4	287,4	4,4	233,7	1,1	760,7	434,9	106,6	328,3	6,0	319,8
Okt.	0,3	1 138,7	900,4	617,1	283,4	2,9	235,3	1,1	772,2	446,5	116,4	330,1	6,1	319,6
Nov.	0,3	1 112,9	873,2	598,4	274,8	2,8	237,0	1,1	784,8	450,0	103,7	346,4	6,9	327,9
Dez.	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016 Jan.	0,3	1 080,5	844,9	570,2	274,8	1,9	233,6	1,0	766,7	440,2	101,3	338,8	8,9	317,6
Febr.	0,3	1 095,3	854,5	580,2	274,3	3,1	237,8	1,0	765,9	445,3	102,6	342,7	10,2	310,3
März	0,3	1 057,4	816,6	551,7	264,9	3,0	237,8	1,0	754,4	427,1	87,9	339,2	9,1	318,2
April	0,3	1 064,5	824,2	559,7	264,5	3,3	237,1	1,0	762,5	440,0	99,9	340,0	9,4	313,1
Mai	0,3	1 063,5	825,4	554,4	271,0	3,5	234,6	1,0	766,3	439,7	94,3	345,4	8,9	317,7
Juni	0,3	1 091,2	851,1	580,7	270,4	3,6	236,4	1,0	758,7	435,5	89,4	346,1	6,4	316,8
Juli	0,3	1 089,1	854,6	586,5	268,0	2,7	231,9	1,0	766,0	448,5	100,1	348,4	4,1	313,4
Aug.	0,3	1 081,5	848,6	577,9	270,7	2,5	230,4	1,0	765,4	450,3	99,9	350,4	5,1	310,0
Sept.	0,3	1 046,8	806,0	535,5	270,5	2,5	238,4	1,0	751,0	444,0	93,6	350,4	4,7	302,3
Okt.	0,3	1 089,1	850,4	571,3	279,0	2,1	236,7	1,0	758,2	454,5	102,9	351,6	4,2	299,4
Veränderungen *)														
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2015 Mai	+ 0,0	- 17,8	- 17,3	- 15,2	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	+ 0,2	+ 2,9
Juni	+ 0,0	- 41,3	- 40,1	- 44,0	+ 4,0	- 0,9	- 0,3	- 0,0	- 18,3	- 21,2	- 20,7	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7
Juli	+ 0,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,5	-	- 9,1	- 4,4	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,2
Aug.	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 0,7
Sept.	+ 0,0	+ 14,0	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,2	- 1,7	+ 3,6	- 0,0	- 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,0
Okt.	+ 0,0	- 20,2	- 20,2	- 13,9	- 6,3	- 1,5	+ 1,5	+ 0,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,9
Nov.	+ 0,0	- 38,2	- 39,4	- 25,9	- 13,5	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 4,9	- 2,7	- 5,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 6,8
Dez.	- 0,0	- 36,7	- 33,4	- 37,5	+ 4,1	- 1,6	- 1,7	- 0,1	- 27,1	- 20,7	- 18,9	- 1,9	+ 0,8	- 7,2
2016 Jan.	- 0,0	+ 16,1	+ 16,8	+ 15,6	+ 1,2	+ 0,7	- 1,4	+ 0,0	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,6	- 0,4	+ 1,3	- 1,3
Febr.	+ 0,0	+ 14,9	+ 9,6	+ 10,3	- 0,7	+ 1,1	+ 4,2	+ 0,0	- 0,2	+ 5,8	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,1	- 7,1
März	- 0,0	- 26,3	- 26,5	- 22,8	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 12,2	- 13,6	+ 1,3	- 0,9	+ 9,3
April	- 0,0	+ 6,6	+ 7,0	+ 7,6	- 0,5	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	+ 7,5	+ 12,7	+ 11,9	+ 0,7	+ 0,1	- 5,3
Mai	+ 0,0	- 5,7	- 3,3	- 7,9	+ 4,6	+ 0,2	- 2,6	+ 0,0	+ 0,8	- 2,7	- 4,6	+ 1,9	- 0,4	+ 3,9
Juni	+ 0,0	+ 28,8	+ 26,7	+ 26,9	- 0,3	+ 0,1	+ 2,0	- 0,0	- 5,5	- 2,8	- 4,3	+ 1,4	- 2,8	+ 0,1
Juli	- 0,0	- 1,0	+ 4,4	+ 6,2	- 1,9	- 1,0	- 4,5	+ 0,0	+ 8,0	+ 13,6	+ 10,9	+ 2,7	- 2,3	- 3,3
Aug.	+ 0,0	- 6,7	- 5,0	- 8,1	+ 3,0	- 0,2	- 1,5	+ 0,0	- 0,2	+ 2,2	- 0,1	+ 2,3	+ 1,0	- 3,3
Sept.	- 0,0	- 44,3	- 42,2	- 42,1	- 0,1	- 0,0	- 2,1	+ 0,0	- 3,2	- 5,3	- 6,1	+ 0,8	- 0,4	+ 2,5
Okt.	- 0,0	+ 38,4	+ 40,6	+ 34,1	+ 6,5	- 0,3	- 1,8	- 0,0	+ 5,4	+ 9,0	+ 9,1	- 0,1	- 0,5	- 3,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015	
13,8	36,8	714,0	357,6	356,4	270,8	85,7	0,1	265,4	142,7	122,7	70,8	51,9	0,9	2015 Mai	
13,6	36,4	671,4	331,2	340,2	256,3	83,9	0,1	240,5	127,7	112,8	61,6	51,2	0,9	Juni	
13,6	35,3	690,6	342,8	347,7	266,7	81,0	0,1	244,4	131,9	112,5	62,0	50,5	0,9	Juli	
13,7	35,2	681,5	334,5	347,0	264,5	82,5	0,1	253,6	135,3	118,3	65,9	52,4	0,9	Aug.	
13,7	35,2	672,0	346,4	325,5	244,3	81,2	0,1	234,5	128,3	106,3	53,2	53,1	0,9	Sept.	
13,5	35,2	656,9	362,9	294,0	212,7	81,3	0,1	243,4	134,6	108,8	56,6	52,3	0,8	Okt.	
13,6	34,8	649,0	373,8	275,2	190,5	84,6	0,1	243,2	136,3	106,9	55,7	51,2	0,8	Nov.	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	Dez.	
13,2	29,6	637,8	352,2	285,7	201,3	84,3	0,1	237,7	129,1	108,6	60,5	48,2	0,8	2016 Jan.	
13,2	29,0	644,4	357,8	286,6	201,8	84,8	0,1	246,4	137,2	109,2	61,8	47,5	0,8	Febr.	
13,3	28,9	623,4	349,6	273,8	192,0	81,8	0,0	218,8	119,8	99,0	52,9	46,1	0,8	März	
13,3	28,9	658,0	344,2	313,8	234,1	79,6	0,0	233,6	126,9	106,7	62,0	44,8	0,8	April	
13,3	28,9	664,6	389,5	275,1	195,6	79,5	0,0	239,7	130,6	109,0	64,2	44,8	0,7	Mai	
13,1	29,2	679,1	397,7	281,4	203,4	77,9	0,0	235,5	132,8	102,7	57,2	45,5	0,7	Juni	
13,1	29,4	706,1	408,3	297,8	217,9	80,0	0,0	244,0	129,1	114,9	68,2	46,6	0,7	Juli	
13,1	29,4	701,3	398,5	302,8	220,1	82,7	0,0	248,3	127,3	121,0	74,9	46,1	0,7	Aug.	
13,1	29,4	679,5	366,0	313,5	231,3	82,2	0,0	233,3	124,6	108,7	62,0	46,7	0,7	Sept.	
13,2	28,8	692,7	398,6	294,1	211,9	82,2	0,0	266,3	146,2	120,1	72,0	48,1	0,7	Okt.	
Veränderungen *)															
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	+ 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015	
+ 0,0	+ 0,1	- 20,1	+ 8,0	- 28,1	- 28,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 4,8	+ 3,9	+ 8,2	- 4,3	- 0,0	2015 Mai	
- 0,2	- 0,3	- 39,2	- 25,0	- 14,1	- 12,8	- 1,3	- 0,0	- 23,9	- 14,5	- 9,3	- 8,9	- 0,5	+ 0,0	Juni	
+ 0,0	- 1,2	+ 16,0	+ 10,6	+ 5,4	+ 8,7	- 3,3	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 0,0	Juli	
+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 6,7	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	- 0,0	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,2	- 0,0	Aug.	
+ 0,1	+ 0,0	- 9,5	+ 12,0	- 21,5	- 20,1	- 1,4	- 0,0	- 18,9	- 7,0	- 11,9	- 12,6	+ 0,7	+ 0,0	Sept.	
- 0,2	- 0,1	- 18,2	+ 15,2	- 33,4	- 33,1	- 0,3	- 0,0	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,0	+ 3,1	- 1,1	- 0,2	Okt.	
+ 0,1	- 0,5	- 14,3	+ 8,4	- 22,7	- 25,2	+ 2,5	- 0,0	- 2,3	+ 0,6	- 2,9	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	Nov.	
- 0,2	- 4,3	- 32,0	- 48,3	+ 16,4	+ 15,5	+ 0,8	- 0,0	- 40,4	- 32,6	- 7,9	- 6,0	- 1,9	- 0,1	Dez.	
+ 0,1	- 0,9	+ 27,6	+ 29,5	- 1,9	- 1,6	- 0,2	- 0,0	+ 36,9	+ 26,4	+ 10,6	+ 11,2	- 0,6	+ 0,1	2016 Jan.	
+ 0,0	- 0,4	+ 6,2	+ 5,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	+ 8,9	+ 8,3	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 0,0	Febr.	
+ 0,0	- 0,0	- 14,0	- 5,4	- 8,6	- 6,7	- 2,0	- 0,0	- 25,6	- 16,5	- 9,1	- 7,9	- 1,2	+ 0,0	März	
+ 0,0	- 0,0	+ 34,2	- 5,7	+ 39,9	+ 40,6	- 0,7	- 0,0	+ 14,7	+ 7,1	+ 7,6	+ 9,1	- 1,4	- 0,0	April	
+ 0,0	+ 0,0	+ 2,8	+ 44,1	- 41,3	- 40,6	- 0,7	+ 0,0	+ 5,0	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,9	- 0,2	- 0,1	Mai	
- 0,2	+ 0,3	+ 16,8	+ 9,4	+ 7,4	+ 7,8	- 0,4	- 0,0	- 4,5	+ 2,2	- 6,8	- 7,3	+ 0,5	+ 0,0	Juni	
+ 0,0	+ 0,4	+ 27,8	+ 11,0	+ 16,8	+ 14,7	+ 2,1	- 0,0	+ 8,5	- 3,8	+ 12,3	+ 11,5	+ 0,8	- 0,0	Juli	
+ 0,0	+ 0,0	- 4,3	- 9,5	+ 5,2	+ 2,4	+ 2,8	- 0,0	+ 4,5	- 1,7	+ 6,2	+ 6,7	- 0,5	- 0,1	Aug.	
+ 0,0	- 0,0	- 21,2	- 32,3	+ 11,1	+ 11,6	- 0,5	- 0,0	- 14,8	- 2,7	- 12,1	- 12,7	+ 0,7	- 0,0	Sept.	
+ 0,1	- 0,6	+ 11,1	+ 31,7	- 20,5	- 20,1	- 0,4	- 0,0	+ 32,5	+ 21,4	+ 11,2	+ 9,8	+ 1,3	+ 0,1	Okt.	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapier(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige				
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-			
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel			zu-		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8			
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3			
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8			
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7			
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6			
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9			
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9			
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6			
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8			
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4			
2015 Mai	3 207,9	2 743,6	272,4	215,8	214,7	1,1	56,6	55,9	0,7	2 935,5	2 407,1			
Juni	3 200,4	2 745,5	279,2	223,8	222,5	1,3	55,4	54,3	1,1	2 921,2	2 397,0			
Juli	3 228,7	2 748,7	273,0	215,4	214,0	1,3	57,6	56,5	1,1	2 955,7	2 430,2			
Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5			
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4			
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,8			
Nov.	3 249,0	2 775,5	264,2	212,9	212,3	0,6	51,3	50,9	0,4	2 984,8	2 451,1			
Dez.	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4			
2016 Jan.	3 238,7	2 771,4	259,0	208,1	207,7	0,4	50,9	50,5	0,3	2 979,7	2 452,5			
Febr.	3 248,0	2 781,8	266,3	214,3	213,6	0,7	52,0	51,2	0,8	2 981,7	2 456,1			
März	3 247,2	2 786,3	271,4	218,7	217,9	0,8	52,6	52,2	0,4	2 975,9	2 454,1			
April	3 260,6	2 798,7	273,9	217,9	217,2	0,8	56,0	55,5	0,5	2 986,6	2 466,5			
Mai	3 264,8	2 805,6	276,1	221,2	220,4	0,8	55,0	54,4	0,6	2 988,7	2 472,7			
Juni	3 252,1	2 797,5	268,8	217,8	216,8	1,1	51,0	50,3	0,7	2 983,3	2 472,8			
Juli	3 264,5	2 806,6	268,8	213,8	212,9	1,0	55,0	54,2	0,7	2 995,6	2 483,9			
Aug.	3 265,9	2 811,2	262,2	208,1	207,5	0,6	54,1	53,4	0,7	3 003,8	2 497,1			
Sept.	3 274,2	2 820,2	268,7	214,2	213,7	0,5	54,5	53,4	1,1	3 005,4	2 502,7			
Okt.	3 281,0	2 828,8	269,7	212,6	212,0	0,6	57,1	56,1	1,0	3 011,3	2 512,5			
	Veränderungen *)													
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1			
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4			
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6			
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9			
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4			
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9			
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6			
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5			
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9			
2015 Mai	- 13,1	- 1,6	- 11,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 10,9	+ 0,1	- 1,6	+ 3,8			
Juni	- 7,5	+ 1,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 14,3	- 10,1			
Juli	+ 28,3	+ 3,1	- 6,2	- 8,4	- 8,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 34,4	+ 31,9			
Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6			
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4			
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,1	+ 5,7			
Nov.	+ 16,7	+ 10,3	- 0,9	+ 3,4	+ 3,5	- 0,1	- 4,3	- 3,9	- 0,4	+ 17,6	+ 14,1			
Dez.	- 15,1	- 11,0	- 8,6	- 5,1	- 4,7	- 0,4	- 3,5	- 3,3	- 0,2	- 6,5	+ 0,3			
2016 Jan.	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1			
Febr.	+ 9,6	+ 10,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,6			
März	- 0,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 6,0	- 2,2			
April	+ 13,3	+ 12,4	+ 2,6	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 10,7	+ 12,3			
Mai	+ 5,7	+ 8,3	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,0	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 3,5	+ 7,7			
Juni	- 11,9	- 7,3	- 6,5	- 2,5	- 2,8	+ 0,3	- 4,0	- 4,1	+ 0,1	- 5,4	+ 0,2			
Juli	+ 13,3	+ 10,2	+ 0,1	- 3,9	- 3,8	- 0,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 0,1	+ 13,3	+ 12,0			
Aug.	+ 1,5	+ 4,6	- 6,7	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 0,9	- 0,8	- 0,1	+ 8,2	+ 13,2			
Sept.	+ 8,2	+ 9,0	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,4	+ 1,6	+ 5,5			
Okt.	+ 7,0	+ 8,6	+ 1,1	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,7	- 0,1	+ 5,8	+ 9,5			

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 192,6	253,2	1 939,4	214,5	23,6	528,4	280,4	29,5	250,9	248,0	–	2,1	2015 Mai	
2 190,5	251,5	1 939,0	206,5	23,3	524,2	278,3	28,7	249,5	246,0	–	2,0	2015 Juni	
2 201,5	250,8	1 950,6	228,7	23,0	525,5	276,6	28,5	248,2	248,9	–	2,0	2015 Juli	
2 208,2	251,0	1 957,2	224,4	22,9	528,9	275,7	28,2	247,6	253,1	–	2,0	2015 Aug.	
2 208,7	251,2	1 957,4	219,7	22,9	530,6	277,5	29,3	248,2	253,1	–	2,0	2015 Sept.	
2 220,0	253,2	1 966,8	213,8	22,7	530,2	278,5	29,3	249,2	251,8	–	2,0	2015 Okt.	
2 233,7	256,1	1 977,6	217,4	22,5	533,8	278,6	28,1	250,5	255,1	–	2,0	2015 Nov.	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015 Dez.	
2 235,3	257,1	1 978,3	217,2	18,2	527,2	277,8	27,7	250,1	249,4	–	2,1	2016 Jan.	
2 240,2	257,4	1 982,8	215,9	18,0	525,6	276,8	27,7	249,1	248,8	–	2,1	2016 Febr.	
2 240,5	257,3	1 983,2	213,5	17,9	521,8	275,6	27,5	248,1	246,2	–	2,0	2016 März	
2 249,9	258,6	1 991,3	216,6	17,8	520,1	276,1	27,5	248,7	244,0	–	2,0	2016 April	
2 255,8	258,0	1 997,8	216,9	17,7	516,0	275,1	27,1	247,9	240,9	–	2,0	2016 Mai	
2 256,9	258,7	1 998,2	216,0	17,8	510,4	273,5	26,9	246,6	236,9	–	1,8	2016 Juni	
2 266,8	258,5	2 008,2	217,1	17,7	511,7	272,7	25,9	246,8	239,0	–	1,8	2016 Juli	
2 278,8	260,6	2 018,1	218,4	17,6	506,6	271,5	25,9	245,6	235,1	–	1,8	2016 Aug.	
2 283,5	261,0	2 022,5	219,3	17,5	502,7	269,6	25,4	244,2	233,1	–	1,8	2016 Sept.	
2 290,5	261,5	2 029,0	222,0	17,3	498,8	270,2	24,4	245,7	228,7	–	1,8	2016 Okt.	
Veränderungen *)													
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 10,6	+ 2,8	+ 7,8	– 6,8	– 0,1	– 5,5	– 0,5	– 0,1	– 0,5	– 4,9	–	– 0,0	2015 Mai	
– 2,1	– 1,7	– 0,4	– 8,0	– 0,3	– 4,2	– 2,1	– 0,7	– 1,4	– 2,0	–	– 0,1	2015 Juni	
+ 9,7	– 0,7	+ 10,4	+ 22,2	– 0,3	+ 2,5	– 0,4	– 0,2	– 0,2	+ 2,9	–	– 0,0	2015 Juli	
+ 6,9	+ 0,1	+ 6,8	– 4,3	– 0,1	+ 3,1	– 1,1	– 0,3	– 0,8	+ 4,3	–	– 0,0	2015 Aug.	
+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	– 4,7	– 0,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	– 0,1	–	– 0,0	2015 Sept.	
+ 11,6	+ 1,9	+ 9,7	– 5,9	– 0,1	– 0,7	+ 0,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,3	–	– 0,0	2015 Okt.	
+ 10,5	+ 2,0	+ 8,6	+ 3,6	– 0,2	+ 3,5	+ 0,2	– 1,1	+ 1,3	+ 3,4	–	–	2015 Nov.	
– 1,3	– 0,1	– 1,2	+ 1,6	– 0,2	– 6,8	– 1,7	– 0,2	– 1,5	– 5,1	–	+ 0,1	2015 Dez.	
+ 3,0	+ 0,4	+ 2,5	– 1,8	– 0,1	+ 0,2	+ 0,9	– 0,2	+ 1,1	– 0,6	–	+ 0,0	2016 Jan.	
+ 4,8	+ 1,0	+ 3,7	– 1,1	– 0,1	– 1,7	– 1,1	– 0,0	– 1,0	– 0,6	–	+ 0,0	2016 Febr.	
+ 0,2	– 0,1	+ 0,2	– 2,4	– 0,2	– 3,8	– 1,2	– 0,2	– 1,0	– 2,6	–	– 0,1	2016 März	
+ 9,2	+ 1,2	+ 8,0	+ 3,0	– 0,0	– 1,6	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 2,2	–	– 0,0	2016 April	
+ 7,4	+ 0,8	+ 6,6	+ 0,3	– 0,1	– 4,2	– 1,1	– 0,4	– 0,8	– 3,1	–	– 0,0	2016 Mai	
+ 1,2	+ 0,7	+ 0,5	– 0,9	+ 0,1	– 5,6	– 1,6	– 0,2	– 1,4	– 4,0	–	– 0,2	2016 Juni	
+ 10,8	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,1	– 0,1	+ 1,3	– 0,8	– 1,0	+ 0,2	+ 2,1	–	– 0,0	2016 Juli	
+ 12,0	+ 2,1	+ 9,9	+ 1,3	– 0,1	– 5,1	– 1,2	– 0,0	– 1,2	– 3,9	–	– 0,0	2016 Aug.	
+ 4,6	+ 0,3	+ 4,2	+ 0,9	– 0,1	– 3,8	– 1,8	– 0,5	– 1,3	– 2,0	–	– 0,0	2016 Sept.	
+ 6,8	+ 0,5	+ 6,2	+ 2,8	– 0,2	– 3,7	+ 0,7	– 0,9	+ 1,7	– 4,4	–	– 0,0	2016 Okt.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
 schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2014	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 Sept.	2 426,3	1 244,5	1 218,5	1 001,2	217,3	1 309,0	336,5	127,5	100,6	61,7	125,3	50,0	65,6	129,5
Dez.	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5
2016 März	2 458,5	1 227,2	1 235,2	987,0	248,2	1 328,6	342,5	133,3	101,9	62,2	126,6	50,1	62,6	131,6
Juni	2 473,6	1 235,1	1 248,0	996,2	251,8	1 332,0	345,8	131,5	101,7	62,7	125,4	50,9	59,0	133,7
Sept.	2 497,2	1 248,2	1 264,5	1 007,6	256,9	1 341,1	350,5	130,3	103,0	63,2	126,9	51,2	57,4	136,4
Kurzfristige Kredite														
2014	212,1	-	7,6	-	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 Sept.	217,6	-	8,5	-	8,5	183,3	4,3	34,6	5,3	12,8	43,5	4,4	5,2	26,6
Dez.	207,6	-	8,5	-	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1
2016 März	218,0	-	7,7	-	7,7	185,1	4,1	39,4	4,9	13,0	43,6	4,0	5,3	24,6
Juni	216,8	-	7,9	-	7,9	184,7	4,3	37,0	4,7	13,1	42,1	4,2	5,1	27,2
Sept.	213,8	-	7,6	-	7,6	181,6	4,1	34,3	4,6	13,0	42,6	4,1	4,7	28,5
Mittelfristige Kredite														
2014	251,7	-	35,8	-	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 Sept.	251,2	-	35,5	-	35,5	176,8	13,4	24,0	5,1	10,3	15,8	4,4	11,3	39,3
Dez.	256,0	-	35,2	-	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1
2016 März	257,3	-	34,8	-	34,8	181,8	13,2	23,9	5,1	10,4	16,2	4,5	11,5	41,2
Juni	258,7	-	34,7	-	34,7	182,1	13,2	23,7	5,1	10,5	16,6	4,5	11,1	40,4
Sept.	261,0	-	34,8	-	34,8	183,4	13,4	24,3	5,7	10,5	16,5	4,6	11,0	41,1
Langfristige Kredite														
2014	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 Sept.	1 957,4	1 244,5	1 174,5	1 001,2	173,3	948,9	318,8	68,8	90,2	38,5	66,0	41,2	49,0	63,6
Dez.	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3
2016 März	1 983,2	1 227,2	1 192,7	987,0	205,7	961,7	325,3	70,1	91,9	38,8	66,8	41,7	45,8	65,8
Juni	1 998,2	1 235,1	1 205,5	996,2	209,3	965,3	328,3	70,7	91,9	39,1	66,8	42,1	42,8	66,0
Sept.	2 022,5	1 248,2	1 222,1	1 007,6	214,5	976,1	332,9	71,7	92,7	39,7	67,8	42,4	41,6	66,9
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2015 3.Vj.	+ 13,2	+ 9,8	+ 13,6	+ 9,3	+ 4,3	- 0,6	+ 2,0	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,9	- 1,4	- 0,6
4.Vj.	+ 13,7	+ 9,0	+ 11,4	+ 9,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,1	- 0,4	+ 0,7	- 1,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 1,2
2016 1.Vj.	+ 18,5	+ 3,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 0,2	+ 14,1	+ 2,9	+ 5,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,1	- 2,8	+ 1,0
2.Vj.	+ 17,4	+ 7,0	+ 12,9	+ 8,9	+ 4,0	+ 5,7	+ 3,4	- 1,1	- 0,1	+ 0,5	- 1,0	+ 0,6	- 3,7	+ 3,3
3.Vj.	+ 24,5	+ 12,4	+ 16,0	+ 10,9	+ 5,1	+ 10,2	+ 4,2	- 1,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	- 1,6	+ 2,7
Kurzfristige Kredite														
2015 3.Vj.	- 4,7	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 4,8	+ 0,0	- 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 2,0	+ 0,0	- 0,7	- 1,2
4.Vj.	- 7,1	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 0,1	- 1,3	- 1,1	- 0,5	+ 0,3	- 2,2
2016 1.Vj.	+ 10,6	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 11,4	- 0,0	+ 5,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
2.Vj.	- 0,4	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	+ 0,1	- 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 2,6
3.Vj.	- 2,9	-	- 0,3	-	- 0,3	- 2,9	- 0,2	- 2,8	- 0,1	- 0,1	+ 0,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,3
Mittelfristige Kredite														
2015 3.Vj.	- 0,0	-	- 0,2	-	- 0,2	- 0,8	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
4.Vj.	+ 3,8	-	- 0,3	-	- 0,3	+ 3,4	- 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6
2016 1.Vj.	+ 1,4	-	- 0,4	-	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1
2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,3
3.Vj.	+ 3,2	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,6
Langfristige Kredite														
2015 3.Vj.	+ 17,9	+ 9,8	+ 13,7	+ 9,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	+ 0,6
4.Vj.	+ 17,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 9,0	+ 2,7	+ 8,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	- 0,7	+ 1,8
2016 1.Vj.	+ 6,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 2,6	+ 0,6
2.Vj.	+ 15,1	+ 7,0	+ 12,9	+ 8,9	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 3,1	+ 0,4
3.Vj.	+ 24,2	+ 12,4	+ 16,2	+ 10,9	+ 5,3	+ 10,7	+ 4,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,3	- 1,2	+ 0,8

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	2014	
649,0	191,5	32,0	175,9	394,7	47,7	1 103,0	878,4	224,6	153,6	11,0	14,2	3,6	2015 Sept.	
654,3	193,4	32,4	176,5	395,6	46,8	1 111,6	887,1	224,6	154,4	10,1	14,2	3,5	2015 Dez.	
660,2	194,8	34,4	177,4	397,2	47,1	1 115,9	889,2	226,6	156,8	10,3	14,1	3,4	2016 März	
667,2	198,4	34,6	178,1	399,4	46,9	1 127,6	898,7	228,9	159,6	9,8	14,0	3,5	2016 Juni	
672,7	201,4	34,8	180,8	401,1	46,8	1 142,0	910,5	231,5	162,3	9,8	14,2	3,5	2016 Sept.	
Kurzfristige Kredite														
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	2014	
51,0	8,6	6,2	10,4	26,1	6,3	33,8	4,2	29,6	1,7	11,0	0,6	0,0	2015 Sept.	
48,7	8,7	4,9	10,7	25,4	5,6	33,2	4,2	29,0	1,7	10,1	0,5	0,0	2015 Dez.	
50,3	8,1	6,5	10,5	25,6	6,2	32,4	3,7	28,7	1,8	10,3	0,5	0,0	2016 März	
51,2	8,6	6,1	10,7	25,5	5,9	31,6	3,6	28,1	1,8	9,8	0,5	0,0	2016 Juni	
49,9	8,5	5,9	11,1	24,7	5,7	31,6	3,4	28,2	1,7	9,8	0,5	0,0	2016 Sept.	
Mittelfristige Kredite														
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	2014	
66,5	9,9	7,0	19,5	32,3	3,5	73,9	22,1	51,9	46,9	-	0,5	0,0	2015 Sept.	
68,4	10,1	7,3	19,3	32,4	3,5	74,2	21,9	52,3	47,4	-	0,6	0,0	2015 Dez.	
69,1	10,1	7,2	19,4	32,7	3,5	74,9	21,5	53,3	48,1	-	0,6	0,0	2016 März	
70,1	10,6	7,3	19,0	33,0	3,6	76,0	21,4	54,6	49,3	-	0,6	0,0	2016 Juni	
69,7	10,7	7,3	18,9	33,0	3,7	77,1	21,4	55,7	50,3	-	0,5	0,0	2016 Sept.	
Langfristige Kredite														
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7	2014	
531,5	173,0	18,8	146,0	336,3	37,9	995,3	852,1	143,2	105,0	-	13,2	3,6	2015 Sept.	
537,3	174,6	20,2	146,5	337,8	37,7	1 004,2	861,0	143,3	105,3	-	13,0	3,5	2015 Dez.	
540,8	176,7	20,7	147,6	338,9	37,4	1 008,6	864,0	144,6	106,9	-	13,0	3,4	2016 März	
545,8	179,2	21,2	148,5	340,9	37,4	1 019,9	873,7	146,2	108,6	-	13,0	3,4	2016 Juni	
553,1	182,1	21,6	150,8	343,4	37,4	1 033,3	885,7	147,6	110,2	-	13,1	3,5	2016 Sept.	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,3	+ 13,5	+ 11,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	
+ 4,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,9	+ 9,0	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,0	- 0,9	- 0,3	- 0,1	2015 4.Vj.	
+ 6,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	
+ 7,3	+ 3,1	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 11,8	+ 9,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	
+ 6,4	+ 2,7	+ 0,3	+ 3,1	+ 1,7	- 0,1	+ 14,1	+ 11,8	+ 2,3	+ 2,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	2016 3.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 3,7	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
- 1,6	+ 0,1	- 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	2015 4.Vj.	
+ 2,1	- 0,4	+ 1,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
+ 1,0	+ 0,5	- 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,0	-	2016 2.Vj.	
- 1,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	2016 3.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,5	-	-	- 0,0	2015 4.Vj.	
+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
+ 1,2	+ 0,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	+ 1,2	-	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	
+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 0,9	+ 0,9	-	- 0,1	+ 0,0	2016 3.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 2,9	+ 0,5	- 0,5	+ 1,7	+ 2,8	- 0,0	+ 12,7	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	
+ 5,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5	- 0,2	+ 8,6	+ 8,6	+ 0,0	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	2015 4.Vj.	
+ 3,2	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	
+ 5,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,1	+ 11,4	+ 9,7	+ 1,7	+ 1,7	-	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	
+ 7,4	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,1	+ 13,3	+ 12,0	+ 1,3	+ 1,6	-	+ 0,2	+ 0,1	2016 3.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Nichtbanken insgesamt														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4			
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7			
2015	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2015 Nov.	3 224,8	1 676,9	896,7	239,6	657,1	35,1	622,0	594,3	56,8	29,5	22,5	2,0			
2015 Dez.	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2016 Jan.	3 233,8	1 689,6	893,3	236,2	657,1	39,0	618,1	596,1	54,8	29,3	20,1	0,5			
2016 Febr.	3 236,2	1 697,4	887,8	232,0	655,9	39,5	616,4	596,4	54,6	29,3	19,9	0,8			
2016 März	3 231,2	1 687,4	894,9	236,4	658,5	41,4	617,1	594,5	54,4	29,1	19,8	1,6			
2016 April	3 249,8	1 709,6	893,5	235,9	657,7	42,2	615,5	592,7	54,0	29,0	19,7	1,7			
2016 Mai	3 262,7	1 721,8	896,1	237,7	658,3	41,9	616,5	591,2	53,7	29,0	19,6	1,5			
2016 Juni	3 259,9	1 722,6	894,1	235,9	658,2	42,8	615,4	590,0	53,1	28,7	19,5	1,5			
2016 Juli	3 275,7	1 737,1	896,8	238,0	658,8	44,5	614,3	589,1	52,7	28,6	19,3	1,0			
2016 Aug.	3 282,1	1 748,5	893,1	234,7	658,3	45,0	613,3	588,4	52,2	28,7	19,0	0,7			
2016 Sept.	3 283,7	1 748,1	896,6	239,5	657,2	45,5	611,7	587,2	51,8	28,6	18,8	1,3			
2016 Okt.	3 294,7	1 768,0	888,8	229,9	658,8	45,8	613,1	586,6	51,3	28,6	18,7	1,1			
Veränderungen *)															
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7			
2015	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 13,6	- 14,7	+ 7,6	- 22,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	- 5,7	- 1,2			
2015 Nov.	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	+ 8,0	- 1,5	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1			
2015 Dez.	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 3,4	- 1,7	+ 2,2	- 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	- 2,0	- 1,5			
2016 Jan.	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 7,2	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,1			
2016 Febr.	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,4			
2016 März	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,7	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,8			
2016 April	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 0,5	- 0,9	+ 0,8	- 1,7	- 1,8	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,1			
2016 Mai	+ 12,9	+ 12,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,7	- 0,3	+ 1,0	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,2			
2016 Juni	- 2,5	+ 0,9	- 1,7	- 1,6	- 0,1	+ 0,9	- 1,0	- 1,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,0			
2016 Juli	+ 15,8	+ 14,5	+ 2,7	+ 2,1	+ 0,6	+ 1,7	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,5			
2016 Aug.	+ 6,4	+ 11,4	- 3,8	- 3,3	- 0,5	+ 0,5	- 1,0	- 0,7	- 0,5	+ 0,0	- 0,3	- 0,3			
2016 Sept.	+ 1,6	- 0,4	+ 3,6	+ 4,7	- 1,2	+ 0,5	- 1,6	- 1,2	- 0,3	- 0,0	- 0,2	+ 0,7			
2016 Okt.	+ 11,0	+ 20,0	- 7,9	- 9,5	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,4	- 0,6	- 0,5	- 0,0	- 0,1	- 0,2			
Inländische öffentliche Haushalte														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7			
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5			
2015	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2015 Nov.	200,5	58,4	134,7	90,7	44,0	9,5	34,5	3,7	3,5	28,1	2,8	1,6			
2015 Dez.	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2016 Jan.	193,0	56,6	129,2	83,9	45,3	10,6	34,7	3,7	3,6	27,9	2,7	0,1			
2016 Febr.	194,5	61,4	125,9	80,4	45,6	10,6	34,9	3,6	3,6	27,9	2,7	0,5			
2016 März	198,3	60,5	130,5	84,1	46,4	10,9	35,5	3,6	3,7	27,7	2,7	1,2			
2016 April	196,0	60,8	127,7	79,9	47,8	11,0	36,9	3,7	3,7	27,6	2,6	1,3			
2016 Mai	204,3	63,5	133,0	84,4	48,6	11,2	37,4	3,8	4,0	27,6	2,6	1,1			
2016 Juni	204,0	62,1	134,0	84,6	49,4	11,6	37,8	3,9	4,0	27,3	2,6	0,2			
2016 Juli	203,8	60,1	135,8	84,5	51,3	13,3	38,0	3,9	4,1	27,2	2,6	0,2			
2016 Aug.	206,1	62,4	135,6	83,6	52,1	13,7	38,4	4,0	4,1	27,3	2,6	0,0			
2016 Sept.	202,6	59,6	134,8	82,4	52,4	14,1	38,3	3,9	4,3	27,2	2,7	0,2			
2016 Okt.	199,2	58,8	132,1	78,9	53,2	14,9	38,3	3,9	4,3	27,2	2,7	-			
Veränderungen *)															
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2			
2015	+ 10,1	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 0,0	+ 1,2	- 1,2	- 2,1	+ 0,1			
2015 Nov.	+ 8,8	- 0,3	+ 9,1	+ 9,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0			
2015 Dez.	- 3,0	- 0,9	- 2,1	- 2,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 1,0			
2016 Jan.	- 4,5	- 1,0	- 3,5	- 3,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4			
2016 Febr.	+ 3,0	+ 4,8	- 1,8	- 2,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,4			
2016 März	+ 3,8	- 0,9	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,8			
2016 April	- 2,3	+ 0,4	- 2,8	- 4,3	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 0,1			
2016 Mai	+ 8,2	+ 2,6	+ 5,2	+ 4,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2			
2016 Juni	- 0,2	- 1,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,9			
2016 Juli	- 0,2	- 2,0	+ 1,7	- 0,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1			
2016 Aug.	+ 2,1	+ 2,3	- 0,3	- 0,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1			
2016 Sept.	- 3,8	- 2,7	- 1,0	- 1,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1			
2016 Okt.	- 3,5	- 0,8	- 2,7	- 3,6	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,2			

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:			
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos	
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7	
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2	
2015	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-	
2015 Nov.	3 024,3	1 618,5	762,0	149,0	613,0	25,6	587,5	590,5	53,3	1,4	19,7	0,4	
2015 Dez.	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-	
2016 Jan.	3 040,8	1 633,0	764,1	152,3	611,8	28,4	583,5	592,4	51,3	1,4	17,4	0,4	
2016 Febr.	3 041,7	1 636,1	761,9	151,6	610,3	28,8	581,5	592,7	51,0	1,4	17,2	0,3	
2016 März	3 032,9	1 626,9	764,4	152,2	612,2	30,5	581,6	590,9	50,7	1,4	17,2	0,3	
2016 April	3 053,8	1 648,8	765,8	156,0	609,8	31,2	578,6	589,0	50,3	1,4	17,1	0,3	
2016 Mai	3 058,5	1 658,3	763,1	153,3	609,7	30,7	579,0	587,4	49,7	1,4	17,0	0,4	
2016 Juni	3 055,9	1 660,5	760,1	151,3	608,8	31,2	577,6	586,2	49,1	1,4	16,9	1,2	
2016 Juli	3 071,8	1 677,0	761,1	153,6	607,5	31,2	576,3	585,2	48,6	1,4	16,7	0,8	
2016 Aug.	3 076,0	1 686,1	757,4	151,1	606,3	31,4	574,9	584,4	48,1	1,4	16,4	0,6	
2016 Sept.	3 081,1	1 688,4	761,8	157,0	604,8	31,4	573,3	583,2	47,6	1,4	16,1	1,2	
2016 Okt.	3 095,6	1 709,2	756,7	151,1	605,6	30,9	574,8	582,7	47,0	1,4	16,0	1,1	
Veränderungen *)													
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5	
2015	+ 96,4	+ 151,0	- 32,0	- 16,5	- 15,4	+ 5,1	- 20,6	- 11,3	- 11,3	- 0,4	- 3,7	- 1,2	
2015 Nov.	+ 18,2	+ 21,8	- 2,6	- 1,3	- 1,3	+ 0,7	- 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	
2015 Dez.	+ 3,0	- 2,3	+ 3,9	+ 6,4	- 2,5	+ 1,5	- 4,0	+ 2,2	- 0,7	+ 0,0	- 1,9	- 0,4	
2016 Jan.	+ 13,6	+ 16,8	- 2,2	- 3,3	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	
2016 Febr.	+ 1,8	+ 3,1	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,7	- 1,7	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	
2016 März	- 8,8	- 9,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	-	
2016 April	+ 20,9	+ 21,8	+ 1,4	+ 3,8	- 2,3	+ 0,7	- 3,0	- 1,9	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	-	
2016 Mai	+ 4,8	+ 9,6	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	
2016 Juni	- 2,2	+ 2,3	- 2,8	- 1,8	- 1,0	+ 0,5	- 1,5	- 1,2	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,9	
2016 Juli	+ 15,9	+ 16,4	+ 1,0	+ 2,3	- 1,3	- 0,0	- 1,3	- 1,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,2	- 0,4	
2016 Aug.	+ 4,3	+ 9,1	- 3,5	- 2,4	- 1,1	+ 0,2	- 1,3	- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2	
2016 Sept.	+ 5,4	+ 2,3	+ 4,6	+ 5,9	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	- 1,2	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,5	
2016 Okt.	+ 14,5	+ 20,8	- 5,1	- 6,0	+ 0,8	- 0,6	+ 1,4	- 0,5	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	
darunter: inländische Unternehmen													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7	
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2	
2015	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-	
2015 Nov.	1 033,9	508,8	504,3	92,7	411,6	13,4	398,2	7,0	13,9	1,3	15,8	0,4	
2015 Dez.	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-	
2016 Jan.	1 037,6	512,8	504,2	97,4	406,9	15,3	391,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,4	
2016 Febr.	1 033,9	510,7	502,8	97,4	405,3	15,7	389,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,3	
2016 März	1 029,9	504,8	504,6	98,0	406,7	17,2	389,5	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3	
2016 April	1 032,3	506,7	505,1	101,3	403,8	17,5	386,4	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3	
2016 Mai	1 035,5	513,4	501,5	98,2	403,3	17,0	386,3	7,3	13,3	1,3	13,7	0,4	
2016 Juni	1 027,4	508,9	498,0	95,7	402,2	17,6	384,7	7,3	13,3	1,3	13,7	1,2	
2016 Juli	1 027,0	506,7	499,6	98,2	401,4	17,5	384,0	7,4	13,4	1,3	13,6	0,8	
2016 Aug.	1 030,7	512,7	497,2	96,9	400,2	17,7	382,5	7,4	13,4	1,3	13,3	0,6	
2016 Sept.	1 035,0	512,9	501,4	103,0	398,4	17,8	380,7	7,3	13,4	1,3	13,1	1,2	
2016 Okt.	1 040,0	523,5	496,0	96,5	399,5	17,2	382,2	7,3	13,3	1,3	13,1	1,1	
Veränderungen *)													
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5	
2015	+ 22,7	+ 46,0	- 22,1	- 3,8	- 18,3	+ 3,7	- 22,0	+ 0,3	- 1,5	- 0,5	- 2,5	- 1,2	
2015 Nov.	+ 2,1	+ 4,3	- 2,1	- 0,5	- 1,6	+ 0,5	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	
2015 Dez.	- 4,1	- 5,9	+ 2,2	+ 7,2	- 4,9	+ 1,0	- 5,9	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	- 1,8	- 0,4	
2016 Jan.	+ 7,9	+ 10,0	- 2,2	- 2,6	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	
2016 Febr.	- 2,9	- 2,1	- 0,8	+ 0,4	- 1,1	+ 0,5	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	
2016 März	- 4,1	- 5,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	-	
2016 April	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,5	+ 3,3	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-	
2016 Mai	+ 3,3	+ 6,8	- 3,6	- 3,1	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	
2016 Juni	- 7,8	- 4,4	- 3,4	- 2,3	- 1,1	+ 0,5	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9	
2016 Juli	- 0,1	- 2,0	+ 1,6	+ 2,4	- 0,8	- 0,1	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,4	
2016 Aug.	+ 3,8	+ 6,0	- 2,3	- 1,2	- 1,1	+ 0,3	- 1,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,2	
2016 Sept.	+ 4,7	+ 0,2	+ 4,4	+ 6,1	- 1,7	+ 0,1	- 1,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,5	
2016 Okt.	+ 5,0	+ 10,6	- 5,4	- 6,5	+ 1,0	- 0,5	+ 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)						
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen					
			inländische Privatpersonen					inländische Privatpersonen					
			zu-	Selb-	wirt-	sonstige		zu-	Selb-	wirt-	sonstige		
sammen	ständige	schaftlich Unselbständige	Privatepersonen	sammen	ständige	schaftlich Unselbständige	Privatepersonen						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6	
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8	
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6	
2016 Mai	2 023,0	1 144,9	1 110,3	193,7	771,7	144,9	34,7	261,5	248,5	25,3	181,2	42,0	
Juni	2 028,5	1 151,7	1 116,7	191,3	779,9	145,5	34,9	262,1	248,8	25,5	181,3	42,0	
Juli	2 044,8	1 170,3	1 135,8	198,4	791,4	146,0	34,5	261,5	247,9	25,7	180,7	41,5	
Aug.	2 045,3	1 173,3	1 138,1	201,5	790,3	146,4	35,2	260,2	246,7	24,7	180,7	41,4	
Sept.	2 046,0	1 175,5	1 140,3	198,3	795,2	146,8	35,2	260,4	246,8	24,8	180,8	41,1	
Okt.	2 055,5	1 185,7	1 150,8	202,8	800,4	147,6	34,9	260,7	247,0	24,9	182,2	39,8	
Veränderungen *)													
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6	
2015	+ 73,7	+ 105,0	+ 101,1	+ 15,6	+ 75,4	+ 10,1	+ 3,9	- 9,9	- 8,1	- 3,0	- 4,5	- 0,7	
2016 Mai	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	
Juni	+ 5,6	+ 6,7	+ 6,5	- 2,4	+ 8,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	
Juli	+ 16,1	+ 18,4	+ 18,8	+ 7,1	+ 10,4	+ 1,4	- 0,4	- 0,6	- 0,9	+ 0,2	- 0,8	- 0,3	
Aug.	+ 0,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,2	- 1,1	+ 0,3	+ 0,7	- 1,2	- 1,2	- 1,0	- 0,0	- 0,2	
Sept.	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,2	- 3,2	+ 4,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	
Okt.	+ 9,5	+ 10,2	+ 10,5	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,8	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-	zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-
				bis	über					bis	über		
sammen	einlagen	1 Jahr	1 Jahr	einlagen und Spar-	richtlich: Treuhand-	sammen	einlagen	1 Jahr	1 Jahr	einlagen und Spar-	richtlich: Treuhand-		
insgesamt		einschl.	über	briefe 2)	kredite			einschl.	über	briefe 2)	kredite		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5
2016 Mai	204,3	8,1	3,3	2,1	2,7	0,1	14,0	49,4	13,7	17,7	17,1	0,9	13,2
Juni	204,0	8,8	3,9	2,2	2,6	0,1	13,8	51,7	14,7	19,0	17,1	0,9	13,1
Juli	203,8	8,1	3,6	1,8	2,6	0,1	13,8	53,9	15,1	20,4	17,5	0,8	13,1
Aug.	206,1	7,9	3,6	1,6	2,6	0,1	13,8	51,9	14,4	19,2	17,4	0,9	13,1
Sept.	202,6	8,1	3,7	1,8	2,5	0,1	13,8	53,0	14,8	19,8	17,5	0,9	13,0
Okt.	199,2	7,6	3,6	1,4	2,5	0,1	13,8	49,9	14,4	17,1	17,4	1,0	13,0
Veränderungen *)													
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5
2015	+ 10,1	- 1,9	+ 0,5	+ 0,4	- 2,9	+ 0,0	- 0,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6
2016 Mai	+ 8,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	- 0,0
Juni	- 0,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 2,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,0
Juli	- 0,2	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,4	- 0,0	- 0,1
Aug.	+ 2,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	-	+ 0,0	- 1,9	- 0,7	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Sept.	- 3,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1
Okt.	- 3,5	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,0	-	- 0,0	- 3,1	- 0,4	- 2,7	- 0,1	+ 0,1	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		inländische Organisationen ohne Erwerbszweck								
		zusammen	darunter:									
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	–	2015
13,0	55,1	206,4	13,7	192,7	580,1	571,1	9,0	36,4	0,1	3,3	–	2016 Mai
13,3	55,6	206,5	13,6	192,9	578,9	569,9	9,0	35,9	0,1	3,2	–	Juni
13,6	55,4	206,1	13,7	192,3	577,8	568,9	9,0	35,2	0,1	3,1	–	Juli
13,5	54,2	206,0	13,7	192,4	577,0	568,0	9,0	34,7	0,1	3,1	–	Aug.
13,6	54,0	206,3	13,7	192,6	575,9	567,0	8,9	34,2	0,1	3,0	–	Sept.
13,7	54,5	206,1	13,6	192,5	575,4	566,7	8,8	33,7	0,1	2,9	–	Okt.
Veränderungen ^{*)}												
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	– 2,0	+ 9,0	– 2,1	– 1,9	– 0,3	– 10,9	+ 0,0	– 1,9	–	2014
– 1,8	– 12,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	– 11,5	– 11,1	– 0,5	– 9,8	+ 0,0	– 1,2	–	2015
+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	– 0,1	+ 0,5	– 1,7	– 1,6	– 0,0	– 0,6	+ 0,0	– 0,1	–	2016 Mai
+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	– 0,0	+ 0,2	– 1,2	– 1,3	+ 0,1	– 0,6	+ 0,0	– 0,1	–	Juni
+ 0,3	– 0,2	– 0,5	+ 0,1	– 0,6	– 1,0	– 1,0	– 0,0	– 0,7	+ 0,0	– 0,1	–	Juli
– 0,0	– 1,2	+ 0,0	– 0,1	+ 0,1	– 0,8	– 0,8	+ 0,0	– 0,5	+ 0,0	– 0,1	–	Aug.
+ 0,1	– 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	– 1,1	– 1,1	– 0,1	– 0,4	+ 0,0	– 0,0	–	Sept.
+ 0,1	+ 0,5	– 0,2	– 0,1	– 0,1	– 0,5	– 0,3	– 0,1	– 0,5	+ 0,0	– 0,1	–	Okt.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	–	2014
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	–	2015
53,6	30,1	9,3	8,8	5,5	0,4	93,2	16,5	55,3	20,0	1,3	–	2016 Mai
50,7	27,7	8,6	9,0	5,5	0,4	92,7	15,8	54,8	20,8	1,4	–	Juni
48,3	25,4	8,0	9,4	5,5	0,4	93,5	16,0	54,2	21,9	1,5	–	Juli
54,2	30,3	8,7	9,6	5,6	0,4	92,0	14,1	54,0	22,4	1,5	–	Aug.
51,3	27,5	8,5	9,8	5,6	0,4	90,2	13,6	52,4	22,6	1,6	–	Sept.
49,3	25,8	8,2	9,8	5,5	0,4	92,3	15,1	52,1	23,5	1,6	–	Okt.
Veränderungen ^{*)}												
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 2,9	– 2,4	+ 4,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,0	2014
+ 4,1	+ 3,8	– 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	–	2015
+ 4,6	+ 4,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	–	+ 3,3	– 0,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,2	–	2016 Mai
– 2,9	– 2,4	– 0,7	+ 0,1	+ 0,1	–	– 0,4	– 0,7	– 0,5	+ 0,8	+ 0,0	–	Juni
– 2,5	– 2,3	– 0,6	+ 0,4	+ 0,0	– 0,0	+ 0,8	+ 0,2	– 0,6	+ 1,1	+ 0,1	–	Juli
+ 5,9	+ 4,9	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 1,7	– 1,9	– 0,2	+ 0,5	+ 0,0	–	Aug.
– 2,9	– 2,7	– 0,2	+ 0,0	– 0,0	– 0,0	– 2,0	– 0,5	– 1,7	+ 0,2	– 0,0	–	Sept.
– 2,0	– 1,7	– 0,2	+ 0,0	– 0,0	–	+ 2,1	+ 1,5	– 0,3	+ 0,9	+ 0,0	–	Okt.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Spareinlagen 1)								Sparbriefe 3), abgegeben an					
	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgut- schriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		auslän- dische Nicht- banken	
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	zu- sammen		darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren
			darunter Sonder- spar- formen 2)	darunter Sonder- spar- formen 2)	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8	
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7	
2016 Juni	598,6	590,0	534,6	369,2	55,5	41,6	8,5	7,2	0,1	61,7	53,1	38,0	8,5	
Juli	597,6	589,1	534,5	367,6	54,6	40,8	8,4	7,2	0,2	61,3	52,7	37,7	8,6	
Aug.	596,8	588,4	534,6	365,4	53,8	40,0	8,4	7,2	0,1	60,7	52,2	37,3	8,6	
Sept.	595,4	587,2	534,1	363,6	53,1	39,2	8,3	7,1	0,1	60,4	51,8	37,0	8,5	
Okt.	594,8	586,6	534,3	362,7	52,3	38,5	8,2	7,0	0,2	60,0	51,3	36,5	8,6	
Veränderungen *)														
2014	- 3,0	- 2,4	- 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8	
2015	- 11,6	- 11,3	+ 4,3	- 20,6	- 15,6	- 16,3	- 0,3	+ 0,0	.	- 15,1	- 10,1	- 6,6	- 5,1	
2016 Juni	- 1,2	- 1,1	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,0	
Juli	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 1,7	- 0,8	- 0,8	- 0,1	- 0,0	.	- 0,4	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	
Aug.	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	- 2,1	- 0,8	- 0,8	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	
Sept.	- 1,3	- 1,2	- 0,5	- 1,9	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,1	.	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,0	
Okt.	- 0,7	- 0,6	+ 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,1	- 0,1	.	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere									Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit				ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						über 2 Jahre
						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016 Juni	1 091,5	175,7	32,3	396,8	97,9	119,7	2,5	32,1	5,9	939,7	0,2	0,2	34,1	0,5
Juli	1 079,0	174,5	30,6	387,9	92,6	114,1	4,0	33,8	6,2	931,1	0,4	0,2	34,0	0,5
Aug.	1 083,2	173,3	29,7	393,3	94,4	115,7	4,1	33,7	6,3	933,7	0,4	0,2	33,6	0,5
Sept.	1 086,5	169,5	32,5	398,2	100,1	125,2	5,0	35,5	5,9	925,7	0,3	0,2	33,4	0,5
Okt.	1 093,1	171,2	29,7	404,1	97,2	121,0	5,0	36,6	6,0	935,5	0,2	0,2	33,3	0,5
Veränderungen *)														
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2015	- 38,5	- 97,2	+ 3,9	+ 30,1	+ 19,5	+ 26,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,7	- 66,8	- 0,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7
2016 Juni	- 7,2	- 2,2	- 0,3	- 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 6,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0
Juli	- 12,5	- 1,2	- 1,7	- 8,9	- 5,4	- 5,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,3	- 8,6	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0
Aug.	+ 4,2	- 1,2	- 1,0	+ 5,4	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 2,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,4	-
Sept.	+ 3,3	- 3,7	+ 2,8	+ 4,9	+ 5,7	+ 9,5	+ 0,8	+ 1,8	- 0,3	- 8,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 6,6	+ 1,3	- 2,8	+ 5,9	- 2,9	- 4,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 9,8	- 0,2	- 0,0	- 0,1	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finanzie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2015	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	98,5
2016 Aug.	20	214,7	41,1	0,0	17,2	14,5	96,3	17,9	22,9	2,2	19,5	160,6	5,5	2,5	10,2	7,0
Sept.	20	215,1	41,1	0,0	17,0	14,3	97,1	17,9	22,8	2,2	19,0	160,9	5,6	2,6	10,2	7,0
Okt.	20	215,5	41,5	0,0	16,9	14,2	97,2	18,1	22,9	2,3	19,2	161,0	5,6	2,6	10,2	7,0
Private Bausparkassen																
2016 Aug.	12	148,6	25,3	-	9,0	10,8	74,8	15,4	9,6	1,4	16,8	105,4	5,1	2,5	6,6	4,4
Sept.	12	148,9	25,4	-	8,6	10,6	75,5	15,3	9,8	1,5	16,4	105,7	5,2	2,6	6,6	4,4
Okt.	12	149,2	25,9	-	8,4	10,6	75,5	15,4	9,8	1,5	16,7	105,6	5,2	2,6	6,6	4,4
Öffentliche Bausparkassen																
2016 Aug.	8	66,1	15,9	0,0	8,2	3,7	21,5	2,6	13,2	0,8	2,7	55,2	0,3	-	3,6	2,6
Sept.	8	66,2	15,7	0,0	8,5	3,7	21,7	2,6	13,1	0,8	2,6	55,3	0,4	-	3,6	2,5
Okt.	8	66,3	15,6	0,0	8,5	3,6	21,8	2,7	13,1	0,8	2,5	55,4	0,4	-	3,6	2,6

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal		
							Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- krediten							
Alle Bausparkassen																
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015	28,1	2,5	8,2	51,5	31,2	44,4	19,9	4,2	5,3	3,6	19,2	15,6	8,1	9,5	8,3	0,4
2016 Aug.	2,2	0,0	0,7	3,5	1,9	3,3	1,2	0,3	0,4	0,3	1,7	16,0	8,3	0,6		0,0
Sept.	2,3	0,0	0,6	3,4	1,9	3,3	1,3	0,3	0,3	0,2	1,7	15,7	8,1	0,6	1,8	0,0
Okt.	2,0	0,0	0,6	3,9	2,3	3,3	1,4	0,4	0,4	0,3	1,5	15,9	8,2	0,6		0,0
Private Bausparkassen																
2016 Aug.	1,4	0,0	0,4	2,5	1,3	2,5	0,9	0,3	0,3	0,2	1,4	11,4	5,0	0,5		0,0
Sept.	1,5	0,0	0,3	2,5	1,3	2,5	0,9	0,2	0,2	0,2	1,3	11,3	5,0	0,5	1,3	0,0
Okt.	1,3	0,0	0,3	3,0	1,7	2,6	1,1	0,3	0,3	0,3	1,2	11,4	5,1	0,5		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2016 Aug.	0,8	0,0	0,3	1,0	0,6	0,8	0,3	0,1	0,1	0,0	0,3	4,6	3,2	0,2		0,0
Sept.	0,8	0,0	0,3	0,9	0,6	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,5	3,1	0,2	0,5	0,0
Okt.	0,8	0,0	0,3	0,9	0,6	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,5	3,1	0,2		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1) Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2) Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3) Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4) Einschl. Ausgleichsforderungen. 5) Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6) Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7) Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8) Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9) Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10) Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11) Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12) Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13) Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
					zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken			zusammen	an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9
2015	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
2015 Dez.	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
2016 Jan.	50	196	1 960,5	540,7	523,3	169,1	354,2	17,4	652,2	529,7	14,2	515,5	122,6	767,5	568,7
Febr.	49	192	2 022,6	555,3	538,2	173,5	364,7	17,2	658,4	538,2	14,3	523,9	120,2	808,8	607,9
März	49	192	1 943,8	558,9	543,2	172,4	370,8	15,7	642,2	529,2	14,6	514,6	113,1	742,6	557,5
April	49	192	1 933,2	545,0	529,1	177,2	351,8	15,9	659,8	545,1	14,7	530,4	114,7	728,4	539,0
Mai	48	187	1 930,1	563,9	548,9	176,4	372,5	15,0	642,5	529,8	13,6	516,3	112,7	723,7	519,2
Juni	49	188	2 036,5	569,2	553,5	182,3	371,2	15,6	674,8	556,9	14,1	542,8	117,9	792,5	593,8
Juli	50	187	2 060,2	587,5	572,6	183,1	389,6	14,9	668,3	551,7	13,6	538,1	116,5	804,5	590,3
Aug.	50	187	1 959,7	569,3	553,9	187,9	366,0	15,4	643,3	528,5	13,9	514,6	114,7	747,1	544,6
Sept.	50	187	1 916,6	595,9	581,3	200,4	380,9	14,6	629,3	524,9	14,3	510,6	104,4	691,4	511,1
Veränderungen *)															
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4
2015	- 5	- 7	- 145,0	- 56,3	- 56,0	- 40,0	- 16,0	- 0,3	+ 4,5	+ 7,0	+ 0,0	+ 7,0	- 2,6	- 109,0	- 58,2
2016 Jan.	- 1	- 2	+ 118,2	+ 16,1	+ 15,9	+ 7,9	+ 8,1	+ 0,2	+ 20,9	+ 21,3	+ 0,2	+ 21,1	- 0,4	+ 85,8	+ 71,1
Febr.	- 1	- 4	+ 61,6	+ 13,6	+ 13,8	+ 4,4	+ 9,5	- 0,3	+ 5,1	+ 7,4	+ 0,1	+ 7,3	- 2,3	+ 40,7	+ 38,8
März	-	-	- 75,2	+ 14,9	+ 16,0	- 1,0	+ 17,0	- 1,1	- 1,0	+ 4,0	+ 0,3	+ 3,7	- 5,0	- 62,5	- 39,6
April	-	-	- 10,9	- 14,2	- 14,4	+ 4,8	- 19,2	+ 0,2	+ 15,9	+ 14,4	+ 0,2	+ 14,3	+ 1,4	- 14,5	- 18,8
Mai	- 1	- 5	- 4,7	+ 13,3	+ 14,4	- 0,9	+ 15,3	- 1,1	- 25,5	- 22,3	- 1,2	- 21,1	- 3,2	- 6,4	- 24,9
Juni	+ 1	+ 1	+ 105,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 5,9	- 2,2	+ 0,6	+ 33,6	+ 27,7	+ 0,5	+ 27,2	+ 5,9	+ 68,4	+ 75,4
Juli	+ 1	- 1	+ 24,0	+ 18,7	+ 19,4	+ 0,7	+ 18,7	- 0,7	- 4,5	- 3,5	- 0,4	- 3,1	- 1,0	+ 12,2	- 2,6
Aug.	-	-	- 100,4	- 17,6	- 18,2	+ 4,9	- 23,0	+ 0,5	- 24,1	- 22,5	+ 0,3	- 22,7	- 1,7	- 57,2	- 45,2
Sept.	-	-	- 42,9	+ 27,4	+ 28,1	+ 12,5	+ 15,6	- 0,7	- 12,8	- 2,7	+ 0,4	- 3,1	- 10,1	- 55,6	- 32,4
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-
2015	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
2015 Dez.	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
2016 Jan.	24	58	375,6	129,1	116,5	53,7	62,7	12,7	185,1	152,9	21,7	131,1	32,3	61,3	-
Febr.	24	58	359,4	120,7	108,5	50,7	57,9	12,2	174,1	141,8	22,3	119,6	32,3	64,6	-
März	24	58	352,2	113,6	102,1	47,9	54,2	11,5	173,4	140,6	22,6	118,1	32,8	65,2	-
April	24	58	349,7	116,3	104,9	48,9	56,0	11,4	169,8	137,4	23,0	114,4	32,4	63,7	-
Mai	24	57	350,4	115,3	103,9	49,0	54,9	11,4	170,6	138,2	22,9	115,3	32,4	64,5	-
Juni	24	57	356,9	117,7	107,5	52,9	54,6	10,2	170,5	138,0	22,9	115,1	32,5	68,7	-
Juli	19	56	355,3	116,3	106,2	51,8	54,5	10,1	170,3	137,4	23,7	113,7	32,9	68,7	-
Aug.	19	55	352,7	112,4	102,3	48,0	54,3	10,0	167,7	135,4	23,0	112,3	32,3	72,6	-
Sept.	19	53	320,9	84,2	74,1	20,9	53,2	10,0	168,0	135,7	23,2	112,6	32,3	68,7	-
Veränderungen *)															
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-
2015	- 4	- 5	- 23,9	- 33,3	- 28,7	- 33,3	+ 4,6	- 4,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 0,6	+ 5,6	+ 0,3	+ 2,9	-
2016 Jan.	-	-	+ 0,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,4	+ 0,9	- 0,5	+ 1,4	+ 0,5	- 3,8	-
Febr.	-	-	- 16,4	- 8,5	- 8,0	- 3,1	- 5,0	- 0,5	- 11,2	- 11,2	+ 0,5	- 11,7	+ 0,0	+ 3,3	-
März	-	-	- 3,7	- 5,2	- 4,8	- 2,7	- 2,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	-
April	-	-	- 2,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,8	- 0,1	- 3,7	- 3,3	+ 0,4	- 3,7	- 0,4	- 1,5	-
Mai	-	- 1	- 1,1	- 2,0	- 1,8	+ 0,1	- 1,9	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,8	-
Juni	-	-	+ 6,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,9	- 0,3	- 1,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 4,2	-
Juli	- 5	- 1	- 1,4	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,5	+ 0,8	- 1,3	+ 0,4	- 0,0	-
Aug.	-	- 1	- 2,3	- 3,8	- 3,8	- 3,8	+ 0,0	- 0,0	- 2,4	- 1,9	- 0,7	- 1,2	- 0,6	+ 4,0	-
Sept.	-	- 2	- 31,5	- 28,0	- 28,0	- 27,0	- 1,0	- 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 3,9	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen ^{6) 7)}			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf ⁵⁾	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	Zeit		
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken ⁴⁾			ausländische Nichtbanken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandsfilialen		
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015 Dez.		
1 101,8	733,9	357,8	376,1	367,9	21,3	16,6	4,8	346,5	129,4	50,0	679,3	566,3	2016 Jan.		
1 105,0	734,8	368,7	366,1	370,3	22,1	17,4	4,7	348,2	127,7	49,7	740,1	605,7	Febr.		
1 083,8	714,8	344,5	370,3	369,0	23,6	19,5	4,1	345,4	121,3	49,4	689,3	559,2	März		
1 108,9	719,0	348,0	371,0	389,9	21,5	17,4	4,1	368,5	117,7	49,4	657,2	541,5	April		
1 130,1	746,9	358,9	388,0	383,2	20,7	17,2	3,6	362,5	111,0	49,7	639,4	523,0	Mai		
1 154,9	762,2	386,5	375,6	392,8	21,3	17,8	3,5	371,5	104,9	49,8	726,9	596,8	Juni		
1 163,1	772,6	388,8	383,8	390,5	21,3	17,5	3,8	369,2	108,5	49,8	738,9	593,8	Juli		
1 128,2	760,8	382,8	378,1	367,4	21,6	17,7	3,8	345,8	114,7	49,8	667,0	548,8	Aug.		
1 117,2	763,1	380,6	382,5	354,1	21,5	17,7	3,8	332,6	113,7	49,7	636,1	513,9	Sept.		
Veränderungen ^{*)}															
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014		
- 30,8	- 53,8	- 57,0	+ 3,2	+ 23,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 22,5	- 2,1	+ 4,7	- 124,1	- 65,8	2015		
+ 42,4	+ 20,1	- 1,5	+ 21,6	+ 22,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 22,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 76,2	+ 70,3	2016 Jan.		
+ 2,0	- 0,4	+ 10,9	- 11,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 1,6	- 2,2	- 0,3	+ 60,9	+ 39,1	Febr.		
- 9,5	- 8,6	- 24,2	+ 15,5	- 0,9	+ 1,5	+ 2,1	- 0,7	- 2,3	- 2,7	- 0,3	- 50,9	- 34,9	März		
+ 24,6	+ 3,7	+ 3,5	+ 0,2	+ 20,9	- 2,1	- 2,1	- 0,0	+ 23,0	- 4,0	- 0,0	- 32,0	- 18,0	April		
+ 15,1	+ 22,0	+ 10,9	+ 11,1	- 6,9	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 6,2	- 8,3	+ 0,3	- 17,9	- 23,8	Mai		
+ 24,0	+ 14,3	+ 27,6	- 13,2	+ 9,6	+ 0,6	+ 0,7	- 0,1	+ 9,1	- 6,5	+ 0,0	+ 87,5	+ 74,4	Juni		
+ 9,0	+ 11,2	+ 2,2	+ 8,9	- 2,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,4	- 2,2	+ 3,8	+ 0,0	+ 12,0	- 2,1	Juli		
- 34,3	- 11,2	- 6,0	- 5,2	- 23,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 23,4	+ 6,4	+ 0,1	- 71,9	- 44,4	Aug.		
- 10,3	+ 3,0	- 2,1	+ 5,1	- 13,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 13,2	- 0,9	- 0,2	- 30,9	- 33,9	Sept.		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandstöchter		
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015 Dez.		
294,1	170,0	101,9	68,1	124,1	11,9	9,4	2,6	112,2	14,5	26,4	40,6	-	2016 Jan.		
282,1	157,1	99,1	58,0	125,0	13,2	10,5	2,8	111,8	12,9	24,3	40,1	-	Febr.		
275,0	160,5	100,5	59,9	114,5	13,4	10,5	2,9	101,1	13,3	24,2	39,6	-	März		
274,5	161,1	102,8	58,3	113,4	13,8	10,9	2,9	99,6	13,5	24,2	37,5	-	April		
275,9	164,2	103,6	60,6	111,8	12,7	9,9	2,8	99,1	13,3	24,3	36,8	-	Mai		
284,5	163,7	101,1	62,6	120,8	12,1	9,3	2,7	108,7	12,3	24,0	36,1	-	Juni		
282,4	162,9	98,9	64,1	119,4	11,5	8,7	2,7	108,0	12,5	24,4	36,0	-	Juli		
281,4	167,7	99,9	67,8	113,7	11,0	6,3	4,8	102,7	12,4	24,4	34,5	-	Aug.		
248,4	136,3	72,9	63,3	112,2	11,2	6,4	4,7	101,0	12,5	23,8	36,2	-	Sept.		
Veränderungen ^{*)}															
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014		
- 12,3	- 11,2	- 1,5	- 9,7	- 1,1	- 7,2	- 4,0	- 3,2	+ 6,1	- 4,0	+ 0,4	- 7,9	-	2015		
+ 2,3	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,3	- 1,3	- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 1,9	-	2016 Jan.		
- 12,1	- 12,9	- 2,8	- 10,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,5	- 1,6	- 2,1	- 0,7	-	Febr.		
- 4,2	+ 4,8	+ 1,4	+ 3,4	- 9,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 9,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	-	März		
- 0,5	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,2	- 0,1	- 2,1	-	April		
- 0,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,4	- 2,3	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	-	Mai		
+ 8,8	- 0,4	- 2,5	+ 2,1	+ 9,2	- 0,6	- 0,6	- 0,1	+ 9,8	- 1,0	- 0,3	- 0,7	-	Juni		
- 2,0	- 0,7	- 2,2	+ 1,5	- 1,2	- 0,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	-	Juli		
- 0,8	+ 4,9	+ 1,0	+ 3,8	- 5,7	- 0,4	- 2,4	+ 2,0	- 5,2	- 0,1	- 0,0	- 1,3	-	Aug.		
- 32,7	- 31,3	- 27,0	- 4,3	- 1,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 1,6	+ 0,2	- 0,6	+ 1,6	-	Sept.		

zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 8)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016 Sept.	11 821,2	118,2	117,8	777,4	659,6	0,0
Okt. p)	11 783,5	117,8	117,4
Nov.
Dez. p)

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016 Sept.	3 280 948	27,8	32 809	32 643	243 561	210 918	0
Okt. p)	3 293 872	28,0	32 939	32 773
Nov.
Dez. p)	3 371 095	...	33 711	33 546

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 153	556	2 170
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	9 437	601	2 324
2012 3)	5 388	4 696	2 477	9 626	4 886	248	1 247
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 123	239	1 263
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016 Sept.	6 076	5 556	2 483	10 847	5 897	236	1 548
Okt.	6 078	5 447	2 665	10 869	5 924	233	1 558
Nov.
Dez.	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 3)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016 Sept.	2 168 562	2 072	418 510	587 510	104 297
Okt.	2 177 643	3 232	420 700	586 867	105 447
Nov.
Dez.	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der

Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95	2016 1. Juli	–0,88
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2016 9. Nov.	31 449	31 449	0,00	–	–	7
16. Nov.	32 639	32 639	0,00	–	–	7
23. Nov.	33 719	33 719	0,00	–	–	7
30. Nov.	35 952	35 952	0,00	–	–	7
7. Dez.	35 762	35 762	0,00	–	–	7
14. Dez.	36 822	36 822	0,00	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2016 1. Sept.	5 015	5 015	2) ...	–	–	91
28. Sept.	45 270	45 270	0,00	–	–	1 463
29. Sept.	4 570	4 570	2) ...	–	–	84
27. Okt.	5 427	5 427	2) ...	–	–	91
1. Dez.	3 270	3 270	2) ...	–	–	84

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmontatsgeld	Neunmontatsgeld	Zwölfmontatsgeld
2016 Mai	–0,34	–0,36	–0,35	–0,26	–0,14	–0,08	–0,01
Juni	–0,33	–0,37	–0,36	–0,27	–0,16	–0,10	–0,03
Juli	–0,33	–0,38	–0,37	–0,29	–0,19	–0,12	–0,06
Aug.	–0,34	–0,38	–0,37	–0,30	–0,19	–0,12	–0,05
Sept.	–0,34	–0,38	–0,37	–0,30	–0,20	–0,13	–0,06
Okt.	–0,35	–0,38	–0,37	–0,31	–0,21	–0,13	–0,07
Nov.	–0,35	–0,38	–0,37	–0,31	–0,21	–0,13	–0,07

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Okt.	0,49	78 623	1,69	220 371	0,25	74 750	2,15	17 702
Nov.	0,48	77 788	1,67	219 914	0,24	76 639	2,09	17 194
Dez.	0,46	77 515	1,66	221 625	0,22	79 591	2,04	17 364
2016 Jan.	0,45	76 746	1,64	221 432	0,22	79 489	2,00	17 335
Febr.	0,44	75 932	1,62	221 154	0,21	80 142	2,00	17 271
März	0,44	76 809	1,61	221 229	0,20	82 706	1,95	17 573
April	0,44	77 166	1,59	220 954	0,19	83 708	1,92	17 490
Mai	0,43	77 295	1,58	220 985	0,19	80 922	1,86	18 025
Juni	0,42	77 303	1,56	220 707	0,16	78 910	1,80	18 063
Juli	0,41	77 112	1,55	219 660	0,14	80 553	1,76	18 143
Aug.	0,41	75 607	1,53	219 332	0,14	79 332	1,72	18 124
Sept.	0,40	75 235	1,52	219 354	0,12	83 015	1,65	18 371
Okt.	0,40	75 245	1,51	218 836	0,13	80 349	1,60	18 507

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Okt.	2,62	5 160	2,41	27 887	3,38	1 041 492	7,43	54 093	4,44	79 409	4,51	307 750
Nov.	2,61	5 139	2,38	27 838	3,36	1 044 861	7,39	53 821	4,42	79 222	4,49	308 002
Dez.	2,62	5 029	2,36	27 692	3,33	1 047 658	7,38	54 838	4,39	79 345	4,46	306 514
2016 Jan.	2,61	5 011	2,34	27 438	3,30	1 047 865	7,44	52 884	4,35	79 779	4,43	307 381
Febr.	2,60	5 022	2,36	27 364	3,27	1 049 663	7,45	53 249	4,31	80 351	4,41	307 866
März	2,63	5 014	2,34	27 371	3,24	1 052 498	7,49	54 287	4,29	80 695	4,38	307 355
April	2,56	4 928	2,31	27 215	3,21	1 057 019	7,33	52 229	4,27	81 376	4,35	308 474
Mai	2,57	4 959	2,29	27 187	3,19	1 059 863	7,36	52 678	4,24	81 793	4,33	309 250
Juni	2,57	4 863	2,28	27 272	3,16	1 064 491	7,39	53 521	4,22	82 252	4,31	309 025
Juli	2,50	4 836	2,25	27 233	3,13	1 069 851	7,26	51 406	4,20	82 844	4,29	310 390
Aug.	2,50	4 772	2,23	27 198	3,10	1 074 183	7,27	51 516	4,17	83 206	4,27	310 914
Sept.	2,49	4 645	2,22	27 195	3,07	1 079 270	7,29	52 985	4,15	83 297	4,24	310 507
Okt.	2,49	4 711	2,19	27 068	3,04	1 083 119	7,26	52 115	4,12	83 574	4,21	310 941

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Okt.	2,80	130 602	2,36	127 257	2,80	587 398
Nov.	2,82	128 922	2,33	129 015	2,78	594 272
Dez.	2,77	125 750	2,29	129 455	2,74	593 021
2016 Jan.	2,68	130 505	2,26	129 655	2,72	595 850
Febr.	2,67	134 107	2,23	130 842	2,70	598 794
März	2,65	137 421	2,20	130 530	2,67	597 332
April	2,66	136 364	2,18	131 883	2,64	601 069
Mai	2,60	136 538	2,15	132 698	2,62	605 918
Juni	2,62	135 941	2,13	133 455	2,60	604 497
Juli	2,59	133 112	2,09	133 334	2,57	608 349
Aug.	2,60	129 449	2,08	134 293	2,55	613 121
Sept.	2,58	132 381	2,06	134 447	2,52	612 812
Okt.	2,53	132 310	2,04	134 869	2,50	615 128

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EUW gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen.

o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47•).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte													
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)					
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten			
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015	Okt.	0,15	1 089 962	0,34	5 760	0,71	793	0,90	1 088	0,41	529 980	0,49	63 966
	Nov.	0,14	1 107 307	0,34	5 900	0,69	840	0,89	1 196	0,40	530 810	0,47	62 774
	Dez.	0,13	1 111 065	0,28	6 140	0,50	1 161	0,97	1 379	0,39	533 865	0,45	61 900
2016	Jan.	0,12	1 117 856	0,35	7 184	0,62	1 024	1,00	1 360	0,37	534 775	0,43	60 627
	Febr.	0,12	1 123 332	0,34	6 226	0,71	914	1,03	1 493	0,36	536 409	0,40	59 334
	März	0,11	1 120 146	0,34	6 804	0,82	1 137	0,93	1 721	0,34	535 575	0,39	58 239
	April	0,10	1 140 220	0,35	5 852	0,69	994	0,94	1 130	0,32	534 792	0,38	57 125
	Mai	0,10	1 142 947	0,34	5 430	0,69	747	0,89	901	0,31	534 122	0,37	56 154
	Juni	0,08	1 149 604	0,27	6 027	0,73	759	0,83	935	0,30	533 649	0,36	55 415
	Juli	0,08	1 168 427	0,27	5 846	0,57	856	0,80	903	0,28	533 501	0,35	54 560
	Aug.	0,08	1 171 644	0,33	5 081	0,61	1 148	0,86	961	0,27	533 503	0,34	53 749
	Sept.	0,08	1 173 762	0,32	5 240	0,50	671	0,77	885	0,26	532 980	0,33	53 031
	Okt.	0,07	1 184 012	0,30	6 402	0,44	716	0,75	928	0,25	533 209	0,32	52 223

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften									
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren			
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2015	Okt.	0,05	373 013	0,10	10 805	0,28	798	0,43	528
	Nov.	0,05	377 900	0,11	10 676	0,39	574	0,56	326
	Dez.	0,04	375 456	0,07	14 914	0,36	1 338	0,57	872
2016	Jan.	0,03	370 533	0,10	9 780	0,32	1 283	0,42	489
	Febr.	0,03	369 125	0,08	10 334	0,48	890	0,50	244
	März	0,05	369 344	- 0,03	14 907	0,20	931	1,34	1 057
	April	0,05	377 546	- 0,01	10 820	0,13	851	0,40	439
	Mai	0,01	380 942	- 0,02	9 700	0,18	694	0,52	1 123
	Juni	0,01	376 365	- 0,02	10 619	0,16	689	0,46	858
	Juli	0,01	378 718	- 0,02	9 596	0,14	569	0,25	476
	Aug.	0,01	388 519	- 0,06	9 727	0,19	451	0,39	286
	Sept.	0,01	389 701	- 0,08	15 158	0,14	598	0,30	792
	Okt.	0,00	399 216	- 0,03	10 736	0,14	577	0,36	521

Kredite an private Haushalte																	
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)																	
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)				variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen					
		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren					
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2015	Okt.	2,07	7 280	1,93	2 886	1,76	3 823	2,75	966	2,29	2 491	1,97	2 264	2,88	745	2,21	1 636
	Nov.	2,03	6 561	1,97	2 146	1,75	3 295	2,74	872	2,17	2 394	2,07	1 872	2,81	694	2,13	1 556
	Dez.	2,05	8 344	2,03	2 796	1,81	4 005	2,75	1 136	2,11	3 203	2,06	2 469	2,80	886	2,06	2 163
2016	Jan.	1,96	7 252	2,01	2 816	1,68	3 753	2,63	1 054	2,11	2 445	2,04	2 153	2,70	823	2,03	1 617
	Febr.	2,05	6 669	2,10	2 300	1,87	3 388	2,64	904	2,08	2 377	2,15	2 032	2,76	690	2,05	1 528
	März	2,02	7 255	1,87	2 578	1,77	3 549	2,70	996	2,09	2 710	1,96	2 167	2,81	756	2,03	1 796
	April	2,03	6 381	1,89	2 492	1,71	3 375	2,68	981	2,09	2 025	2,02	2 079	2,87	757	2,01	1 420
	Mai	2,00	5 898	1,92	1 926	1,77	2 921	2,71	876	2,03	2 101	2,01	1 859	2,97	647	1,97	1 372
	Juni	2,02	6 820	1,93	2 359	1,84	3 200	2,58	1 134	1,98	2 486	2,09	1 953	2,67	898	1,89	1 769
	Juli	1,89	6 818	1,73	2 543	1,69	3 394	2,66	936	1,89	2 488	1,88	2 323	2,82	724	1,85	1 614
	Aug.	2,02	5 949	1,95	1 989	1,94	2 699	2,80	793	1,85	2 457	1,99	1 789	2,96	589	1,89	1 569
	Sept.	1,89	6 462	1,76	2 153	1,76	3 266	2,69	807	1,81	2 389	1,88	2 013	2,89	610	1,78	1 638
	Okt.	1,89	6 459	1,72	2 536	1,70	3 422	2,63	928	1,87	2 109	1,86	2 096	2,78	728	1,82	1 403

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2015 Okt.	6,28	6,20	7 233	7,69	1 135	5,17	309	4,88	3 104	7,36	3 820
Nov.	6,21	6,15	6 657	7,58	1 055	5,24	276	4,90	2 993	7,32	3 388
Dez.	6,03	5,97	6 067	7,30	934	5,67	316	4,78	2 867	7,19	2 884
2016 Jan.	6,44	6,37	7 338	7,52	1 426	5,59	309	4,99	2 938	7,41	4 091
Febr.	6,25	6,20	7 862	7,44	1 444	5,55	322	4,94	3 260	7,22	4 280
März	6,06	6,04	8 415	7,33	1 833	5,49	341	4,79	3 577	7,07	4 497
April	6,21	6,19	8 734	7,33	1 814	5,89	310	4,88	3 548	7,16	4 876
Mai	6,22	6,20	8 244	7,47	1 715	5,89	306	4,90	3 329	7,16	4 609
Juni	6,20	6,18	8 940	7,47	1 864	5,73	314	4,87	3 616	7,15	5 010
Juli	6,20	6,18	8 468	7,50	1 764	5,97	298	4,77	3 405	7,20	4 765
Aug.	6,09	6,06	8 301	7,36	1 643	5,89	328	4,70	3 402	7,09	4 571
Sept.	5,94	5,92	7 802	7,11	1 560	6,04	296	4,56	3 257	6,95	4 249
Okt.	5,95	5,93	7 579	7,10	1 482	6,04	300	4,52	3 127	6,99	4 152
darunter: besicherte Kredite 12)											
2015 Okt.	-	3,33	244	-	-	2,33	41	3,87	131	2,89	72
Nov.	-	3,58	218	-	-	2,84	23	3,90	136	3,14	59
Dez.	-	3,39	219	-	-	2,72	22	3,89	128	2,66	69
2016 Jan.	-	3,32	191	-	-	2,50	21	3,72	111	2,85	59
Febr.	-	3,51	220	-	-	2,85	33	3,84	135	3,08	52
März	-	3,29	260	-	-	2,58	25	3,71	158	2,65	77
April	-	3,49	206	-	-	2,75	13	3,80	145	2,77	48
Mai	-	3,56	202	-	-	2,69	18	3,95	135	2,79	49
Juni	-	3,62	213	-	-	2,95	17	3,96	141	2,94	55
Juli	-	3,53	193	-	-	2,85	18	3,82	135	2,86	40
Aug.	-	3,52	216	-	-	3,00	16	3,83	149	2,80	51
Sept.	-	3,56	201	-	-	2,86	17	3,87	134	2,97	50
Okt.	-	3,51	189	-	-	2,63	17	3,91	129	2,65	43

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2015 Okt.	2,07	2,05	19 874	2,04	5 455	2,11	2 577	1,99	2 125	1,94	7 230	2,14	7 942
Nov.	2,04	2,02	18 426	2,11	4 212	2,27	2 190	1,94	1 874	1,89	7 319	2,09	7 043
Dez.	1,98	1,95	19 521	2,02	4 769	2,16	2 713	1,88	2 045	1,83	7 385	2,01	7 378
2016 Jan.	2,00	1,97	18 507	2,05	5 833	2,22	2 413	1,87	2 054	1,84	6 800	2,05	7 240
Febr.	1,97	1,96	18 778	2,16	4 870	2,45	2 584	1,86	1 994	1,79	6 837	1,97	7 363
März	1,85	1,82	22 396	1,94	4 799	2,10	2 618	1,82	2 256	1,70	8 246	1,86	9 276
April	1,93	1,88	17 859	1,94	4 981	2,16	2 206	1,82	1 820	1,67	6 054	1,97	7 779
Mai	1,86	1,79	17 968	2,03	3 654	2,19	2 133	1,83	1 698	1,62	6 635	1,83	7 502
Juni	1,82	1,76	21 409	1,94	4 079	2,04	2 567	1,85	1 931	1,60	7 424	1,79	9 487
Juli	1,78	1,73	20 287	1,83	4 970	2,01	2 464	1,79	1 866	1,59	7 230	1,75	8 727
Aug.	1,74	1,68	19 903	1,86	4 075	2,18	2 185	1,76	1 745	1,49	7 197	1,69	8 776
Sept.	1,70	1,64	18 636	1,79	3 854	2,01	2 062	1,75	1 658	1,48	6 555	1,66	8 361
Okt.	1,68	1,62	17 913	1,72	4 542	1,99	2 093	1,62	1 584	1,45	6 317	1,66	7 919
darunter: besicherte Kredite 12)													
2015 Okt.	-	1,99	9 323	-	-	2,10	995	1,71	1 063	1,86	3 583	2,16	3 682
Nov.	-	1,94	8 245	-	-	2,21	812	1,69	888	1,83	3 378	2,05	3 167
Dez.	-	1,86	8 294	-	-	2,06	969	1,63	915	1,77	3 272	1,95	3 138
2016 Jan.	-	1,92	8 349	-	-	2,30	916	1,62	1 003	1,80	3 276	2,04	3 154
Febr.	-	1,89	7 875	-	-	2,47	987	1,62	875	1,73	3 048	1,95	2 965
März	-	1,74	9 786	-	-	2,01	1 002	1,63	1 075	1,63	3 807	1,81	3 902
April	-	1,89	7 980	-	-	2,17	848	1,53	843	1,62	2 827	2,14	3 462
Mai	-	1,71	7 343	-	-	2,08	783	1,53	752	1,54	2 804	1,81	3 004
Juni	-	1,67	9 111	-	-	1,96	956	1,55	849	1,53	3 475	1,75	3 831
Juli	-	1,65	8 675	-	-	1,86	927	1,51	833	1,53	3 387	1,75	3 528
Aug.	-	1,58	8 476	-	-	1,97	770	1,46	770	1,41	3 410	1,67	3 526
Sept.	-	1,55	7 930	-	-	1,98	728	1,46	708	1,39	3 109	1,61	3 385
Okt.	-	1,55	7 854	-	-	1,89	764	1,43	768	1,39	3 023	1,65	3 299

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Okt.	8,89	41 116	8,89	34 203	15,43	3 971	4,00	62 917	4,01	62 664	3,94	64 959
Nov.	8,82	40 622	8,82	33 577	15,32	4 064	3,92	65 212	3,94	64 959	3,96	61 270
Dez.	8,69	41 921	8,80	34 544	15,31	3 938	3,94	61 493	3,96	61 270	3,96	61 270
2016 Jan.	8,83	40 469	8,78	33 630	15,36	4 043	3,82	65 219	3,84	65 010	3,80	66 930
Febr.	8,82	41 049	8,81	34 005	15,36	4 071	3,79	67 167	3,80	66 930	3,85	68 394
März	8,81	42 187	8,80	35 211	15,42	3 982	3,84	68 638	3,85	68 394	3,85	68 394
April	8,70	40 129	8,67	33 142	15,24	4 067	3,83	66 708	3,85	66 461	3,71	66 974
Mai	8,72	40 781	8,75	33 466	15,21	4 135	3,70	67 212	3,71	66 974	3,75	67 430
Juni	8,75	41 709	8,77	34 494	15,23	4 093	3,74	67 687	3,75	67 430	3,67	65 180
Juli	8,61	39 874	8,62	32 504	15,22	4 152	3,66	65 412	3,67	65 180	3,74	63 322
Aug.	8,61	40 210	8,63	32 811	15,22	4 137	3,73	63 560	3,74	63 322	3,71	65 773
Sept.	8,62	41 559	8,66	33 900	15,13	4 269	3,70	66 057	3,71	65 773	3,68	63 931
Okt.	8,59	40 657	8,60	32 988	15,13	4 328	3,67	64 202	3,68	63 931		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)					
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2015 Okt.	1,67	57 781	1,57	20 890	2,64	8 271	2,89	1 452	2,07	1 254	1,37	37 386	1,71	2 319	1,86	7 099
Nov.	1,67	51 840	1,63	16 651	2,71	7 599	2,91	1 381	2,09	1 254	1,30	32 330	1,98	2 249	1,81	7 027
Dez.	1,68	71 770	1,68	21 964	2,63	8 367	2,90	1 688	1,98	1 765	1,42	46 829	1,79	3 286	1,82	9 835
2016 Jan.	1,60	56 798	1,62	19 979	2,58	7 835	2,87	1 331	2,02	1 328	1,26	38 673	2,16	2 309	1,90	5 322
Febr.	1,54	52 765	1,61	15 300	2,71	7 805	2,78	1 310	1,93	1 160	1,20	34 426	1,42	2 142	1,67	5 922
März	1,64	62 713	1,70	19 300	2,67	8 680	2,73	1 524	1,88	1 394	1,35	41 099	1,76	2 294	1,68	7 722
April	1,55	57 589	1,60	19 803	2,60	8 290	2,74	1 645	1,82	1 410	1,23	38 162	1,56	1 933	1,68	6 149
Mai	1,47	53 170	1,55	15 321	2,59	7 987	2,73	1 363	1,85	1 338	1,11	34 259	1,55	1 651	1,64	6 572
Juni	1,52	66 550	1,68	19 903	2,61	8 992	2,79	1 600	1,76	1 526	1,23	43 829	1,57	2 249	1,55	8 354
Juli	1,46	62 584	1,55	21 116	2,44	8 339	2,67	1 484	1,72	1 554	1,16	41 120	1,88	2 329	1,53	7 758
Aug.	1,43	54 015	1,58	14 307	2,44	7 384	2,62	1 340	1,68	1 416	1,14	33 033	1,48	2 112	1,40	8 730
Sept.	1,51	62 170	1,66	19 929	2,54	8 312	2,63	1 431	1,70	1 312	1,24	41 393	1,67	1 986	1,54	7 736
Okt.	1,43	59 422	1,50	20 936	2,44	8 219	2,63	1 417	1,65	1 258	1,16	40 159	1,69	1 960	1,44	6 409
darunter: besicherte Kredite ¹²⁾																
2015 Okt.	1,72	9 269	.	.	1,99	722	2,53	160	1,94	448	1,60	5 036	1,83	752	1,78	2 151
Nov.	1,76	7 680	.	.	2,04	503	2,62	130	1,92	395	1,48	4 036	2,31	1 162	1,87	1 454
Dez.	1,61	13 483	.	.	1,98	636	2,57	150	1,76	539	1,47	7 249	1,84	1 438	1,67	3 471
2016 Jan.	1,65	9 419	.	.	2,01	674	2,55	125	1,89	463	1,33	6 286	3,51	656	1,93	1 215
Febr.	1,60	8 658	.	.	2,07	554	2,29	149	1,84	382	1,45	4 958	1,69	627	1,71	1 988
März	1,62	10 561	.	.	1,94	611	2,60	154	1,73	406	1,50	5 407	1,79	1 089	1,66	2 894
April	1,59	9 251	.	.	1,95	660	2,39	153	1,67	438	1,49	5 471	1,92	530	1,57	1 999
Mai	1,58	5 951	.	.	2,03	479	2,60	134	1,65	406	1,47	2 864	1,57	364	1,55	1 704
Juni	1,58	10 056	.	.	1,91	601	2,51	159	1,64	468	1,56	4 885	1,72	1 003	1,46	2 940
Juli	1,53	10 322	.	.	1,87	681	2,38	161	1,53	544	1,35	5 526	1,95	929	1,61	2 481
Aug.	1,54	7 519	.	.	2,01	523	2,54	119	1,51	410	1,40	3 645	1,71	452	1,57	2 370
Sept.	1,59	9 002	.	.	1,93	550	2,49	104	1,46	379	1,53	5 125	2,18	614	1,45	2 230
Okt.	1,49	8 746	.	.	1,85	652	2,40	149	1,48	401	1,40	5 352	1,90	560	1,44	1 632

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. **12** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **13** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **14** Überziehungskredite sind als Sollsalde auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **15** Einsch. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **16** Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014	2 444,5	2 367,3	523,2	384,5	300,5	232,5	790,1	68,8	67,6	77,2
2015	2 536,5	2 454,1	488,7	421,6	309,2	246,9	841,7	77,0	69,0	82,4
2014 3.Vj.	2 392,9	2 317,6	531,4	365,3	294,9	229,0	763,7	67,5	65,8	75,3
4.Vj.	2 444,5	2 367,3	523,2	384,5	300,5	232,5	790,1	68,8	67,6	77,2
2015 1.Vj.	2 539,4	2 461,4	517,4	414,0	305,1	242,1	843,7	70,6	68,4	78,1
2.Vj.	2 489,5	2 410,8	509,4	396,7	304,8	238,9	819,2	72,6	69,2	78,6
3.Vj.	2 507,3	2 427,5	498,0	412,5	308,0	241,6	823,8	74,7	68,9	79,8
4.Vj.	2 536,5	2 454,1	488,7	421,6	309,2	246,9	841,7	77,0	69,0	82,4
2016 1.Vj.	2 598,2	2 514,1	486,8	456,3	310,8	248,3	863,1	78,9	70,0	84,1
2.Vj.	2 637,1	2 552,4	478,6	480,8	312,6	248,5	882,7	78,7	70,6	84,7
Versicherungen										
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014	1 892,0	1 842,7	371,6	327,4	271,4	215,9	542,3	63,9	50,2	49,3
2015	1 953,4	1 901,7	336,3	357,3	278,7	228,7	578,3	71,6	50,7	51,8
2014 3.Vj.	1 856,7	1 808,2	378,3	313,4	266,6	213,5	523,2	62,7	50,3	48,6
4.Vj.	1 892,0	1 842,7	371,6	327,4	271,4	215,9	542,3	63,9	50,2	49,3
2015 1.Vj.	1 967,9	1 918,2	365,3	352,8	275,7	224,9	583,1	65,6	50,8	49,7
2.Vj.	1 925,8	1 875,9	357,5	337,9	275,3	221,6	564,6	67,5	51,5	49,9
3.Vj.	1 938,2	1 887,7	347,5	350,0	278,1	224,0	567,7	69,5	51,0	50,5
4.Vj.	1 953,4	1 901,7	336,3	357,3	278,7	228,7	578,3	71,6	50,7	51,8
2016 1.Vj.	2 007,2	1 954,1	336,2	386,6	280,0	230,0	596,3	73,4	51,6	53,1
2.Vj.	2 033,9	1 980,7	328,6	408,0	281,7	229,6	607,7	73,1	51,9	53,2
Pensionseinrichtungen 4)										
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014	552,5	524,6	151,7	57,1	29,1	16,7	247,8	4,9	17,4	27,8
2015	583,0	552,4	152,4	64,3	30,4	18,2	263,3	5,4	18,3	30,6
2014 3.Vj.	536,2	509,4	153,0	52,0	28,3	15,5	240,5	4,7	15,4	26,8
4.Vj.	552,5	524,6	151,7	57,1	29,1	16,7	247,8	4,9	17,4	27,8
2015 1.Vj.	571,5	543,2	152,1	61,2	29,4	17,3	260,6	5,0	17,6	28,3
2.Vj.	563,7	534,9	151,8	58,8	29,6	17,3	254,7	5,1	17,7	28,8
3.Vj.	569,2	539,9	150,6	62,5	29,9	17,7	256,0	5,3	17,9	29,3
4.Vj.	583,0	552,4	152,4	64,3	30,4	18,2	263,3	5,4	18,3	30,6
2016 1.Vj.	591,1	560,0	150,6	69,7	30,7	18,3	266,8	5,5	18,4	31,0
2.Vj.	603,2	571,7	150,0	72,8	30,9	18,8	275,0	5,5	18,6	31,5

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2014 3.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and

pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 444,5	17,3	89,0	202,7	1 903,8	1 605,5	298,3	72,3	159,4
2015	2 536,5	18,3	96,6	226,0	1 995,9	1 683,2	312,8	71,9	127,8
2014 3.Vj.	2 392,9	17,6	86,3	188,0	1 870,6	1 575,6	295,0	73,3	157,1
4.Vj.	2 444,5	17,3	89,0	202,7	1 903,8	1 605,5	298,3	72,3	159,4
2015 1.Vj.	2 539,4	19,0	90,4	223,1	1 942,6	1 635,6	307,0	73,0	191,4
2.Vj.	2 489,5	17,9	91,9	206,2	1 958,3	1 649,6	308,7	72,5	142,7
3.Vj.	2 507,3	17,5	94,3	208,4	1 976,5	1 665,6	311,0	72,2	138,4
4.Vj.	2 536,5	18,3	96,6	226,0	1 995,9	1 683,2	312,8	71,9	127,8
2016 1.Vj.	2 598,2	17,7	97,8	231,7	2 027,1	1 707,3	319,9	73,2	150,6
2.Vj.	2 637,1	17,6	97,9	201,1	2 041,0	1 722,3	318,8	73,3	206,2
Versicherungen									
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 892,0	17,3	84,3	193,0	1 411,6	1 113,8	297,8	70,5	115,3
2015	1 953,4	18,3	91,6	215,1	1 472,9	1 160,6	312,3	70,2	85,4
2014 3.Vj.	1 856,7	17,6	81,8	179,3	1 394,2	1 099,7	294,5	70,1	113,7
4.Vj.	1 892,0	17,3	84,3	193,0	1 411,6	1 113,8	297,8	70,5	115,3
2015 1.Vj.	1 967,9	19,0	85,6	212,5	1 443,0	1 136,4	306,6	71,2	136,6
2.Vj.	1 925,8	17,9	87,2	196,4	1 453,2	1 145,0	308,3	70,7	100,3
3.Vj.	1 938,2	17,5	89,5	198,5	1 464,5	1 154,0	310,5	70,5	97,6
4.Vj.	1 953,4	18,3	91,6	215,1	1 472,9	1 160,6	312,3	70,2	85,4
2016 1.Vj.	2 007,2	17,7	92,8	220,6	1 499,3	1 179,8	319,4	71,4	105,4
2.Vj.	2 033,9	17,6	92,9	191,3	1 506,6	1 188,3	318,3	71,5	154,0
Pensionseinrichtungen 5)									
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	552,5	–	4,7	9,7	492,1	491,6	0,5	1,8	44,2
2015	583,0	–	4,9	11,0	523,0	522,6	0,5	1,7	42,4
2014 3.Vj.	536,2	–	4,5	8,7	476,4	475,9	0,5	3,1	43,4
4.Vj.	552,5	–	4,7	9,7	492,1	491,6	0,5	1,8	44,2
2015 1.Vj.	571,5	–	4,7	10,5	499,7	499,2	0,5	1,8	54,8
2.Vj.	563,7	–	4,8	9,8	505,1	504,6	0,5	1,7	42,4
3.Vj.	569,2	–	4,8	9,9	512,0	511,6	0,5	1,7	40,7
4.Vj.	583,0	–	4,9	11,0	523,0	522,6	0,5	1,7	42,4
2016 1.Vj.	591,1	–	5,0	11,2	527,9	527,4	0,5	1,7	45,3
2.Vj.	603,2	–	5,0	9,8	534,4	533,9	0,5	1,8	52,3

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2015 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2014 3.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsreuehand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	– 13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	– 26 762	96 476	.	– 123 238	244 560
2008	76 490	66 139	– 45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	– 49 813	58 254
2009	70 208	– 538	– 114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	– 19 945
2010	146 620	– 1 212	– 7 621	24 044	– 17 635	147 831	– 92 682	– 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	– 13 575	– 46 796	850	59 521	20 075	– 23 876	– 94 793	36 805	34 112	57 525
2012	51 813	– 21 419	– 98 820	– 8 701	86 103	73 231	– 3 767	– 42 017	– 3 573	41 823	55 580
2013	– 12 603	– 101 616	– 117 187	153	15 415	89 013	18 583	– 25 778	– 12 708	57 069	– 31 185
2014	63 381	– 31 962	– 47 404	– 1 330	16 776	95 341	51 779	– 12 124	– 11 951	75 854	11 601
2015	32 891	– 36 010	– 65 778	26 762	3 006	68 902	123 662	– 66 330	121 164	68 828	– 90 773
2015 Dez.	– 59 323	– 57 836	– 55 168	996	– 3 664	– 1 487	– 13 826	– 39 384	11 090	14 468	– 45 497
2016 Jan.	8 853	– 1 881	7 474	2 924	– 12 279	10 733	6 823	2 236	12 023	– 7 436	2 029
Febr.	31 114	19 483	14 851	1 224	3 407	11 631	20 916	2 002	12 911	6 003	10 198
März	26 539	12 729	1 330	4 510	6 889	13 810	26 890	1 261	13 401	12 228	– 351
April	12 556	– 3 469	7 238	1 970	– 12 677	16 025	34 517	– 5 143	15 821	23 839	– 21 961
Mai	32 838	29 686	8 729	3 993	16 964	3 152	15 400	– 6 052	18 093	3 359	17 438
Juni	– 5 007	– 7 553	– 2 177	– 4 636	– 740	2 545	15 220	– 8 528	16 907	6 841	– 20 227
Juli	– 30 730	– 26 603	– 16 263	– 1 055	– 11 394	– 4 127	– 1 577	– 9 959	18 064	– 9 682	– 29 152
Aug.	19 614	18 041	7 011	– 942	11 972	1 573	12 251	– 10 241	13 001	9 491	7 362
Sept.	17 786	12 468	6 106	3 712	2 650	5 319	23 933	– 4 025	17 786	10 172	– 6 147
Okt.	– 9 486	– 6 357	640	3 347	– 10 344	– 3 129	10 177	– 7 635	17 287	525	– 19 663

Mio €

Zeit	Aktien									
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb					
		inländische Aktien 9)		ausländische Aktien 10)	Inländer					
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	zu- sammen 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)		
2004	–	3 317	10 157	–	13 474	7 432	5 045	2 387	–	10 748
2005	–	32 364	13 766	–	18 597	1 036	10 208	–	9 172	31 329
2006	–	26 276	9 061	–	17 214	7 528	11 323	–	3 795	18 748
2007	–	5 009	10 053	–	15 062	–	6 702	–	55 606	57 299
2008	–	29 452	11 326	–	40 778	2 743	–	23 079	–	32 194
2009	–	35 980	23 962	–	12 018	30 496	–	8 335	38 831	5 484
2010	–	37 767	20 049	–	17 719	36 406	7 340	–	29 066	1 361
2011	–	25 833	21 713	–	4 120	40 804	670	–	40 134	14 971
2012	–	15 061	5 120	–	9 941	14 405	10 259	–	4 146	656
2013	–	21 553	10 106	–	11 447	18 344	11 991	–	6 353	3 209
2014	–	47 506	18 778	–	28 728	39 661	17 203	–	22 458	7 845
2015	–	38 855	7 668	–	31 187	24 017	–	5 421	29 438	14 838
2015 Dez.	–	5 812	1 100	–	4 712	6 195	–	4 336	10 531	– 383
2016 Jan.	–	1 294	120	–	1 414	367	–	5 901	6 268	– 1 661
Febr.	–	611	66	–	677	1 539	–	5 401	6 940	– 2 150
März	–	8 290	59	–	8 231	5 935	–	1 861	4 074	2 355
April	–	949	39	–	988	472	–	639	1 111	– 1 421
Mai	–	5 585	288	–	5 297	6 964	–	2 838	4 126	– 1 379
Juni	–	1 068	335	–	733	3 576	–	330	3 906	– 2 508
Juli	–	2 930	464	–	2 466	2 672	–	2 128	4 800	– 258
Aug.	–	4 811	1 063	–	3 748	3 180	–	2 256	924	– 1 631
Sept.	–	5 554	229	–	5 325	6 207	–	503	5 704	– 653
Okt.	–	1 948	204	–	1 744	–	–	221	–	– 3 520

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundesbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig; Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen ¹⁾				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) ²⁾	Anleihen der öffentlichen Hand ³⁾	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben										
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen									
Brutto-Absatz ⁴⁾																		
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344									
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600									
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69									
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–									
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–									
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–									
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–									
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–									
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–									
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–									
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–									
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700	–									
2016 März	111 271	61 483	2 722	1 030	38 521	19 209	9 240	40 548	–									
April	115 428	69 506	1 282	536	53 522	14 167	5 762	40 160	–									
Mai	109 656	67 125	3 518	355	48 486	14 766	7 177	35 353	–									
Juni	98 036	56 397	1 402	1 345	35 416	18 235	3 694	37 944	–									
Juli ⁵⁾	106 809	64 060	3 695	231	47 806	12 328	5 516	37 234	–									
Aug.	84 466	47 957	3 758	952	35 486	7 762	2 439	34 070	–									
Sept.	110 645	60 863	720	143	46 130	13 870	9 464	40 318	–									
Okt.	93 470	58 255	1 559	785	42 270	13 642	7 593	27 621	–									
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren ⁶⁾																		
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320									
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400									
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69									
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–									
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–									
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–									
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–									
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–									
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–									
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–									
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–									
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742	–									
2016 März	37 922	17 301	2 209	1 030	6 745	7 317	5 178	15 444	–									
April	30 946	11 246	1 207	511	4 680	4 848	4 481	15 219	–									
Mai	36 255	17 367	2 711	55	8 707	5 895	4 908	13 980	–									
Juni	34 458	16 553	1 291	711	6 590	7 962	2 098	15 808	–									
Juli ⁵⁾	34 008	14 977	2 759	231	9 154	2 833	3 897	15 134	–									
Aug.	24 960	11 808	2 630	502	4 541	4 134	931	12 221	–									
Sept.	35 483	16 330	708	118	7 420	8 084	7 291	11 862	–									
Okt.	32 702	14 677	1 559	785	4 690	7 644	6 327	11 698	–									
Netto-Absatz ⁷⁾																		
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	83 293	18 768	–	22 124								
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	37 242	64 962	10 099	–	35 963							
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	20 150	44 890	46 410	15 605	–	19 208							
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	42 567	73 127	–	3 683	–	29 750						
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	25 165	34 074	82 653	–	28 302	–	31 607					
2009	76 441	–	75 554	858	–	80 646	25 579	–	21 345	–	48 508	–	103 482	–	21 037			
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	63 368	28 296	–	48 822	–	23 748	–	85 464	–	10 904		
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	44 290	32 904	–	44 852	–	3 189	–	80 289	–	5 989		
2012	–	85 298	–	100 198	–	4 177	–	41 660	–	51 099	–	6 401	–	21 298	–	2 605		
2013	–	140 017	–	125 932	–	17 364	–	37 778	–	4 027	–	66 760	–	1 394	–	15 479	–	3 057
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	23 856	–	862	–	25 869	–	10 497	–	12 383	–	2 626
2015	–	65 147	–	77 273	–	9 271	–	9 754	–	2 758	–	74 028	–	25 300	–	13 174	–	1 441
2016 März	–	11 323	–	4 244	–	977	–	477	–	1 174	–	2 571	–	4 323	–	2 756	–	219
April	–	8 359	–	7 324	–	236	–	1 468	–	6 691	–	1 865	–	1 909	–	17 592	–	159
Mai	–	28 473	–	9 196	–	1 402	–	660	–	9 052	–	2 206	–	3 294	–	15 983	–	590
Juni	–	3 182	–	4 261	–	2 543	–	3 575	–	1 322	–	534	–	4 057	–	5 135	–	–
Juli ⁵⁾	–	22 944	–	15 024	–	858	–	1 014	–	14 406	–	463	–	884	–	8 803	–	59
Aug.	–	19 464	–	5 831	–	3 209	–	34	–	4 897	–	2 241	–	342	–	13 975	–	–
Sept.	–	13 990	–	4 456	–	421	–	1 385	–	4 802	–	1 461	–	3 807	–	5 727	–	–
Okt.	–	4 225	–	425	–	286	–	1 680	–	105	–	1 714	–	4 024	–	8 675	–	15

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. **1** Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Einschl. Bundes-eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. **4** Brutto-Absatz ist nur der

Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. **5** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **6** Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. **7** Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2016 April	3 058 722	1 181 964	133 459	73 331	585 974	389 200	266 289	1 610 468	5 978
Mai	3 087 195	1 191 160	132 057	72 672	595 026	391 406	269 584	1 626 451	5 389
Juni	3 084 013	1 186 899	129 514	69 097	596 349	391 940	265 527	1 631 587	5 389
Juli 2)	3 061 069	1 171 875	130 372	68 083	632 445	340 975	266 411	1 622 783	5 330
Aug.	3 080 533	1 177 707	133 581	68 049	637 342	338 734	266 068	1 636 758	5 330
Sept.	3 094 523	1 182 162	133 160	66 664	642 143	340 195	269 875	1 642 486	5 330
Okt.	3 090 298	1 182 587	133 446	64 984	642 249	341 909	273 900	1 633 811	5 314

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Oktober 2016

bis unter 2	1 009 366	461 170	38 478	25 128	271 268	126 298	48 702	499 495	1 861
2 bis unter 4	680 733	287 610	38 617	16 554	164 951	67 486	51 047	342 077	204
4 bis unter 6	458 656	178 932	25 449	9 639	90 966	52 878	38 973	240 751	341
6 bis unter 8	301 340	90 311	16 412	6 174	44 088	23 637	22 433	188 596	1 333
8 bis unter 10	225 374	75 212	9 675	4 789	39 270	21 477	14 879	135 283	111
10 bis unter 15	131 654	32 544	4 224	2 032	11 857	14 431	16 912	82 197	498
15 bis unter 20	50 955	16 311	162	600	11 608	3 940	5 323	29 321	-
20 und darüber	232 223	40 499	428	70	8 241	31 761	75 631	116 093	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	-	1 760	-	2 286	887 217		
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	268	-	1 443	-	3 060	1 058 532		
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	1 256	-	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	974	927 256	
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	-	486	-	993	-	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	-	478	-	594	-	2 411	1 150 188	
2013	171 741	-	6 879	2 971	718	476	-	1 432	-	619	-	8 992	1 432 658	
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	-	465	-	1 044	-	1 446	1 478 063	
2015	177 416	319	4 634	397	599	-	-	1 394	-	1 385	-	2 535	1 614 442	
2016 April	176 705	-	408	31	-	34	-	281	-	2	-	188	1 528 339	
Mai	175 609	-	1 097	209	14	5	-	4	-	378	-	942	1 529 297	
Juni	175 694	85	213	67	228	-	-	30	-	305	-	87	1 432 091	
Juli	176 196	502	425	148	5	-	-	83	-	49	-	40	1 527 172	
Aug.	176 572	376	1 061	35	19	-	-	495	-	121	-	124	1 566 154	
Sept.	176 583	11	49	2	0	-	-	22	-	59	-	76	1 574 835	
Okt.	176 733	150	196	0	45	-	-	36	-	11	-	44	1 586 968	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freierkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.								Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016 Juni	0,0	–	0,1	–	0,0	0,2	0,7	143,74	116,88	450,95	9 680,09
Juli	–	0,1	–	0,2	–	0,2	0,7	144,06	116,16	481,02	10 337,50
Aug.	–	0,1	–	0,2	–	0,1	0,6	144,30	115,34	491,68	10 592,69
Sept.	–	0,1	–	0,2	–	0,1	0,6	144,47	115,53	490,14	10 511,02
Okt.	0,0	–	0,1	–	0,0	0,2	0,7	142,59	113,12	494,25	10 665,01
Nov.	0,2	0,1	0,0	0,2	0,2	1,0	2,0	142,37	112,33	490,37	10 640,30

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €																			
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb											
		Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer											
		zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	aus-ländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Aus-länder 5)							
zu-sammen	Geldmarkt-fonds		Wertpapier-fonds	Immobili-fonds	zu-sammen				darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile									
2004	14 435	1 453	–	3 978	–	6 160	–	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168			
2005	85 268	41 718	–	6 400	–	124	–	7 001	–	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016		
2006	47 264	19 535	–	14 257	–	490	–	9 362	–	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258		
2007	55 778	13 436	–	7 872	–	4 839	–	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	–	229	4 240	51 538	38 102	4 469		
2008	2 598	–	7 911	–	14 409	–	12 171	–	11 149	799	6 498	10 509	–	16 625	–	9 252	27 940	19 761	–	8 717
2009	49 929	43 747	–	10 966	–	5 047	–	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	–	14 995	–	8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	–	13 381	–	148	–	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	–	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598		
2011	46 511	45 221	–	1 340	–	379	–	2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	–	7 576	–	694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 236	89 942	–	2 084	–	1 036	–	97	3 450	87 859	21 293	114 676	–	3 062	–	1 562	117 738	22 855	–	3 438
2013	123 743	91 337	–	9 184	–	574	–	5 596	3 376	82 153	32 407	117 675	–	771	100	116 904	32 305	–	6 069	
2014	139 011	97 711	–	3 998	–	473	–	862	1 000	93 713	41 302	144 168	–	819	–	1 745	143 349	43 046	–	5 154
2015	181 632	146 136	–	30 420	–	318	–	22 345	3 636	115 716	35 495	176 116	–	7 362	494	168 754	35 001	–	5 155	
2016 April	12 939	6 740	–	1 705	–	76	–	940	496	5 035	6 199	14 526	–	671	–	230	13 855	6 429	–	1 587
Mai	9 441	8 249	–	2 461	–	50	–	1 132	1 111	5 788	1 192	9 280	–	887	–	65	8 393	1 257	–	161
Juni	11 123	10 640	–	1 664	–	42	–	565	755	8 976	483	11 561	–	557	–	87	11 004	570	–	439
Juli	9 383	7 899	–	1 862	–	195	–	1 706	280	6 038	1 484	10 904	–	1 208	–	186	9 696	1 298	–	1 521
Aug.	8 572	5 151	–	1 038	–	125	–	843	109	4 113	3 421	9 140	–	922	–	1 679	10 062	5 100	–	567
Sept.	12 075	8 123	–	900	–	39	–	28	631	7 224	3 952	12 285	–	648	–	132	11 637	3 820	–	210
Okt.	17 989	11 557	–	1 765	–	103	–	1 049	528	9 791	6 433	17 855	–	213	–	521	18 068	6 954	–	134

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. – Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015				2016	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	4,45	- 7,75	37,62	- 10,96	3,60	28,00	16,99	- 1,30	5,16
Schuldverschreibungen insgesamt	0,65	- 1,26	- 0,93	- 1,48	0,56	0,51	- 0,52	0,87	- 3,32
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,56	1,62	- 0,77	- 1,06	0,93	- 1,42	0,78	0,98	- 0,70
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,91	- 2,88	- 0,15	- 0,42	- 0,37	1,93	- 1,29	- 0,10	- 2,62
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 1,27	- 1,88	0,73	- 0,07	0,24	- 0,94	- 0,38	0,51	- 2,54
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66	- 0,12
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,14	- 1,26	1,93	0,75	- 0,27	0,87	0,58	0,31	- 1,80
Staat	0,07	- 0,57	- 0,41	- 0,28	- 0,08	0,39	- 0,44	- 0,46	- 0,62
Schuldverschreibungen des Auslands	1,91	0,62	- 1,66	- 1,41	0,32	- 0,42	- 0,14	0,37	- 0,78
Kredite insgesamt	9,29	14,41	30,52	23,08	5,87	1,37	0,20	6,50	- 5,35
kurzfristige Kredite	27,76	36,06	25,14	20,41	1,63	1,12	1,97	3,21	- 0,62
langfristige Kredite	- 18,47	- 21,66	5,39	2,67	4,23	0,25	- 1,77	3,29	- 4,74
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	2,20	10,40	12,08	- 17,89	- 1,12	0,52	- 5,20	0,78	- 4,40
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	- 0,31	2,42	- 1,41	0,05	4,33	- 0,56	3,28	- 8,39
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 1,81	10,65	9,68	19,30	- 1,17	- 3,81	- 4,64	- 2,50	3,99
Staat	0,10	0,06	- 0,02	- 0,01	- 0,01	- 0,01	- 0,01	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	7,09	4,01	18,44	5,19	6,99	0,85	5,41	5,72	- 0,95
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	39,87	9,93	47,49	3,74	8,00	14,77	20,99	10,03	4,14
Anteilsrechte insgesamt	32,22	20,31	31,15	- 4,41	5,18	10,89	19,49	9,58	4,89
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	8,70	- 1,62	- 10,41	- 16,68	1,41	1,98	2,88	- 6,00	- 0,77
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17	- 0,94
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,95	3,78	- 2,37	- 2,59	0,34	- 0,14	0,02	0,17	0,17
Börsennotierte Aktien des Auslands	3,37	- 4,85	12,38	13,99	- 0,15	- 4,46	3,00	0,66	- 0,60
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	20,16	26,77	29,18	- 1,72	3,92	13,37	13,61	14,92	6,26
Anteile an Investmentfonds	7,65	- 10,38	16,35	8,15	2,82	3,87	1,50	0,45	- 0,75
Geldmarktfonds	- 0,15	0,23	0,21	- 0,25	0,17	- 0,06	0,35	- 0,30	- 0,10
Sonstige Investmentfonds	7,80	- 10,61	16,13	8,40	2,65	3,93	1,15	0,75	- 0,65
Versicherungstechnische Rückstellungen	3,02	1,05	2,97	0,59	0,86	0,88	0,64	2,40	2,61
Finanzderivate	6,49	- 1,26	3,02	3,55	- 2,41	2,06	- 0,19	- 0,26	2,60
Sonstige Forderungen	173,71	- 95,11	53,33	- 29,56	48,50	12,20	22,19	10,35	- 9,01
Insgesamt	237,47	- 80,01	174,03	- 11,04	64,97	59,79	60,31	28,59	- 3,17
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	12,78	1,26	7,78	3,58	4,91	0,46	- 1,17	10,40	4,60
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,12	- 11,63	1,96	1,26	- 0,04	1,01	- 0,27	2,04	0,18
langfristige Schuldverschreibungen	13,90	12,89	5,82	2,32	4,95	- 0,55	- 0,89	8,36	4,43
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,10	4,27	1,76	0,95	2,73	- 0,72	- 1,19	4,97	1,44
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66	- 0,12
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,85	4,12	2,07	1,26	1,85	- 0,44	- 0,60	3,59	2,13
Staat	- 0,05	0,00	0,02	0,01	- 0,00	0,01	0,01	- 0,00	0,00
Private Haushalte	1,50	0,20	0,46	0,22	0,29	0,03	- 0,07	0,73	- 0,57
Schuldverschreibungen des Auslands	7,67	- 3,01	6,02	2,63	2,19	1,18	0,03	5,43	3,16
Kredite insgesamt	26,84	- 13,42	42,49	28,46	16,70	- 1,39	- 1,28	33,16	7,42
kurzfristige Kredite	24,45	1,81	24,56	8,46	14,91	- 2,82	4,01	18,03	- 2,94
langfristige Kredite	2,40	- 15,23	17,92	20,00	1,78	1,43	- 5,29	15,13	10,36
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	- 4,95	4,59	17,88	21,81	6,28	0,00	- 10,21	21,63	- 8,09
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	- 0,31	2,42	- 1,41	0,05	4,33	- 0,56	3,28	- 8,39
finanzielle Kapitalgesellschaften	12,46	16,45	22,68	15,58	7,26	- 1,53	1,37	12,18	- 0,31
Staat	- 21,31	- 11,55	- 7,23	7,63	- 1,03	- 2,81	- 11,02	6,18	0,61
Kredite aus dem Ausland	31,74	- 18,01	24,60	6,65	10,41	- 1,39	8,93	11,53	15,51
Anteilsrechte insgesamt	12,04	27,88	15,04	0,05	5,40	5,89	3,69	3,25	2,13
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 4,47	- 0,97	6,66	- 1,81	- 3,65	0,73	11,39	- 2,68	3,28
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17	- 0,94
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,02	1,59	11,05	17,66	- 5,34	- 6,36	5,09	- 1,14	3,22
Staat	- 0,88	0,03	0,11	0,06	0,01	0,02	0,01	0,03	0,03
Private Haushalte	- 8,21	2,80	3,55	- 5,43	0,61	4,95	3,43	4,61	0,98
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,80	9,72	- 0,64	2,08	5,36	1,97	- 10,04	2,72	- 2,86
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	8,70	19,13	9,02	- 0,22	3,70	3,20	2,34	3,21	1,71
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,34	6,41	5,06	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	3,72	1,93	- 8,22	10,89	- 16,16	- 1,04	- 1,92	8,63	- 2,20
Sonstige Verbindlichkeiten	19,83	- 10,06	58,33	28,90	18,93	0,49	10,01	8,40	1,27
Insgesamt	81,54	13,98	120,48	73,14	31,05	5,69	10,60	65,11	14,49

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015				2016	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	411,3	405,8	462,6	386,9	396,3	431,0	462,6	454,1	464,8
Schuldverschreibungen insgesamt	45,0	49,6	47,8	48,6	48,4	48,4	47,8	48,8	45,7
kurzfristige Schuldverschreibungen	5,1	6,8	6,0	5,7	6,7	5,2	6,0	7,0	6,3
langfristige Schuldverschreibungen	39,9	42,9	41,7	42,9	41,7	43,2	41,7	41,7	39,3
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	24,6	22,9	23,3	23,0	23,0	23,8	23,3	23,8	21,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3	4,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	12,7	14,5	13,5	13,2	14,0	14,5	14,8	13,0
Staat	6,1	5,7	5,2	5,4	5,3	5,6	5,2	4,8	4,2
Schuldverschreibungen des Auslands	20,5	26,7	24,4	25,6	25,4	24,7	24,4	24,9	24,3
Kredite insgesamt	446,5	465,6	495,9	493,2	498,0	497,3	495,9	500,1	495,0
kurzfristige Kredite	340,0	375,8	399,8	398,6	399,5	399,7	399,8	401,8	401,5
langfristige Kredite	106,5	89,8	96,2	94,6	98,4	97,7	96,2	98,4	93,5
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	304,7	315,1	327,2	333,0	331,8	332,4	327,2	328,0	323,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,7	214,8	214,9	219,2	218,7	221,9	213,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	82,1	92,8	102,4	112,1	110,9	107,1	102,4	100,0	104,0
Staat	6,0	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1
Kredite an das Ausland	141,8	150,5	168,8	160,2	166,1	165,0	168,8	172,1	171,5
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 658,3	1 726,5	1 905,6	1 954,8	1 888,8	1 781,0	1 905,6	1 839,6	1 808,9
Anteilsrechte insgesamt	1 520,2	1 591,0	1 753,6	1 803,8	1 738,8	1 631,2	1 753,6	1 688,5	1 657,2
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	275,4	262,2	273,0	290,6	274,6	239,0	273,0	248,1	239,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0	233,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	5,7	10,0	6,3	7,4	7,2	5,9	6,3	6,1	5,7
Börsennotierte Aktien des Auslands	54,2	50,0	62,5	65,7	63,5	58,7	62,5	62,8	62,1
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 190,6	1 278,8	1 418,2	1 447,5	1 400,7	1 333,5	1 418,2	1 377,6	1 355,7
Anteile an Investmentfonds	138,1	135,5	151,9	151,0	150,0	149,8	151,9	151,1	151,7
Geldmarktfonds	1,1	1,2	1,4	0,9	1,1	1,0	1,4	1,0	1,1
Sonstige Investmentfonds	137,0	134,4	150,6	150,1	149,0	148,8	150,6	150,1	150,6
Versicherungstechnische Rückstellungen	46,1	47,3	50,0	47,9	48,6	49,3	50,0	52,6	55,2
Finanzderivate	16,8	22,7	24,0	25,9	23,0	24,6	24,0	23,3	25,5
Sonstige Forderungen	891,1	857,8	927,7	899,7	926,7	921,7	927,7	921,2	921,3
Insgesamt	3 515,1	3 575,4	3 913,6	3 857,1	3 829,8	3 753,4	3 913,6	3 839,7	3 816,4
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	138,9	150,9	156,8	159,5	157,2	158,1	156,8	173,1	179,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	13,4	1,8	3,0	2,3	2,3	3,3	3,0	5,1	5,3
langfristige Schuldverschreibungen	125,4	149,1	153,7	157,1	154,9	154,8	153,7	168,0	173,7
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	51,1	60,2	58,7	62,6	62,7	60,7	58,7	65,9	68,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3	4,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,8	39,8	40,0	42,0	42,8	41,3	40,0	46,0	49,1
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,6	15,8	15,0	16,4	15,3	15,2	15,0	15,6	14,9
Schuldverschreibungen des Auslands	87,8	90,7	98,1	96,8	94,5	97,4	98,1	107,2	110,8
Kredite insgesamt	1 411,2	1 383,6	1 427,3	1 417,0	1 433,1	1 431,3	1 427,3	1 457,7	1 462,8
kurzfristige Kredite	494,2	496,0	521,0	508,7	522,3	518,2	521,0	537,2	534,0
langfristige Kredite	917,0	887,6	906,3	908,3	910,8	913,1	906,3	920,5	928,8
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 091,5	1 078,1	1 092,6	1 099,7	1 106,2	1 107,0	1 092,6	1 114,4	1 102,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,7	214,8	214,9	219,2	218,7	221,9	213,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	809,3	805,6	825,4	821,9	829,5	828,1	825,4	834,3	829,6
Staat	65,6	56,3	48,6	63,0	61,8	59,8	48,6	58,2	59,0
Kredite aus dem Ausland	319,8	305,5	334,6	317,3	326,9	324,3	334,6	343,3	360,7
Anteilsrechte insgesamt	2 436,6	2 542,2	2 670,9	2 860,2	2 715,7	2 484,8	2 670,9	2 567,4	2 487,3
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	571,9	570,0	626,4	681,4	625,1	551,6	626,4	585,2	569,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0	233,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	120,3	133,9	150,1	181,9	159,4	130,8	150,1	140,3	139,2
Staat	35,2	35,2	43,4	42,9	39,5	41,1	43,4	41,5	40,4
Private Haushalte	146,6	148,7	166,2	173,4	158,8	146,5	166,2	161,5	156,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	670,8	719,9	756,3	839,8	789,6	693,2	756,3	724,7	684,7
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 194,0	1 252,3	1 288,3	1 339,0	1 301,0	1 240,0	1 288,3	1 257,5	1 233,0
Versicherungstechnische Rückstellungen	243,9	250,3	255,4	251,6	252,8	254,1	255,4	256,6	257,9
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	37,3	54,0	42,0	63,9	46,6	44,7	42,0	49,8	46,7
Sonstige Verbindlichkeiten	961,6	987,6	1 057,6	1 038,4	1 022,5	1 024,7	1 057,6	1 044,1	1 048,4
Insgesamt	5 229,5	5 368,6	5 609,9	5 790,5	5 627,9	5 397,8	5 609,9	5 548,6	5 482,2

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015				2016	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	63,87	85,82	96,77	14,97	30,80	11,88	39,13	8,10	25,29
Bargeld	8,08	15,64	25,61	4,48	6,84	6,40	7,90	2,40	1,03
Einlagen insgesamt	55,79	70,18	71,16	10,49	23,96	5,48	31,24	5,70	24,26
Sichteinlagen	89,41	73,84	100,96	19,30	34,43	15,01	32,22	7,24	28,09
Termineinlagen	- 9,78	8,74	- 9,22	- 2,32	- 3,12	- 4,21	0,44	0,83	2,16
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 23,85	- 12,41	- 20,58	- 6,49	- 7,35	- 5,32	- 1,43	- 2,37	- 5,99
Schuldverschreibungen insgesamt	- 17,81	- 18,00	- 17,40	- 7,38	- 5,09	- 1,87	- 3,07	- 1,76	- 4,10
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,36	- 0,67	0,75	0,29	0,31	0,28	- 0,13	0,10	- 0,62
langfristige Schuldverschreibungen	- 17,45	- 17,33	- 18,16	- 7,66	- 5,40	- 2,14	- 2,95	- 1,86	- 3,48
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 14,86	- 15,08	- 9,34	- 4,76	- 2,98	- 0,16	- 1,45	1,08	- 1,57
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,24	0,02	0,39	0,21	0,23	0,02	- 0,07	0,67	- 0,59
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 12,46	- 12,52	- 6,80	- 4,05	- 2,40	0,44	- 0,78	0,74	- 0,36
Staat	- 3,64	- 2,58	- 2,93	- 0,91	- 0,81	- 0,61	- 0,60	- 0,33	- 0,63
Schuldverschreibungen des Auslands	- 2,94	- 2,93	- 8,06	- 2,62	- 2,11	- 1,71	- 1,62	- 2,84	- 2,53
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	9,63	36,87	46,39	4,53	10,53	16,85	14,48	15,67	11,57
Anteilsrechte insgesamt	- 0,41	12,17	15,03	- 6,26	2,87	11,73	6,69	10,26	5,22
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 5,63	4,61	4,06	- 6,53	1,13	6,67	2,79	6,59	2,69
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,29	2,69	3,77	- 5,50	0,49	6,03	2,76	4,52	0,69
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,35	1,93	0,28	- 4,76	- 2,98	- 0,16	- 1,45	2,07	2,00
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,99	3,70	6,75	0,66	0,80	3,00	2,30	1,65	1,21
Übrige Anteilsrechte 1)	2,24	3,86	4,22	- 0,39	0,95	2,07	1,60	2,02	1,32
Anteile an Investmentfonds	10,04	24,70	31,36	10,79	7,66	5,12	7,79	5,41	6,35
Geldmarktfonds	- 0,30	- 0,34	- 0,57	- 0,16	- 0,02	- 0,10	- 0,30	- 0,30	- 0,15
Sonstige Investmentfonds	10,34	25,04	31,93	10,95	7,68	5,22	8,09	5,71	6,50
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	26,02	24,47	20,08	5,29	4,89	4,78	5,12	5,83	5,86
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	30,40	31,36	11,15	6,89	6,19	7,14	17,35	6,06
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	19,39	35,34	31,30	11,81	6,71	5,81	6,96	5,28	6,58
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	14,16	- 33,07	- 24,48	12,74	- 9,93	- 1,79	- 25,51	10,30	- 3,72
Insgesamt	146,96	161,82	184,01	53,12	44,79	41,86	44,25	60,77	47,54
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	11,96	20,59	39,11	3,46	11,39	14,88	9,39	6,01	15,84
kurzfristige Kredite	- 3,31	- 1,98	- 3,17	1,00	- 1,26	- 1,51	- 1,40	- 0,42	- 0,91
langfristige Kredite	15,27	22,57	42,28	2,46	12,64	16,39	10,79	6,43	16,76
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	18,89	24,87	36,54	2,17	9,85	14,08	10,45	4,29	12,16
Konsumentenkredite	- 0,30	1,21	5,44	1,57	2,15	1,40	0,32	2,11	3,93
Gewerbliche Kredite	- 6,64	- 5,49	- 2,88	- 0,29	- 0,61	- 0,60	- 1,38	- 0,38	- 0,24
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,60	18,87	39,35	3,27	11,60	15,09	9,38	5,24	13,81
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	- 0,60	1,72	- 0,24	0,18	- 0,22	- 0,22	0,01	0,77	2,04
Kredite vom Staat und Ausland	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,01	0,78	- 1,26	- 0,22	- 0,30	- 0,37	- 0,37	0,15	0,03
Insgesamt	11,94	21,37	37,85	3,23	11,09	14,51	9,03	6,15	15,88

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015				2016	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 910,8	1 998,1	2 094,9	2 013,0	2 043,8	2 055,7	2 094,9	2 103,1	2 128,4
Bargeld	112,0	127,7	153,3	132,2	139,0	145,4	153,3	155,7	156,7
Einlagen insgesamt	1 798,8	1 870,4	1 941,6	1 880,9	1 904,8	1 910,3	1 941,6	1 947,4	1 971,6
Sichteinlagen	907,8	981,4	1 082,4	1 000,6	1 035,1	1 050,1	1 082,4	1 089,8	1 117,9
Termineinlagen	245,9	256,4	246,8	254,0	250,9	246,4	246,8	248,3	250,4
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	645,1	632,7	612,4	626,2	618,9	613,8	612,4	609,3	603,4
Schuldverschreibungen insgesamt	179,0	162,2	139,8	156,8	149,2	144,0	139,8	137,1	133,5
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,7	2,1	2,9	2,4	2,7	3,0	2,9	2,9	2,3
langfristige Schuldverschreibungen	176,3	160,1	136,9	154,3	146,5	141,0	136,9	134,2	131,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	116,9	102,4	89,4	98,6	94,3	92,2	89,4	89,6	87,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	14,2	14,1	13,4	14,8	13,7	13,5	13,4	13,9	13,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	90,7	78,7	69,5	75,1	72,9	71,5	69,5	69,4	69,0
Staat	12,0	9,6	6,5	8,7	7,8	7,1	6,5	6,3	5,7
Schuldverschreibungen des Auslands	62,0	59,8	50,3	58,2	54,9	51,8	50,3	47,6	45,7
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	885,9	951,4	1 040,7	1 051,1	1 018,4	982,1	1 040,7	1 024,3	1 028,5
Anteilsrechte insgesamt	487,6	508,9	555,9	563,4	537,0	518,3	555,9	544,9	540,7
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	167,4	169,7	188,9	197,9	179,6	168,4	188,9	181,8	174,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	140,4	142,1	158,7	165,4	151,1	140,2	158,7	154,1	148,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	26,9	27,6	30,3	32,5	28,5	28,2	30,3	27,6	26,0
Börsennotierte Aktien des Auslands	55,8	64,0	74,8	74,6	71,7	67,9	74,8	73,1	76,8
Übrige Anteilsrechte 1)	264,4	275,3	292,2	290,9	285,7	282,0	292,2	290,1	289,2
Anteile an Investmentfonds	398,3	442,5	484,8	487,7	481,3	463,8	484,8	479,3	487,8
Geldmarktfonds	4,4	4,0	3,4	3,8	3,8	3,7	3,4	3,1	3,0
Sonstige Investmentfonds	393,8	438,5	481,4	483,8	477,5	460,1	481,4	476,3	484,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	291,3	307,3	324,4	311,5	315,8	320,0	324,4	330,2	336,1
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	847,3	885,6	919,5	897,7	905,1	911,8	919,5	936,8	942,8
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	708,3	752,1	786,4	759,4	764,0	770,6	786,4	791,7	798,3
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	36,7	35,8	34,1	35,5	35,2	34,8	34,1	33,8	33,5
Insgesamt	4 859,4	5 092,6	5 339,8	5 225,1	5 231,6	5 219,0	5 339,8	5 357,0	5 401,0
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 549,6	1 570,5	1 607,6	1 572,7	1 583,9	1 598,4	1 607,6	1 614,0	1 629,8
kurzfristige Kredite	66,4	64,6	60,9	65,6	64,1	62,6	60,9	60,5	59,6
langfristige Kredite	1 483,2	1 505,9	1 546,7	1 507,1	1 519,8	1 535,8	1 546,7	1 553,5	1 570,2
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 092,9	1 118,0	1 154,7	1 120,2	1 130,2	1 144,0	1 154,7	1 159,1	1 171,3
Konsumentenkredite	188,7	188,9	191,9	189,2	191,2	192,2	191,9	194,0	197,8
Gewerbliche Kredite	268,0	263,6	260,9	263,3	262,5	262,1	260,9	260,9	260,7
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 458,4	1 477,6	1 514,9	1 479,6	1 491,0	1 505,7	1 514,9	1 520,5	1 534,3
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,2	92,9	92,7	93,1	92,9	92,7	92,7	93,5	95,5
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,6	16,4	14,9	17,0	16,4	16,3	14,9	15,6	15,6
Insgesamt	1 565,2	1 586,9	1 622,4	1 589,7	1 600,3	1 614,7	1 622,4	1 629,6	1 645,4

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2010	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 1,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,6
2012	- 0,9	- 16,1	- 5,5	+ 2,2	+ 18,4	- 0,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7
2013 p)	- 5,4	- 8,1	- 2,7	+ 0,2	+ 5,3	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2
2014 p)	+ 8,6	+ 8,6	- 0,5	- 2,5	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
2015 p)	+ 20,9	+ 10,0	+ 4,6	+ 4,2	+ 2,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
2014 1.Hj. p)	+ 11,1	+ 1,4	- 0,5	+ 3,8	+ 6,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5
2.Hj. p)	- 2,6	+ 7,2	+ 0,0	- 6,3	- 3,5	- 0,2	+ 0,5	+ 0,0	- 0,4	- 0,2
2015 1.Hj. p)	+ 14,4	+ 2,4	+ 3,7	+ 5,6	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2
2.Hj. p)	+ 6,6	+ 7,7	+ 0,9	- 1,4	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,0
2016 1.Hj. ts)	+ 18,3	+ 8,3	+ 0,6	+ 2,9	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2010	2 088,7	1 334,0	629,7	143,0	1,3	81,0	51,7	24,4	5,5	0,1
2011	2 128,1	1 344,0	657,0	143,4	1,3	78,7	49,7	24,3	5,3	0,0
2012 p)	2 204,5	1 387,7	685,4	148,0	1,2	79,9	50,3	24,8	5,4	0,0
2013 p)	2 189,2	1 390,3	663,9	151,1	1,3	77,5	49,2	23,5	5,3	0,0
2014 p)	2 188,7	1 396,3	656,7	152,2	1,4	74,9	47,8	22,5	5,2	0,0
2015 p)	2 157,9	1 372,5	652,6	152,3	1,4	71,2	45,3	21,5	5,0	0,0
2014 1.Vj. p)	2 178,4	1 386,6	659,6	149,9	1,2	76,2	48,5	23,1	5,2	0,0
2.Vj. p)	2 184,8	1 394,6	657,4	151,0	1,1	75,9	48,5	22,8	5,2	0,0
3.Vj. p)	2 186,0	1 390,9	659,8	151,5	1,1	75,4	48,0	22,8	5,2	0,0
4.Vj. p)	2 188,7	1 396,3	656,7	152,2	1,4	74,9	47,8	22,5	5,2	0,0
2015 1.Vj. p)	2 194,6	1 397,6	665,2	152,6	1,4	74,5	47,4	22,6	5,2	0,0
2.Vj. p)	2 160,6	1 380,4	644,8	152,4	1,4	72,6	46,4	21,7	5,1	0,0
3.Vj. p)	2 162,3	1 374,6	652,3	153,2	1,5	72,0	45,8	21,7	5,1	0,0
4.Vj. p)	2 157,9	1 372,5	652,6	152,3	1,4	71,2	45,3	21,5	5,0	0,0
2016 1.Vj. p)	2 167,0	1 382,2	645,5	156,1	1,2	70,9	45,2	21,1	5,1	0,0
2.Vj. p)	2 168,2	1 390,9	641,6	154,1	1,1	70,1	45,0	20,8	5,0	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 1 Der Finanzierungssaldo gemäß ESGV 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen			sonstige
Mrd €												
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	1 219,2	634,5	203,5	63,9	59,4	258,0	- 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	67,5	61,4	237,2	- 25,9	1 045,6
2012	1 220,9	624,9	454,3	141,7	1 221,8	645,5	212,3	63,1	61,5	239,3	- 0,9	1 083,7
2013 p)	1 258,4	650,6	465,0	142,8	1 263,7	666,5	217,9	56,0	60,7	262,5	- 5,4	1 119,9
2014 p)	1 306,8	674,0	482,0	150,7	1 298,2	692,5	224,1	52,0	60,9	268,7	+ 8,6	1 160,7
2015 p)	1 354,8	706,3	500,8	147,8	1 333,9	723,4	228,6	47,3	64,3	270,3	+ 20,9	1 212,5
in % des BIP												
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	47,3	24,6	7,9	2,5	2,3	10,0	- 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	2,5	2,3	8,8	- 1,0	38,7
2012	44,3	22,7	16,5	5,1	44,3	23,4	7,7	2,3	2,2	8,7	- 0,0	39,3
2013 p)	44,5	23,0	16,5	5,1	44,7	23,6	7,7	2,0	2,1	9,3	- 0,2	39,6
2014 p)	44,7	23,1	16,5	5,2	44,4	23,7	7,7	1,8	2,1	9,2	+ 0,3	39,7
2015 p)	44,7	23,3	16,5	4,9	44,0	23,9	7,5	1,6	2,1	8,9	+ 0,7	40,0
Zuwachsraten in %												
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 1,7	+ 1,9	+ 14,8	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,3	- 8,1	.	+ 6,0
2012	+ 3,2	+ 4,4	+ 2,7	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,8	- 6,5	+ 0,2	+ 0,9	.	+ 3,6
2013 p)	+ 3,1	+ 4,1	+ 2,4	+ 0,8	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,6	- 11,2	- 1,3	+ 9,7	.	+ 3,3
2014 p)	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,8	- 7,2	+ 0,4	+ 2,3	.	+ 3,6
2015 p)	+ 3,7	+ 4,8	+ 3,9	- 1,9	+ 2,7	+ 4,5	+ 2,0	- 9,1	+ 5,4	+ 0,6	.	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESGV 2010. 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,4	551,1	+ 3,2	1 245,1	1 236,8	+ 8,4
2015 p)	832,1	673,3	10,4	802,9	243,5	302,0	49,9	46,3	12,7	+ 29,2	574,2	572,5	+ 1,7	1 302,8	1 271,9	+ 30,9
2014 1.Vj. p)	188,2	153,6	2,0	193,9	56,7	77,9	20,0	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	296,0	305,0	- 9,0
2.Vj. p)	193,1	157,4	2,2	188,1	56,9	71,8	9,8	9,8	8,2	+ 5,0	136,4	135,8	+ 0,6	304,5	299,0	+ 5,6
3.Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,5	57,1	71,2	17,7	11,3	4,0	- 1,4	136,3	137,4	- 1,1	303,1	305,5	- 2,4
4.Vj. p)	219,0	174,9	3,5	211,8	65,4	73,5	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,6	327,6	+ 14,0
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	208,4	167,7	1,5	185,2	59,5	73,2	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,0	301,8	+ 23,2
3.Vj. p)	202,9	159,0	3,8	198,1	62,3	70,9	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	- 2,1	318,2	315,6	+ 2,6
4.Vj. p)	222,2	178,1	2,6	219,4	63,2	77,3	7,6	17,1	3,7	+ 2,8	152,7	145,3	+ 7,4	349,1	338,9	+ 10,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungsgruppen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,2	326,4	+ 11,8	355,1	350,4	+ 4,7	232,7	229,1	+ 3,6
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	50,0	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,8	52,0	+ 2,8
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,4	- 0,5
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,0	61,0	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4.Vj. p)	91,4	83,3	+ 8,1	94,1	96,6	- 2,6	69,0	65,9	+ 3,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772	
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241	
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638	
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803	
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577	
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	- 6 908	6 754	
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433	
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633	
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	- 392	7 558	
4.Vj.	177 978	156 200	84 089	64 613	7 499	29 461	- 7 684	6 618	
2016 1.Vj.	170 358	144 841	74 113	61 972	8 755	17 121	+ 8 396	6 488	
2.Vj.	176 879	152 042	82 184	64 684	5 175	25 205	- 368	6 512	
3.Vj.	...	145 700	76 638	61 573	7 489	7 584	
2015 Okt.	.	38 703	20 575	15 894	2 234	.	.	2 169	
2016 Okt.	.	41 809	21 680	17 511	2 618	.	.	2 154	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuhten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körper-schaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer	Ge-werb-steuer-umla-gen 6)				
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265	1 339	10 701
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673	1 294	10 051
2.Vj.	162 096	74 489	45 311	12 943	7 329	8 905	52 705	40 195	12 510	1 957	25 783	5 952	1 210	10 054
3.Vj.	155 524	68 137	44 656	11 898	5 546	6 037	53 906	40 877	13 029	2 046	24 857	5 263	1 316	9 824
2015 Okt.	41 021	12 711	13 060	- 342	- 1 366	1 359	16 776	12 422	4 354	1 555	7 750	1 755	474	2 317
2016 Okt.	44 388	14 497	14 235	- 90	- 904	1 255	18 316	14 016	4 300	1 485	7 952	1 699	439	2 578

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2015: 52,3/45,5/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2015: 22,4/77,6. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	14 921	15 930	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	.	11 249	6 290	2 801	60 396	45 752	13 215
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	-1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	3 683	4 278	2 187	2 361	1 465	470	937	.	2 561	1 617	660	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 981	3 714	2 436	2 108	1 643	496	1 102	.	3 021	1 335	672	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	5 034	4 155	1 972	1 883	1 678	534	930	.	2 906	1 670	689	14 561	11 339	2 899
2016 1.Vj.	4 620	2 722	3 979	5 946	2 489	1 685	565	547	.	3 217	1 668	787	15 639	12 090	3 121
2.Vj.	9 860	4 139	4 470	2 269	2 366	1 515	473	691	.	2 952	2 283	717	16 740	12 635	3 715
3.Vj.	10 149	3 010	3 938	2 510	2 198	1 641	499	911	.	3 050	1 501	713
2015 Okt.	3 341	1 368	851	561	673	552	153	251	.	949	569	237	.	.	.
2016 Okt.	3 576	1 238	903	578	619	573	171	295	.	978	492	229	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223
2.Vj.	71 291	50 372	20 548	70 418	60 097	4 238	+ 873	34 427	31 892	2 265	183	87	4 220
3.Vj.	70 218	49 333	20 670	73 782	63 081	4 453	- 3 564	31 412	28 776	2 365	187	84	4 213

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-
2.Vj.	8 991	7 737	278	-	7 807	3 648	203	1 847	.	147	1 288	+ 1 184	-
3.Vj.	8 877	7 609	276	-	7 349	3 428	74	1 608	.	165	1 399	+ 1 529	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)		Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)	
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104
2.Vj.	54 988	51 009	3 500	55 603	17 686	9 005	9 362	3 478	3 528	2 963	2 599	- 615
3.Vj.	55 632	51 377	3 500	55 114	17 421	8 929	9 166	3 399	3 585	2 842	2 628	+ 517

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13
2.Vj.	7 918	7 901	7 659	949	2 724	1 665	244	331	+	259
3.Vj.	7 958	7 942	7 810	961	2 746	1 682	247	373	+	147

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142
2016 1.Vj.	+ 61 598	+ 10 650	+ 8 501	- 19 345
2.Vj.	+ 60 691	+ 4 204	+ 3 694	+ 4 084
3.Vj.	+ 33 307	- 13 887	- 18 398	- 4 864

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2009	1 785 468	4 440	556 048	188 858	138 591	897 531
2010	2 088 726	4 440	691 572	208 244	131 939	1 052 532
2011	2 128 123	4 440	642 358	208 075	120 745	1 152 505
2012	2 204 507	4 440	646 022	200 458	139 984	1 213 603
2013	2 189 153	4 440	636 617	190 956	144 524	1 212 616
2014 p)	2 188 671	4 440	623 661	190 364	130 527	1 239 679
2015 p)	2 157 880	77 220	610 429	186 682	146 173	1 137 375
2014 1.Vj. p)	2 178 434	4 440	633 639	190 651	129 784	1 219 920
2.Vj. p)	2 184 835	4 440	631 114	189 890	129 978	1 229 413
3.Vj. p)	2 185 986	4 440	632 943	189 142	126 665	1 232 797
4.Vj. p)	2 188 671	4 440	623 661	190 364	130 527	1 239 679
2015 1.Vj. p)	2 194 643	12 335	630 965	189 258	135 350	1 226 734
2.Vj. p)	2 160 596	34 310	617 084	187 360	137 228	1 184 615
3.Vj. p)	2 162 331	54 990	620 916	188 234	138 627	1 159 565
4.Vj. p)	2 157 880	77 220	610 429	186 682	146 173	1 137 375
2016 1.Vj. p)	2 167 043	100 051	611 769	183 184	144 912	1 127 127
2.Vj. p)	2 168 192	133 297	598 358	181 386	158 980	1 096 171

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten ^{*)}

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 903	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 606	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 254	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 806	70	113 198	4 440	2
2013	1 816 017	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 429	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj.	1 809 286	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 383	21	110 476	4 440	2
2.Vj.	1 821 829	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	285 729	16	110 859	4 440	2
3.Vj.	1 818 450	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	280 889	16	110 147	4 440	2
4.Vj.	1 817 015	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	276 723	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj.	1 821 890	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 509	42	111 561	4 440	2
2.Vj.	1 807 271	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	271 661	42	110 944	4 440	2
3.Vj.	1 811 599	26 213	424 534	256 613	1 677	715 763	1 106	270 467	42	110 741	4 440	2
4.Vj.	1 804 625	19 431	429 818	246 940	1 305	725 285	1 070	263 303	59	112 972	4 440	2
2016 1.Vj. p)	1 815 357	21 804	427 090	240 281	1 205	730 533	1 051	279 869	59	109 023	4 440	2
2.Vj. p)	1 811 955	29 543	427 813	235 389	1 108	727 922	1 033	276 877	59	107 769	4 440	2
Bund ^{7) 8)}												
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	-	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	-	8 373	4 440	2
3.Vj.	1 119 670	24 157	98 087	256 613	1 677	713 766	1 106	11 776	-	8 046	4 440	2
4.Vj.	1 113 741	18 536	96 389	246 940	1 305	723 238	1 070	13 825	-	7 996	4 440	2
2016 1.Vj.	1 124 391	20 526	98 232	240 281	1 205	728 457	1 051	22 533	-	7 664	4 440	2
2.Vj.	1 128 595	28 369	99 417	235 389	1 108	725 469	1 033	26 236	-	7 133	4 440	2
3.Vj.	1 114 708	30 626	102 053	245 945	922	714 903	1 021	7 794	-	7 002	4 440	2
Länder												
2010	528 696	1 176	265 631	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 870	1 975	283 601	154 844	62	97 387	.	1
2012	540 836	950	299 750	138 698	52	101 386	.	1
2013	545 814	125	313 412	133 899	35	98 343	.	1
2014 1.Vj.	540 134	261	309 346	132 020	10	98 495	.	1
2.Vj.	542 656	1 098	314 024	128 616	5	98 913	.	1
3.Vj.	546 756	856	322 362	125 257	5	98 276	.	1
4.Vj.	544 419	0	326 188	119 529	5	98 697	.	1
2015 1.Vj.	547 487	1 821	323 055	123 943	5	98 662	.	1
2.Vj.	538 594	2 040	320 492	117 935	5	98 121	.	1
3.Vj.	544 260	2 056	326 447	117 506	5	98 245	.	1
4.Vj.	543 311	895	333 429	109 985	5	98 996	.	1
2016 1.Vj. p)	542 072	1 278	328 858	116 551	5	95 379	.	1
2.Vj. p)	536 189	1 173	328 397	111 956	6	94 657	.	1
Gemeinden ⁹⁾												
2010	128 740	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013	137 697	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj.	140 198	1 046	.	135 811	11	3 330	.	.
2.Vj.	140 719	1 046	.	136 332	11	3 330	.	.
3.Vj.	141 274	1 046	.	136 888	11	3 330	.	.
4.Vj.	142 468	1 297	.	136 686	37	4 448	.	.
2015 1.Vj.	147 362	1 597	.	141 278	37	4 450	.	.
2.Vj.	147 039	1 847	.	140 705	37	4 450	.	.
3.Vj.	147 669	1 997	.	141 185	37	4 450	.	.
4.Vj.	147 573	2 047	.	139 493	54	5 980	.	.
2016 1.Vj. p)	148 894	2 076	.	140 785	54	5 980	.	.
2.Vj. p)	147 171	2 453	.	138 685	54	5 980	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldenscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. 5 Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 6 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 7 Hauptsächlich auf fremde Wäh-

rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 8 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 9 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 9 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2015			2016			2015						2016		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.		
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %											
Preisbereinigt, verkettet															
I. Entstehung des Inlandsprodukts															
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	104,8	110,0	111,8	- 0,4	5,0	1,6	0,8	1,9	1,7	1,9	1,0	4,1	0,7		
Baugewerbe	100,2	101,6	101,4	- 2,3	1,4	- 0,2	- 2,2	- 0,8	- 0,8	2,4	1,3	5,2	2,4		
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	106,2	106,6	108,6	- 0,7	0,4	1,9	2,2	1,8	1,6	1,9	1,3	4,3	2,0		
Information und Kommunikation	120,2	125,9	129,1	3,8	4,8	2,5	1,7	2,8	2,5	3,0	2,9	3,9	2,9		
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	111,2	105,8	106,5	9,7	- 4,8	0,7	- 0,6	2,2	1,6	- 0,4	2,2	1,3	2,5		
Grundstücks- und Wohnungswesen	103,3	101,8	102,6	1,7	- 1,5	0,9	0,5	0,8	0,9	1,2	0,7	1,1	0,6		
Unternehmensdienstleister ¹⁾	104,0	106,6	109,0	0,5	2,4	2,3	1,6	2,6	2,1	3,0	1,7	3,7	1,8		
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,4	103,1	105,2	0,1	0,7	2,0	2,1	2,3	2,1	1,6	1,3	1,8	1,6		
Sonstige Dienstleister	97,8	97,3	97,6	- 1,7	- 0,5	0,3	- 0,2	0,3	0,2	0,9	0,2	2,2	1,4		
Bruttowertschöpfung	104,7	106,3	107,9	0,5	1,5	1,6	1,1	1,7	1,6	1,8	1,2	3,2	1,5		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,7	106,4	108,2	0,5	1,6	1,7	1,3	1,8	1,8	2,1	1,5	3,1	1,5		
II. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	103,5	104,4	106,5	0,7	0,9	2,0	2,1	1,7	2,2	2,1	2,0	2,7	1,5		
Konsumausgaben des Staates	103,2	104,5	107,4	1,2	1,2	2,7	2,2	2,8	2,6	3,4	4,2	4,3	4,5		
Ausrüstungen	101,3	106,8	110,7	- 2,1	5,5	3,7	1,5	1,8	4,4	6,4	3,9	4,5	- 0,6		
Bauten	107,5	109,5	109,8	- 1,1	1,9	0,3	- 2,0	- 0,0	0,1	3,1	2,5	4,8	2,0		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	107,1	111,4	113,5	0,6	4,0	1,9	2,0	1,6	1,8	2,1	2,4	2,7	2,7		
Vorratsveränderungen ⁵⁾ ⁶⁾	.	.	.	0,5	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,1		
Inländische Verwendung	103,0	104,5	106,2	0,9	1,4	1,6	1,2	0,7	2,0	2,5	2,4	3,1	2,0		
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 0,4	0,3	0,2	0,1	1,2	- 0,1	- 0,3	- 0,7	0,3	- 0,3		
Exporte	113,4	118,0	124,1	1,9	4,1	5,2	5,5	6,7	4,9	3,6	1,3	4,6	1,2		
Importe	110,3	114,8	121,0	3,1	4,0	5,5	6,0	4,9	6,0	5,0	3,3	4,9	2,2		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,7	106,4	108,2	0,5	1,6	1,7	1,3	1,8	1,8	2,1	1,5	3,1	1,5		
In jeweiligen Preisen (Mrd €)															
III. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	1 565,7	1 594,4	1 636,0	1,8	1,8	2,6	2,4	2,5	2,7	2,8	2,5	3,1	2,1		
Konsumausgaben des Staates	542,2	561,1	583,7	4,3	3,5	4,0	3,3	4,1	3,8	4,9	6,1	6,0	6,1		
Ausrüstungen	180,5	191,5	200,2	- 1,8	6,1	4,6	2,4	2,6	5,3	7,4	5,0	5,4	0,1		
Bauten	277,2	288,7	295,0	1,5	4,2	2,2	- 0,0	1,9	1,9	4,9	4,1	6,7	4,0		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	99,5	105,0	108,6	1,6	5,5	3,5	3,7	3,2	3,3	3,7	3,8	4,0	4,0		
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 7,2	- 7,4	- 20,2		
Inländische Verwendung	2 657,8	2 733,2	2 803,3	2,6	2,8	2,6	2,0	1,8	2,9	3,6	3,2	3,9	2,9		
Außenbeitrag	168,4	190,7	229,5		
Exporte	1 284,7	1 334,8	1 418,8	1,3	3,9	6,3	6,2	8,6	6,2	4,2	0,7	2,7	- 0,1		
Importe	1 116,4	1 144,1	1 189,3	1,5	2,5	3,9	3,7	4,5	4,7	2,8	0,2	0,7	- 0,5		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 826,2	2 923,9	3 032,8	2,5	3,5	3,7	3,2	3,8	3,7	4,2	3,2	4,6	2,9		
IV. Preise (2010 = 100)															
Privater Konsum	104,6	105,6	106,2	1,1	1,0	0,6	0,3	0,8	0,5	0,6	0,5	0,4	0,5		
Bruttoinlandsprodukt	104,6	106,6	108,7	2,0	1,8	2,0	1,9	2,0	1,9	2,1	1,7	1,4	1,4		
Terms of Trade	98,2	99,5	102,0	1,1	1,3	2,6	3,0	2,1	2,5	2,6	2,4	2,3	1,4		
V. Verteilung des Volkseinkommens															
Arbeitnehmerentgelt	1 430,0	1 485,5	1 539,9	2,8	3,9	3,7	3,2	3,8	3,8	3,9	4,2	3,4	3,4		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	677,7	694,1	723,4	2,2	2,4	4,2	4,0	3,6	4,1	5,3	1,8	9,8	1,1		
Volkseinkommen	2 107,8	2 179,5	2 263,2	2,6	3,4	3,8	3,4	3,8	3,9	4,3	3,3	5,3	2,6		
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 893,9	2 988,9	3 098,8	2,5	3,3	3,7	3,3	3,4	3,7	4,2	3,4	4,7	2,6		

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2016. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). ³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozu- gang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitsstaglich bereinigt )

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Baugewerbe	Energie	Industrie									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungsguterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsguterproduzenten	Verbrauchsguterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % 1)	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2012	106,2	105,9	97,4	107,4	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,7
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,8	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015	108,5	106,0	97,5	110,3	106,2	117,6	102,8	101,9	111,4	109,5	114,8	119,3
2015 3.Vj.	109,0	113,8	93,1	110,4	107,4	116,6	100,2	103,2	112,2	111,0	113,5	117,5
4.Vj.	111,3	117,9	100,7	111,7	103,3	122,6	105,4	104,4	109,7	111,3	122,5	116,5
2016 1.Vj.	106,8	86,4	101,9	110,3	107,6	116,6	106,7	100,7	112,9	108,9	109,1	124,9
2.Vj.	108,9	108,0	89,1	111,6	108,3	119,0	104,4	101,1	114,4	109,3	113,0	124,2
3.Vj. x)	109,9	115,7	91,5	111,4	108,1	117,8	103,5	103,9	112,4	113,5	113,7	119,5
2015 Okt.	113,9	119,0	99,0	115,2	110,2	123,2	109,5	106,7	117,6	112,6	116,1	130,3
Nov.	115,7	120,6	101,3	116,9	109,5	127,0	113,4	108,7	117,1	115,8	121,3	129,5
Dez.	104,2	114,2	101,7	103,1	90,2	117,7	93,4	97,7	94,3	105,5	130,1	89,7
2016 Jan.	100,3	71,5	106,5	103,6	103,2	105,7	100,1	99,6	107,6	102,2	96,1	114,8
Febr.	104,1	84,7	96,9	107,9	105,1	114,9	105,4	96,1	110,0	106,6	106,3	125,4
März	115,9	103,1	102,4	119,5	114,6	129,1	114,5	106,4	121,2	117,9	125,0	134,5
April	108,3	104,8	91,3	110,9	108,0	118,0	105,1	99,8	114,1	107,4	110,1	127,9
Mai	106,4	106,7	89,8	108,5	107,2	113,1	97,9	101,0	112,2	105,6	107,8	116,0
Juni	112,1	112,5	86,1	115,4	109,6	125,8	110,1	102,4	116,9	114,9	121,0	128,6
Juli 2)x)	110,3	118,5	91,8	111,6	109,3	117,9	100,3	102,5	113,6	112,2	111,8	122,0
Aug. 2)x)	104,5	111,5	91,0	105,2	104,0	108,1	94,9	102,4	106,9	108,1	106,6	104,7
Sept. x)	114,8	117,1	91,8	117,4	111,0	127,4	115,4	106,7	116,6	120,3	122,6	131,9
Okt. x)p)	115,3	121,5	98,1	116,6	111,7	123,8	115,9	109,6	117,6	117,3	113,9	132,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,9	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,1
2013	+ 0,2	- 0,3	- 1,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,2	+ 1,9
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,1	+ 4,1
2015	+ 0,6	- 2,2	+ 5,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
2015 3.Vj.	+ 1,0	- 2,3	+ 7,5	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	- 1,3	+ 2,6
4.Vj.	- 0,3	- 0,8	+ 1,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,6	- 1,0	+ 0,1	- 2,2	- 2,0
2016 1.Vj.	+ 1,5	+ 2,8	- 2,6	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,8
2.Vj.	+ 0,5	- 0,2	- 2,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,2	- 2,5	+ 3,2
3.Vj. x)	+ 0,8	+ 1,7	- 1,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,0	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,1	+ 1,7
2015 Okt.	+ 0,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	+ 2,1	+ 1,2	- 2,8	+ 0,6	- 1,7	- 0,2	+ 3,5
Nov.	± 0,0	± 0,0	+ 2,9	- 0,3	± 0,0	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 1,6	- 0,3	- 1,7	- 3,6
Dez.	- 1,0	- 1,5	- 0,2	- 1,2	- 0,1	- 1,7	- 0,5	- 2,3	- 2,1	+ 2,7	- 4,4	- 7,0
2016 Jan.	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,1	+ 3,1	+ 1,4	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 6,3
Febr.	+ 1,8	+ 7,9	- 4,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,1
März	+ 0,3	+ 0,2	- 3,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,5	- 0,2
April	+ 0,8	- 0,9	- 4,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,9	- 1,9	+ 5,9
Mai	- 0,3	- 0,8	+ 0,4	- 0,3	+ 0,8	- 1,7	- 1,8	+ 1,2	+ 0,3	- 0,5	- 3,8	- 3,3
Juni	+ 1,0	+ 1,0	- 3,6	+ 1,5	- 0,2	+ 3,2	+ 7,3	- 1,1	+ 1,5	+ 1,2	- 1,9	+ 7,0
Juli 2)x)	- 1,3	+ 2,2	- 2,5	- 1,6	- 0,5	- 2,6	+ 3,2	- 2,2	- 1,0	+ 0,4	- 3,7	- 3,7
Aug. 2)x)	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,7	+ 1,5	+ 4,1	+ 4,5	+ 1,6	+ 1,0	+ 3,0	+ 0,9	+ 8,0
Sept. x)	+ 1,3	+ 1,7	- 2,9	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,5	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,3
Okt. x)p)	+ 1,2	+ 2,1	- 0,9	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,5	+ 5,8	+ 2,7	± 0,0	+ 4,2	- 1,1	+ 1,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1) Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. 2) Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x) Vorläufig; vom Statistisches Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljahrlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljahrlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:				davon:		davon:			
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,3	- 0,9	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,6	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2015	114,8	+ 2,1	103,0	- 0,9	123,2	+ 3,9	114,3	+ 3,2	106,7	+ 4,2	116,9	+ 2,8
2015 Okt.	113,8	- 1,0	102,9	- 3,9	120,6	± 0,0	120,2	+ 4,9	114,8	+ 5,8	122,1	+ 4,5
Nov.	116,6	+ 1,7	105,3	+ 1,1	124,9	+ 2,1	115,4	+ 1,9	109,6	+ 4,6	117,4	+ 1,0
Dez.	110,6	- 1,9	90,3	- 2,5	125,5	- 2,6	106,3	+ 8,8	98,7	+ 6,2	109,0	+ 9,7
2016 Jan.	114,1	+ 0,2	102,8	- 5,2	120,3	+ 2,0	126,6	+ 11,6	116,1	+ 10,6	130,3	+ 12,0
Febr.	112,4	+ 0,1	100,6	- 1,8	120,0	+ 1,4	119,2	- 0,7	104,1	+ 2,8	124,4	- 1,8
März	127,3	+ 1,4	108,8	- 3,9	141,1	+ 4,3	123,1	+ 4,9	118,0	+ 3,6	124,9	+ 5,2
April	113,8	- 1,9	105,0	+ 1,1	120,4	- 4,0	111,6	+ 0,8	117,1	+ 12,8	109,6	- 3,1
Mai	112,2	- 1,3	101,1	- 3,3	120,1	- 0,3	111,9	+ 0,9	100,3	- 1,5	115,9	+ 1,6
Juni	118,6	- 3,9	102,5	- 3,9	130,7	- 4,2	113,9	- 0,3	110,8	+ 2,6	114,9	- 1,4
Juli	114,9	- 1,5	103,0	- 1,9	123,1	- 1,0	117,1	- 1,3	109,9	+ 1,9	119,6	- 2,4
Aug.	104,2	+ 1,5	93,9	+ 0,5	110,3	+ 1,8	112,6	+ 2,6	102,5	+ 3,0	116,0	+ 2,4
Sept.	114,6	+ 2,3	101,6	+ 1,6	123,7	+ 3,0	116,0	+ 1,6	118,9	+ 2,1	115,0	+ 1,3
Okt. p)	120,7	+ 6,1	106,4	+ 3,4	131,1	+ 8,7	119,4	- 0,7	129,8	+ 13,1	115,7	- 5,2
aus dem Inland												
2011	109,7	+ 10,3	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,2	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,6	+ 2,1	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2014	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,1	102,4	+ 2,0	102,9	± 0,0	102,2	+ 2,7
2015	107,4	+ 1,7	99,0	- 1,8	116,3	+ 4,9	105,2	+ 2,7	102,1	- 0,8	106,3	+ 4,0
2015 Okt.	107,8	- 1,1	98,8	- 3,1	116,8	+ 0,4	108,3	+ 1,5	113,0	+ 2,1	106,7	+ 1,3
Nov.	110,4	+ 4,2	102,0	+ 1,8	119,2	+ 6,3	108,3	+ 5,6	108,4	+ 2,0	108,2	+ 6,8
Dez.	97,9	+ 0,7	84,1	- 4,2	112,8	+ 4,4	90,8	+ 2,7	83,6	- 1,4	93,4	+ 4,1
2016 Jan.	105,6	- 2,3	98,3	- 5,7	112,6	+ 0,3	107,1	+ 0,8	105,2	+ 3,4	107,8	- 0,1
Febr.	105,6	+ 0,6	95,0	- 2,4	115,5	+ 3,3	110,1	- 0,7	99,4	+ 0,5	113,9	- 1,1
März	117,2	- 4,2	102,9	- 5,1	132,3	- 4,2	113,1	+ 2,0	114,7	+ 5,7	112,6	+ 0,7
April	108,7	+ 0,6	102,2	+ 1,7	116,4	- 0,8	101,8	+ 2,7	105,1	+ 5,3	100,6	+ 1,8
Mai	105,1	- 0,7	95,6	- 5,4	114,5	+ 2,9	105,5	+ 4,7	94,6	+ 2,6	109,4	+ 5,4
Juni	108,5	+ 1,2	96,7	- 4,0	121,7	+ 6,3	100,6	- 1,4	101,2	+ 1,2	100,4	- 2,2
Juli	106,5	- 5,2	98,9	- 2,6	114,5	- 7,3	104,6	- 5,5	102,3	- 2,2	105,4	- 6,6
Aug.	99,8	+ 0,9	91,4	- 1,8	107,7	+ 4,1	103,4	- 3,0	102,7	+ 3,0	103,6	- 5,0
Sept.	104,8	- 0,6	94,0	- 2,3	115,6	+ 1,1	105,1	- 2,5	115,5	+ 0,4	101,4	- 3,7
Okt. p)	112,8	+ 4,6	102,2	+ 3,4	124,2	+ 6,3	107,6	- 0,6	119,8	+ 6,0	103,3	- 3,2
aus dem Ausland												
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,3	- 0,5	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,7	+ 3,5	97,3	- 3,7	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,8	104,8	- 0,4	118,5	+ 6,2	110,7	+ 2,8	100,8	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,5	123,4	+ 4,1	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,3	123,5	+ 8,2
2015	120,7	+ 2,4	107,8	+ 0,4	127,4	+ 3,2	122,1	+ 3,5	110,7	+ 8,4	126,0	+ 2,0
2015 Okt.	118,6	- 1,0	107,7	- 4,7	122,9	- 0,2	130,4	+ 7,4	116,3	+ 9,2	135,2	+ 6,9
Nov.	121,7	- 0,2	109,2	+ 0,2	128,4	- 0,2	121,5	- 0,7	110,7	+ 7,0	125,2	- 2,9
Dez.	121,0	- 3,4	97,7	- 0,6	133,3	- 6,0	119,6	+ 13,2	111,8	+ 11,8	122,3	+ 13,7
2016 Jan.	121,0	+ 1,9	108,2	- 4,6	125,0	+ 3,0	143,3	+ 19,9	125,6	+ 16,5	149,4	+ 21,0
Febr.	118,0	- 0,3	107,1	- 1,1	122,7	+ 0,2	126,9	- 0,8	108,2	+ 4,7	133,3	- 2,3
März	135,5	+ 5,8	115,8	- 2,6	146,5	+ 9,7	131,6	+ 7,0	120,9	+ 1,9	135,3	+ 8,7
April	118,0	- 3,7	108,3	+ 0,4	122,9	- 5,8	119,9	- 0,6	127,6	+ 18,9	117,3	- 6,3
Mai	118,0	- 1,8	107,5	- 1,0	123,6	- 2,1	117,3	- 1,9	105,2	- 4,5	121,5	- 1,1
Juni	126,9	- 7,1	109,4	- 3,9	136,2	- 9,3	125,2	+ 0,2	119,2	+ 3,7	127,2	- 0,9
Juli	121,8	+ 1,5	107,8	- 1,3	128,4	+ 2,7	127,7	+ 1,7	116,6	+ 5,5	131,6	+ 0,6
Aug.	107,8	+ 1,9	96,9	+ 3,3	111,9	+ 0,4	120,4	+ 7,1	102,4	+ 3,1	126,6	+ 8,3
Sept.	122,6	+ 4,5	110,6	+ 5,8	128,7	+ 4,1	125,4	+ 4,8	121,9	+ 3,7	126,6	+ 5,1
Okt. p)	127,2	+ 7,3	111,3	+ 3,3	135,3	+ 10,1	129,4	- 0,8	138,5	+ 19,1	126,3	- 6,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◊ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten												Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt	Hochbau								Tiefbau				gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)		
		zusammen	Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau											
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	107,1	+ 7,5	112,1	+ 12,4	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,8	91,5	- 8,1	102,0	+ 2,5	112,7	+ 13,2	95,9	- 3,7		
2012	114,7	+ 7,1	121,4	+ 8,3	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,8	+ 0,3	107,9	+ 5,8	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8		
2013	119,2	+ 3,9	126,5	+ 4,2	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,3	111,9	+ 3,7	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2		
2014	118,5	- 0,6	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,3	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,0	- 3,4		
2015	124,2	+ 4,8	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,3	+ 5,1		
2015 Sept.	134,3	+ 10,3	151,3	+ 16,3	202,3	+ 35,8	133,8	+ 3,7	103,1	+ 7,3	117,3	+ 3,3	128,3	+ 4,0	113,1	+ 3,5		
Okt.	117,7	+ 3,5	128,0	- 1,0	158,4	+ 4,2	116,4	- 10,0	102,8	+ 21,7	107,4	+ 9,6	120,5	+ 1,1	98,6	+ 6,4		
Nov.	118,8	+ 19,6	137,1	+ 21,3	152,4	+ 17,1	144,6	+ 24,0	84,9	+ 24,3	100,5	+ 17,3	140,4	+ 28,9	83,2	+ 7,8		
Dez.	123,3	+ 21,0	135,0	+ 10,6	166,7	+ 8,0	125,4	+ 8,9	101,2	+ 27,6	111,6	+ 36,4	114,8	+ 4,6	114,6	+ 57,2		
2016 Jan.	108,5	+ 13,9	117,7	+ 15,5	147,4	+ 20,5	106,6	+ 6,1	92,0	+ 40,0	99,3	+ 11,8	111,5	+ 7,0	89,7	+ 19,0		
Febr.	120,6	+ 15,0	126,0	+ 11,0	157,8	+ 15,4	115,4	+ 9,2	94,7	+ 4,2	115,3	+ 19,7	109,5	+ 5,7	117,1	+ 25,4		
März	164,7	+ 15,5	168,4	+ 12,3	227,3	+ 19,9	146,7	+ 9,9	117,0	- 2,9	161,0	+ 19,0	150,0	+ 9,6	154,6	+ 19,2		
April	150,9	+ 18,8	155,3	+ 16,7	195,8	+ 14,2	142,3	+ 20,0	114,0	+ 13,0	146,6	+ 21,3	140,3	+ 18,8	143,8	+ 21,7		
Mai	157,4	+ 18,5	176,1	+ 27,4	209,6	+ 24,8	173,7	+ 32,6	117,6	+ 16,1	138,7	+ 8,9	156,0	+ 19,4	137,9	+ 14,0		
Juni	165,1	+ 19,9	181,0	+ 24,4	223,4	+ 27,7	174,6	+ 25,5	116,8	+ 9,5	149,1	+ 14,7	161,3	+ 20,3	145,5	+ 15,0		
Juli	152,7	+ 15,7	163,7	+ 17,4	194,8	+ 5,6	158,6	+ 31,8	117,4	+ 9,5	141,8	+ 13,8	144,2	+ 19,5	144,5	+ 18,1		
Aug.	138,9	+ 12,1	148,6	+ 14,2	184,2	+ 16,9	141,5	+ 14,9	99,6	+ 2,9	129,1	+ 9,8	132,3	+ 10,9	127,4	+ 10,8		
Sept.	144,4	+ 7,5	161,5	+ 6,7	225,5	+ 11,5	133,1	- 0,5	120,2	+ 16,6	127,4	+ 8,6	129,6	+ 1,0	127,0	+ 12,3		

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen			
	insgesamt												darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)					
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2010		in jeweiligen Preisen		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel				Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	102,7	+ 2,6	101,1	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,3	+ 0,3	107,1	+ 7,9		
2012	104,5	+ 1,8	100,8	- 0,3	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,7	+ 0,4	105,8	- 1,2		
2013	106,2	+ 1,6	101,3	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,1	+ 0,8	95,4	- 3,6	102,3	- 2,1	103,4	+ 2,7	104,5	- 1,2		
2014	108,2	+ 1,9	102,8	+ 1,5	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,7	94,6	- 0,8	101,9	- 0,4	110,7	+ 7,1	107,1	+ 2,5		
2015 3)	110,9	+ 2,5	105,3	+ 2,4	114,8	+ 2,9	105,4	+ 0,5	95,6	+ 1,1	104,7	+ 2,7	116,5	+ 5,2	115,1	+ 7,5		
2015 Okt.	114,1	+ 2,2	107,7	+ 1,8	115,5	+ 1,8	120,6	+ 6,1	97,8	- 0,7	110,7	+ 1,8	119,3	+ 4,4	124,4	+ 7,2		
Nov.	115,6	+ 2,6	109,5	+ 2,0	116,4	+ 3,1	104,4	- 2,9	110,7	+ 1,1	114,6	+ 3,6	122,6	+ 5,9	124,0	+ 9,9		
Dez.	131,3	+ 3,3	125,5	+ 3,0	133,9	+ 3,6	124,4	+ 0,7	148,3	+ 1,2	113,6	+ 5,8	130,6	+ 4,0	106,0	+ 4,1		
2016 Jan.	103,6	+ 2,5	99,6	+ 2,0	108,2	+ 3,4	92,3	+ 3,9	98,6	- 2,3	93,0	+ 2,8	116,1	+ 3,9	105,4	+ 10,0		
Febr.	99,8	+ 2,1	95,5	+ 2,1	105,6	+ 3,5	80,6	- 1,1	85,7	+ 0,2	94,0	+ 3,6	113,3	+ 4,7	110,3	+ 8,9		
März	113,5	+ 0,9	107,4	+ 0,8	117,1	+ 1,3	98,1	- 7,5	91,3	+ 1,7	112,5	+ 0,4	123,7	+ 4,3	134,2	+ 4,7		
April	112,7	+ 0,8	106,0	+ 0,8	117,1	+ 0,2	113,4	+ 4,0	81,9	+ 0,5	111,1	+ 1,8	118,6	+ 2,5	130,2	+ 6,1		
Mai	113,1	+ 1,5	106,3	+ 1,3	118,6	+ 1,0	109,6	+ 1,6	79,4	- 2,0	109,3	+ 1,1	118,1	+ 4,8	125,2	+ 4,2		
Juni	110,2	+ 1,7	104,2	+ 1,7	116,1	+ 1,8	104,2	- 1,3	85,1	+ 4,2	103,4	+ 1,2	117,1	+ 3,4	128,1	+ 5,9		
Juli	113,5	+ 2,0	107,7	+ 1,5	119,0	+ 3,0	108,9	+ 0,7	89,7	- 1,1	106,4	+ 3,0	124,1	+ 3,8	122,1	+ 3,2		
Aug.	109,1	+ 1,4	103,7	+ 1,3	115,6	+ 0,3	98,2	+ 2,0	84,2	- 2,2	101,3	+ 2,3	117,6	+ 5,4	114,1	+ 8,2		
Sept.	108,6	+ 0,4	102,3	- 0,2	112,1	+ 1,9	102,2	- 9,0	87,7	- 5,7	101,6	- 0,5	118,4	+ 4,2	124,3	+ 8,9		
Okt. 4)	117,6	+ 3,1	110,4	+ 2,5	118,7	+ 2,8	128,5	+ 6,6	99,6	+ 1,8	112,8	+ 1,9	123,7	+ 3,7		

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2015

vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher. 4 Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt teilweise geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung	Ausschl. gering- fügig ent- lohnte Beschäf- tigte 2)						
2011	41 577	+ 1,4	28 687	+ 2,4	8 580	19 094	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466
2012	42 062	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 739	19 604	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	42 327	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 783	19 958	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457
2014	42 662	+ 0,8	30 197	+ 1,6	8 860	20 332	770	5 029	94	49	2 898	933	6,7	490
2015	43 057	+ 0,9	30 822	+ 2,1	8 937	20 839	806	4 856	88	44	2 795	859	6,4	569
2013 3.Vj.	42 512	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 810	19 955	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471
4.Vj.	42 644	+ 0,5	30 118	+ 1,2	8 878	20 234	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455
2014 1.Vj.	42 214	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 760	20 103	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452
2.Vj.	42 626	+ 0,9	30 080	+ 1,7	8 829	20 255	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487
3.Vj.	42 849	+ 0,8	30 284	+ 1,7	8 896	20 344	800	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512
4.Vj.	42 958	+ 0,7	30 614	+ 1,6	8 956	20 625	796	5 018	77	46	2 738	846	6,3	510
2015 1.Vj.	42 512	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 833	20 551	756	4 863	169	51	2 993	1 011	6,9	515
2.Vj.	42 985	+ 0,8	30 671	+ 2,0	8 895	20 740	792	4 863	61	47	2 772	822	6,3	560
3.Vj.	43 272	+ 1,0	30 927	+ 2,1	8 974	20 864	840	4 868	47	33	2 759	827	6,3	595
4.Vj.	43 457	+ 1,2	31 329	+ 2,3	9 049	21 201	837	4 828	77	46	2 655	775	6,0	604
2016 1.Vj.	43 059	+ 1,3	31 064	+ 2,3	8 927	21 120	793	4 786	166	50	2 892	932	6,6	610
2.Vj.	43 489	+ 1,2	31 322	+ 2,1	8 983	21 276	819	4 824	...	47	2 674	782	6,1	653
3.Vj.	10) 43 660	10) + 0,9	8) 31 412	8) + 1,6	8) 9 011	8) 21 301	8) 855	8) 4 823	...	8) 30	2 651	808	6,0	682
2013 Juli	42 425	+ 0,7	29 596	+ 1,2	8 769	19 817	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469
Aug.	42 475	+ 0,5	29 843	+ 1,2	8 826	20 002	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471
Sept.	42 635	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 906	20 228	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473
Okt.	42 731	+ 0,6	30 181	+ 1,2	8 900	20 255	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466
Nov.	42 710	+ 0,5	30 149	+ 1,1	8 889	20 252	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458
Dez.	42 490	+ 0,5	29 884	+ 1,2	8 783	20 161	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440
2014 Jan.	42 164	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 739	20 060	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425
Febr.	42 183	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 750	20 088	729	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456
März	42 296	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 797	20 162	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476
April	42 486	+ 0,9	30 060	+ 1,7	8 826	20 244	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485
Mai	42 643	+ 0,8	30 125	+ 1,6	8 836	20 292	751	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481
Juni	42 748	+ 0,8	30 175	+ 1,9	8 854	20 295	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495
Juli	42 780	+ 0,8	30 121	+ 1,8	8 860	20 219	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502
Aug.	42 804	+ 0,8	30 312	+ 1,6	8 904	20 362	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515
Sept.	42 964	+ 0,8	30 663	+ 1,7	8 992	20 608	813	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518
Okt.	43 053	+ 0,8	30 676	+ 1,6	8 980	20 645	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517
Nov.	43 010	+ 0,7	30 636	+ 1,6	8 960	20 645	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515
Dez.	42 810	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 864	20 565	753	5 012	107	39	2 764	867	6,4	498
2015 Jan.	42 443	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 815	20 498	747	4 846	169	50	3 032	1 043	7,0	485
Febr.	42 464	+ 0,7	30 342	+ 1,9	8 819	20 546	756	4 821	183	52	3 017	1 034	6,9	519
März	42 630	+ 0,8	30 528	+ 2,0	8 865	20 651	777	4 829	154	50	2 932	955	6,8	542
April	42 820	+ 0,8	30 645	+ 1,9	8 895	20 723	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552
Mai	43 002	+ 0,8	30 718	+ 2,0	8 901	20 776	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557
Juni	43 134	+ 0,9	30 771	+ 2,0	8 915	20 788	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572
Juli	43 177	+ 0,9	30 744	+ 2,1	8 934	20 724	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589
Aug.	43 232	+ 1,0	30 986	+ 2,2	8 993	20 899	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597
Sept.	43 408	+ 1,0	31 330	+ 2,2	9 076	21 150	850	4 810	51	39	2 708	799	6,2	600
Okt.	43 492	+ 1,0	31 365	+ 2,2	9 067	21 203	846	4 813	61	47	2 649	764	6,0	612
Nov.	43 526	+ 1,2	31 384	+ 2,4	9 059	21 243	842	4 845	66	52	2 633	764	6,0	610
Dez.	43 353	+ 1,3	31 145	+ 2,5	8 963	21 163	798	4 843	105	39	2 681	798	6,1	591
2016 Jan.	42 978	+ 1,3	30 967	+ 2,3	8 904	21 060	784	4 775	169	48	2 920	961	6,7	581
Febr.	43 021	+ 1,3	31 055	+ 2,3	8 921	21 116	793	4 771	177	50	2 911	947	6,6	614
März	43 179	+ 1,3	31 195	+ 2,2	8 951	21 205	804	4 783	152	52	2 845	888	6,5	635
April	43 325	+ 1,2	31 299	+ 2,1	8 980	21 267	809	4 808	67	55	2 744	817	6,3	640
Mai	43 520	+ 1,2	31 395	+ 2,2	8 997	21 324	826	4 839	57	45	2 664	774	6,0	655
Juni	43 623	+ 1,1	8) 31 349	8) + 1,9	8) 8 989	8) 21 270	8) 844	8) 4 864	...	8) 42	2 614	754	5,9	665
Juli	43 594	+ 1,0	8) 31 229	8) + 1,6	8) 8 972	8) 21 165	8) 850	8) 4 859	...	8) 31	2 661	805	6,0	674
Aug.	43 607	+ 0,9	8) 31 463	8) + 1,5	8) 9 023	8) 21 334	8) 862	8) 4 795	...	8) 29	2 684	830	6,1	685
Sept.	10) 43 779	10) + 0,9	8) 31 741	8) + 1,3	8) 9 088	8) 21 539	8) 866	8) 4 768	...	8) 30	2 608	787	5,9	687
Okt.	10) 43 844	10) + 0,8	2 540	756	5,8	691
Nov.	2 532	756	5,7	681

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stel-

len mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2014 und 2015 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,3 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,4 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 31,2 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Ab Mai 2016 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)		
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
	Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnmieten 2)	Wohnmieten 2)									
	2010 = 100											2015 = 100		
	Indexstand													
2011	7)	102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	155,2	135,9
2012	7)	104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	166,8	128,7
2013		105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	160,2	117,6
2014		106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	142,8	108,3
2015		106,9	112,4	105,1	107,4	106,9	106,7	111,3	103,9 8)	107,0	104,9	100,9	100,0	100,0
2015 Jan.		105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2	102,4	104,4	100,2	92,1	106,8
Febr.		106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3	104,8	104,7	101,6	108,0	105,9
März		107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4	105,1	105,3	102,6	109,0	107,1
April		107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5		104,5	106,0	105,6	103,2	115,5	105,6
Mai		107,1	113,2	105,1	110,9	106,2	106,5	111,1	104,5	104,8	105,4	103,0	116,8	104,7
Juni		107,0	112,6	104,9	110,4	106,3	106,6		104,4	105,3	105,3	102,5	113,3	103,4
Juli		107,2	111,8	104,4	109,8	107,8	106,7		104,4	104,5	105,4	101,8	106,0	101,6
Aug.		107,2	111,5	104,9	107,5	108,1	106,8	111,5	103,9	102,1	104,9	100,3	91,5	96,0
Sept.		107,0	112,1	105,9	105,7	107,0	106,9		103,5 8)	107,4	104,6	99,6	90,8	94,1
Okt.		107,0	112,7	106,1	104,9	106,9	107,0		103,1	108,9	104,4	99,3	91,6	93,4
Nov.		107,1	112,9	106,0	105,0	107,1	107,1	111,8	102,9	107,6	104,5	99,1	89,6	92,7
Dez.		107,0	112,4	105,6	102,0	108,4	107,1		102,4	107,3	104,1	97,9	77,5	89,4
2016 Jan.		106,1	112,4	105,0	99,5	106,8	107,3		101,7	106,8	103,9	96,4	64,5	88,2
Febr.		106,5	113,2	105,1	98,6	107,7	107,4	112,5	101,2	106,0	103,4	95,8	64,0	88,6
März		107,3	113,7	106,1	99,6	108,8	107,5		101,2	106,6	103,6	96,5	72,3	93,6
April		106,9	113,8	106,8	100,5	106,6	107,6		101,3	105,9	103,5	96,4	75,1	95,5
Mai		107,2	113,2	106,7	102,1	107,5	107,7	113,1	101,7	106,0	103,7	97,3	82,6	97,2
Juni		107,3	112,7	106,1	103,3	108,0	107,8		102,1	106,4	103,9	97,8	87,9	98,9
Juli		107,6	113,0	105,6	102,1	109,5	107,9		102,3	110,0	104,1	97,9	84,4	100,2
Aug.		107,6	112,5	105,9	101,2	109,6	108,1	113,7	102,2	106,7	104,0	97,7	83,9	98,6
Sept.		107,7	112,6	107,0	101,9	108,5	108,3		102,0	104,7	104,0	97,8	83,9	97,0
Okt.		107,9	112,7	107,4	103,4	108,2	108,5		102,7	108,8	104,3	98,7	96,2	99,8
Nov.		108,0	114,2	107,5	102,2	108,1	108,6	95,4	108,5
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2011	7)	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 33,7	+ 15,8
2012	7)	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,5	- 5,3
2013		+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 4,0	- 8,6
2014		+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 8,0	- 0,3	- 2,2	- 10,9	- 7,9
2015		+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2	- 7,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	- 1,8 8)	- 3,7	+ 0,9	- 2,6	- 30,0	- 7,7
2015 Jan.		- 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	+ 1,2	+ 1,3		- 2,2	- 14,3	+ 0,4	- 4,4	- 41,4	- 3,2
Febr.		+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1	- 12,2	+ 0,7	- 3,0	- 30,1	- 4,6
März		+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	+ 1,3	+ 1,3		- 1,7	- 12,7	+ 1,4	- 1,4	- 27,3	- 2,9
April		+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	- 5,9	+ 1,2	+ 1,3		- 1,5	- 12,5	+ 1,6	- 0,6	- 21,6	- 6,4
Mai		+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 5,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,5	- 1,3	- 11,8	+ 1,4	- 0,8	- 21,5	- 5,8
Juni		+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	- 5,9	+ 0,9	+ 1,2		- 1,4	- 10,5	+ 1,3	- 1,4	- 25,0	- 4,6
Juli		+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	- 6,2	+ 1,0	+ 1,2		- 1,3	- 8,3	+ 1,2	- 1,7	- 26,5	- 5,1
Aug.		+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 7,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,7	- 8,4	+ 0,8	- 3,1	- 35,5	- 10,4
Sept.		± 0,0	+ 1,1	+ 1,3	- 9,3	+ 1,1	+ 1,2		- 2,1 8)	- 0,5	+ 0,3	- 4,0	- 37,2	- 10,4
Okt.		+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	- 8,6	+ 1,4	+ 1,1		- 2,3	+ 5,0	+ 0,2	- 4,1	- 32,5	- 11,6
Nov.		+ 0,4	+ 2,3	+ 1,2	- 7,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	- 2,5	+ 3,9	+ 0,3	- 3,5	- 29,3	- 13,1
Dez.		+ 0,3	+ 1,4	+ 1,1	- 6,5	+ 1,3	+ 1,0		- 2,3	+ 4,5	+ 0,2	- 3,1	- 28,4	- 14,8
2016 Jan.		+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	- 5,8	+ 1,4	+ 1,1		- 2,4	+ 4,3	- 0,5	- 3,8	- 30,0	- 17,4
Febr.		± 0,0	+ 0,8	+ 1,1	- 8,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	- 3,0	+ 1,1	- 1,2	- 5,7	- 40,7	- 16,3
März		+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	- 8,9	+ 1,9	+ 1,1		- 3,1	+ 1,4	- 1,6	- 5,9	- 33,7	- 12,6
April		- 0,1	+ 0,5	+ 1,4	- 8,5	+ 0,6	+ 1,0		- 3,1	- 0,1	- 2,0	- 6,6	- 35,0	- 9,6
Mai		+ 0,1	± 0,0	+ 1,5	- 7,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,8	- 2,7	+ 1,1	- 1,6	- 5,5	- 29,3	- 7,2
Juni		+ 0,3	+ 0,1	+ 1,1	- 6,4	+ 1,6	+ 1,1		- 2,2	+ 1,0	- 1,3	- 4,6	- 22,4	- 4,4
Juli		+ 0,4	+ 1,1	+ 1,1	- 7,0	+ 1,6	+ 1,1		- 2,0	+ 5,3	- 1,2	- 3,8	- 20,4	- 1,4
Aug.		+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	- 5,9	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,0	- 1,6	+ 4,5	- 0,9	- 2,6	- 8,3	+ 2,7
Sept.		+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	- 3,6	+ 1,4	+ 1,3		- 1,4	- 2,5	- 0,6	- 1,8	- 7,6	+ 3,1
Okt.		+ 0,8	± 0,0	+ 1,2	- 1,4	+ 1,2	+ 1,4		- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 5,0	+ 6,9
Nov.		+ 0,8	+ 1,2	+ 1,4	- 2,7	+ 0,9	+ 1,4	+ 6,5	+ 17,0

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab September 2015 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	356,2	0,4	1 027,0	2,3	1 582,6	2,6	165,9	4,9	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	380,7	6,9	1 053,3	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	385,3	1,2	1 087,5	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	380,4	- 1,3	1 109,8	2,0	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,0	4,1	756,8	3,8	387,6	1,9	1 144,5	3,1	1 695,6	2,5	157,6	- 0,4	9,3
2013	1 167,5	3,0	778,4	2,9	389,1	0,4	1 167,5	2,0	1 719,8	1,4	154,1	- 2,2	9,0
2014	1 213,0	3,9	807,1	3,7	400,2	2,8	1 207,3	3,4	1 759,5	2,3	165,1	7,1	9,4
2015	1 260,6	3,9	836,6	3,6	415,5	3,8	1 252,0	3,7	1 811,2	2,9	175,2	6,1	9,7
2015 2.Vj.	308,5	4,1	200,1	3,5	102,4	4,5	302,5	3,8	449,5	2,8	41,9	6,1	9,3
3.Vj.	311,3	4,0	211,1	3,8	103,9	3,6	315,0	3,7	454,8	3,0	37,1	6,0	8,2
4.Vj.	348,7	4,2	231,6	4,5	103,5	3,1	335,1	4,0	459,3	3,0	38,4	5,7	8,4
2016 1.Vj.	305,3	4,5	202,2	4,4	107,7	1,8	309,9	3,5	459,0	2,6	59,5	2,8	13,0
2.Vj.	319,4	3,5	207,4	3,6	105,3	2,8	312,7	3,4	463,7	3,2	43,7	4,3	9,4
3.Vj.	322,2	3,5	217,6	3,1	108,2	4,2	325,8	3,4	464,1	2,0	37,7	1,5	8,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2016. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				Grundvergütungen 2)			
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	insgesamt	% gegen Vorjahr	insgesamt ohne Einmalzahlungen	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr
2008	96,4	2,8	96,3	2,9	96,1	3,1	95,9	3,3	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,3	2,3	98,2	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,5	2,7	104,5	2,7	104,8	2,9	104,7	2,9	106,2	2,7
2013	107,1	2,5	107,1	2,5	107,4	2,5	107,3	2,5	108,4	2,0
2014	110,4	3,1	110,3	3,0	110,5	2,9	110,4	2,9	111,4	2,8
2015	113,0	2,3	112,8	2,3	113,0	2,3	113,1	2,4	114,4	2,7
2015 2.Vj.	105,8	2,3	105,6	2,2	106,0	2,3	112,9	2,3	112,2	2,9
3.Vj.	115,2	2,4	115,0	2,3	115,4	2,3	113,7	2,4	112,6	2,7
4.Vj.	126,2	2,4	126,0	2,3	126,4	2,3	113,9	2,4	125,1	2,7
2016 1.Vj.	106,6	2,0	106,4	1,9	106,8	2,3	114,3	2,3	110,5	2,9
2.Vj.	108,1	2,2	107,9	2,2	108,0	1,9	115,2	2,1	114,6	2,1
3.Vj.	117,5	2,0	117,3	1,9	117,6	2,0	116,0	2,0	115,3	2,4
2016 April	107,9	2,0	107,7	2,0	107,9	1,9	114,9	2,0	.	.
Mai	108,2	1,9	108,0	1,9	108,3	1,8	115,4	2,3	.	.
Juni	108,3	2,6	108,0	2,5	107,7	1,9	115,3	1,9	.	.
Juli	136,1	1,9	135,8	1,9	136,3	2,0	115,8	2,0	.	.
Aug.	108,2	2,0	107,9	2,0	108,3	2,0	116,0	2,0	.	.
Sept.	108,2	2,0	108,0	1,9	108,4	2,0	116,1	2,0	.	.
Okt.	108,8	2,0	108,6	1,9	108,9	2,0	116,3	2,1	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2016.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Halbjahressende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾		langfristig			kurzfristig		
											insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	darunter:
															Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
Insgesamt (Mrd €)																
2012	1 867,3	1 153,7	378,3	476,3	232,1	713,6	188,4	174,8	123,2	553,9	1 313,4	699,1	374,2	614,4	178,6	157,0
2013	1 902,2	1 171,1	385,0	485,2	232,4	731,1	187,5	175,8	136,5	569,6	1 332,6	706,0	377,5	626,6	191,0	163,1
2014	2 078,8	1 284,1	431,0	520,3	249,6	794,7	203,1	187,3	132,4	582,9	1 495,9	812,0	426,8	683,9	214,8	175,8
2015	2 226,6	1 394,6	470,7	565,2	273,1	832,0	215,6	190,6	136,2	633,8	1 592,8	860,8	465,4	732,0	233,1	180,3
2014 2.Hj.	2 078,8	1 284,1	431,0	520,3	249,6	794,7	203,1	187,3	132,4	582,9	1 495,9	812,0	426,8	683,9	214,8	175,8
2015 1.Hj.	2 163,8	1 346,9	453,6	539,8	270,0	816,8	217,9	197,4	127,0	622,4	1 541,4	830,0	440,6	711,4	223,0	173,2
2015 2.Hj.	2 226,6	1 394,6	470,7	565,2	273,1	832,0	215,6	190,6	136,2	633,8	1 592,8	860,8	465,4	732,0	233,1	180,3
2016 1.Hj.	2 256,6	1 381,0	462,4	549,8	272,0	875,6	226,7	194,3	140,5	607,4	1 649,2	895,4	464,6	753,8	243,9	173,7
in % der Bilanzsumme																
2012	100,0	61,8	20,3	25,5	12,4	38,2	10,1	9,4	6,6	29,7	70,3	37,4	20,0	32,9	9,6	8,4
2013	100,0	61,6	20,2	25,5	12,2	38,4	9,9	9,2	7,2	29,9	70,1	37,1	19,8	32,9	10,0	8,6
2014	100,0	61,8	20,7	25,0	12,0	38,2	9,8	9,0	6,4	28,0	72,0	39,1	20,5	32,9	10,3	8,5
2015	100,0	62,6	21,1	25,4	12,3	37,4	9,7	8,6	6,1	28,5	71,5	38,7	20,9	32,9	10,5	8,1
2014 2.Hj.	100,0	61,8	20,7	25,0	12,0	38,2	9,8	9,0	6,4	28,0	72,0	39,1	20,5	32,9	10,3	8,5
2015 1.Hj.	100,0	62,3	21,0	25,0	12,5	37,8	10,1	9,1	5,9	28,8	71,2	38,4	20,4	32,9	10,3	8,0
2015 2.Hj.	100,0	62,6	21,1	25,4	12,3	37,4	9,7	8,6	6,1	28,5	71,5	38,7	20,9	32,9	10,5	8,1
2016 1.Hj.	100,0	61,2	20,5	24,4	12,1	38,8	10,1	8,6	6,2	26,9	73,1	39,7	20,6	33,4	10,8	7,7
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd € ²⁾)																
2012	1 503,5	896,3	256,8	374,0	213,6	607,3	171,0	136,2	95,4	436,2	1 067,4	561,8	280,8	505,5	159,7	112,9
2013	1 523,6	908,2	257,2	384,6	215,6	615,4	171,2	136,1	104,1	450,9	1 072,6	560,4	280,5	512,2	170,2	114,9
2014	1 655,6	989,4	276,5	411,9	236,0	666,2	185,7	140,3	98,9	451,4	1 204,2	644,0	318,6	560,2	193,3	122,4
2015	1 782,1	1 077,3	304,0	446,9	259,0	704,8	198,9	147,1	104,5	485,5	1 296,6	689,8	353,1	606,8	208,7	127,6
2014 2.Hj.	1 655,6	989,4	276,5	411,9	236,0	666,2	185,7	140,3	98,9	451,4	1 204,2	644,0	318,6	560,2	193,3	122,4
2015 1.Hj.	1 743,3	1 047,8	293,3	432,1	257,1	695,4	201,0	151,7	103,6	487,1	1 256,2	670,0	336,1	586,2	194,9	127,3
2015 2.Hj.	1 782,1	1 077,3	304,0	446,9	259,0	704,8	198,9	147,1	104,5	485,5	1 296,6	689,8	353,1	606,8	208,7	127,6
2016 1.Hj.	1 818,4	1 059,3	296,6	432,5	254,2	759,1	210,1	149,1	112,3	466,0	1 352,3	717,9	351,0	634,4	219,2	128,8
in % der Bilanzsumme																
2012	100,0	59,6	17,1	24,9	14,2	40,4	11,4	9,1	6,4	29,0	71,0	37,4	18,7	33,6	10,6	7,5
2013	100,0	59,6	16,9	25,2	14,2	40,4	11,2	8,9	6,8	29,6	70,4	36,8	18,4	33,6	11,2	7,5
2014	100,0	59,8	16,7	24,9	14,3	40,2	11,2	8,5	6,0	27,3	72,7	38,9	19,2	33,8	11,7	7,4
2015	100,0	60,5	17,1	25,1	14,5	39,6	11,2	8,3	5,9	27,2	72,8	38,7	19,8	34,1	11,7	7,2
2014 2.Hj.	100,0	59,8	16,7	24,9	14,3	40,2	11,2	8,5	6,0	27,3	72,7	38,9	19,2	33,8	11,7	7,4
2015 1.Hj.	100,0	60,1	16,8	24,8	14,8	39,9	11,5	8,7	5,9	27,9	72,1	38,4	19,3	33,6	11,2	7,3
2015 2.Hj.	100,0	60,5	17,1	25,1	14,5	39,6	11,2	8,3	5,9	27,2	72,8	38,7	19,8	34,1	11,7	7,2
2016 1.Hj.	100,0	58,3	16,3	23,8	14,0	41,8	11,6	8,2	6,2	25,6	74,4	39,5	19,3	34,9	12,1	7,1
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2012	363,7	257,4	121,5	102,4	18,4	106,3	17,4	38,6	27,8	117,7	246,0	137,2	93,4	108,8	18,9	44,1
2013	378,6	262,9	127,8	100,6	16,8	115,7	16,3	39,7	32,3	118,6	260,0	145,6	97,0	114,4	20,8	48,2
2014	423,2	294,7	154,6	108,4	13,6	128,6	17,4	47,0	33,5	131,5	291,7	168,0	108,3	123,7	21,6	53,4
2015	444,5	317,3	166,7	118,3	14,1	127,2	16,7	43,5	31,6	148,3	296,2	171,0	112,2	125,2	24,4	52,7
2014 2.Hj.	423,2	294,7	154,6	108,4	13,6	128,6	17,4	47,0	33,5	131,5	291,7	168,0	108,3	123,7	21,6	53,4
2015 1.Hj.	420,5	299,1	160,3	107,7	12,9	121,4	17,0	45,7	23,4	135,3	285,2	160,0	104,4	125,2	28,0	45,9
2015 2.Hj.	444,5	317,3	166,7	118,3	14,1	127,2	16,7	43,5	31,6	148,3	296,2	171,0	112,2	125,2	24,4	52,7
2016 1.Hj.	438,3	321,7	165,8	117,3	17,8	116,6	16,6	45,3	28,2	141,4	296,9	177,4	113,6	119,4	24,7	45,0
in % der Bilanzsumme																
2012	100,0	70,8	33,4	28,1	5,1	29,2	4,8	10,6	7,6	32,4	67,6	37,7	25,7	29,9	5,2	12,1
2013	100,0	69,5	33,8	26,6	4,5	30,6	4,3	10,5	8,5	31,3	68,7	38,5	25,6	30,2	5,5	12,7
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	7,9	31,1	68,9	39,7	25,6	29,2	5,1	12,6
2015	100,0	71,4	37,5	26,6	3,2	28,6	3,8	9,8	7,1	33,4	66,6	38,5	25,3	28,2	5,5	11,9
2014 2.Hj.	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	7,9	31,1	68,9	39,7	25,6	29,2	5,1	12,6
2015 1.Hj.	100,0	71,1	38,1	25,6	3,1	28,9	4,0	10,9	5,6	32,2	67,8	38,1	24,8	29,8	6,7	10,9
2015 2.Hj.	100,0	71,4	37,5	26,6	3,2	28,6	3,8	9,8	7,1	33,4	66,6	38,5	25,3	28,2	5,5	11,9
2016 1.Hj.	100,0	73,4	37,8	26,8	4,1	26,6	3,8	10,3	6,4	32,3	67,7	40,5	25,9	27,3	5,6	10,3

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- oder halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne

Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes				Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes				
			Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)								
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)		Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%		Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	1.Quartil	Median	3.Quartil	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	1.Quartil
Insgesamt																
2008	1 290,4	6,3	161,9	- 5,9	12,6	- 1,6	5,7	11,6	17,4	79,4	- 16,7	6,2	- 1,7	2,4	6,6	12,1
2009	1 158,6	- 10,7	135,6	- 16,9	11,7	- 0,9	3,9	9,4	15,7	55,9	- 29,2	4,8	- 1,3	- 0,1	4,9	9,3
2010	1 321,0	13,3	181,4	30,6	13,7	- 1,8	6,6	11,4	18,5	98,3	66,6	7,4	2,4	3,2	6,8	12,1
2011	1 414,4	8,5	175,9	0,5	12,4	- 1,0	5,4	10,9	17,4	93,9	- 4,1	6,6	- 0,9	2,7	6,6	12,0
2012	1 533,0	6,6	189,3	3,1	12,4	- 0,4	5,2	10,2	17,5	95,7	- 7,7	6,2	- 0,9	1,9	6,0	11,0
2013	1 541,1	- 0,6	187,1	- 2,8	12,1	- 0,3	5,1	10,3	18,3	99,5	5,5	6,5	0,4	1,9	5,8	10,9
2014	1 565,6	1,0	198,7	4,9	12,7	0,5	5,7	10,3	17,2	109,3	8,5	7,0	0,5	1,9	6,1	11,1
2015	1 636,2	6,9	196,3	- 1,0	12,0	- 1,0	6,1	10,6	17,6	91,6	- 15,9	5,6	- 1,5	1,7	6,5	11,3
2011 2.Hj.	730,1	6,9	88,3	- 3,6	12,1	- 1,3	5,5	11,4	18,0	40,9	- 15,4	5,6	- 1,5	2,6	7,1	11,8
2012 1.Hj.	751,0	8,1	93,3	3,6	12,4	- 0,5	4,7	9,1	16,8	55,7	1,6	7,4	- 0,5	1,0	5,7	11,4
2012 2.Hj.	782,2	5,2	95,9	2,6	12,3	- 0,3	4,7	11,0	17,9	39,9	- 19,2	5,1	- 1,4	1,4	6,8	11,7
2013 1.Hj.	762,8	- 0,2	93,4	- 3,5	12,2	- 0,4	3,4	9,3	16,5	53,8	- 7,6	7,1	- 0,6	0,6	4,9	10,7
2013 2.Hj.	780,0	- 1,1	93,8	- 2,0	12,0	- 0,1	5,4	10,7	19,2	45,7	25,5	5,9	1,3	1,7	6,1	12,1
2014 1.Hj.	757,2	- 0,9	97,2	4,6	12,8	0,7	4,7	9,5	16,0	57,8	9,4	7,6	0,7	1,0	5,2	10,5
2014 2.Hj.	808,7	2,9	101,5	5,2	12,6	0,3	5,4	10,8	19,1	51,5	7,6	6,4	0,3	1,7	7,1	12,0
2015 1.Hj.	815,7	8,7	102,9	5,8	12,6	- 0,4	4,8	10,1	17,6	59,1	2,1	7,3	- 0,5	1,1	5,9	10,9
2015 2.Hj.	831,7	5,1	93,6	- 7,6	11,3	- 1,5	6,3	11,5	18,1	32,7	- 36,5	3,9	- 2,5	2,3	7,1	11,7
2016 1.Hj.	782,3	- 2,1	111,8	6,2	14,3	1,1	5,9	10,4	17,4	65,7	2,1	8,4	0,3	1,5	6,4	11,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																
2008	949,2	7,2	120,0	- 6,4	12,7	- 1,8	5,7	11,4	15,6	60,5	- 17,2	6,4	- 1,9	2,3	6,8	11,6
2009	837,7	- 11,8	94,9	- 20,6	11,3	- 1,3	2,5	9,0	14,0	40,0	- 32,6	4,8	- 1,5	- 1,4	4,3	8,8
2010	980,7	15,8	136,2	38,7	13,9	2,3	6,6	11,4	16,3	75,7	72,4	7,7	2,6	3,0	7,3	12,0
2011	1 079,0	10,6	130,0	- 1,7	12,1	- 1,5	5,5	11,3	16,4	74,1	- 4,9	6,9	- 1,1	2,1	6,8	11,5
2012	1 173,8	7,7	140,8	5,3	12,0	- 0,3	5,4	10,2	16,1	81,7	2,2	7,0	- 0,4	1,8	6,1	9,8
2013	1 179,0	- 0,8	138,7	- 2,6	11,8	- 0,2	4,4	10,3	15,5	74,5	- 5,8	6,3	- 0,3	1,3	5,7	10,0
2014	1 197,3	1,0	147,9	5,8	12,4	0,6	5,1	9,6	15,3	82,0	9,3	6,9	0,5	1,4	5,9	10,2
2015	1 283,3	7,0	144,0	- 2,7	11,2	- 1,1	6,1	10,4	15,5	65,2	- 19,7	5,1	- 1,7	1,8	6,5	10,0
2011 2.Hj.	552,5	8,7	60,8	- 9,1	11,0	- 2,2	4,8	10,6	15,6	29,3	- 20,2	5,3	- 2,0	1,6	6,6	10,9
2012 1.Hj.	580,1	9,5	73,3	5,2	12,6	- 0,5	5,7	10,5	14,9	46,8	3,5	8,1	- 0,5	1,9	6,1	10,5
2012 2.Hj.	593,9	6,1	67,5	5,3	11,4	- 0,1	4,4	10,5	15,9	34,9	0,2	5,9	- 0,3	0,6	6,2	10,2
2013 1.Hj.	588,8	- 0,1	71,7	- 4,8	12,2	- 0,6	3,1	9,3	15,0	43,1	- 10,9	7,3	- 0,9	0,6	5,3	9,7
2013 2.Hj.	591,7	- 1,4	67,1	- 0,3	11,3	0,1	4,0	10,4	15,8	31,4	1,7	5,3	0,2	0,6	5,8	10,9
2014 1.Hj.	584,4	- 1,1	74,2	3,8	12,7	0,6	4,7	9,6	15,0	46,2	8,9	7,9	0,7	1,4	5,4	9,6
2014 2.Hj.	613,1	3,0	73,7	7,8	12,0	0,5	4,4	9,8	15,8	35,8	9,8	5,8	0,4	0,7	6,3	10,7
2015 1.Hj.	636,8	8,8	80,1	7,9	12,6	- 0,1	5,1	10,0	15,4	48,8	5,7	7,7	- 0,2	2,1	6,1	10,0
2015 2.Hj.	647,1	5,2	63,9	- 13,4	9,9	- 2,1	5,3	10,9	15,5	16,4	- 52,3	2,5	- 3,2	1,7	6,8	10,3
2016 1.Hj.	610,8	- 2,9	83,9	1,2	13,7	0,5	6,6	10,3	15,3	50,6	- 7,4	8,3	- 0,4	1,7	6,4	9,9
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2008	341,1	3,7	41,9	- 4,3	12,3	- 1,0	5,8	12,4	19,2	19,0	- 14,6	5,6	- 1,2	2,6	6,6	12,7
2009	321,0	- 7,4	40,7	- 4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	- 16,3	5,0	- 0,5	1,7	5,7	12,7
2010	340,4	5,8	45,1	8,9	13,3	0,4	5,6	10,8	19,6	22,6	46,8	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4
2011	335,5	1,7	45,9	7,6	13,7	0,8	5,4	10,1	20,7	19,7	- 0,7	5,9	- 0,1	3,2	6,1	13,8
2012	359,2	2,8	48,5	- 3,4	13,5	- 0,9	5,1	10,0	22,7	14,0	- 47,2	3,9	- 3,0	2,1	5,7	14,0
2013	362,2	- 0,1	48,4	- 3,3	13,4	- 0,4	5,1	9,9	21,1	25,0	84,4	6,9	3,0	2,5	5,9	12,2
2014	368,3	1,0	50,8	2,2	13,8	0,2	6,0	12,7	22,6	27,3	5,7	7,4	0,3	2,9	6,5	13,7
2015	352,9	6,4	52,3	4,8	14,8	- 0,2	6,1	11,4	22,1	26,4	- 1,6	7,5	- 0,6	1,4	6,7	14,1
2011 2.Hj.	177,6	1,0	27,5	13,4	15,5	1,7	7,1	12,2	22,4	11,6	0,7	6,6	- 0,0	4,3	7,5	14,2
2012 1.Hj.	170,9	3,3	20,0	- 2,6	11,7	- 0,7	2,6	8,0	21,0	8,9	- 9,8	5,2	- 0,7	- 0,4	4,5	13,9
2012 2.Hj.	188,3	2,3	28,5	- 4,0	15,1	- 1,0	5,2	11,2	23,7	5,1	- 73,2	2,7	- 5,2	2,7	7,4	15,3
2013 1.Hj.	174,0	- 0,5	21,7	1,4	12,5	0,2	3,9	8,0	19,2	10,7	12,8	6,2	0,7	0,9	4,6	12,8
2013 2.Hj.	188,3	0,3	26,7	- 6,7	14,2	- 1,1	5,6	11,3	21,8	14,3	241,4	7,6	5,2	2,2	7,3	13,4
2014 1.Hj.	172,9	- 0,5	23,0	7,6	13,3	1,0	4,8	9,3	20,4	11,6	11,6	6,7	0,7	1,0	5,1	13,5
2014 2.Hj.	195,6	2,4	27,8	- 2,2	14,2	- 0,7	6,4	13,5	23,8	15,7	1,4	8,1	- 0,1	3,6	8,1	18,0
2015 1.Hj.	178,9	8,4	22,8	- 2,2	12,7	- 1,5	4,4	10,9	21,5	10,3	- 15,7	5,8	- 1,6	- 0,5	4,5	14,2
2015 2.Hj.	184,7	4,6	29,7	10,8	16,1	0,9	7,3	12,2	23,5	16,3	9,3	8,8	0,4	2,5	7,7	15,0
2016 1.Hj.	171,5	1,1	27,9	27,9	16,3	3,5	5,2	10,4	23,4	15,0	62,7	8,8	3,3	1,1	6,5	15,2

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- oder halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrendi-

ten der Unternehmensgruppen. 3 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2016					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj. P)	Juli	Aug.	Sept. P)
A. Leistungsbilanz	+ 215 988	+ 241 245	+ 323 657	+ 60 319	+ 87 847	+ 86 116	+ 33 398	+ 22 915	+ 29 803
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 913 552	1 963 183	2 112 240	501 817	534 918	513 382	173 153	163 768	176 461
Einfuhr	1 703 376	1 721 836	1 757 521	421 349	427 480	427 498	140 618	139 957	146 923
Saldo	+ 210 173	+ 241 345	+ 354 720	+ 80 466	+ 107 438	+ 85 885	+ 32 536	+ 23 810	+ 29 539
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	646 905	710 777	767 970	177 972	192 545	200 423	67 987	65 405	67 031
Ausgaben	576 355	633 319	709 178	168 455	177 665	180 877	60 279	60 893	59 705
Saldo	+ 70 546	+ 77 458	+ 58 792	+ 9 518	+ 14 880	+ 19 546	+ 7 708	+ 4 512	+ 7 326
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	610 254	626 709	632 419	138 530	150 646	138 009	45 491	44 520	47 998
Ausgaben	530 432	562 506	588 637	123 747	162 511	123 956	41 582	37 955	44 419
Saldo	+ 79 822	+ 64 203	+ 43 783	+ 14 783	- 11 865	+ 14 053	+ 3 909	+ 6 565	+ 3 579
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	86 685	91 481	103 901	22 490	27 478	23 624	7 792	7 315	8 517
Ausgaben	231 239	233 243	237 538	66 939	50 083	56 993	18 547	19 288	19 158
Saldo	- 144 555	- 141 764	- 133 639	- 44 448	- 22 606	- 33 369	- 10 756	- 11 972	- 10 641
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 19 338	+ 13 053	- 12 363	- 1 329	+ 387	+ 1 218	+ 517	+ 243	+ 458
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 423 350	+ 329 295	+ 299 839	+ 4 701	+ 92 034	+ 103 393	+ 7 025	+ 35 723	+ 60 645
1. Direktinvestitionen	+ 27 130	+ 62 686	+ 245 526	+ 40 654	- 25 468	+ 76 435	+ 22 298	+ 46 507	+ 7 630
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 512 758	+ 161 435	+ 821 514	+ 115 238	- 21 035	+ 63 593	+ 15 617	+ 60 563	- 12 587
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 485 627	+ 98 749	+ 575 987	+ 74 586	+ 4 432	- 12 842	- 6 681	+ 14 056	- 20 217
2. Wertpapieranlagen	- 27 145	+ 68 959	+ 108 975	+ 92 830	+ 174 236	+ 138 389	+ 58 842	+ 34 151	+ 45 396
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 271 362	+ 460 696	+ 403 915	+ 134 117	+ 127 007	+ 124 895	+ 42 020	+ 38 817	+ 44 058
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 167 450	+ 141 720	+ 21 878	- 18 293	+ 4 916	+ 20 678	+ 11 309	+ 6 291	+ 3 078
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 77 038	+ 226 560	+ 369 718	+ 140 465	+ 114 326	+ 113 090	+ 49 911	+ 27 545	+ 35 634
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 26 876	+ 92 414	+ 12 318	+ 11 946	+ 7 763	- 8 874	- 19 200	+ 4 980	+ 5 346
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 298 505	+ 391 735	+ 294 939	+ 41 288	- 47 230	- 13 494	- 16 822	+ 4 666	- 1 338
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 203 379	+ 282 558	+ 268 432	- 14 336	+ 73 844	+ 48 814	+ 25 250	- 625	+ 24 189
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 62 540	+ 127 161	+ 75 120	+ 31 034	- 171 949	- 72 735	- 13 800	+ 2 604	- 61 539
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 32 585	- 17 984	- 48 612	+ 24 591	+ 50 876	+ 10 427	- 28 272	+ 2 687	+ 36 012
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 31 797	+ 45 483	+ 85 767	+ 27 332	- 47 780	+ 1 354	+ 5 832	- 2 175	- 2 303
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 386 921	+ 147 803	- 150 999	- 157 084	- 11 140	- 120 506	- 79 068	- 44 558	+ 3 120
Eurosysteem	+ 57 976	+ 55 898	- 13 611	- 7 278	- 19 282	- 35 354	- 3 092	- 8 486	- 23 776
Staat	- 8 831	+ 11 850	+ 19 268	+ 7 153	+ 1 344	+ 377	- 1 957	+ 3 599	- 1 265
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 275 227	+ 98 549	- 124 235	- 89 483	- 24 197	- 96 126	- 77 323	- 20 386	+ 1 583
Unternehmen und Privatpersonen	+ 62 547	- 18 491	- 32 416	- 67 477	+ 30 999	+ 10 594	+ 3 303	- 19 286	+ 26 577
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 647	+ 4 361	+ 10 569	+ 970	+ 2 186	+ 7 724	- 877	+ 1 799	+ 6 802
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 188 025	+ 74 997	- 11 455	- 54 289	+ 3 802	+ 16 061	- 26 889	+ 12 565	+ 30 385

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienstleistungen (fob/fob) 3)	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen	Vermögensänderungsbilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungsreserven	
		Insgesamt								
2001	- 7 911	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 155	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 116
2002	+ 41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606
2003	+ 31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292
2004	+ 101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748
2005	+ 105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960
2006	+ 135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511
2007	+ 169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130
2008	+ 143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088
2009	+ 141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683
2010	+ 144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351
2011	+ 164 581	+ 163 426	- 8 900	- 32 482	+ 69 156	- 35 520	+ 1 642	+ 120 858	+ 2 836	- 45 365
2012	+ 193 593	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 65 825	- 39 858	- 413	+ 144 802	+ 1 297	- 48 378
2013	+ 190 420	+ 211 647	- 4 331	- 43 223	+ 65 754	- 43 758	- 591	+ 219 079	+ 838	+ 29 251
2014	+ 212 880	+ 226 499	- 7 739	- 35 353	+ 62 387	- 40 653	+ 1 138	+ 244 445	- 2 564	+ 30 426
2015	+ 252 580	+ 259 621	- 4 407	- 31 230	+ 63 739	- 39 550	- 159	+ 225 551	- 2 213	- 26 870
2013 4.Vj.	+ 62 069	+ 53 496	- 1 273	- 6 470	+ 26 157	- 11 114	- 1 738	+ 71 549	+ 1 464	+ 11 218
2014 1.Vj.	+ 48 137	+ 52 292	+ 168	- 6 298	+ 17 061	- 14 918	+ 2 142	+ 60 275	- 565	+ 9 996
2.Vj.	+ 44 982	+ 54 295	- 2 031	- 7 242	+ 4 641	- 6 712	+ 519	+ 55 959	- 610	+ 10 457
3.Vj.	+ 54 257	+ 60 313	- 2 818	- 15 461	+ 17 223	- 7 818	+ 367	+ 59 285	+ 332	+ 4 661
4.Vj.	+ 65 503	+ 59 599	- 3 058	- 6 352	+ 23 462	- 11 206	- 1 890	+ 68 926	- 1 722	+ 5 312
2015 1.Vj.	+ 57 887	+ 60 084	- 1 680	- 4 714	+ 18 340	- 15 822	+ 218	+ 30 366	- 21	- 27 739
2.Vj.	+ 57 431	+ 68 318	- 2 043	- 5 941	+ 2 107	- 7 052	+ 1 098	+ 72 772	- 465	+ 14 243
3.Vj.	+ 65 022	+ 67 108	+ 577	- 13 852	+ 18 393	- 6 628	+ 703	+ 64 092	- 1 455	- 1 634
4.Vj.	+ 72 240	+ 64 112	- 1 260	- 6 722	+ 24 898	- 10 048	- 2 178	+ 58 322	- 272	- 11 740
2016 1.Vj.	+ 64 277	+ 64 018	+ 333	- 5 707	+ 19 425	- 13 460	- 417	+ 23 864	+ 1 228	- 39 996
2.Vj. r)	+ 72 094	+ 77 102	+ 38	- 5 040	+ 4 515	- 4 482	+ 1 557	+ 73 876	+ 761	+ 226
3.Vj.	+ 61 644	+ 68 399	- 38	- 12 896	+ 16 824	- 10 682	+ 448	+ 57 651	- 261	- 4 441
2014 Mai	+ 12 180	+ 17 917	- 1 675	- 1 948	- 2 726	- 1 063	- 72	+ 9 391	- 631	- 2 717
Juni	+ 16 301	+ 17 960	+ 363	- 3 708	+ 4 456	- 2 406	+ 405	+ 17 051	- 130	+ 345
Juli	+ 20 303	+ 22 747	- 1 684	- 4 991	+ 5 562	- 3 016	- 402	+ 13 450	+ 431	- 6 451
Aug.	+ 10 707	+ 14 254	- 748	- 6 617	+ 5 430	- 2 359	+ 426	+ 13 062	+ 166	+ 1 930
Sept.	+ 23 247	+ 23 312	- 385	- 3 853	+ 6 231	- 2 442	+ 343	+ 32 773	- 265	+ 9 182
Okt.	+ 21 331	+ 22 823	- 1 448	- 4 994	+ 6 058	- 2 556	- 112	+ 15 292	+ 203	- 5 928
Nov.	+ 18 686	+ 18 095	- 382	- 2 039	+ 6 130	- 3 500	+ 152	+ 22 905	+ 30	+ 4 067
Dez.	+ 25 486	+ 18 681	- 1 228	+ 681	+ 11 274	- 5 150	- 1 930	+ 30 729	- 1 955	+ 7 173
2015 Jan.	+ 14 676	+ 15 484	- 1 154	- 1 713	+ 5 103	- 4 199	+ 20	- 3 642	+ 372	- 18 338
Febr.	+ 16 055	+ 19 360	- 948	- 1 625	+ 5 826	- 7 505	+ 24	+ 11 595	+ 266	- 4 485
März	+ 27 157	+ 25 240	+ 422	- 1 376	+ 7 411	- 4 117	+ 173	+ 22 413	- 660	- 4 917
April	+ 21 110	+ 22 116	- 1 240	- 1 432	+ 3 303	- 2 877	+ 348	+ 31 171	- 69	+ 9 712
Mai	+ 11 366	+ 21 155	- 437	- 2 002	- 5 805	- 1 982	+ 557	+ 17 540	- 78	+ 5 617
Juni	+ 24 955	+ 25 047	- 367	- 2 507	+ 4 609	- 2 194	+ 192	+ 24 061	- 318	- 1 086
Juli	+ 25 002	+ 25 102	- 1 024	- 4 339	+ 6 553	- 2 314	+ 462	+ 20 319	- 1 170	- 5 146
Aug.	+ 14 231	+ 16 658	+ 472	- 5 423	+ 5 735	- 2 739	+ 40	+ 19 460	- 180	+ 5 189
Sept.	+ 25 788	+ 25 348	+ 1 129	- 4 090	+ 6 106	- 1 575	+ 201	+ 24 313	- 105	- 1 677
Okt.	+ 21 741	+ 23 867	+ 23	- 5 847	+ 6 808	- 3 087	- 94	+ 16 508	+ 154	- 5 140
Nov.	+ 24 894	+ 22 245	- 378	- 1 741	+ 6 874	- 2 485	+ 163	+ 20 149	- 548	- 4 908
Dez.	+ 25 604	+ 17 999	- 905	+ 866	+ 11 216	- 4 476	- 2 248	+ 21 665	+ 123	- 1 692
2016 Jan.	+ 14 029	+ 13 619	- 183	- 2 455	+ 5 140	- 2 275	- 89	- 5 464	- 186	- 19 404
Febr.	+ 20 755	+ 22 485	+ 673	- 1 143	+ 6 932	- 7 518	+ 426	+ 9 544	+ 1 478	- 11 637
März	+ 29 492	+ 27 915	- 158	- 2 109	+ 7 353	- 3 666	- 754	+ 19 784	- 64	- 8 955
April r)	+ 27 944	+ 27 243	- 188	- 845	+ 3 238	- 1 692	+ 1 267	+ 41 438	+ 696	+ 12 227
Mai r)	+ 18 087	+ 23 444	+ 500	- 1 584	- 3 181	- 591	+ 153	+ 9 261	+ 776	- 8 979
Juni r)	+ 26 063	+ 26 414	- 274	- 2 611	+ 4 458	- 2 199	+ 137	+ 23 178	- 711	- 3 022
Juli	+ 19 837	+ 20 804	+ 508	- 3 868	+ 6 337	- 3 435	- 135	+ 19 073	+ 342	- 629
Aug.	+ 17 361	+ 21 682	- 342	- 5 559	+ 5 749	- 4 510	- 114	+ 16 116	+ 93	- 1 131
Sept.	+ 24 447	+ 25 913	- 204	- 3 469	+ 4 739	- 2 737	+ 697	+ 22 462	- 695	- 2 681
Okt. p)	+ 18 439	+ 20 223	- 636	- 3 506	+ 5 535	- 3 814	- 143	+ 26 369	- 145	+ 8 073

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2013	2014	2015	2016					
					Jan. / Sep.	Juni	Juli	August	September	Oktober p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 088 025	1 123 746	1 193 555	900 391	106 484	96 041	96 431	106 042	101 522
	Einfuhr	890 393	910 145	949 245	707 831	82 007	76 944	76 481	81 808	82 238
	Saldo	+ 197 632	+ 213 601	+ 244 310	+ 192 560	+ 24 477	+ 19 097	+ 19 950	+ 24 234	+ 19 284
I. Europäische Länder	Ausfuhr	743 067	761 914	803 425	616 003	72 514	65 243	64 019	73 330	...
	Einfuhr	625 934	642 738	653 782	488 923	57 201	53 445	51 125	57 003	...
	Saldo	+ 117 133	+ 119 176	+ 149 643	+ 127 080	+ 15 313	+ 11 797	+ 12 894	+ 16 328	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	618 383	648 446	692 493	530 772	62 403	56 081	54 281	63 082	...
	Einfuhr	509 738	527 117	543 334	411 458	48 424	44 997	42 136	48 263	...
	Saldo	+ 108 645	+ 121 329	+ 149 159	+ 119 314	+ 13 979	+ 11 084	+ 12 145	+ 14 819	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	405 220	413 753	434 075	330 957	38 833	35 498	32 801	39 354	...
	Einfuhr	343 487	350 550	356 643	268 592	32 072	29 820	27 021	31 078	...
	Saldo	+ 61 732	+ 63 203	+ 77 432	+ 62 365	+ 6 761	+ 5 678	+ 5 780	+ 8 276	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 954	47 345	46 196	35 413	4 166	3 632	3 683	4 146	...
	Einfuhr	41 965	42 548	40 116	30 898	4 328	3 308	3 292	3 321	...
	Saldo	+ 5 989	+ 4 797	+ 6 079	+ 4 515	- 162	+ 323	+ 391	+ 824	...
Frankreich	Ausfuhr	99 250	100 580	102 762	75 972	8 852	7 964	7 135	9 029	...
	Einfuhr	63 489	66 714	66 819	49 645	5 913	5 625	4 432	5 398	...
	Saldo	+ 35 761	+ 33 866	+ 35 943	+ 26 327	+ 2 939	+ 2 339	+ 2 703	+ 3 632	...
Italien	Ausfuhr	53 212	54 240	57 987	45 912	5 485	5 232	3 949	5 529	...
	Einfuhr	46 911	48 522	49 038	38 530	4 522	4 567	3 792	4 434	...
	Saldo	+ 6 301	+ 5 718	+ 8 949	+ 7 382	+ 963	+ 665	+ 157	+ 1 095	...
Niederlande	Ausfuhr	70 975	72 736	79 191	59 001	6 862	6 575	6 323	7 071	...
	Einfuhr	88 698	87 796	87 889	62 072	7 014	6 837	6 853	7 136	...
	Saldo	- 17 723	- 15 060	- 8 697	- 3 071	- 151	- 262	- 530	- 65	...
Österreich	Ausfuhr	56 217	55 807	58 217	44 629	5 172	4 761	4 851	5 356	...
	Einfuhr	36 734	36 218	37 250	28 893	3 372	3 283	3 015	3 448	...
	Saldo	+ 19 483	+ 19 590	+ 20 967	+ 15 736	+ 1 801	+ 1 477	+ 1 835	+ 1 908	...
Spanien	Ausfuhr	31 349	34 820	38 715	30 311	3 660	3 200	2 771	3 549	...
	Einfuhr	23 639	24 804	26 442	20 345	2 437	2 129	1 775	2 382	...
	Saldo	+ 7 709	+ 10 016	+ 12 273	+ 9 966	+ 1 223	+ 1 071	+ 996	+ 1 167	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	213 163	234 693	258 417	199 815	23 570	20 583	21 480	23 728	...
	Einfuhr	166 251	176 567	186 691	142 866	16 352	15 177	15 115	17 185	...
	Saldo	+ 46 912	+ 58 126	+ 71 727	+ 56 949	+ 7 218	+ 5 406	+ 6 365	+ 6 543	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	71 280	79 163	89 018	66 306	7 804	6 890	6 914	7 809	...
	Einfuhr	39 466	38 545	38 414	26 511	2 884	2 880	2 711	3 116	...
	Saldo	+ 31 815	+ 40 618	+ 50 604	+ 39 795	+ 4 920	+ 4 010	+ 4 203	+ 4 693	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	124 684	113 468	110 932	85 231	10 111	9 161	9 738	10 249	...
	Einfuhr	116 196	115 621	110 448	77 465	8 777	8 448	8 989	8 740	...
	Saldo	+ 8 488	- 2 153	+ 484	+ 7 766	+ 1 333	+ 714	+ 749	+ 1 509	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	46 924	46 202	49 070	37 611	4 343	4 099	4 157	4 607	...
	Einfuhr	38 321	39 392	42 089	31 878	3 765	3 535	3 363	3 722	...
	Saldo	+ 8 603	+ 6 810	+ 6 981	+ 5 733	+ 578	+ 565	+ 795	+ 885	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	341 213	358 337	387 398	282 721	33 710	30 753	32 316	32 471	...
	Einfuhr	264 459	267 407	295 461	218 882	24 805	23 476	25 356	24 804	...
	Saldo	+ 76 754	+ 90 930	+ 91 936	+ 63 839	+ 8 905	+ 7 277	+ 6 960	+ 7 667	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 803	22 505	23 897	18 322	2 108	1 818	2 015	2 058	...
	Einfuhr	23 108	20 242	18 307	11 941	1 526	1 338	1 333	1 268	...
	Saldo	- 1 305	+ 2 263	+ 5 590	+ 6 381	+ 582	+ 480	+ 682	+ 790	...
2. Amerika	Ausfuhr	130 427	135 293	156 982	110 702	13 096	12 142	12 062	12 809	...
	Einfuhr	75 023	74 191	85 582	61 954	6 989	6 833	7 027	6 945	...
	Saldo	+ 55 404	+ 61 103	+ 71 400	+ 48 748	+ 6 107	+ 5 308	+ 5 035	+ 5 863	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	89 348	95 928	113 733	79 915	9 506	8 836	8 575	9 179	...
	Einfuhr	48 582	49 207	60 217	43 353	4 710	4 733	4 900	4 738	...
	Saldo	+ 40 766	+ 46 721	+ 53 516	+ 36 562	+ 4 796	+ 4 103	+ 3 675	+ 4 441	...
3. Asien	Ausfuhr	179 038	190 973	196 297	146 085	17 589	15 885	17 334	16 670	...
	Einfuhr	162 960	170 050	188 621	142 692	16 053	15 069	16 751	16 347	...
	Saldo	+ 16 077	+ 20 923	+ 7 676	+ 3 393	+ 1 536	+ 816	+ 583	+ 323	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 754	35 462	39 518	26 675	3 149	2 370	3 359	2 553	...
	Einfuhr	8 921	7 865	7 330	4 843	576	517	548	626	...
	Saldo	+ 23 833	+ 27 598	+ 32 188	+ 21 832	+ 2 573	+ 1 852	+ 2 811	+ 1 928	...
Japan	Ausfuhr	17 076	16 910	16 968	13 452	1 537	1 587	1 632	1 645	...
	Einfuhr	19 492	19 007	20 180	16 402	1 885	1 707	1 906	1 906	...
	Saldo	- 2 416	- 2 097	- 3 213	- 2 950	- 348	- 121	- 274	- 261	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	66 912	74 369	71 284	55 574	6 806	6 413	6 301	6 590	...
	Einfuhr	74 544	79 828	91 930	68 394	7 630	7 205	8 115	7 958	...
	Saldo	- 7 633	- 5 459	- 20 646	- 12 820	- 823	- 791	- 1 813	- 1 368	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	45 894	48 476	51 510	37 798	4 588	4 072	4 548	4 420	...
	Einfuhr	36 672	38 782	42 478	31 785	3 695	3 317	3 592	3 492	...
	Saldo	+ 9 222	+ 9 695	+ 9 032	+ 6 013	+ 893	+ 755	+ 956	+ 928	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 946	9 566	10 221	7 612	917	908	906	935	...
	Einfuhr	3 368	2 924	2 951	2 295	237	235	246	244	...
	Saldo	+ 6 578	+ 6 641	+ 7 271	+ 5 317	+ 681	+ 673	+ 660	+ 691	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2011	- 32 482	- 8 533	- 33 755	+ 7 812	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 358	+ 64 718	+ 1 081
2012	- 32 775	- 10 189	- 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	- 9 459	+ 3 103	+ 3 155	+ 61 666	+ 1 005
2013	- 43 223	- 12 075	- 37 713	+ 8 123	+ 3 605	- 758	- 5 912	+ 3 078	+ 523	+ 64 008	+ 1 223
2014	- 35 353	- 13 254	- 37 653	+ 7 817	+ 4 274	+ 2 600	- 1 785	+ 3 035	+ 259	+ 61 258	+ 871
2015	- 31 230	- 12 655	- 36 632	+ 10 181	+ 5 118	+ 3 796	- 3 659	+ 3 102	+ 735	+ 63 370	- 366
2015 1.Vj.	- 4 714	- 2 926	- 5 740	+ 2 319	+ 1 306	+ 278	- 347	+ 904	+ 799	+ 18 598	- 1 057
2.Vj.	- 5 941	- 2 218	- 7 808	+ 2 272	+ 1 093	+ 1 298	- 1 155	+ 830	- 31	+ 3 256	- 1 118
3.Vj.	- 13 852	- 3 352	- 14 495	+ 2 779	+ 847	+ 292	- 594	+ 770	- 445	+ 20 042	- 1 204
4.Vj.	- 6 722	- 4 158	- 8 590	+ 2 811	+ 1 872	+ 1 928	- 1 563	+ 598	+ 411	+ 21 474	+ 3 013
2016 1.Vj.	- 5 707	- 2 439	- 6 421	+ 2 272	+ 1 243	+ 249	- 1 168	+ 840	+ 754	+ 19 316	- 645
2.Vj.	- 5 040	- 1 190	- 8 057	+ 2 369	+ 1 119	+ 1 108	- 955	+ 855	- 154	+ 5 752	- 1 084
3.Vj.	- 12 896	- 1 401	- 15 654	+ 1 901	+ 1 552	+ 573	- 329	+ 849	- 434	+ 18 433	- 1 175
2015 Dez.	+ 866	- 1 220	- 1 304	+ 1 081	+ 826	+ 1 471	- 205	+ 143	+ 128	+ 7 223	+ 3 864
2016 Jan.	- 2 455	- 921	- 1 687	+ 952	+ 184	- 459	- 722	+ 276	+ 258	+ 5 227	- 345
Febr.	- 1 143	- 1 039	- 1 723	+ 607	+ 774	+ 165	- 138	+ 290	+ 272	+ 6 590	+ 70
März	- 2 109	- 479	- 3 011	+ 714	+ 285	+ 543	- 308	+ 274	+ 224	+ 7 498	- 370
April	- 845	- 443	- 1 174	+ 809	+ 480	- 5	- 666	+ 300	- 33	+ 3 726	- 455
Mai	- 1 584	- 277	- 3 302	+ 854	+ 743	+ 197	- 268	+ 251	- 90	+ 2 748	- 344
Juni	- 2 611	- 470	- 3 582	+ 707	- 104	+ 916	- 22	+ 305	- 32	+ 4 774	- 285
Juli	- 3 868	- 394	- 4 284	+ 725	+ 568	- 204	- 411	+ 296	- 173	+ 6 867	- 357
Aug.	- 5 559	- 598	- 6 541	+ 588	+ 830	+ 64	- 248	+ 264	- 136	+ 6 289	- 405
Sept.	- 3 469	- 409	- 4 828	+ 588	+ 155	+ 712	+ 331	+ 288	- 125	+ 5 277	- 413
Okt. p)	- 3 506	- 440	- 5 328	+ 622	+ 1 135	+ 59	- 88	+ 199	+ 136	+ 5 986	- 586

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen		
2011	- 35 520	- 21 293	- 4 446	+ 6 718	- 14 227	- 2 977	- 2 977	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 39 858	- 25 493	- 5 214	+ 5 206	- 14 366	- 2 952	- 2 952	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 43 758	- 29 708	- 5 611	+ 6 177	- 14 050	- 3 250	- 3 229	- 591	+ 1 076	- 1 667
2014	- 40 653	- 28 169	- 6 076	+ 8 088	- 12 485	- 3 476	- 3 451	+ 1 138	+ 2 782	- 1 643
2015	- 39 550	- 25 546	- 7 065	+ 9 800	- 14 004	- 3 540	- 3 523	- 159	+ 2 136	- 2 295
2015 1.Vj.	- 15 822	- 12 975	- 2 614	+ 1 327	- 2 847	- 885	- 881	+ 218	- 10	+ 228
2.Vj.	- 7 052	- 1 803	- 1 161	+ 6 278	- 5 249	- 885	- 881	+ 1 098	+ 1 143	- 45
3.Vj.	- 6 628	- 3 850	- 1 196	+ 1 212	- 2 778	- 885	- 881	+ 703	+ 870	- 167
4.Vj.	- 10 048	- 6 918	- 2 094	+ 981	- 3 130	- 885	- 881	- 2 178	+ 134	- 2 312
2016 1.Vj.	- 13 460	- 10 054	- 2 704	+ 1 284	- 3 406	- 1 270	- 1 267	- 417	- 676	+ 259
2.Vj.	- 4 482	- 998	- 1 618	+ 5 527	- 3 484	- 1 056	- 1 053	+ 1 557	+ 2 072	- 516
3.Vj.	- 10 682	- 6 952	- 1 702	+ 1 753	- 3 731	- 1 053	- 1 049	+ 448	+ 1 110	- 662
2015 Dez.	- 4 476	- 3 094	- 979	+ 707	- 1 383	- 295	- 294	- 2 248	- 281	- 1 966
2016 Jan.	- 2 275	- 1 167	- 1 181	+ 586	- 1 109	- 441	- 440	- 89	+ 2	- 91
Febr.	- 7 518	- 6 258	- 1 079	+ 281	- 1 260	- 441	- 440	+ 426	+ 188	+ 238
März	- 3 666	- 2 629	- 444	+ 416	- 1 038	- 388	- 387	- 754	- 866	+ 112
April	- 1 692	- 703	- 509	+ 1 217	- 989	- 354	- 353	+ 1 267	+ 1 411	- 144
Mai	- 591	+ 555	- 408	+ 3 020	- 1 147	- 351	- 350	+ 153	+ 244	- 91
Juni	- 2 199	- 850	- 701	+ 1 290	- 1 348	- 351	- 350	+ 137	+ 417	- 281
Juli	- 3 435	- 2 335	- 451	+ 378	- 1 100	- 352	- 350	- 135	+ 98	- 233
Aug.	- 4 510	- 3 013	- 983	+ 257	- 1 497	- 350	- 350	- 114	+ 157	- 271
Sept.	- 2 737	- 1 603	- 268	+ 1 118	- 1 133	- 351	- 350	+ 697	+ 855	- 158
Okt. p)	- 3 814	- 2 855	- 657	+ 326	- 959	- 352	- 350	- 143	+ 30	- 173

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2011	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 591	+ 1 076	- 1 667
2014	+ 1 138	+ 2 782	- 1 643
2015	- 159	+ 2 136	- 2 295
2015 1.Vj.	+ 218	- 10	+ 228
2.Vj.	+ 1 098	+ 1 143	- 45
3.Vj.	+ 703	+ 870	- 167
4.Vj.	- 2 178	+ 134	- 2 312
2016 1.Vj.	- 417	- 676	+ 259
2.Vj.	+ 1 557	+ 2 072	- 516
3.Vj.	+ 448	+ 1 110	- 662
2015 Dez.	- 2 248	- 281	- 1 966
2016 Jan.	- 89	+ 2	- 91
Febr.	+ 426	+ 188	+ 238
März	- 754	- 866	+ 112
April	+ 1 267	+ 1 411	- 144
Mai	+ 153	+ 244	- 91
Juni	+ 137	+ 417	- 281
Juli	- 135	+ 98	- 233
Aug.	- 114	+ 157	- 271
Sept.	+ 697	+ 855	- 158
Okt. p)	- 143	+ 30	- 173

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2016					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Aug.	Sept.	Okt. p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 60 705	+ 299 954	+ 253 658	+ 154 533	+ 162 379	+ 50 196	+ 29 876	+ 20 785	+ 47 099
1. Direktinvestitionen	+ 68 688	+ 85 658	+ 98 017	+ 30 747	+ 11 281	+ 21 261	- 195	+ 14 841	+ 8 915
Beteiligungskapital	+ 43 586	+ 66 413	+ 69 542	+ 22 203	+ 10 478	+ 17 012	+ 7 108	+ 5 046	+ 6 878
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 17 880	+ 21 373	+ 15 866	+ 7 335	+ 5 100	+ 9 721	+ 3 395	+ 3 167	+ 3 467
Direktinvestitionskredite	+ 25 103	+ 19 246	+ 28 475	+ 8 544	+ 804	+ 4 249	- 7 303	+ 9 795	+ 2 038
2. Wertpapieranlagen	+ 140 366	+ 149 023	+ 124 134	+ 47 212	+ 34 264	+ 19 775	+ 8 540	+ 12 054	+ 4 886
Aktien 2)	+ 18 946	+ 12 380	+ 19 737	+ 1 314	+ 4 668	+ 8 154	+ 3 546	+ 2 784	+ 1 582
Investmentsfondanteile 3)	+ 32 407	+ 41 302	+ 35 495	+ 9 724	+ 7 875	+ 8 857	+ 3 421	+ 3 952	+ 6 433
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 84 469	+ 95 794	+ 73 923	+ 31 209	+ 26 381	+ 5 903	+ 995	+ 5 956	- 2 406
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 4 543	- 454	- 5 021	+ 4 965	- 4 659	- 3 138	+ 578	- 637	- 723
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 23 944	+ 31 769	+ 25 796	+ 4 925	+ 3 940	+ 10 024	+ 1 805	+ 5 093	+ 4 657
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 173 131	+ 36 069	+ 7 923	+ 70 420	+ 112 132	- 604	+ 19 632	- 10 507	+ 28 785
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 56 929	+ 76 305	- 90 287	+ 11 342	+ 38 457	- 29 468	- 2 176	- 46 801	+ 47 742
kurzfristig	- 50 777	+ 21 149	- 2 803	+ 1 948	+ 8 368	+ 7 704	+ 5 605	+ 910	+ 6 418
Unternehmen und Privatpersonen 9)									
langfristig	+ 21 335	- 7 517	- 13 097	+ 29 038	- 605	- 11 317	+ 722	- 4 038	- 5 688
kurzfristig	+ 7 033	+ 2 091	+ 12 588	- 772	+ 219	+ 996	+ 2 739	- 1 372	- 49
Staat									
langfristig	+ 14 302	- 9 608	- 25 685	+ 29 810	- 386	- 12 313	- 2 017	- 2 667	- 5 640
kurzfristig	+ 7 982	+ 17 161	- 12 057	+ 5 061	+ 2 400	+ 5 124	+ 3 927	+ 1 684	- 5 509
Bundesbank	+ 15 663	- 405	- 7 425	- 1 367	- 832	- 982	- 208	+ 69	- 486
Währungsreserven	- 7 681	+ 17 566	- 4 632	+ 6 428	+ 3 232	+ 6 106	+ 4 135	+ 1 615	- 5 023
Bundesbank	- 145 519	- 49 880	+ 123 364	+ 24 980	+ 71 881	+ 35 056	+ 17 159	+ 38 648	- 7 760
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	- 158 374	+ 55 510	+ 28 106	+ 130 669	+ 88 503	- 7 455	+ 13 760	- 1 676	+ 20 730
1. Direktinvestitionen	+ 47 079	+ 6 240	+ 41 579	+ 26 907	+ 28 169	+ 8 742	+ 1 017	+ 11 990	- 5 035
Beteiligungskapital	+ 685	+ 23 991	+ 18 498	+ 6 492	+ 5 101	+ 3 377	+ 1 782	+ 99	+ 851
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	- 4 538	+ 3 662	+ 5 765	+ 3 677	+ 800	+ 3 548	+ 1 215	+ 994	+ 1 258
Direktinvestitionskredite	+ 46 394	- 17 751	+ 23 081	+ 20 416	+ 23 068	+ 5 365	- 765	+ 11 891	- 5 886
2. Wertpapieranlagen	- 20 184	+ 11 583	- 75 003	+ 6 102	- 32 275	- 29 040	+ 8 384	- 6 992	- 16 009
Aktien 2)	+ 4 933	+ 5 137	+ 10 255	- 2 998	- 5 660	+ 1 195	+ 1 590	- 636	+ 3 519
Investmentsfondanteile 3)	+ 6 069	- 5 154	+ 5 515	- 2 777	- 1 864	- 2 298	- 567	- 210	+ 134
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	- 8 329	+ 14 785	- 97 980	- 6 427	- 32 283	- 23 893	+ 5 296	- 13 810	- 12 411
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	- 22 857	- 3 185	+ 7 207	+ 18 303	+ 7 533	- 4 044	+ 2 066	+ 7 663	- 7 252
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 185 270	+ 37 687	+ 61 529	+ 97 659	+ 92 608	+ 12 843	+ 4 358	- 6 674	+ 41 774
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 158 518	+ 32 484	- 41 137	+ 41 213	+ 68 410	+ 884	+ 375	- 35 422	+ 43 171
kurzfristig	- 16 819	- 14 555	- 19 517	- 3 913	- 3 177	+ 5 499	+ 2 285	+ 316	+ 581
Unternehmen und Privatpersonen 9)									
langfristig	- 141 699	+ 47 039	- 21 621	+ 45 126	+ 71 587	- 4 615	- 1 910	- 35 738	+ 42 590
kurzfristig	- 1 957	+ 16 777	+ 18 120	+ 39 419	- 486	- 23 546	- 5 709	+ 2 308	+ 3 154
Staat									
langfristig	+ 11 209	+ 18 785	+ 2 829	+ 39 278	+ 968	- 27 385	- 5 984	- 393	+ 1 086
kurzfristig	- 13 166	- 2 008	+ 15 290	+ 141	- 1 454	+ 3 839	+ 275	+ 2 701	+ 2 068
Bundesbank	+ 11 209	+ 18 785	+ 2 829	+ 39 278	+ 968	- 27 385	- 5 984	- 393	+ 1 086
Währungsreserven									
langfristig	- 1 900	- 5 610	- 11 235	+ 5 643	+ 6 643	- 2 770	+ 1 029	- 409	+ 381
kurzfristig	+ 8 979	- 931	- 3 654	- 2 478	+ 2 897	- 54	- 6	- 19	+ 63
Bundesbank	- 10 878	- 4 680	- 7 582	+ 8 121	+ 3 746	- 2 716	+ 1 036	- 390	+ 319
Bundesbank	- 22 895	- 5 964	+ 95 782	+ 11 384	+ 18 042	+ 38 274	+ 8 663	+ 26 849	- 4 933
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 219 079	+ 244 445	+ 225 551	+ 23 864	+ 73 876	+ 57 651	+ 16 116	+ 22 462	+ 26 369

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **5** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva ^{3) 4)}	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen					
	insgesamt	insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB ¹⁾	Wertpapieranlagen ²⁾		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 213	37 735
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 296	12 098
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2014 März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	382 743	304 814
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	403 530	289 426
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	406 416	274 472
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	399 788	278 348
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	378 120	282 401
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	380 001	301 323
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 216	310 586
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 445	285 345
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 850	282 119
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	452 230	298 833
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	444 069	300 483
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	435 366	332 490
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 617	325 820
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	437 079	321 421
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	440 233	316 029
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	446 157	317 090
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	443 522	337 764
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	466 216	308 212
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	474 882	311 811
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	491 813	321 506
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	485 028	322 943
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	501 590	337 745
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 730	31 962	621 617	609 190	44 491	504 447	332 928
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	505 222	351 045
Mai	884 887	173 927	118 133	14 970	6 839	33 984	667 972	655 544	42 988	508 576	376 311
Juni	922 232	184 628	128 963	14 746	6 780	34 139	693 498	681 070	44 106	522 762	399 470
Juli	904 044	186 300	130 417	14 698	6 736	34 449	672 748	660 320	44 996	525 468	378 577
Aug.	918 692	183 951	128 171	14 685	6 642	34 452	689 906	677 479	44 834	534 120	384 572
Sept.	957 860	183 796	128 795	14 657	6 605	33 738	728 554	715 738	45 510	560 933	396 927
Okt.	947 718	181 623	126 245	14 708	6 631	34 039	720 795	708 029	45 300	556 076	391 642
Nov.	991 108	177 348	121 032	14 917	6 572	34 826	766 905	754 057	46 855	567 692	423 417

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EWU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschließlich Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von ausländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungsziele					geleistete Anzahlungen	zusammen	in Anspruch genommene Zahlungsziele	empfangene Anzahlungen
Alle Länder														
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	785 507	281 970	503 537	323 869	179 668	164 454	15 214	936 110	143 112	792 998	630 740	162 258	95 301	66 957
2014	822 028	278 523	543 506	357 855	185 651	170 854	14 797	939 809	150 429	789 379	624 860	164 519	98 104	66 415
2015	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285
2016 Mai	881 076	281 620	599 455	405 152	194 303	179 006	15 297	1 027 622	148 798	878 823	699 546	179 278	104 941	74 337
Juni	880 231	275 683	604 547	404 619	199 928	184 927	15 001	1 051 943	151 906	900 037	715 827	184 209	109 968	74 241
Juli	872 867	269 516	603 351	408 811	194 540	179 557	14 984	1 025 343	137 347	887 996	708 327	179 669	105 137	74 532
Aug.	864 498	271 893	592 605	405 951	186 654	171 668	14 986	1 018 942	133 955	884 987	710 397	174 589	99 789	74 800
Sept. r)	870 194	265 904	604 290	406 265	198 025	182 902	15 123	1 029 233	131 609	897 624	715 495	182 129	107 804	74 325
Okt.	868 604	258 934	609 670	411 029	198 641	183 661	14 980	1 026 353	130 931	895 422	711 502	183 921	108 769	75 151
Industrieländer 1)														
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	694 860	278 667	416 194	294 116	122 077	108 620	13 458	849 161	141 744	707 417	593 197	114 219	79 543	34 676
2014	720 924	273 624	447 300	321 894	125 406	112 308	13 098	851 172	149 212	701 960	585 678	116 282	81 103	35 179
2015	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575
2016 Mai	774 260	277 851	496 410	363 225	133 184	119 399	13 785	931 064	140 435	790 629	665 236	125 393	87 134	38 259
Juni	773 332	271 873	501 459	363 357	138 102	124 648	13 454	950 300	141 757	808 543	680 114	128 428	91 144	37 285
Juli	767 312	265 844	501 468	368 406	133 062	119 682	13 380	930 002	132 545	797 457	673 228	124 229	87 151	37 078
Aug.	760 349	268 276	492 073	365 959	126 114	112 725	13 889	922 549	128 036	794 514	675 080	119 434	82 278	37 155
Sept. r)	765 037	262 134	502 903	366 502	136 401	122 931	13 471	934 092	125 582	808 510	681 410	127 099	90 063	37 036
Okt.	761 600	255 158	506 443	370 237	136 205	122 795	13 410	931 901	126 072	805 829	676 903	128 925	91 367	37 558
EU-Länder 1)														
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	586 790	264 116	322 674	235 608	87 066	76 539	10 527	710 428	127 372	583 057	503 394	79 662	53 339	26 323
2014	606 568	258 507	348 061	259 475	88 585	77 975	10 611	712 497	134 942	577 555	496 878	80 677	53 797	26 880
2015	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354
2016 Mai	645 080	260 815	384 265	288 942	95 323	84 146	11 177	766 982	130 473	636 509	552 330	84 180	56 627	27 553
Juni	636 918	254 792	382 126	284 614	97 513	86 675	10 838	778 440	128 084	650 357	564 103	86 253	59 287	26 966
Juli	632 816	248 022	384 794	291 338	93 456	82 665	10 791	762 484	122 432	640 052	557 228	82 824	56 116	26 708
Aug.	628 502	251 471	377 032	288 412	88 620	77 811	10 809	754 013	118 565	635 448	555 534	79 913	53 039	26 874
Sept. r)	629 382	244 777	384 605	288 917	95 688	84 849	10 840	760 149	114 895	645 254	559 864	85 390	58 731	26 659
Okt.	622 232	236 265	385 968	288 828	97 140	86 414	10 725	757 271	114 408	642 862	555 643	87 219	60 346	26 872
darunter: EWU-Mitgliedsländer 2)														
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	427 049	197 297	229 752	173 609	56 143	49 968	6 125	602 056	101 150	500 906	447 404	53 502	36 670	16 832
2014	449 392	203 069	246 323	189 755	56 568	50 348	6 220	598 660	105 883	492 777	440 290	52 487	35 568	16 919
2015	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155
2016 Mai	473 673	202 636	271 037	208 569	62 468	55 501	6 967	621 900	96 071	525 829	472 502	53 327	37 892	15 434
Juni	469 798	198 645	271 153	207 677	63 476	56 689	6 787	634 180	96 858	537 322	482 312	55 011	39 693	15 318
Juli	463 405	194 782	268 623	207 441	61 182	54 455	6 727	621 855	92 779	529 076	476 124	52 952	37 770	15 182
Aug.	462 132	196 653	265 478	207 231	58 248	51 495	6 752	619 740	90 989	528 751	477 999	50 751	35 495	15 256
Sept. r)	462 490	189 648	272 842	210 493	62 349	55 565	6 784	623 563	87 086	536 477	482 658	53 820	39 029	14 791
Okt.	455 584	181 180	274 404	210 654	63 750	57 063	6 687	619 610	85 971	533 638	478 551	55 087	40 150	14 938
Schwellen- und Entwicklungsländer 3)														
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	90 640	3 303	87 337	29 751	57 586	55 829	1 757	86 946	1 368	85 578	37 543	48 035	15 755	32 280
2014	101 101	4 899	96 202	35 957	60 244	58 546	1 699	88 634	1 217	87 417	39 182	48 235	17 001	31 234
2015	104 086	3 093	100 994	40 788	60 205	58 546	1 448	90 701	997	89 704	34 836	54 868	19 157	35 710
2016 Mai	105 804	2 956	102 848	41 893	60 956	59 444	1 512	89 407	1 412	87 995	34 110	53 885	17 806	36 078
Juni	105 866	2 995	102 871	41 228	61 643	60 096	1 547	92 780	1 526	91 254	35 513	55 741	18 785	36 956
Juli	104 512	2 855	101 656	40 370	61 286	59 682	1 604	91 998	1 659	90 339	34 900	55 440	17 986	37 453
Aug.	102 872	2 566	100 306	39 957	60 348	58 751	1 597	91 505	1 272	90 232	35 118	55 115	17 470	37 643
Sept. r)	103 847	2 676	101 171	39 729	61 443	59 790	1 653	90 013	1 156	88 857	33 885	54 972	17 701	37 272
Okt.	105 666	2 646	103 019	40 756	62 263	60 693	1 570	90 519	1 208	89 311	34 373	54 938	17 362	37 576

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien. r Berichtigt.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2015 Dez.	1,5009	7,0193	7,4612	132,36	1,4904	9,4642	9,2451	1,0827	1,0877	0,72595
2016 Jan.	1,5510	7,1393	7,4619	128,32	1,5447	9,5899	9,2826	1,0941	1,0860	0,75459
Febr.	1,5556	7,2658	7,4628	127,35	1,5317	9,5628	9,4105	1,1018	1,1093	0,77559
März	1,4823	7,2220	7,4569	125,39	1,4697	9,4300	9,2848	1,0920	1,1100	0,78020
April	1,4802	7,3461	7,4427	124,29	1,4559	9,3224	9,2027	1,0930	1,1339	0,79230
Mai	1,5461	7,3864	7,4386	123,21	1,4626	9,3036	9,2948	1,1059	1,1311	0,77779
Juni	1,5173	7,4023	7,4371	118,45	1,4477	9,3278	9,3338	1,0894	1,1229	0,79049
Juli	1,4694	7,3910	7,4390	115,25	1,4428	9,3690	9,4742	1,0867	1,1069	0,84106
Aug.	1,4690	7,4537	7,4408	113,49	1,4557	9,3030	9,4913	1,0881	1,1212	0,85521
Sept.	1,4768	7,4819	7,4475	114,22	1,4677	9,1971	9,5655	1,0919	1,1212	0,85228
Okt.	1,4470	7,4198	7,4402	114,47	1,4594	9,0009	9,7073	1,0887	1,1026	0,89390
Nov.	1,4331	7,3883	7,4406	116,93	1,4519	9,0807	9,8508	1,0758	1,0799	0,86894

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik.

1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-19 1)		EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)						auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	26 ausgewählte Industrieländer 5)			37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,3	96,0	96,1	96,0	96,5	95,8	97,8	99,5	95,8	97,6	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,5	85,9	85,2	87,9	85,8	91,7	97,3	85,1	90,7	92,9	91,9	90,8	
2001	87,8	87,1	86,5	86,1	90,5	86,9	91,5	96,4	85,9	90,0	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,2	89,5	89,5	95,0	90,5	92,2	95,4	88,4	90,6	93,5	91,9	91,7	
2003	100,7	101,2	100,4	100,8	106,9	101,4	95,6	94,5	97,5	94,8	97,1	96,5	96,7	
2004	104,5	105,0	103,3	104,3	111,5	105,1	95,9	93,2	99,9	95,0	98,5	98,0	98,3	
2005	102,9	103,5	101,2	102,3	109,5	102,5	94,7	91,9	99,0	92,9	98,5	96,9	96,6	
2006	102,8	103,5	100,5	101,2	109,4	101,8	93,5	90,3	98,4	91,2	98,6	96,5	95,8	
2007	106,3	106,2	102,4	103,5	112,9	103,8	94,4	89,4	102,4	91,4	100,9	97,9	97,0	
2008	109,4	108,3	103,8	106,7	117,1	105,8	94,5	88,0	105,4	90,5	102,2	97,8	97,1	
2009	110,8	109,0	104,6	111,5	120,0	106,8	94,7	88,8	104,6	91,0	101,8	98,0	97,5	
2010	103,6	101,3	96,3	103,4	111,5	97,8	92,2	88,4	98,2	87,2	98,8	93,6	92,0	
2011	103,3	100,2	94,2	102,1	112,2	97,2	91,8	88,2	97,6	86,3	98,2	92,8	91,3	
2012	97,6	95,0	88,7	95,8	107,0	92,4	90,0	88,2	92,6	83,7	95,9	89,8	88,2	
2013	101,2	98,2	91,8	98,9	111,9	95,5	92,4	88,7	98,4	85,7	98,3	91,6	90,3	
2014	101,8	97,8	92,0	100,0	114,7	96,0	93,2	89,6	98,9	86,5	98,5	91,8	91,0	
2015	92,4	88,4	83,9 p)	90,7	106,5 p)	87,8	90,8	90,7	90,6	83,1	94,7	86,9 p)	86,3	
2013 Nov.	102,2	98,7	92,9	99,6	114,1	96,6	93,3	89,0	100,1	86,6	98,8	92,1	91,1	
Dez.	103,4	99,9			115,7	98,0					99,3	92,7	91,9	
2014 Jan.	103,0	99,4			115,8	97,9					99,2	92,5	91,9	
Febr.	103,2	99,6	93,6	101,9	116,3	98,2	93,6	89,2	100,6	87,1	99,0	92,6	92,0	
März	104,3	100,6			117,5	99,0					99,3	93,1	92,4	
April	104,2	100,4			117,0	98,4					99,2	93,0	92,2	
Mai	103,6	99,5	93,4	101,4	116,1	97,3	93,5	89,5	99,9	87,2	98,8	92,6	91,5	
Juni	102,7	98,7			115,1	96,5					98,7	92,3	91,2	
Juli	102,3	98,2			114,7	95,9					98,7	92,2	91,0	
Aug.	101,5	97,5	91,3	99,5	114,0	95,3	92,9	89,6	98,1	86,2	98,4	91,8	90,7	
Sept.	99,9	95,9			112,3	93,9					98,0	91,0	89,9	
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,2					97,6	90,4	89,4	
Nov.	99,0	94,9	89,6	97,3	111,9	93,2	92,7	90,0	97,0	85,5	97,7	90,3	89,5	
Dez.	99,0	94,8			113,1	93,8					97,6	90,2	89,8	
2015 Jan.	95,2	91,1			108,9	90,1					95,7	88,2	87,5	
Febr.	93,3	89,5	84,3 p)	91,7	107,0	88,7	90,7	90,4	91,0	83,1	95,2	87,5	86,8	
März	90,6	86,9			103,8	85,9					94,3	86,1	85,2	
April	89,7	86,1			102,4	84,7					94,0	85,7	84,5	
Mai	91,6	87,8	82,6 p)	89,7	104,7	86,5	90,4	90,6	89,8	82,5	94,6	86,6	85,6	
Juni	92,3	88,5			106,0	87,5					94,7	86,9	86,1	
Juli	91,3	87,5			105,1	86,6					94,3	86,3	85,6	
Aug.	93,0	88,9	84,3 p)	91,1	108,1	88,9	91,0	90,8	91,0	83,4	94,9	87,2	87,0	
Sept.	93,8	89,6			109,6	90,1					95,2	87,6	87,7	
Okt.	93,6	89,6			109,0	89,6					95,1	87,6	87,4	
Nov.	91,1	87,1	84,3 p)	90,5	106,0 p)	86,8	91,0	91,0	90,7	83,5	94,0	86,2 p)	85,8	
Dez.	92,5	88,3			108,0 p)	88,3					94,3	86,7 p)	86,5	
2016 Jan.	93,6	89,1			109,9 p)	89,6					94,5	87,2 p)	87,3	
Febr.	94,7	90,0 p)	85,8 p)	91,7	111,3 p)	90,8	91,4	91,2	91,5	84,2	95,0	87,6 p)	87,7	
März	94,1	89,5			110,0 p)	89,9					95,0	87,4 p)	87,3	
April	94,8	90,1			110,6 p)	90,2					95,4	87,9 p)	87,6	
Mai	95,1	90,5 p)	86,4 p)	92,1	111,1 p)	90,7	91,5	91,2	91,8	84,5	95,2	88,1 p)	87,9	
Juni	94,7	90,2			110,5 p)	90,3					95,0	87,9 p)	87,6	
Juli	94,9	90,4			110,2 p)	89,9					95,2	87,9 p)	87,3	
Aug.	95,2	90,6			110,6 p)	90,2	91,7 p)	91,3	92,1 p)	84,6	95,4	88,0 p)	87,5	
Sept.	95,4	90,7			110,9 p)	90,3					95,5	88,0 p)	87,6	
Okt.	95,5 p)	90,8			110,6 p)	90,1					p) 95,9	88,2 p)	87,6	
Nov.	95,0 p)	90,3			110,3 p)	89,8					p) 95,5	88,0 p)	87,4	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitts der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasi-

lien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentiniens wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. 5 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 7 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

■ Geschäftsbericht

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015

■ Finanzstabilitätsbericht

- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014

■ Monatsbericht

- Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik

Über die von 2000 bis 2015 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2016 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Januar 2016

- Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport
- Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum
- Die Aufsicht über die weniger bedeutenden Institute im einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus

Februar 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2015/2016

März 2016

- Zur Schwäche des Welthandels

April 2016

- Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen
- Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland

Mai 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016

Juni 2016

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017 mit einem Ausblick auf das Jahr 2018
- Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euro-Raum

- Struktur und Dynamik der industriellen Fertigungstiefe im Spiegel der Jahresabschlüsse deutscher Unternehmen

Juli 2016

- Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise
- Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum
- Abwicklung und Restrukturierung von Banken – Die neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL

August 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2016

September 2016

- Verteilungseffekte der Geldpolitik
- Globalisierung und die Transmission globaler finanzieller Schocks in die EWU-Mitgliedstaaten – Folgen für die (nationale) Wirtschaftspolitik
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2015

Oktober 2016

- Gemeindefinanzen: Entwicklung und ausgewählte Aspekte
- Bedeutung und Wirkung des Hochfrequenzhandels am deutschen Kapitalmarkt

November 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2016

Dezember 2016

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019
- Lohndynamik bei hoher Arbeitslosigkeit im Euro-Raum
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2015

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2016³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2016²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2010 bis 2015, Mai 2016³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2012 bis 2013, Mai 2016²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2016¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 39/2016
 Learning about banks' net worth and the slow recovery after the financial crisis
- 40/2016
 Thoughts on a fiscal union in EMU
- 41/2016
 Financial shocks and inflation dynamics
- 42/2016
 Spillover effects of credit default risk in the euro area and the effects on the euro: a GVAR approach
- 43/2016
 The determinants of CDS spreads: evidence from the model space
- 44/2016
 Optimal fiscal substitutes for the exchange rate in a monetary union
- 45/2016
 Support for the SME supporting factor – multi-country empirical evidence on systematic risk factor for SME loans
- 46/2016
 Time-varying volatility, financial intermediation and monetary policy
- 47/2016
 Macroeconomic now- and forecasting based on the factor error correction model using targeted mixed frequency indicators
- 48/2016
 On measuring uncertainty and its impact on investment: cross-country evidence from the euro area

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86•.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.